

60
Jahre



Rheinland-Pfalz
Wir machen's einfach.



Viertes AGENDA 21 - Programm

Perspektiven für Rheinland-Pfalz

— *Nachhaltigkeitsstrategie* —

Fortschreibung 2007

Zielsetzung – Viertes Agenda 21-Programm

Das Land Rheinland-Pfalz verpflichtete sich mit Beschluss des Landtages vom 21. Januar 1999 zur Umsetzung der Agenda 21 im zweijährigen Turnus¹. Daraufhin wurde das erste Agenda 21-Programm im Jahr 2001 vorgelegt². Zwei Jahre später legte die Landesregierung unter Federführung des Ministeriums für Umwelt und Forsten das zweite „Agenda 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz“ vor³. Die Landesregierung entwickelt das Programm in ihrer dritten Fassung zu einer systematischen und indikatoren-gestützten Nachhaltigkeitsstrategie⁴ weiter. Damit ist Rheinland-Pfalz führend bei der strategischen Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung. Die Technische Universität Kaiserslautern begleitet diesen Prozess seit 2002 wissenschaftlich und organisatorisch.

Die vorliegende Fortschreibung führt die Nachhaltigkeitsstrategie auf Basis der ökologischen, ökonomischen und sozial-kulturellen Dimension weiter. Vorrangiges Ziel des vorliegenden Agenda 21-Programms ist es, den Rahmen für ein zukunftsfähiges Rheinland-Pfalz fortzuschreiben und mit aktualisierten Indikatoren und Beispielen darzustellen. Zahlreiche Beiträge und Anregungen der beteiligten gesellschaftlichen Gruppen und der Ressorts der Landesregierung wurden dafür aufgenommen. Ferner wird nach zwei Jahren eine Bilanz der Bemühungen zur Kommunikation und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie gezogen und es werden künftige Handlungsoptionen erkundet.

¹ *Landtags-Drucksachen 13/2967/3883.*

² *Landtags-Drucksache 13/6735.*

³ *Landtags-Drucksache 14/2051.*

⁴ *Landtags-Drucksache 14/4821.*

Vorwort

Die Nachhaltige Entwicklung ist für Rheinland-Pfalz das Leitbild einer zukunftsfähigen Politikgestaltung. Damit stellt sich die Landesregierung den zentralen Herausforderungen in Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft: dem Klimawandel, der demografischen Entwicklung und den Auswirkungen der Globalisierung.

Den Grundstein hierfür legte die Weltgemeinschaft 1992 in Rio de Janeiro mit einem umfangreichen Aktionsprogramm für Umwelt und Entwicklung. Das dort beschlossene Programm „Agenda 21“ formuliert Maßnahmen und Ziele für eine ökologisch, ökonomisch und sozial gerechte Entwicklung der heutigen und zukünftigen Generationen. Unter dem Leitbild „Nachhaltige Entwicklung“ wurde der Agenda-Prozess bewusst als Selbstverpflichtung aufgestellt. Die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung ist dabei ein sich ständig weiterentwickelnder offener Such- und Lernprozess, der den Rahmen setzt für die zukünftige Gestaltung unserer Gesellschaft. Es ist unserer gemeinsame Aufgabe, diesen Prozess mit Leben zu erfüllen, unabhängig davon, ob es um den Klimaschutz geht, die Bewältigung der Arbeitslosigkeit oder die Behebung sozialer Ungerechtigkeit.

Zehn Jahre nach Rio de Janeiro hat die Weltgemeinschaft die Agenda 21 in Johannesburg weiterentwickelt. Zahlreiche Staaten, insbesondere in Europa, haben bereits im Vorfeld oder im Anschluss an die Konferenz eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie vorgelegt. Eine solche Strategie soll dazu beitragen, die Nachhaltige Entwicklung systematisch umzusetzen. So hat die Bundesregierung im Jahr 2002 die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“ veröffentlicht und 2004 fortgeschrieben. Der im August 2005 veröffentlichte „Wegweiser Nachhaltigkeit“ bilanziert schließlich die Regierungspolitik vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsstrategie. Der Fortschrittsbericht 2007 hat zuletzt die Entwicklung der Indikatoren fortgeschrieben.

Bereits im Juni 2005 hatte der Rat für Nachhaltige Entwicklung die Länder aufgefordert, ebenfalls Nachhaltigkeitsstrategien mit konkreten und quantitativen Zielen und Indikatoren zu erstellen. Rheinland-Pfalz hatte dazu die Initiative schon frühzeitig ergriffen. So beschloss schon 1999 der Landtag die Vorlage eines Agenda 21-Programms alle zwei Jahre durch die Landesregierung. Die 2005 erstmals aufgelegten „Perspektiven für Rheinland-Pfalz“ im Rahmen des Dritten Agenda 21-Programms waren die Grundlage für das vorliegende vierte Agenda 21-Programm, das die aktuelle Datenlage in den 22 Handlungsfeldern fortschreibt. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist auch weiterhin ein kontinuierlicher Prozess mit allen relevanten Umwelt-, Wirtschafts- und Sozialpartnern. Im Dialog mit den Verbänden, Kammern und Initiativen wird das Leitbild einer Nachhaltigen Entwicklung in Rheinland-Pfalz kommuniziert und diskutiert. Die Landesregierung nimmt die „Nachhaltigkeit“ ernst und legt großen Wert darauf, die gemeinsamen Ziele mit Leben zu füllen. Dazu sind Sie alle als Akteure zur konstruktiven und offenen Zusammenarbeit eingeladen.

Inhaltsübersicht

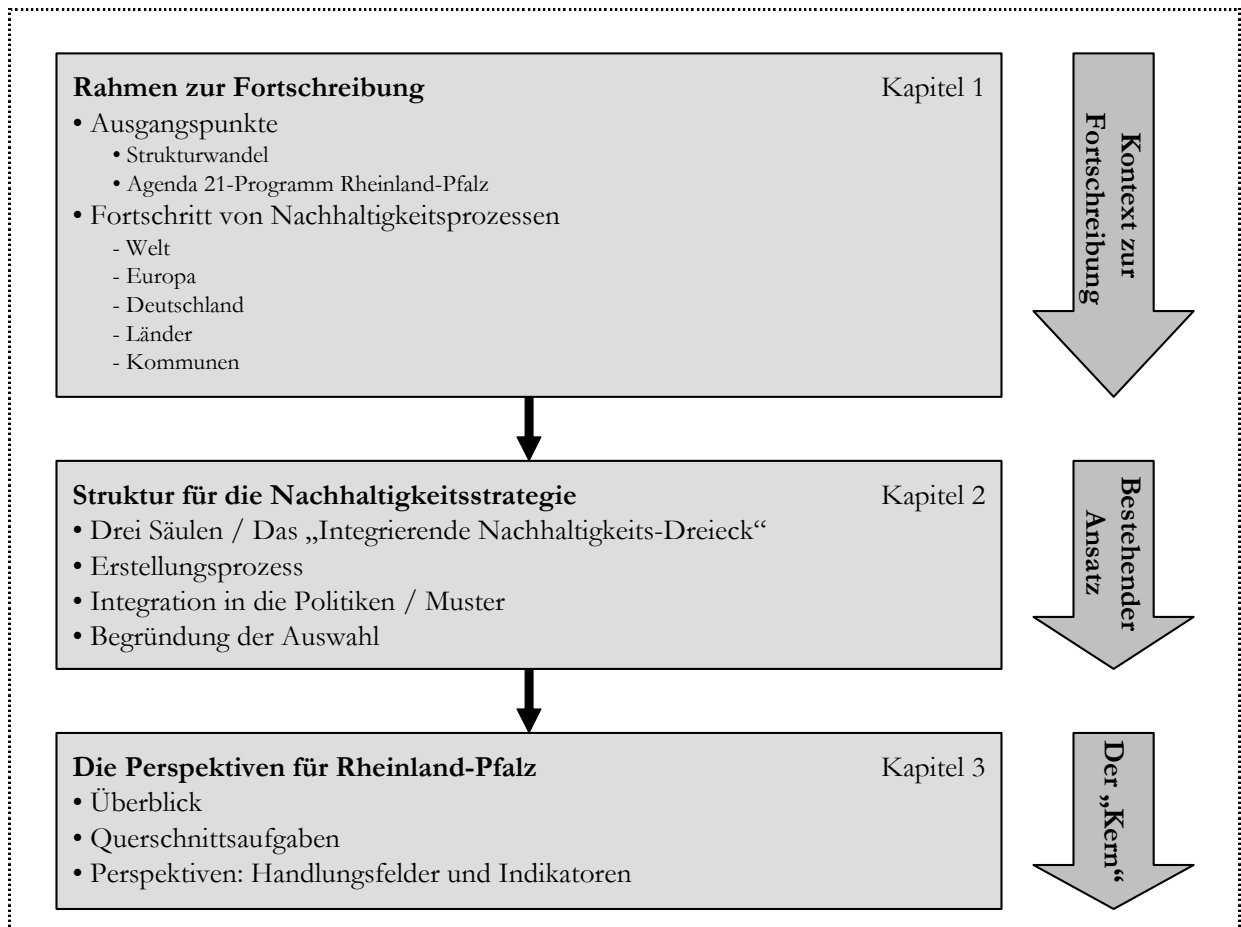


Abbildung 1: Inhalt des Vierten Agenda 21-Programms

Inhaltsverzeichnis

Zielsetzung – Viertes Agenda 21-Programm.....	ii
Vorwort.....	iii
Inhaltsübersicht	iv
Inhaltsverzeichnis.....	v
1. Der Rahmen zur Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz	1
1.1. Ausgangspunkt: Strukturwandel in Rheinland-Pfalz	2
1.2. Ausgangspunkt: Agenda 21-Programm Rheinland-Pfalz.....	3
1.3. Fortschritte bei der Erstellung von Nachhaltigkeitsstrategien	5
1.3.1. Die weltweite Verpflichtung zur Nachhaltigen Entwicklung.....	5
1.3.2. Der europäische Rahmen zur Nachhaltigen Entwicklung	7
1.3.3. Perspektiven für eine Nachhaltige Entwicklung in Deutschland	9
1.3.4. Die Initiativen für regionale Nachhaltigkeitsstrategien.....	12
1.3.5. Die kommunale Umsetzung in Prozessen zur Lokalen Agenda 21 in Rheinland-Pfalz.....	12
2. Struktur und Prozess des Agenda 21-Programms: die Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz	14
2.1. Integration der ökologischen, ökonomischen und sozial-kulturellen Aspekte	16
2.2. Erstellungsprozess der Fortschreibung zur Nachhaltigkeitsstrategie.....	18
2.3. Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft	24
2.3.1. Integration in Regierungshandeln.....	24
2.3.2. Integration in Produktions- und Konsummuster.....	28
2.3.3. Verankerung auf der kommunalen Ebene.....	29
2.4. Handlungsorientierende Auswahl der wesentlichen Perspektiven	31
3. Die fortgeschriebenen Perspektiven für Rheinland-Pfalz	33
3.1. Struktur der Perspektiven für Rheinland-Pfalz	37
3.2. Gesellschaftliche Querschnittsaufgaben in der Nachhaltigkeitsstrategie.....	42
3.2.1. Geschlechtergerechtigkeit	44
3.2.2. Generationensolidarität	47
3.2.3. Integration benachteiligter Gruppen	54
3.3. Die Perspektiven für Rheinland-Pfalz im Detail.....	57
A Natürliche Lebensgrundlagen bewahren.....	59
A.a Lebendige Landschaften	60
A.b Intakte Umweltmedien.....	64
A.c Ressourcennutzung und Klimaschutz.....	69
B Ökoeffizientes Wirtschaften fördern.....	76
B.a Wirtschaften mit Ressourcen.....	77
B.b Regionales Wirtschaften.....	81

C	Wirtschaftskraft stärken.....	84
C.a	Wertschöpfung.....	85
C.b	Produktive Basis.....	88
C.c	Innovation.....	91
D	Leistungsfähige Gesellschaft ausbauen	94
D.a	Bildung und Qualifizierung.....	95
D.b	Erwerbstätigkeit und Einkommen.....	100
D.c	Handlungsfähigkeit des Staates	105
E	Lebenswerte Gesellschaft weiterentwickeln	109
E.a	Kulturland Rheinland-Pfalz.....	110
E.b	Sicheres Zusammenleben.....	113
E.c	Bürgerengagement	118
F	Gesellschaft und Umwelt integrieren	123
F.a	Attraktives Lebensumfeld.....	124
F.b	Naturereignisse bewältigen	129
G	Internationale Verantwortung tragen	132
G.a	Internationale Partnerschaften	133
H	Nachhaltiges Leben führen.....	138
H.a	Gesundheit.....	139
H.b	Mobilität	144
H.c	Siedlungsentwicklung und Wohnen	148
H.d	Verantwortungsvoll Konsumieren und Produzieren	152
H.e	Bildung für Nachhaltige Entwicklung.....	159
	Partner der Landesregierung für eine Nachhaltige Entwicklung.....	165
	Impressum.....	169

1. Der Rahmen zur Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz

Der Strukturwandel ist weiterhin ein bedeutender Hintergrund und Antrieb für das hier fortgeschriebene Agenda 21-Programm. Während die Grundlagen zur Nachhaltigen Entwicklung als Leitbild weiter bestehen, hat sich die Umsetzung mittels Nachhaltigkeitsstrategien auf den verschiedenen regionalen Ebenen weiterentwickelt.

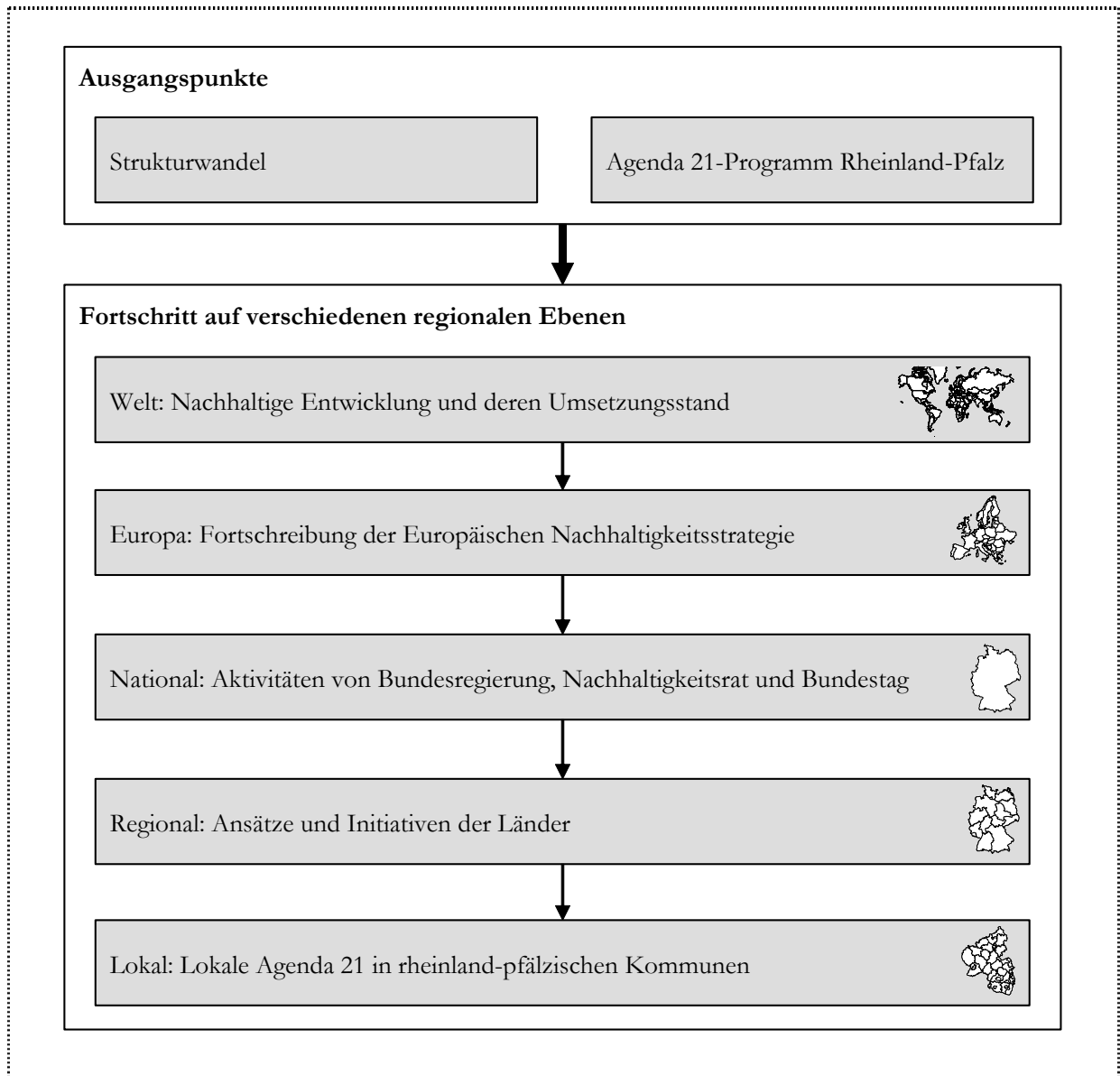


Abbildung 2: Kontext der fortgeschriebenen Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz

1.1. Ausgangspunkt: Strukturwandel in Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz stellt sich den Herausforderungen des Strukturwandels. Auch die anderen Länder, der Bund, die Europäische Union und zahlreiche Industriestaaten müssen ähnliche Herausforderungen lösen. Viele Schwellen- und Entwicklungsländer stehen ebenfalls vor einem tief greifenden Strukturwandel. Herkömmliche Vorstellungen und Lösungsansätze wie immer währendes Wachstum oder die individuelle, uneingeschränkte Umweltnutzung greifen nicht mehr. Rheinland-Pfalz wird die zukünftigen Herausforderungen auch weiterhin im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung gestalten. Dafür ist es nötig, den Strukturwandel weiterhin konstruktiv zu begleiten.

Lange Zeit wurde der Strukturwandel vorwiegend als ökonomisches Phänomen diskutiert, der den vollzogenen Übergang von der Agrar- zur Industrie- und schließlich zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft kennzeichnet. „Strukturwandel“ wirkt aber umfassender in die einzelnen Bereiche hinein und stellt damit eine bedeutsame Rahmenbedingung für eine Nachhaltige Entwicklung dar (detailliert im 1. Kapitel des Dritten Agenda 21-Programms):

- Der **ökonomische Strukturwandel** ist durch eine internationalisierte und auf höherwertige Dienstleistungen ausgerichtete Wirtschaft geprägt. Als Antwort hierauf sind die Standortattraktivität für die bestehenden Wirtschaftsbereiche zu erhöhen und die forschungsintensiven, innovativen Bereiche auszubauen. Vor allem die Ausbildung und Qualifikation der Menschen stellt dabei die größte ökonomische Ressource dar.
- Der **demografische Wandel** wird viele Lebensbereiche in Rheinland-Pfalz stark verändern und ist daher eine wichtige Basis für gesellschaftliche Zukunftsaufgaben: Die zentralen Zukunftsaufgaben sind, Lösungen für den zunehmenden Anteil älterer Menschen, den relativen Rückgang jüngerer Menschen sowie den allgemeinen Bevölkerungsrückgang zu finden.
- Die Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Ökosysteme ist eine existenzielle Basis für eine langfristige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Der Umbau der dafür notwendigen institutionellen und wirtschaftlichen Strukturen wird auch als **ökologischer Strukturwandel** bezeichnet. Heute müssen besonders die globalen Aufgaben im Klima- und Ressourcenschutz wahrgenommen werden.

Die Bürgerinnen und Bürger sind bei der Bewältigung der erforderlichen Maßnahmen einzubinden.

Die Landesregierung hat mit der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) seit 1992 eine Institution geschaffen, um zusammen mit den gesellschaftlichen Gruppen Zukunftsentwicklungen wie den demografischen Wandel zu diskutieren und Lösungsvorschläge zu formulieren. Die ZIRP beschäftigt sich zudem mit den Themen „Bildung und Wirtschaft“, „Unternehmen in der Gesellschaft“, „Visionen“, „Innovationen“, „Kultur“ sowie „Regionalmarketing“. Im Jahr 2007 steht das Thema „Energie“ im Fokus der Beratungen und Diskussionen.



1.2. Ausgangspunkt: Agenda 21-Programm Rheinland-Pfalz

Der rheinland-pfälzische Landtag hat 1999 die Umsetzung der Agenda 21 auf Landesebene beschlossen⁵. Diesem Beschluss gingen mehrere Ansätze und Berichte der Landesregierung sowie gesellschaftlicher Akteure voraus: Im Jahr 1997 erschien zunächst der umfangreiche „Umweltbericht 1996“ des damaligen Ministeriums für Umwelt und Forsten. 1998 gab das Ministerium dann den Bericht „Nachhaltige Waldbewirtschaftung“ heraus. Doch auch gesellschaftliche Akteure haben zur Diskussion beigetragen. Beispielsweise legte der BUND Landesverband Rheinland-Pfalz 1996 die Publikation „Zukunftsfähiges Rheinland-Pfalz“ vor.

Schließlich erstellte die Landesregierung das erste „Agenda 21-Programm 2000 Rheinland-Pfalz“⁶. Bereits zwei Jahre später wurde im Vorfeld der Welt-



konferenz für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg das zweite „Agenda 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz“ entworfen. Auf der Johannesburg-Konferenz 2002 vertrat Frau Staatsministerin Margit Conrad das Land. Im gleichen Jahr zog die Landesregierung mit Kooperationspartnern auf der Konferenz „Nachhaltige Entwicklung nach Johannesburg in Rheinland-Pfalz – wie geht es weiter?“ Bilanz und diskutierte das weitere Vorgehen. Die ersten Antworten sind in das „Agenda 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz“ eingegangen, das im darauf folgenden Jahr veröffentlicht wurde⁷. Die darin geforderte „Zusammenführung ökonomischer Bedürfnisse, ökologischer Erfordernisse und des sozialen Ausgleichs“ ist mit dem Dritten „Agenda 21-Programm“⁸ im Jahr 2005 erfüllt worden, sodass diesbezüglich gilt:

„Das Nachhaltigkeitsprinzip sichert sowohl die ökonomischen als auch die ökologischen Grundlagen der Menschen in der Gegenwart wie in der Zukunft. Es erkennt die ökonomischen Lebens- und Entwicklungsbedürfnisse der Menschen in ihrer jeweiligen Volkswirtschaft an und bewahrt zugleich die natürlichen Lebensvoraussetzungen. Zu dieser Harmonisierung von Ökologie und Ökonomie tritt ein wesentliches drittes Element hinzu: eine nachhaltige Wirtschaftsweise muss zugleich auch die sozialen und darüber hinaus auch die kulturellen Bedürfnisse des Menschen erfüllen, wie denn umgekehrt eine Verfehlung des Nachhaltigkeitsprinzips Elend und sozialen Unfrieden herbeiführt. Es ist damit ein realistisches, menschenwürdiges und damit zukunftsfähiges Konzept.“⁹

Vor diesem Hintergrund enthält die seit 2005 bestehende Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz eine Auswahl besonders relevanter Handlungsfelder und verbindet diese mit einem abgestimmten Indikatorenbündel. Weiterhin gibt es viele Beispiele einer gemeinsamen Umsetzung von Maßnahmen durch Politik, Verbände, Wirtschaft und Gesellschaft.

⁵ Landtags-Drucksachen 13/2967/3883.

⁶ Landtags-Drucksache 13/6735.

⁷ Landtags-Drucksache 14/2051.

⁸ Landtags-Drucksache 14/4821.

⁹ Die Nachhaltigkeitsstrategie geht also davon aus, dass der Mensch im Mittelpunkt steht, aber auch die lebensnotwendige und bereichernde Natur schützen muss. Dieser „anthropozentrische Ansatz“ hat sich weltweit und ebenso in Deutschland für die Formulierung von Nachhaltigkeitspolitik bzw. von Nachhaltigkeitsstrategien durchgesetzt.

Das Land hat die Verpflichtung zur Nachhaltigen Entwicklung an vielen weiteren Stellen aufgenommen. Die Landeszentrale für Umweltaufklärung (LZU) hat dabei schon sehr früh Nachhaltigkeitsthemen kommuniziert und diese als Lokale Agenda 21 mit einer umfassenden Informations-, Motivations- und Kommunikationskampagne in die rheinland-pfälzischen Kommunen getragen.

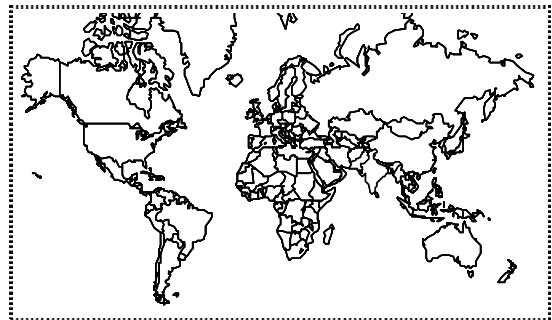
www.umdenken.de

1.3. Fortschritte bei der Erstellung von Nachhaltigkeitsstrategien

Das Land Rheinland-Pfalz strebt eine Verzahnung mit Prozessen auf anderen Ebenen an, da dies die einzelnen Nachhaltigkeitsstrategien von der lokalen bis zur internationalen Ebene stärkt und gegenseitig stützt. Die nachfolgenden Abschnitte zeigen auf, was sich seit der ersten Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2005 auf internationaler, nationaler, sub-nationaler und lokaler Ebene verändert hat. Der Aufbau und die Fortschritte des Agenda 21-Programms 2007 gegenüber 2005 sind in Kapitel 2 ausführlich dargestellt.

1.3.1. Die weltweite Verpflichtung zur Nachhaltigen Entwicklung

Einige Staaten legten zur Johannesburg-Konferenz 2002 eine Nachhaltigkeitsstrategie vor (siehe Abbildung 3 auf der nächsten Seite), die europäischen Staaten waren hierbei führend. Wenige weitere Staaten haben diese Verpflichtung seitdem bis 2006 zusätzlich eingelöst, weil der Agenda 21-Prozess und dessen Begleitung mit Nachhaltigkeitsstrategien ein ambitioniertes Vorhaben ist.



Es sind viele weitere und gemeinsame Schritte im kontinuierlichen Verbesserungsprozess nötig, bis die Nachhaltigkeitsstrategien weltweit ihre Wirkungen entfalten können.

Zugleich zeichnet die neue Abbildung (unten) ein mäßig positives Bild von der weiteren Verbreitung von Nachhaltigkeitsstrategien: einige der Staaten, in denen die Nachhaltige Entwicklung zuvor nur ansatzweise wie etwa durch Beratungs- und Konsultationsprozesse angegangen worden war, haben mittlerweile eine Nachhaltigkeitsstrategie umgesetzt (u. a. Brasilien, Mexiko, Portugal, Russland, Spanien). In manch anderen Staaten mündeten die ersten Schritte hingegen nicht in einer Nachhaltigkeitsstrategie (u. a. Vereinigte Staaten von Amerika, viele Staaten in Lateinamerika, Afrika und Asien)

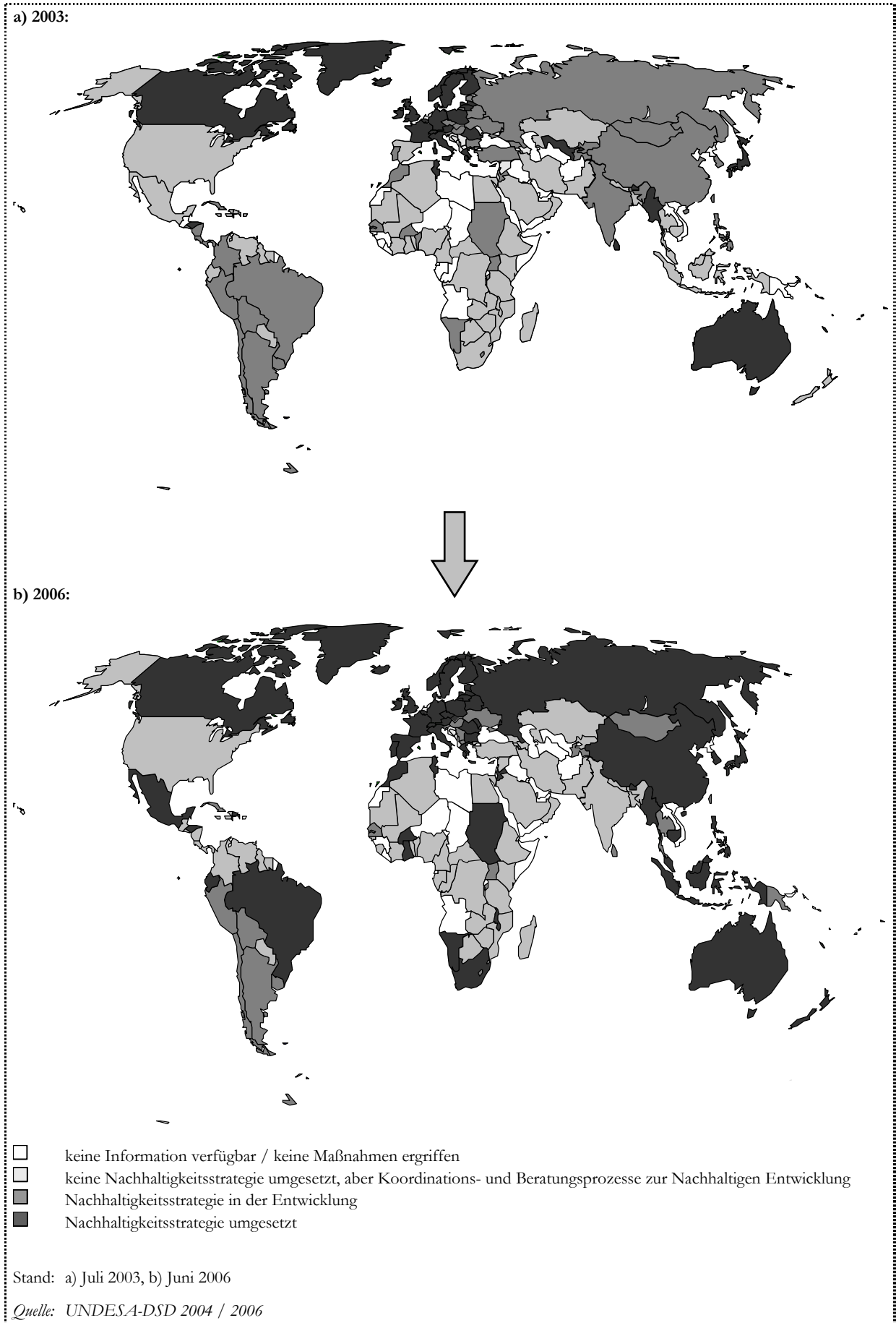
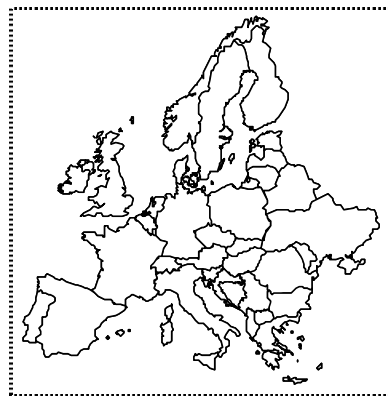


Abbildung 3: Weltweite Verbreitung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien 2003 und 2006

1.3.2. Der europäische Rahmen zur Nachhaltigen

Entwicklung

Die Europäische Union hat die Nachhaltige Entwicklung als zentralen Ansatz für ihre Politik aufgenommen. So steht der 2000 eingeleitete Lissabon-Prozess zur Schaffung des „*wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt*“ mittlerweile unter dem Paradigma einer Nachhaltigen Entwicklung. Der ökologisch orientierte Göteborg-Prozess und die daraus hervorgegangene Europäische Nachhaltigkeitsstrategie standen zuvor eher getrennt neben den ökonomischen und sozialen Zielen des Lissabon-Prozesses.



Gegenüber der früheren Konzeption verfolgt die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie nun ausdrücklich die drei Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung ebenso wie die Verpflichtung zur internationalen Gerechtigkeit¹⁰:

- **Umweltschutz:** *Bewahrung der Fähigkeit der Erde, das Leben in all seiner Vielfalt zu beherbergen, Achtung der Grenzen ihrer natürlichen Ressourcen und Gewährleistung eines hohen Maßes an Umweltschutz und an Verbesserung der Umweltqualität; Vermeidung und Verringerung der Umweltverschmutzung sowie Förderung nachhaltiger Produktions- und Konsummuster, um Wirtschaftswachstum und Umweltbeeinträchtigungen voneinander zu entkoppeln.*
- **Soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt:** *Förderung einer demokratischen, gesunden, sicheren und gerechten Gesellschaft, die sich auf soziale Integration und Zusammenhalt stützt, die Grundrechte und die kulturelle Vielfalt achtet, die Gleichstellung von Männern und Frauen gewährleistet und Diskriminierung jeglicher Art bekämpft.*
- **Wirtschaftlicher Wohlstand:** *Förderung einer blühenden, innovationsfreudigen, wissensstarken, wettbewerbsfähigen und ökologisch effizienten Wirtschaft, die in der gesamten Europäischen Union einen hohen Lebensstandard, Vollbeschäftigung und eine hohe Qualität der Arbeitsplätze gewährleistet.*
- **Unserer internationalen Verantwortung nachkommen:** *Anstöße zur Schaffung demokratischer Einrichtungen weltweit auf der Grundlage von Frieden, Sicherheit und Freiheit und Verteidigung der Stabilität dieser Einrichtungen. Aktive Förderung der nachhaltigen Entwicklung in der ganzen Welt und Gewährleistung, dass die innen- und außenpolitischen Maßnahmen der Europäischen Union mit der globalen nachhaltigen Entwicklung und mit den eingegangenen internationalen Verpflichtungen im Einklang stehen.*

Auf Grundlage dieser vier Hauptziele formuliert die überarbeitete, 2006 fertig gestellte Europäische Nachhaltigkeitsstrategie sieben große Handlungsfelder („zentrale Herausforderungen“) mit konkreten Zielvorgaben und empfohlenen Maßnahmen für eine Nachhaltige Entwicklung¹¹:

- **Klimaänderung und saubere Energien** mit dem allgemeinen Ziel zur „*Begrenzung der Klimaänderung und ihrer Kosten sowie der negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Umwelt*“
- **Nachhaltiger Verkehr** zur „*Gewährleistung von Verkehrssystemen, die den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ansprüchen genügen, bei gleichzeitiger Minimierung von nachteiligen Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt*“

¹⁰ Europäische Nachhaltigkeitsstrategie 2006, S. 3f.

¹¹ Europäische Nachhaltigkeitsstrategie 2006, S. 7-21.

- **Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion** zur *„Förderung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster“*
- **Erhaltung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen** zur *„Verbesserung der Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und Vermeidung ihrer Übernutzung, Anerkennung des Wertes der Funktionen des Ökosystems“*
- **Gesundheit** zur *„Förderung der öffentlichen Gesundheit unter gleichen Bedingungen für alle und verbesserter Schutz vor Gesundheitsbedrohungen“*
- **Soziale Eingliederung, Demografie und Migration** zur *„Schaffung einer sozial integrativen Gesellschaft durch Berücksichtigung der Solidarität zwischen und innerhalb von Generationen und Wahrung und Verbesserung der Lebensqualität der Bürger als Voraussetzung für dauerhaftes individuelles Wohlbefinden“*
- **Globale Herausforderungen in Bezug auf Armut und nachhaltige Entwicklung** für die *„aktive Förderung der nachhaltigen Entwicklung in der ganzen Welt und Gewährleistung, dass die innen- und außenpolitischen Maßnahmen der Europäischen Union mit der globalen nachhaltigen Entwicklung und mit den eingegangenen internationalen Verpflichtungen im Einklang stehen“*

Die Europäische Kommission versucht der Vielfalt unter den europäischen Mitgliedstaaten mit dem Verfahren einer „offenen Koordinierung“ gerecht zu werden, indem die Ziele gemeinsam festgelegt, dann national eigenständig umgesetzt und die Ergebnisse der Europäischen Kommission zurückgemeldet werden¹². Dies bedeutet, dass die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie vielmehr einen übergreifenden Leitcharakter für die Nationalstaaten einnimmt, an dem sich diese orientieren sollten. Die Mitgliedstaaten werden darin unterstützt, ihre nationalen Umsetzungen untereinander zu bewerten und sich darüber zu beraten. Dafür wurden seit 2006 erste „Peer Reviews“ durchgeführt, die insbesondere die nationalen Nachhaltigkeitsstrategien¹³ mit einbeziehen.

Eurostat begleitet die Europäische Nachhaltigkeitsstrategie. Die Schrift „Messung der Fortschritte auf dem Weg zu einem nachhaltigeren Europa - Indikatoren für nachhaltige Entwicklung für die Europäische Union“ stellt dementsprechend die Entwicklung von 1990 bis 2005 dar. Überdies lässt die Europäische Kommission schon seit mehreren Jahren regelmäßig Nachhaltigkeitsprüfungen („Sustainability Impact Assessment“ - SAI) von externen Büros durchführen. Allerdings hat die Nachhaltigkeitsprüfung noch keine allgemeine Bedeutung im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie erlangt. Es ist aber davon auszugehen, dass ein solches Vorhaben in Zukunft wieder aufgegriffen wird¹⁴.

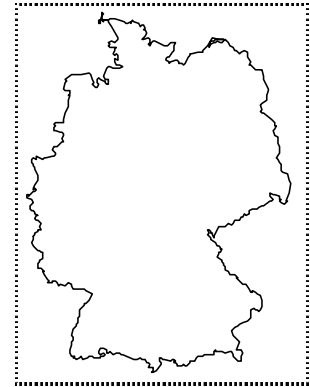
¹² Die Mitgliedsstaaten sollen bis Sommer 2007 an die Europäische Kommission berichten, was sie auf dem Feld der Nachhaltigen Entwicklung unternommen haben. Die Veröffentlichung der Ergebnisse im Rahmen eines Fortschrittsberichtes ist noch für 2007 zu erwarten.

¹³ Die letzte Zusammenstellung über den Stand aller nationalen Nachhaltigkeitsstrategien in der Europäischen Union stammt von 2004, sodass gegenüber dem Dritten Agenda 21-Programm 2005 keine Veränderungen darstellbar sind.

¹⁴ So auch in Deutschland: der parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung führte im Februar 2007 eine Anhörung zu diesem Thema durch, um die Möglichkeiten einer Nachhaltigkeitsprüfung für die deutsche Politik zu erkunden.

1.3.3. Perspektiven für eine Nachhaltige Entwicklung in Deutschland

Das Land Rheinland-Pfalz nimmt in der föderalen Struktur Deutschlands eigene Kompetenzen wahr. Damit legt das Land landesspezifische Schwerpunkte und gestaltet die Politik nach den regionalen Erfordernissen. Trotzdem ist Rheinland-Pfalz durch Vorgaben des Bundes in verschiedenen Politikfeldern wie Steuergesetzgebung oder Sozialversicherung sowie durch die Volkswirtschaft stark in den bundesdeutschen Kontext eingebunden. Infolgedessen sind die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und weitere Ansätze auf Bundesebene auch für Rheinland-Pfalz relevant.



a) *Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung*

Nach dem ersten Fortschrittsbericht im Jahr 2004 wird es erst im Jahr 2008 www.dialog-nachhaltigkeit.de wieder eine auf breiter Basis erarbeitete und diskutierte nationale Nachhaltigkeitsstrategie geben. Die Gründe für die Entscheidung, nur noch alle vier Jahre eine grundlegend überarbeitete Nachhaltigkeitsstrategie und dazwischen Fortschrittsbericht vorzulegen, gelten für Rheinland-Pfalz analog: jede Nachhaltigkeitsstrategie muss sich entfalten können.

Inwiefern Indikatoren und Ziele sich in der neuen Strategie 2008 ändern werden, ist in der Diskussion bzw. noch nicht absehbar. Es ist aber zu erwarten, dass der gegenwärtige Schwerpunkt „Klimawandel“ in seinen verschiedenen Facetten mehr Umfang erhält und dass der Indikator „Bruttoinlandsprodukt“ zur Disposition steht. Als weitere mögliche Schwerpunkte gelten die Rohstoffwirtschaft und der demografische Wandel. Bis zur Neufassung 2008 gilt die bestehende Zusammenstellung der Handlungsfelder und Indikatoren fort. Darin hat sich die Bundesregierung gegenüber vielen anderen Nachhaltigkeitsstrategien ein beachtenswertes Zielbündel vorgegeben hat, fort (siehe Abbildung 4). Die Diskussionen und Veränderungen können im Rahmen der weiteren Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz bedeutende Impulse liefern.

Nachhaltigkeitsstrategie
Perspektiven für Rheinland-Pfalz

Koordinate	Handlungsfelder	Indikator(en) und Zielwerte
Generationengerechtigkeit	Ressourcenschonung	<ul style="list-style-type: none"> • Rohstoffproduktivität (1994–2020: +200 %) • Energieproduktivität (1990–2020: +200 %)
	Klimaschutz	Treibhausgase nach Kyoto-Protokoll (1990–2008/2012: -21 %)
	Erneuerbare Energien	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil am Primärenergieverbrauch (2010: 4,2 %) • Anteil am Stromverbrauch (2010: 12,5 %; 2020: 20 %)
	Flächeninanspruchnahme	Siedlungs- / Verkehrsfläche (2020: 30 ha/d)
	Artenvielfalt	Ausgewählte Vogelarten
	Staatsverschuldung	Staatsdefizit (2004: ca. 0 %)
	Wirtschaftliche Zukunftsvorsorge	Bruttoanlageinvestitionen pro BIP
	Innovation	Ausgaben für Forschung u. Entwicklung (2010: 3 % vom BIP)
	Bildung	<ul style="list-style-type: none"> • Ausbildungsabschlüsse 25-Jähriger (2020: 4 % ohne Abschl.) • Studienanfängerquote (2010: 40 %)
Lebensqualität	Wirtschaftlicher Wohlstand	BIP pro Einwohner
	Mobilität	<ul style="list-style-type: none"> • Verkehrsleistung pro BIP (1999–2020: -5 % im Güter- / -20 % im Personenverkehr) • Anteil des Schienenverkehrs am Güterverkehr (2015: ca. 25 %)
	Ernährung	<ul style="list-style-type: none"> • Anteil Öko-Landbau (2020: 20 %) • Stickstoff-Überschuss (2010: 80 kg/ha)
	Luftqualität	Schadstoffbelastung (1990–2010: -70 %)
	Gesundheit	<ul style="list-style-type: none"> • Vorzeitige Sterblichkeit • Zufriedenheit mit der Gesundheit
	Kriminalität	Anzahl der Wohnungseinbrüche (2000–2010: -10 %)
Sozialer Zusammenhalt	Beschäftigung	Erwerbstätigenquote (2010: 70 %)
	Perspektiven für Familien	Ganztagsbetreuungsplätze für Kinder bis 12 Jahre (2010: 30 %)
	Gleichberechtigung	Verhältnis der Bruttojahresverdienste (35–39 Jahre) (2010: 85 %)
	Integration von Migrantinnen und Migranten	Ausländische Schülerinnen und Schüler ohne Hauptschulabschluss (2020: wie deutsche)
Internationale Verantwortung	Entwicklungszusammenarbeit	Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (2006: 0,33 % vom BIP)
	Märkte öffnen	Einfuhren der EU aus Entwicklungsländern

Quelle: Eigene Zusammenfassung aus: NNS, S. 92–130.

Abbildung 4: Handlungsfelder und Indikatoren der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“

Die vorige Bundesregierung hatte im Jahr 2005 mit dem „Wegweiser Nachhaltigkeit“ in ausgewählten Bereichen eine Bilanz ihrer Politik vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeitsstrategie gezogen und mit verschiedenen Schwerpunktthemen konkretisiert. Darunter ist auch ein Beitrag des Nachhaltigkeitsrates, der zusammen mit den relevanten Akteuren unter dem Motto „gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen“ Empfehlungen für Wirtschaft und Bundesregierung erarbeitete.

Ferner hat das Statistische Bundesamt 2007 den „Indikatorenbericht 2006“ veröffentlicht, um die Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie auf den neuesten Stand zu bringen und damit aktuelle Tendenzen aufzuzeigen. Dabei enthielt sich das Amt unter dem „Grundsatz einer neutralen und unabhängigen Berichterstattung“ jeglicher politischen Bewertung.

b) Arbeit des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Der von der Bundesregierung einberufene Rat für Nachhaltige Entwicklung hat www.nachhaltigkeitsrat.de auch nach Erscheinen des Dritten Agenda 21-Programms Rheinland-Pfalz in den Jahren 2006 und 2007 wichtige Beiträge zur Nachhaltigen Entwicklung in Deutschland geleistet. Der Rat hat über seine Arbeit im „Tätigkeitsbericht des Rates für Nachhaltige Entwicklung 2001 – 2007“ selbst Bilanz gezogen, worin folgende Punkte für die letzten beiden Jahre besonders relevant sind:

- Der Nachhaltigkeitsrat hat die Diskussionen zu den drei Themenbereichen Klima und Energie, Unternehmensverantwortung sowie Stadt-/Siedlungsentwicklung maßgeblich begleitet.
- Die Jahreskonferenzen haben sich als zentrale Zusammenführung aller wesentlichen Akteure in Deutschland etabliert. Im Jahr 2005 stand die Konferenz unter dem Motto „Nachhaltigkeit – die Wachstumsformel“, im Jahr darauf „Die Kunst, das Morgen zu denken“ und 2007 wird den Titel „Die Macht der Zukunft – was von uns heute verlangt wird“ tragen.
- Zur deutschen und auch zur europäischen Nachhaltigkeitsstrategie hat der Rat seine Empfehlungen und Stellungnahmen eingebracht sowie Diskussionsprozesse dazu begleitet. Weiter hat sich der Rat in die Diskussion um Peer Reviews – gegenseitige Begutachtung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien – eingebracht.
- Verbesserungsfähig hält der Nachhaltigkeitsrat die effektive Begleitung angestoßener Prozesse, etwa durch Prozesskontrolle und Evaluation; mit den vorhandenen Ressourcen konnten manche Themen in der Vergangenheit nicht in wirksame Strukturen gegossen werden.
- Mit der Veröffentlichung folgender Schriften trug der Nachhaltigkeitsrat zur politischen und fachlichen Diskussion bei:
 - Die Schrift „Unternehmerische Verantwortung in einer globalisierten Welt – Ein deutsches Profil der Corporate Social Responsibility“ unternimmt den Versuch, mit Politik und Wirtschaft das Nachhaltige Wirtschaften weiter voranzubringen.
 - Mit der Stellungnahme „Wichtig, überfällig und zu überarbeiten“ trägt der Rat zur Überprüfung der europäischen Nachhaltigkeitsstrategie bei.
 - Zwei Challenger-Reports im Jahr 2006 diskutieren den „Einsatz von Indikatoren im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesrepublik“ zum einen „aus Sicht eines Kritikers“ und zum anderen „aus Sicht eines Befürworters“.

c) Einrichtung des parlamentarischen Beirates für Nachhaltige Entwicklung

Der Bundestag richtete im April 2006 den parlamentarischen Beirat für www.bundestag.de Nachhaltige Entwicklung ein. Der Beirat soll die Nachhaltigkeitspolitik und die nationale Nachhaltigkeitsstrategie begleiten sowie einen Austausch mit anderen Parlamenten (mit Fokus auf die Europäische Union) führen.

Im Herbst 2006 fanden die ersten Anhörungen zu den Themen „Demografie und Infrastruktur“ und „Generationenbilanzen“ sowie Anfang 2007 zur „Nachhaltigkeitsprüfung“ an. Später im Jahr 2007 werden die Nachhaltigkeitsaktivitäten der Länder behandelt.

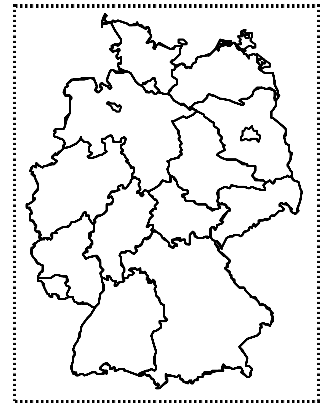
1.3.4. Die Initiativen für regionale Nachhaltigkeitsstrategien

Die Notwendigkeit für abgestimmte Aktivitäten für eine Nachhaltige Entwicklung auf Landesebene besteht gerade durch das föderale System der Bundesrepublik Deutschland. Spätestens seit dem Jahr 2006 lenkt der Rat für Nachhaltige Entwicklung seine Aufmerksamkeit zunehmend auf die Länderebene. Die Umweltverbände bringen sich dabei kritisch ein¹⁵.

Doch auch die Bund-Länder Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Entwicklung (BLAG-NE) führt die Koordination der Aktivitäten in den Ländern fort. Ein wichtiger Bestandteil ist neben der Begleitung eines abgestimmten umweltorientierten Indikatorensetzes der Länder-Initiative Kernindikatoren (LIKI) der Erfahrungsaustausch unter den Vertreterinnen und Vertretern der Länder. Die Bund-Länder Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Entwicklung stellt die gegenwärtigen Aktivitäten der Länder zusammen.

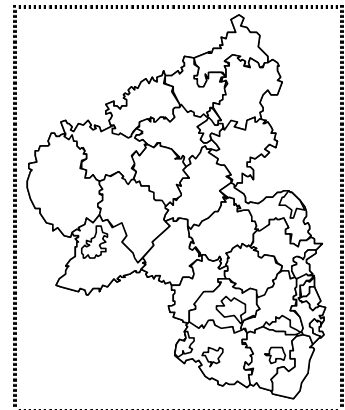


Es existieren zunehmend Vorhaben zur Erstellung von Nachhaltigkeitsstrategien, wenngleich die Ökologie nach wie vor eine gewisse Dominanz hat. Rheinland-Pfalz ist eines der ersten Länder mit einer umfassenden Nachhaltigkeitsstrategie, da es seit dem Jahr 2000 über ein „Agenda 21-Programm Rheinland-Pfalz“ verfügt und auf dieser Basis 2005 die erste Nachhaltigkeitsstrategie herausgegeben hat (siehe Abschnitt 1.2). Schleswig-Holstein legte 2003 die Strategie „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ im vergleichbaren Umfang vor und das Land Mecklenburg-Vorpommern fasste seine Ziele und Maßnahmen 2006 in der „Landesagenda Mecklenburg-Vorpommern“ zusammen. Die Flächenländer Baden-Württemberg, Niedersachsen und Sachsen werden voraussichtlich 2007 eine erste Nachhaltigkeitsstrategie vorlegen, die Länder Brandenburg und Sachsen-Anhalt initiieren in diesem Jahr eine Strategie. Weitere Länder, u. a. Bayern und Saarland, verfolgen weiterhin Umweltagenden. Die Stadtstaaten haben Ansätze, die sich eher an Prozessen zur Lokalen Agenda orientieren, die nur bedingt mit Nachhaltigkeitsstrategien von Flächenstaaten zu vergleichen sind.



1.3.5. Die kommunale Umsetzung in Prozessen zur Lokalen Agenda 21 in Rheinland-Pfalz

In den Kommunen wurde die Nachhaltige Entwicklung über Prozesse einer Lokalen Agenda 21 etwa im gleichen Umfang umgesetzt wie im Jahr 2002. Einen wesentlichen Fortschritt konnte durch das „zyklische Nachhaltigkeitsmanagement“ im Rahmen des von ICLEI durchgeführten „Projekt 21“ erreicht werden. Beim Nachhaltigkeitsmanagement geht es analog zur Nachhaltigkeitsstrategie um den Aufbau von Strukturen, die Umsetzung von Zielen und Maßnahmen sowie eine kontinuierliche Verbesserung des Managements. Im Mittelpunkt steht neuerdings die Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten, darauf aufbauenden Handlungsprogrammen und eine



¹⁵ Etwa auf der Konferenz „Strategien für Nachhaltigkeit – Die Rolle der Bundesländer für die Umsetzung nachhaltiger Entwicklung“ am 05. Juli 2007 in Berlin

ständige Wiedervorlage im Kommunalparlament. Der Nachhaltigkeitsbericht, der Ausgangspunkt, Ziele und Indikatoren umfasst, spielt hierbei eine zentrale Rolle. Ziel soll es sein, einzelne Handlungsfelder mit der nötigen Priorität nacheinander und zielorientiert umzusetzen. Damit folgt das Projekt 21 der Philosophie von Reduzierung–Verknüpfung–Verstetigung.

Die Städte Koblenz, Osthofen und Zweibrücken sowie die Verbandsgemeinden www.iclei-europe.org Göllheim, Hauenstein, Kandel, Neuerburg und Wörrstein wirken am Modellvorhaben mit, das in den kommenden Jahren auf weitere Gemeinden übertragen werden soll.

Die Landeszentrale für Umweltaufklärung (LZU) veranstaltet für die kommunalen Akteure einen alljährlich stattfindenden Jahreskongress, der aktuelle Themen der Nachhaltigen Entwicklung auf kommunaler Ebene vorstellt und diskutiert. Weiterhin befördern dezentrale Veranstaltungsreihen wie die „Wasgauer Gespräche“, die Marienenstatter Zukunftsgespräche und die Veranstaltung „Zukunftsfähiger Hunsrück“ Ideen, Beispiele und Konzepte für eine Nachhaltige Entwicklung in der Region. Damit sollen vor Ort Kristallisationspunkte für Interessierte und Aktive geschaffen werden, an denen sich später die Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz anschließen kann.

Erkenntnisse aus einem Fachgespräch

Das bundesweite Fachgespräch „Ziele und Indikatoren für eine integrierte Steuerung der lokalen Nachhaltigkeit – Das Modell Projekt21“ hatte im Februar 2007 zur Vorstellung und Diskussion der ersten Umsetzungen nach Mainz eingeladen. Dabei wurde klar, dass die Kommunen für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie durch gemeinsame Schnittstellen unverzichtbar sind, da sich die Lebensqualität letztlich vor Ort abbildet und das Land auf die Kommunikationskompetenz der lokalen Akteure angewiesen ist. Es geht insbesondere um Themen wie

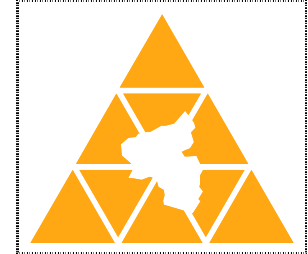
- Flächennutzung und Bauleitplanung
- Ent- und Versorgung
- Nahwärme und Ressourceneinsparung
- Soziale Infrastruktur, Umsetzung der demografischen Entwicklung und Familienfreundlichkeit als zentrale Politiksetzung im Land.

Der Nachhaltigkeitsrat (vertreten durch Angelika Zahrnt, Bundesvorsitzende des BUND) begrüßt den „nüchternen und pragmatischen, aber schwungvollen“ Ansatz, um die überfällige Einbindung der Lokalen Agenda 21-Prozesse in Verwaltungshandeln zu erreichen. Ausgangspunkt hier ist die zentrale Bedeutung der Kommunen bei der Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung. Gerade die kommunalen Akteure können den Menschen mit seinen Bedürfnissen besonders gut einbinden.

Die Verbindungen zwischen verschiedenen Ebenen sind aus Sicht des Rates für Nachhaltige Entwicklung wesentlich auszubauen: So wie Kommunen Ziele der nationalen und der rheinland-pfälzischen Nachhaltigkeitsstrategie aufgreifen sollen, so sollen die Erfahrungen und Ziele kommunaler Ansätze in die übergeordneten Strategien mit einfließen. Ein Beispiel ist hier die von der Bundesregierung angestrebte Flächeninanspruchnahme (maximal 30 ha Zuwachs pro Tag).

2. Struktur und Prozess des Agenda 21-Programms: die Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz

Der Erfolg der Strategie misst sich anhand der Integration in alle Politikfelder, Wirtschafts- und Lebensbereiche. Dafür sind eine enge Kooperation, ein ausführlicher und transparenter Dialog, erfüllbare und konsensfähige Zeit- und Sachziele sowie konkretes Handeln notwendig. Genauso wichtig ist die schlüssige Zusammenstellung aller relevanten Handlungsfelder:



„So soll die Nachhaltigkeitsstrategie auch zukünftig die ökonomischen Bedürfnisse, ökologischen Erfordernisse und den sozialen Ausgleich für heutige und zukünftige Generationen anstreben, aufgreifen und sichern. Die Strategie bindet die ökonomischen Lebens- und Entwicklungsbedürfnisse der Menschen in Rheinland-Pfalz ein. Ebenso werden die natürlichen Lebensvoraussetzungen in Rheinland-Pfalz und als Teil der global bedeutsamen Ökosysteme bewahrt. Zugleich fördert die Nachhaltigkeitsstrategie die Menschen darin, ihre sozialen und kulturellen Bedürfnisse zu erfüllen.“

Diese inhaltliche und methodische Herausforderung benötigt eine Vorgehensweise, die sich infolge der bisherigen Erkenntnisse bewährt hat. Die Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz soll

- alle **drei Nachhaltigkeits-Dimensionen** (Ökologie, Ökonomie, Sozial-Kulturelles) gleichberechtigt aus Sicht des Menschen und seiner Anforderungen sowie in besonderer Verantwortung für die natürlichen Systeme berücksichtigen,
- die **wesentlichen Ziele** und deren Zusammenhänge kompakt und systematisch darstellen,
- die Ziele mit möglichst **wenigen Indikatoren** operationalisieren,
- die **politische und wissenschaftliche Entwicklung** bei Nachhaltigkeitsstrategien berücksichtigen,
- die politischen und gesellschaftlichen Akteure als Partner durch eine neue Form der **Kooperation** einbinden sowie
- **differenzierte und konkrete Umsetzungen** durch die gesellschaftlichen Akteure anstoßen und koordinieren.

Die Handlungsfelder und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie sollen generell zustimmungsfähig sowie objektiv bedeutend und prägnant sein. Die Strategie soll sowohl umfassend und schlüssig sein als auch die besonderen Herausforderungen des Landes Rheinland-Pfalz berücksichtigen. Dafür baut die Nachhaltigkeitsstrategie auf aussagekräftige Indikatoren, zwischen denen auch ein produktives Spannungsfeld bestehen darf. Die Darstellung des Indikatorenverlaufs hilft, die Entwicklung aufzuzeigen und zu kontrollieren sowie klare Ziele und entsprechende Instrumente zu formulieren. Dabei kommt den Indikatoren eine Signalwirkung zu. Sie sind nur dann wirksam, wenn sich alle Akteure daran messen lassen, die gewünschte Entwicklung engagiert mitzugestalten¹⁶.

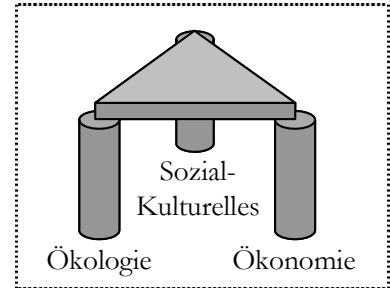
¹⁶ Die weiteren Aufgaben von Indikatoren werden in Abschnitt 2.4, S. 31ff. erläutert.

Die gesellschaftlichen Gruppen und die Öffentlichkeit begleiten die Entwicklung kritisch und konstruktiv. So sollen von der Nachhaltigkeitsstrategie nicht nur wichtige Impulse in die Politik, sondern auch zu den gesellschaftlichen Akteuren ausgehen, insbesondere auf der kommunalen Ebene.

Damit wird der mit dem Dritten Agenda 21-Programm angestoßene gemeinsame Such- und Lernprozess fortgeführt, der die Perspektiven für Rheinland-Pfalz zur Diskussion stellt. Dieser Prozess bildet die Grundlage für die weitere Entwicklung. Gerade deshalb setzt die Nachhaltigkeitsstrategie ganzheitlich an und geht weit über die häufig isolierte Umweltbetrachtung hinaus. Stattdessen baut die Strategie gleichberechtigt auf den drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales auf. Folglich soll die Analyse inhaltlich so ausgewogen sein, dass sich die Landesregierung und die gesellschaftlichen Gruppen mit dem Ansatz identifizieren können.

2.1. Integration der ökologischen, ökonomischen und sozial-kulturellen Aspekte

Die ökologischen, ökonomischen und sozial-kulturellen Aspekte sind gerecht miteinander zu vereinbaren, sodass heutige und zukünftige Generationen ihre Bedürfnisse befriedigen können. Dabei handelt der Mensch in seinen gesellschaftlichen und ökonomischen Systemen und soll gleichzeitig die natürlichen Lebensgrundlagen durch gerechte und kluge Nutzung langfristig sichern.



Jede der drei Säulen ist ein wichtiger Bestandteil der gesamten Entwicklung, aber nur alle drei zusammen bilden ein tragfähiges Konstrukt. Dies heißt einerseits, dass jede Fragestellung nach ihren ökologischen, ökonomischen und sozial-kulturellen Aspekten zu beurteilen ist. Andererseits ist durchaus eine Schwerpunktsetzung möglich: Manche nachhaltigkeitsrelevanten Themen sind tendenziell ökologisch, andere eher sozial-kulturell oder ökonomisch orientiert. Andere Themen wiederum beziehen sich gleichzeitig auf zwei Dimensionen oder auf alle drei Dimensionen. Diese übergreifenden Merkmale sind im „Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreieck“ (siehe Abbildung 5) darstellbar.

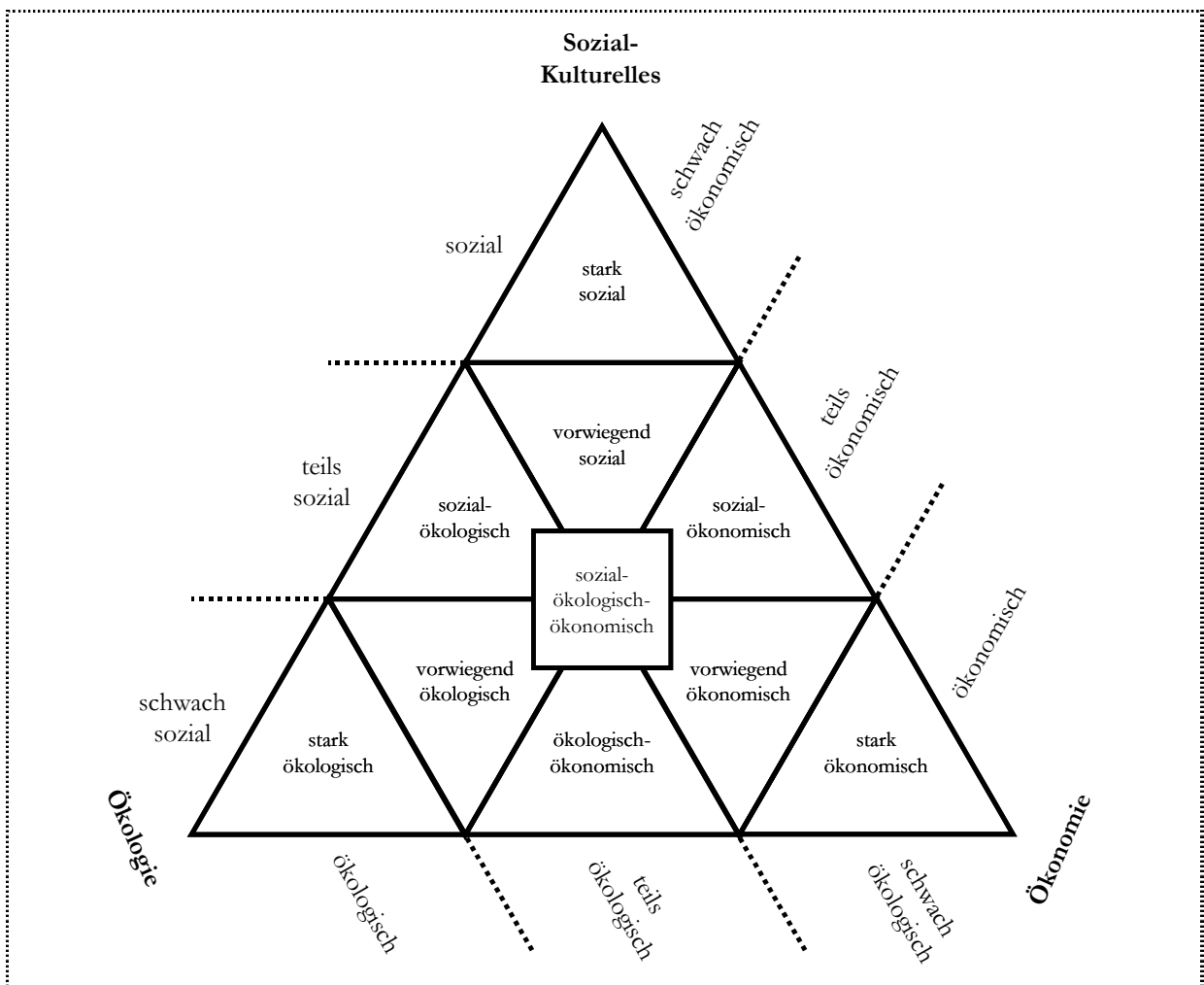


Abbildung 5: Felder im Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreieck

Die einzelnen Felder sind wie folgt zu interpretieren:

- Jede **Ecke** steht für eine der Nachhaltigkeits-Dimensionen: Ökologie, Ökonomie und Sozial-Kulturelles. Dies lehnt sich an das frühere Drei-Säulen-Modell an. Ein Feld direkt in der Ecke wird hauptsächlich dieser Dimension zugeschrieben.
- Die Ecken stehen jedoch nicht isoliert voneinander, sondern spannen das **Dreieck** für die verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung auf. Darin hat jedes Feld Bezüge zu allen drei Ecken. Je weiter ein Thema von einer Ecke entfernt ist, desto weniger ist es der jeweiligen Ecke allein zuzuordnen. Drei Grade existieren: starke, teilweise und schwache Zuordnung.
- Die **schwerpunktmäßige Zuordnung** ergibt sich aus der direkten Begründung des Aspekts. So sind ökologische Zustandsindikatoren hauptsächlich in der ökologischen Ecke einzuordnen. Ökoeffizienz hingegen ist bereits per Definition ökonomisch-ökologisch, indem eine ökonomische Leistung ins Verhältnis zur Naturnutzung gestellt wird.
- Die **Felder** stellen also durch die Einordnung im Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreieck verschiedene Zusammenhänge dar:
 - Die Felder nahe einer Ecke stehen für eine weitgehend eigenständige Nachhaltigkeits-Forderung der jeweiligen Nachhaltigkeits-Dimension, also wie bisher eine der Nachhaltigkeits-Säulen.
 - Die zwischen zwei Ecken stehenden Felder vermitteln zwischen den beiden „Denkweisen“ und zeigen besonders die Schnittstellen auf.
 - Schließlich hängt das zentrale Feld mit allen Feldern gleichermaßen zusammen und ist daher ein „Nachhaltigkeits-Feld im besten Sinne“.

Die Systematik des Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreiecks unterstützt somit die geordnete Analyse der Zusammenhänge im Wechselspiel von ökologischen, ökonomischen und sozial-kulturellen Ansprüchen. Dabei wird verhindert, dass die Aspekte nur isoliert voneinander oder aber völlig undifferenziert als „nachhaltig“ deklariert werden. Die Diskussionen während des Konsultationsprozesses zum Dritten Agenda 21-Programm haben gezeigt, dass zur Einordnung ein systematisches Vorgehen notwendig ist.

2.2. Erstellungsprozess der Fortschreibung zur Nachhaltigkeitsstrategie

Der Ministerrat hat das Dritte Agenda 21-Programm, zugleich Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz, im Dezember 2005 zur Kenntnis genommen und dem Landtag zugeleitet. Im Anschluss startete ein umfassender Kommunikationsprozess über verschiedene Medien, der v. a. die Fachöffentlichkeit und verschiedene politische Akteure ansprechen sollte. Die Ansprache mündete in zahlreichen Rückmeldungen, auf dem diese Fortschreibung aufbaut und auf deren Grundlage nun die Umsetzung in Regierungshandeln bis 2009 weiter forciert werden soll. Auch ist die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie mit einer darauf basierenden Schwerpunktbildung und verwendbaren Indikatoren beabsichtigt.

a) Kommunikation der ersten Nachhaltigkeitsstrategie (Drittes Agenda 21-Programm)

Die Nachhaltigkeitsstrategie kann nur dann Wirkung entfalten, wenn sie als übergeordnete Referenz, mit der sich Rheinland-Pfalz den verschiedenen Herausforderungen stellt, akzeptiert wird. Es soll deutlich werden, dass die Nachhaltigkeitsstrategie einen „Mehrwert“ bietet. Alle Akteure sind eingeladen, das Handeln anhand der Ziele zu überprüfen und konstruktiv an der Umsetzung mitzuwirken. Die Akteure können eigene Nachhaltigkeits-Programme oder nachhaltigkeitsorientierte Fachberichte/Fachpläne erstellen, in denen die Nachhaltigkeitsstrategie eine Konkretisierung findet.

Die Nachhaltigkeitsstrategie wird breit in die Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Verbände hinein kommuniziert. Der Dialog dient insbesondere zur Fortführung des offenen Such- und Lernprozesses. Eine besondere Herausforderung liegt darin, gemeinsam und einheitlich zu Handeln und unterschiedlichste, bislang nicht systematisch eingebundene Akteure in den Prozess einzubeziehen. Die Antworten und Vorschläge der verschiedenen Akteure werden gleichberechtigt aufgenommen, verarbeitet und beantwortet. Dafür wird eigens eine zielgruppenorientierte Dialogstruktur aufgebaut.

Nach Fertigstellung der Nachhaltigkeitsstrategie im Dezember 2005 und der ersten Präsentation im Februar 2006 folgte eine intensive Kommunikationsphase. Bei der Kommunikation wurde auf ein abgestimmtes und zielgerichtetes Vorgehen geachtet, da das Agenda 21-Programm bzw. die Nachhaltigkeitsstrategie eine sehr große Bandbreite der Akteure anspricht. Die Nachhaltigkeitsstrategie und der dahinter liegende Prozess wirken somit in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus:

- **Druckfassung:** Fast 700 bedeutende Stellen in Rheinland-Pfalz (darunter Ressorts, beteiligte Referentinnen und Referenten, Wissenschaftseinrichtungen, alle Kommunen, Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Tagungen) sowie nationale und internationale Akteure haben eine aufbereitete Kurzfassung der Nachhaltigkeitsstrategie im August 2006 erhalten. Damit sind die relevanten Akteure in Rheinland-Pfalz erreicht und sensibilisiert.
- Die **Website www.agenda21.rlp.de** ist im Internet etabliert. Sie geht über das elektronische Angebot anderer Nachhaltigkeitsstrategien weit hinaus, da Inhalte aufbereitet dargestellt sind und innovative Funktionen (Beispieldatenbank, ...) eingebunden sind. Die Website bietet eine hervorragende Plattform für weitere Entwicklungen (insbesondere Dialogfunktionen, Vernetzung der Akteure etc.).

Eine Postkartenaktion warb Ende Oktober 2006 bei über 600 Akteuren in Rheinland-Pfalz für das Internet-Angebot zur Nachhaltigkeitsstrategie, worauf die Besucherzahlen des elektronischen Angebots spürbar stiegen. Am Navigationsverhalten zeigte sich aber, dass die Nachhaltigkeitsstrategie in der elektronischen Form – und vermutlich auch in der gedruckten Form – noch weiter zielgerichtet kommuniziert werden muss.

- Die Nachhaltigkeitsstrategie wurde in **Rheinland-Pfalz, national und international** zu verschiedenen Gelegenheiten vorgestellt und mit verschiedenen Partnern diskutiert:
 - hinsichtlich der Systematisierungsmethode auf der International Sustainability Conference in Basel (November 2005),
 - in einer eigens einberufenen Pressekonferenz (Februar 2006),
 - bei der BASF (Februar/März 2006),
 - über die Vorstellung in der Bund-Länder Arbeitsgemeinschaft Nachhaltige Entwicklung (Frühjahr 2006),
 - beim Austausch mit der Landesregierung Schleswig-Holstein und dem Rat für Nachhaltige Entwicklung (März 2006),
 - auf dem Landeskongress Lokale Agenda in Kaiserlautern (Mai 2006),
 - bei Vorstellungs- und Diskussionsveranstaltungen im damaligen Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur (Juni 2006),
 - in Abteilungen des MUFV (August und Oktober 2006),
 - als klare Botschaft von Frau Staatsministerin Conrad auf der Podiumsdiskussion während des Jahreskongresses des Rates für Nachhaltige Entwicklung im September 2006 („es gibt kein Theorie- sondern vielerorts ein Umsetzungsdefizit“). Dabei wurde deutlich, dass Rheinland-Pfalz mit der Nachhaltigkeitsstrategie bei der Umsetzung bundesweit führend ist,
 - vor einer mongolischen Delegation aus Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, die ein großes Interesse an der Konzeption zeigte und Referenzen für eigene nationale Entwicklungsansätze sieht (September 2006),
 - auf einem Netzwerkpartner-Treffen des Effizienznetzes Rheinland-Pfalz – EffNet (Oktober 2006),
 - als Eingangsreferat auf der Tagung „Verwaltungsmodernisierung“ der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer (Oktober 2006),
 - auf der Deutsch-Koreanischen Konferenz „Stärkung des Umweltschutzes“ (November 2006),
 - auf der Conference on Sustainable Development in Delhi (Januar 2007) auf Einladung von Herrn Dr. Pacchauri (Präsident von TERI/Delhi und Vorsitzender des IPCC),
 - bei einem Treffen der deutsch-amerikanischen Arbeitsgemeinschaft Umwelt (März 2007) sowie
 - auf der Großen Dienstbesprechung der Wasserwirtschaftsverwaltung anlässlich ihres 20jährigen Bestehens (April 2007).
 - Die Nachhaltigkeitsstrategie stellte sich im Juli 2007 einer Veranstaltung von führenden Umweltverbänden zu den Nachhaltigkeitsaktivitäten der Länder, auf der die wirksame Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung gefordert wurde.
 - Weiterhin hat die Wissenschaftsgemeinde in Fachveröffentlichungen von der Nachhaltigkeitsstrategie in Rheinland-Pfalz und deren methodischem Vorgehen Kenntnis genommen, was die hohe Relevanz und Qualität des hiesigen Ansatzes unterstreicht.

b) Rückmeldungen aus *Dialog 2006-2007 und Konsultation 2007*

Der Austausch mit den verschiedenen Akteuren über die Nachhaltigkeitsstrategie führte zu wichtigen Empfehlungen für die anstehende Weiterentwicklung zur Nachhaltigkeitsstrategie 2009. Die vorliegende

Fortschreibung stellt diese Anforderungen an eine Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie vorab dar und zieht eine Zwischenbilanz der Indikatoren. Auch aus der Konsultation der Ressorts und der gesellschaftlichen Gruppen im Rahmen der Fortschreibung 2007 ergaben sich wichtige Hinweise, die bereits in die Perspektiven für Rheinland-Pfalz (Kapitel 3) eingearbeitet sind.

Besonders bedeutend für die Fortschreibung sind folgende Erfahrungen und Erkenntnisse:

- Die Nachhaltigkeitsstrategie – wie sie in Rheinland-Pfalz umgesetzt wird – ist ein **Novum**. Als solche erfährt sie hohe Anerkennung, insbesondere die Zusammenstellung der Handlungsfelder und Indikatoren innerhalb des Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreiecks.

Allerdings sind stets die für den jeweiligen Kontext relevanten Punkte der Strategie hervorzuheben und die Zielgruppen angemessen anzusprechen. Damit ist die Nachhaltigkeitsstrategie das zentrale politische und fachliche „Basis- und Hintergrundpapier“, das zielgerichtet umgesetzt wird und gleichzeitig die Gesamtheit der Ziele im Auge behält.

Eigene Analysen verbunden mit Experteneinschätzungen aus dem Bereich nationaler und sub-nationaler Nachhaltigkeitsstrategien machen deutlich, dass eine weitere Konzentration auf wenige und besonders bedeutsame Handlungsfelder bzw. „Leuchttürme“ notwendig ist. Dies ist stets mit einem intensiven und dauerhaften Dialog zu begleiten.

- Es stellte sich häufig die Frage, wie die **Landesregierung** die Nachhaltigkeitsstrategie in eigenes Handeln umsetzt, „*wie nachhaltig man denn sei*“. Es wurde dabei klar, dass viele gute Beispiele genannt werden können, es letztlich aber auf wirksame nachhaltigkeitskonforme Strukturen und auf die Umsetzung in den politischen Alltag ankommt. Dies soll auch gerade Veränderungen innerhalb der Organisationen (Regierung, Behörden, Wirtschaft, Haushalte etc.) einschließen, wofür auch stets die mitarbeitenden Menschen einzubeziehen sind. Expertinnen und Experten empfahlen insbesondere eine noch mehr übergeordnete Verankerung, die etwa auch die Politikplanung im Wirtschafts- und Finanzbereich mit einbezieht.

Besonders relevant ist in diesem Kontext, dass Nachhaltige Entwicklung sich unter ausgewogener Berücksichtigung der drei Nachhaltigkeits-Dimensionen im tatsächlichen Handeln von Politik und Regierung (einschließlich Kommunen) widerspiegelt: „*Wir stellen fest, dass bei Entscheidungen bei vielen Projekten letztlich nicht die Kriterien der Nachhaltigkeit, sondern ökonomische Kriterien zum Zuge kommen. Dies gilt erfahrungsgemäß auch für Bauprojekte im kommunalen Bereich. Wir regen hiermit an zu überprüfen, wie durch finanzielle Anreize und gesetzliche Vorgaben ökologische Aspekte mindestens gleichberechtigt neben ökonomischen stehen können. ... Wir begrüßen in dem Agendaprozess den Ansatz der Bürgerbeteiligung und ihren Ausbau. Diese führt dann jedoch zu Frustrationen, wenn sie schließlich doch durch ökonomische Zwänge konterkariert wird.*“ (eine kirchliche Institution)

- Der Dialog muss weiter fortgeführt und weiter intensiviert werden. Es hat sich gezeigt, dass **Transparenz und Rückmeldungen** – auch innerhalb der Landesregierung – essenziell sind. Insbesondere das Vorgehen abseits der gewohnten Wege in der Regierung erfordert stets viel Abstimmung und Dialog. Das dem Agenda 21-Prozess und der Landesregierung entgegengebrachte Vertrauen der gesellschaftlichen Gruppen ist anzuerkennen und zu beantworten.

Es ist aber auch deutlich geworden, dass eine fachlich tiefgründige Diskussion spezielle **Beteiligungs- und Dialogformen** braucht. Dazu zählen beispielsweise Konsultationstreffen, Stellungnahmen, Vorstellungen vor Fachleuten mit spezifischem Fokus.

- **Indikatoren** sind stets sorgfältig auszuwählen, dementsprechend wurden sie während der Konsultation besonders kritisch begutachtet. Es zeigte sich aber, dass nur wenige der zusätzlich vorgeschlagenen Indikatoren die an sie gerichteten Kriterien (siehe S. 31) erfüllen. Es muss das Bestreben sein, die Nachhaltigkeitsstrategie und ihre Handlungsfelder und Indikatoren in der nächsten Zeit weiter zu verbessern. Dies betrifft insbesondere Indikatoren der sozialen Dimension wie beispielsweise die vorzeitige Sterblichkeit oder die Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld.
- Mehrere Akteure aus Rheinland-Pfalz sprechen die **Auswahl und Selektion** der Handlungsfelder an. Die Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern warnt vor einem zu weiten Spektrum: „... Die thematische Breite darf jedoch nicht den Eindruck der Beliebigkeit machen. Im Sinne einer strategischen Bündelung wird deshalb angeregt die Anzahl der perspektivischen Indikatoren nicht weiter zu erhöhen.“ Eine kirchliche Einrichtung wünscht sich eine stärkere Priorisierung der ökologischen Dimension, was auf die konventionelle Stroßrichtung vieler bisheriger Nachhaltigkeitsstrategien hinweist: „Wir weisen allerdings darauf hin, dass in einer so breit angelegten Themenvielfalt die Gefahr besteht, dass die Umweltproblematik nur noch randständig erscheinen könnte“.
Neben dieser systemischen Entscheidung bestehen oftmals konkrete Vorschläge zur Aufnahme weiterer Handlungsfelder und fachlicher Themen. Die Notwendigkeit zur Konzentration auf besonders relevante Handlungsfelder und die Abwägungen bei der Indikatorenauswahl kann jedoch nicht alle Einzelinteressen abbilden. Gerade Themenkomplexe wie Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Wasserversorgung, Wasserentsorgung und Gewässerschutz werden häufig als eigenständige Nachhaltigkeitsthemen eingefordert, was die funktionelle Aufteilung der Verwaltung nachbildet.
Auf jeden Fall ist die Gefahr zu vermeiden, dass die Nachhaltigkeitsstrategie zu einem Flickwerk und Sammelsurium einzelner Ansprüche und Wünsche wird und der langfristige, bewusst fokussierende Charakter verloren geht. Die Fortschreibung bis 2009 sollte daher einen umfassenden Dialog mit kritischer Bestandsaufnahme und noch passgenaueren Zielen und Indikatoren anstreben.
- Es wurde deutlich, dass die **internationale Verantwortung** als eine wichtige Basis der Nachhaltigen Entwicklung auch auf Landesebene ambitionierter aufgenommen werden sollte. Das bedeutet auch eine breitere Thematisierung über die „Partnerschaft mit Ruanda“ hinaus. Die Einbindung der internationalen Verantwortung bietet sich im Rahmen einer „Querschnittsaufgabe“ an, die alle Handlungsfelder durchwirkt.
- Die Nachhaltigkeitsstrategie muss eng mit dem Bereich **Bildung** verbunden werden. Ein Aspekt ist dabei die „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“.
- Ebenso wurde der Wunsch geäußert, insbesondere im Bereich des **Naturschutzes** mehr „Wirkungszusammenhänge“ aufzuzeigen. Jedoch scheint dies für die Nachhaltigkeitsstrategie zu umfänglich und würde die Umweltperspektive zu stark fokussieren. Für die vorgebrachten Anliegen sind eigene Fachpublikationen und eine abgestimmte Umweltbeobachtung auf Fachebene zu empfehlen. Damit wird die Nachhaltigkeitsstrategie weiter konkretisiert.
- Aus der Diskussion um den **Entwurf des vierten Landesentwicklungsprogramms** erwachsen weitere Vorschläge, etwa konkrete Zielwerte für Indikatoren, die auch für eine weitere Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie relevant sein können.

- Die **kommunale Ebene** ist noch stärker in die Nachhaltigkeitsstrategie einzubinden. Viele bedeutende Ziele, etwa die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme, sind unweigerlich auf die Auseinandersetzung vor Ort angewiesen.
- Ebenso ist die **europäische Ebene** (u. a. die Lissabon-Strategie) entsprechend zu berücksichtigen, wengleich der deutsche Rahmen maßgeblicher für Rheinland-Pfalz ist.
- Die **demografische Entwicklung** ist ein zentrales Anliegen der Landesregierung, da hier Gestaltungsmöglichkeiten des Landes zusammen mit den Kommunen besonders stark ausgeprägt sind. Es gilt, die Schrumpfungs- und Alterungseffekte stets vor dem Hintergrund zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen des Landes zu sehen.

c) *Schwerpunkte der Fortschreibung 2007*

In Rheinland-Pfalz hat sich ähnlich wie auf der nationalen Ebenen gezeigt, dass nennenswerte Fortschritte in einem zweijährigen Zyklus kaum zu erwarten sind. Vielmehr bremst eine kurze Abfolge eher Initiativen zur Umsetzung, wenn eine Nachhaltigkeitsstrategie sich in ihren vielfältigen Anwendungsgebieten kaum entfalten kann. Überdies lässt die langfristige Ausrichtung der Ziele und Indikatoren kaum kurzfristige Erfolge erkennen. In diesem Sinne war es erforderlich, die Struktur und Methodik des vorliegenden Agenda 21-Programms weitgehend unverändert zu lassen. Das heißt, die Indikatoren, Beispiele und Daten werden aktualisiert und marginal erweitert, die Grundstruktur bleibt erhalten.

Eine Integration ins Regierungshandeln ist unabdingbar, wenn Nachhaltigkeit wirksam werden soll. Nur wenn die Nachhaltigkeit die gesamte Regierungsarbeit durchwirkt, ist sie ein essenzieller Beitrag für das zukunftsichernde politische Denken und Handeln. Die Nachhaltigkeit erweitert die Gestaltungsmöglichkeiten durch einen schlüssigen Wirkungsverbund, der einen Orientierungsrahmen bietet und durch Bündelungseffekte Freiräume schafft. Integrative Elemente müssen die sektoralen Ansätze ergänzen. Daher behandeln die nachfolgenden Ausführungen eine integrierte Politikgestaltung in Rheinland-Pfalz, die künftig einen wesentlichen Stützpfeiler nachfolgender Agenda 21-Programme bzw. Nachhaltigkeitsstrategien darstellen sollen.

d) *Angedachte Fortschreibung über 2007 hinaus*

So genannte „Leuchttürme“ auf Grundlage der Nachhaltigkeitsstrategie sollen eine vertiefte Beschäftigung für die Umsetzungsphase von 2007 bis 2009 ermöglichen. Die Leuchttürme konzentrieren das Spektrum aller Handlungsfelder weiter auf ein machbares Bündel mit herausragenden Beiträgen, ohne die weiteren Handlungsfelder außer Acht zu lassen. Damit verbunden ist die Einbindung verschiedenster Akteure und die gezielte Kommunikation der Ergebnisse.

Jeder Leuchtturm soll das Feld kreativ und vorausschauend mit Indikatoren und weitergehenden Diskussionen erschließen, quantitative Zielmaße diskutieren sowie Instrumente und entscheidende Weichenstellungen umfassen:

- Für den Bereich der **Innovationen**, besonders im Bereich der Ressourcennutzung und des Klimaschutzes, könnte beispielsweise der Indikator „CO₂-Emissionen“ als ein Schlüsselindikator die Verursachungs- und Einsparstrukturen aufzeigen. Hiernach sind effiziente Lösungen wie Clean Development Mechanisms (CDM) oder auch ökoefiziente Technologien aufzuzeigen, um einen ökologisch wirksamen Beitrag zu leisten sowie gleichzeitig soziale und wirtschaftliche Entwicklungsziele zu unterstützen. Gerade durch Ökoefizienz können Unternehmen und Gebietskörperschaften

den nötigen Strukturwandel hin zu einer ressourceneffizienten Wirtschaft in Rheinland-Pfalz verankern.

- Weitere attraktive Leuchttürme wären zunächst die **Siedlungsentwicklung**, die einen Akzent in räumlichen Nachhaltigkeitspolitik zusammen mit den Kommunen setzen kann,
- das für Rheinland-Pfalz besonders bedeutende Schwerpunktfeld des **Bürgerengagements**, das durch die internationalen Komponenten der Partnerschaften erweitert werden kann,
- die **Bildung** als eine der wichtigsten zentralen Aufgaben für eine zukunftsfähige Gesellschaft, wozu auch die Bildung für Nachhaltige Entwicklung zu berücksichtigen ist sowie
- die konkrete Änderung der **Konsum- und Produktionsmuster**, die ganz entscheidend in viele Handlungsfelder der Nachhaltigkeitsstrategie ausstrahlen.
- Ebenso sind die **Querschnittsaufgaben** wie die Geschlechtergerechtigkeit mit dem Kern der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einzubringen.

Über die Leuchttürme hinaus gibt es weitere sinnvolle Aspekte für die Weiterentwicklung, die etwa folgende Punkte umfassen könnten:

- Ein **erweiterter Dialog** mit entsprechenden Funktionen (beispielsweise Direktantworten/-impulse auf Textstellen, moderierte Foren) könnte auf der Website realisiert werden. Es kann mit Hilfe eines für Dialogveranstaltungen gängigen „Multi-Stakeholder-Forum“ auch eine Zieldiskussion, bei der die gesellschaftlichen Akteure ihre verschiedenen Vorstellungen miteinander austragen, angestrebt werden. Dies würde gesellschaftliche Gruppen in den politischen Entscheidungsprozess stärker einbinden und die vorhandenen Ziele nochmals qualifizieren.
- Die Ausarbeitung einer **Bewertungsmethode**, die das Regierungshandeln im Kontext der Nachhaltigen Entwicklung begleitet, beispielsweise bei Förderentscheidungen oder Gesetzesfolgenabschätzung. In Deutschland existieren hierzu mittlerweile erste Überlegungen, die Europäische Kommission hat mit einer Nachhaltigkeitsprüfung bereits seit mehreren Jahren Erfahrung gesammelt. Erste Vorarbeiten deuten darauf hin, dass die Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie zusammen mit dem Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreieck eine methodische Grundlage bilden können.
- So genannte „**Peer-Reviews**“ könnten – wie mittlerweile auf der internationalen Ebene praktiziert – auch zwischen den Ländern die weitere Entwicklung der Nachhaltigkeitsstrategien wesentlich unterstützen. Bei einem solchen „Review“ begutachten sich die Länder gegenseitig und fördern somit gemeinsame Prozesse.

2.3. Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft

Die Nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz ist als ein gemeinsamer Prozess von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufgestellt. Die relevanten Akteure wie z. B. Ministerien, Verbände, Unternehmen und engagierte Einzelpersonen, spielen eine entscheidende Rolle, ob und wie stark die Nachhaltigkeitsstrategie lebt. Letztlich zeigt sich der Erfolg aber im Alltag auf allen Ebenen:

„Das Nachhaltigkeitsprinzip ist [...] ein Entscheidungsprinzip für jedermann. Es bedeutet, Entscheidungen zu Hause, am Arbeitsplatz oder in den Bildungs- und Forschungsstätten mit Umsicht und Weitsicht zu treffen. In die Entscheidungsprozesse sollen die Beachtung der Neben- und Spätfolgen mit einfließen. Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung können hierdurch nicht verhindert, aber auf ein sinnvolles Maß zurückgeführt werden.“¹⁷

Damit wird in Rheinland-Pfalz der bedeutsame Aspekt der Partizipation gemäß der von der Weltgemeinschaft beschlossenen Agenda 21 verwirklicht. Mit den dortigen Kapiteln 23 bis 32 stellt der dritte von vier Agenda 21-Abschnitten allgemein die Bedeutung der Akteure heraus. Kapitel 27 befasst sich eigens mit der „Stärkung der Rolle nichtstaatlicher Organisationen – Partner für eine Nachhaltige Entwicklung“.

Infolge der hohen Bedeutung der Partizipation werden die rechtlich verfassten Entscheidungsträger die Kooperation und Kommunikation als Basis einer Politik für Nachhaltige Entwicklung aufnehmen, ohne aber die eigene Verantwortung abzugeben. Die Einbindung der gesellschaftlichen Entscheidungsträger auf Landes- und lokaler Ebene umfasst u. a. die Industrieverbände, Verbraucherorganisationen, Arbeitnehmervertretungen, Umweltverbände, Sozialverbände und Kirchen. Dabei kann das Land auf zahlreiche Kooperationsvereinbarungen mit Kammern und Verbänden bauen: Handwerkskammern, Industrie- und Handelskammern, Architektenkammer, Ingenieurkammer, Sparkassen- und Giroverband, Hochschulen, Bundeswehr.

Im Folgenden werden drei Integrationsaspekte ausführlicher dargestellt. An diesen Stellen der Landespolitik, der Wirtschaftsstrukturen und der lokalen Akteure wird die Realisierung der Nachhaltigen Entwicklung ganz wesentlich entschieden.

2.3.1. Integration in Regierungshandeln

Das bisherige Agenda 21-Programm Rheinland-Pfalz hat die Grundlage für die Nachhaltigkeit als politisches Entscheidungsprinzip bereitet. Darauf kann die vorliegende Nachhaltigkeitsstrategie aufbauen, um die Nachhaltige Entwicklung in Kooperation mit den gesellschaftlichen Akteuren noch effektiver in das Handeln der Landesregierung einzuflechten:

„Das Nachhaltigkeitsprinzip beansprucht [...], Grundprinzip politischer Entscheidungsprozesse in allen Sektoren zu sein oder zu werden. Fachpolitiker, die sich an volkswirtschaftlichen Erfordernissen und Herausforderungen orientieren, verbinden soziale und ökologische Probleme bereits beim Entstehen. Alle

¹⁷ Agenda 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz, S. 13.

staatlichen Planungen, Normsetzungen, Förderprogramme und Beschaffungen müssen sich folglich daran messen lassen, inwieweit sie nachhaltige Entwicklung begünstigen oder behindern.“¹⁸

Die Landesregierung nimmt dabei eine besondere Rolle ein, da ihr Handeln nach außen und nach innen wirkt: So beeinflusst sie zum einen das Bewusstsein durch Information, Beratung und vorbildliches Verhalten, sie vollzieht rechtliche Rahmenbedingungen oder sie initiiert und unterstützt Dritte. Hierbei ermöglichen gerade einfache und effiziente Verwaltungsverfahren zügige und kostengünstige Investitionen für eine Nachhaltige Entwicklung. Zum anderen bündelt die Landesregierung den Fachverstand, grenzt Zuständigkeiten klar ab und konzentriert staatliche Tätigkeiten auf das Wesentliche. Damit werden transparente und effiziente Strukturen geschaffen. Die Modernisierung der Verwaltung soll für diese Vorhaben als Chance genutzt werden.

Rheinland-Pfalz wird die Nachhaltige Entwicklung aber nicht einzig durch die eigene Nachhaltigkeitsstrategie realisieren können. Vieles ist nur zusammen mit der Europäischen Union und dem Bund umzusetzen. Viele Themenfelder unterliegen zudem eigenen gesellschaftlichen Dynamiken. Dennoch kann eine Landespolitik, die kohärent mit den Zielen der Nachhaltigen Entwicklung ist, einen bedeutenden Beitrag leisten. Die Europäische Union setzt die Politikkohärenz beispielsweise mit dem Cardiff-Prozess um. Ebenso kann Rheinland-Pfalz die Politik ganzheitlich durch staatliche Vorgaben, Gesetze, Abgaben und Zuschüsse sowie durch Beschaffungs-/Förderrichtlinien oder Berichterstattung beeinflussen.

a) **Gesetzgebung**

Das Land trägt mit einer nachhaltigkeitskonformen Gesetzgebung in vielen Bereichen wesentlich zur Durchsetzung der gewünschten Entwicklung bei. Mehrere Beispiele zeigen, dass dies möglich und sinnvoll ist:

- Es können die **Folgen von Gesetzen** abgeschätzt werden. Beispielsweise hat die Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer das „Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft“ (Landesnaturenschutzgesetz, LNatSchG) überprüft.
- Ein weiteres Beispiel: das Land Rheinland-Pfalz bekennt sich nachdrücklich zum **Gender Mainstreaming**¹⁹. Mit Beschluss vom 14. November 2000 hat sich die Landesregierung verpflichtet, grundsätzlich die Auswirkungen des politischen Handelns auf Männer und Frauen zu überprüfen. Die Gleichstellung ist demnach in und für Rheinland-Pfalz durchgreifend verankert:

„Die Gleichstellung von Frau und Mann ist durchgängiges Leitprinzip und soll bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Landesregierung, der Ministerien, der Staatskanzlei und der Landesvertretung gefördert werden.“²⁰

Seitdem wurden in den Ressorts Verfahren und Maßnahmen zur Umsetzung von Gender Mainstreaming entwickelt. Die folgenden Prüfkriterien zum Gender Mainstreaming dienen als Hilfestellung in der Praxis, besonders bei Gesetzentwürfen und sonstigen Ministerratsvorlagen ²¹:

¹⁸ Ebenda.

¹⁹ Siehe auch S. 44ff.

²⁰ *Gemeinsame Geschäftsordnung für die Landesregierung sowie für die Ministerien, die Staatskanzlei und die Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und der Europäischen Union (GGO), § 1 Abs. 3 Satz 1.*

²¹ § 1 Abs. 3 Satz 2 und Anhang 1 GGO.

- Sind Frauen unter- oder über**repräsentiert**?
- Sind die Lebens- und Arbeits**bedingungen**, Bedürfnisse und Interessen beider Geschlechter unterschiedlich?
- Ist die **Verteilung** wichtiger Ressourcen zwischen Frauen und Männern unterschiedlich? Zu den Ressourcen zählen u. a. Zeit, Raum, Geld, Bildung, Beruf und berufliche Laufbahn, neue Technologien, Gesundheitsversorgung, Wohnverhältnisse, Transportmöglichkeiten sowie Freizeitverhalten.
- Ist die Verteilung oder Inanspruchnahme von **Mitteln** unterschiedlich?
- Besteht eine besondere **Betroffenheit**, etwa bei Gewalt?
- Beeinflussen **Normen und Werte** die Geschlechterrollen?

Das Gender Mainstreaming wurde seitdem in verschiedene Gesetze – z. B. in das Hochschulgesetz, in das Schulgesetz, in das Landesmediengesetz und das Landesplanungsgesetz – integriert.

- Überdies wurde Mitte 2007 eine Vorlage „Beachtung der **Barrierefreiheit** bei der Gewährung von Zuwendungen, in Ausschreibungen und bei Auftragsvergaben sowie bei der Vergabe von Konzessionen“ in den Ministerrat eingebracht. Damit soll die Zugänglichkeit aller Lebensbereiche weiter intensiviert werden.

b) Beschaffungs- und Förderrichtlinien

Die Verwaltung gestaltet auf der Grundlage von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften die Beschaffung von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern. Außerdem sind zahlreiche öffentliche Einrichtungen zu bewirtschaften. Durch diese Aufgaben der Öffentlichen Hand kann das Land ganz wesentlich die Nachhaltige Entwicklung umsetzen, indem etwa angemessene Kriterien im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie zugrunde gelegt werden. Trotz knapper Finanzmittel können beispielsweise Wärme oder Strom durch Contracting ökonomisch eingespart werden.

Das Land entwickelt ebenso Förderrichtlinien, in denen die Nachhaltige Entwicklung durch entsprechende Kriterien angemessen und umfassend im Sinne der drei Dimensionen berücksichtigt wird:

- Es werden u. a. **bauliche Vorhaben** mit den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie abgestimmt, indem (Zuwendungs-)Bescheide in geeigneten Fällen u. a. mit einschlägigen Nebenbestimmungen versehen werden. Folgende Beispiele können genannt werden:
 - Baumaßnahmen sollen die barrierefreie Gestaltung beachten.
 - In Förderprojekten sind die Planungshilfen „Umweltschutz im Bauwesen“ und „Planungshilfe energiesparendes Bauen“ einzubinden.
 - Bei großen Bauvorhaben und in anderen geeigneten Fällen wird auf die Einrichtung einer Betriebskinder-tagesstätte hingewirkt.
 - In Bewilligungsbescheiden, insbesondere bei Investitionszuschüssen, ist die illegale Beschäftigung auszuschließen.
 - Das finanzielle Engagement des Landes ist durch grundbuchliche Absicherungen oder Berichts- und Genehmigungspflichten zu schützen.
 - Die soziale Wohnraumförderung bezieht den Baubestand verstärkt ein. Der Wunsch nach einer eigenen Wohnung wird in der Hälfte aller Fälle ohne Neubau im Bestand verwirklicht.
 - Seit Jahren begünstigt die Modernisierungsförderung die Verbesserung des Bestands mit dem Ziel der Einsparung von Energie durch Austausch der Fenster und Wärmedämmung der Fassaden.
 - Die Sportstättenförderung nimmt ökologische Kriterien dadurch auf, dass Fördermöglichkeiten durch einen „Öko-Check“ einschließlich dessen Umsetzung verbessert werden.

- Der LBB soll gemäß eigener Baurichtlinien Bauvorhaben mit einem Energiestandard, der 30 % unterhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Energieeinspar-Verordnung (EnEV) liegt, realisieren. Darüber hinaus ist – wo möglich - der Passivhausstandard und der Einsatz erneuerbarer Energien zu verfolgen.
- Folgende Förderrichtlinien wirken beispielsweise in den Bereich der **Mobilität** ein:
 - Verwaltungsvorschriften für den Öffentlichen und den Schienen-Nahverkehr. Dies schließt Verkehrs- und Tarifkooordinationen, Versorgung verkehrschwacher Räume und moderne Nahverkehrsfahrzeuge ein.
 - Die Verwaltungsvorschrift „Förderung des kommunalen Straßenbaus“ dient der Verbesserung der Mobilität und der infrastrukturellen Versorgung auch in den ländlichen Räumen.
 - Einschlägige Verwaltungsvorschriften fordern umweltfreundliche Dienstfahrzeuge.
- Für die **Forschung** wird zunächst geprüft, ob die Förderung ökonomisch sinnvoll ist und ein öffentliches Interesse an der Verwirklichung besteht. Weiterhin werden die Effekte auf Ressourceneinsparung, technologische Wettbewerbsfähigkeit sowie auf Arbeitsplätze bewertet. Den Schlüsseltechnologien (u. a. Energie- und Umwelttechnik) wird dabei ein Vorrang eingeräumt. Mit der Investitions- und Strukturbank (ISB) fördert das Land Erfolg versprechende Entwicklungen in der Wirtschaft, indem Wagniskapital bereitgestellt und die Eigenkapitalquote verbessert wird. Mit den folgenden Transferstellen werden die technologische Erneuerung und besonders die Ressourcenproduktivität gefördert:
 - Abfall/Abwasser (TU Kaiserslautern)
 - Recycling (TU Kaiserslautern)
 - elektromagnetische / Umwelt-Verträglichkeit (TU Kaiserslautern)
 - Recycling- / Umwelttechnologien (FH Trier – Umwelt-Campus Birkenfeld)
 - Erneuerbare Energien (FH Bingen)

c) *Abgestimmte Berichterstattung und Planung*

Die Berichte und Pläne der einzelnen Ressorts sollen möglichst an diese Nachhaltigkeitsstrategie anknüpfen. So konkretisiert der Raumordnungsbericht 2003 des Landes bereits die Notwendigkeit einer Nachhaltigen Entwicklung. Die erstmalig im Jahr 2007 zu erstellenden Regionalen Raumordnungsberichte der fünf Planungsregionen werden auf Grundlage von Indikatoren die erfolgten Maßnahmen und deren Beitrag zu einer nachhaltigen Raumentwicklung in den einzelnen Regionen darstellen.

Die vorgestellten Perspektiven (in Kapitel 3) in Form von Zielen, Indikatoren und Maßnahmen sind Ausgangspunkt für detaillierte und fachspezifische Auslegungen sowie ein fortlaufendes Monitoring der Arbeit der Landesregierung. Fachdokumente wie beispielsweise der Raumordnungsbericht konkretisieren bereits die Nachhaltige Entwicklung. Fortgeschriebene oder neu aufgelegte Berichte der verschiedenen Ressorts sollten in jedem Fall unter der Maßgabe der Nachhaltigen Entwicklung erstellt werden und an die Nachhaltigkeitsstrategie anknüpfen. Dabei sollen die Berichte und Pläne Antwort geben, inwieweit sie zum Leitbild und den einzelnen Zielen beitragen.

Ein weiteres wichtiges Beispiel ist der Entwurf zum neuen Landesentwicklungsprogramm (LEP IV). Damit unterstreicht die Landesregierung ihren Willen, neue gesellschaftliche Herausforderungen aufzugreifen und langfristig auch in die regionale und kommunale Planung zu integrieren. Für die Umsetzung einer Nachhaltigen Entwicklung werden insbesondere bei den Themen demografischer Wandel, Sicherung der Daseinsvorsorge durch Kooperation und Reduzierung des Flächenverbrauchs neue Schwerpunkte gesetzt. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist im Entwurf zum LEP IV in bedeutendem Umfang eingegangen; mehrere Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie wurden hier übernommen und ein

deutlicher Bezug zur Nachhaltigen Entwicklung hergestellt. Darüber hinaus ist im Rahmen der Aufstellung des Entwurfs LEP IV eine Umweltprüfung durchgeführt und in einem Umweltbericht dokumentiert worden. In ihm sind die umwelterheblichen Auswirkungen, die mit der Umsetzung des Landesentwicklungsprogramms verbunden sind, ermittelt worden. Damit wird der wichtigen Nachhaltigkeitsdimension „Umwelt“ Rechnung getragen. Auch ist der Entwurf hinsichtlich Gender Mainstreaming von einer externen Institution überprüft worden.

Einzelne Ziele und Grundsätze des LEP IV sind durch die regionalen Raumordnungspläne für die jeweilige Region zu konkretisieren. Damit erfahren die Aussagen und Darstellungen des Landesentwicklungsprogramms zu Gesichtspunkten der Nachhaltigen Entwicklung eine weitergehende, vertiefende räumliche Ausgestaltung. Auch auf dieser Planungsebene ist ein Umweltbericht zu erstellen. Die Bauleitplanung hat sich gemäß §1 Abs. 1 BauGB den Zielen der Raumordnung anzupassen, so dass auch auf dieser Planungsebene die überörtlichen Vorgaben zur Nachhaltigkeit zum Tragen kommen.

Weiterhin knüpfen Berichte der Landesregierung an die Nachhaltigkeitsstrategie an:

- Ehrenamtsbericht (ISM)
- Energiebericht (vormals MWVLW, nun MUFV)
- Klimaschutzbericht (MUFV)
- Rohstoffsicherungsbericht (MWVLW)
- Geschäftsbericht Landesforsten (MUFV)

2.3.2. Integration in Produktions- und Konsummuster

Das Wirtschaftssystem ist ein bedeutsames Feld für die Durchsetzung der Nachhaltigen Entwicklung. Es umfasst die Erstellung von Produkten und Dienstleistungen genauso wie den Konsum. Dabei darf sich eine nachhaltige Wirtschaftsweise nicht auf Nischenprodukte beschränken, sondern soll langfristig alle Produktions- und Konsummuster erfassen. Ein „ökologischer Strukturwandel“ zielt dementsprechend auf den Umbau der ökonomischen und institutionellen Strukturen ab.

Die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie hat der verantwortungsvollen Konsum- und Wirtschaftsweise bereits eine zentrale Rolle zugeschrieben²². Im Agenda 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz findet sich eine ähnliche Grundlage wieder:

„Das Nachhaltigkeitsprinzip beansprucht, Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft zu sein oder zu werden. Eine Marktwirtschaft mit sozialem oder ökologischem Anspruch hat Eigen- und Zukunftsverantwortung zuzuordnen und dadurch die Politik der Beseitigung oder Reparatur sozialer, gesundheitlicher und ökologischer Schäden entbehrlich zu machen.“²³

Ebenso haben die Agenda 21 in Kapitel 4 und die Johannesburg-Konferenz auf die hohe Bedeutung dieses Themas hingewiesen. Infolgedessen wird es auch in den Perspektiven als zentrales Feld berücksichtigt²⁴.

Die Gestaltung angemessener Preise und Anreize, die insbesondere auch die negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen beinhalten, kann vorwiegend auf nationaler und europäischer Ebene verwirklicht

²² Siehe S. 9ff.

²³ *Agenda 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz, S. 13.*

²⁴ Siehe auf S. 152ff.

werden. Das Land wird sich aber nach Möglichkeit dafür einsetzen, das Bewusstsein für Nachhaltige Entwicklung weiter zu bilden und entsprechende Konsum- und Produktionsmuster zu fördern. Ein Beispiel dafür ist die Informations- und Kommunikationskampagne der LZU zum sparsamen und verantwortlichen Konsum. Entwicklungspolitische Gruppen informieren über fairen Handel. Die Verbraucherzentralen nehmen durch ihre intensive und breite Beratungs- und Aufklärungsarbeit zu vielen Fragen der privaten Lebensgestaltung eine zentrale Rolle ein.

Ein Ansatzpunkt für die neuen Produktions- und Konsummuster ist ein ressourcenschonender Lebensstil. Diese Lebensweise, die häufig als „Suffizienz“ umschrieben wird, bietet mit einer höheren Aufmerksamkeit für die Lebensqualität eine Alternative zum Verzicht. Dabei spielen die Bereiche „Siedlungsentwicklung“, „Mobilität“ und „Ernährung“ eine Schlüsselrolle für die Einsparung von Energie und Materialien. Zu diesen Bereichen kann jeder einzelne Mensch mit seinen Konsumententscheidungen und -gewohnheiten beitragen. Daher sind auch Ernährungs- und Konsumgewohnheiten deutlich zu hinterfragen: Tiere sollen nicht nur als Lieferanten von Fleisch und Rohstoffen gesehen werden, sondern als eigenwertiger Bestandteil von Natur und Landschaft. Die LZU unterstützt die zukunftsfähigen Konsum- und Produktionsmuster in privaten Haushalten durch eine Lebensstilkampagne. Doch auch die Regierung selbst kann eingefahrene Verhaltens- und Organisationsmuster aufbrechen, die Beteiligung des MUFV am Ökoprotit im eigenen Haus ist nur ein Beispiel. Es muss grundsätzlich um Strukturen gehen, die sich etwa im Beschaffungswesen oder im Mobilitätsverhalten niederschlagen. Hier stecken noch erhebliche Potenziale, die durch ein abgestimmtes Vorgehen der Landesregierung erreicht werden können.

Eine höhere Effizienz der eingesetzten Energien und Rohstoffe sowie anderer Umweltressourcen ergänzt die neuen Produktions- und Konsummuster. Dafür ist die Ökoeffizienz-Analyse in Rheinland-Pfalz ein gutes Beispiel. Mit diesem Instrument werden Produkte und Verfahren über den gesamten Lebenszyklus, von der Herstellung über die Verarbeitung und die Nutzung bis zur Entsorgung bewertet, sodass die ökologisch und zugleich ökonomisch vorteilhaftesten Optionen bestimmt und verfolgt werden können. Somit können die Unternehmen einen Beitrag zu ihrer Verantwortung leisten, die bereits in der Agenda 21, Kapitel 30 dargelegt wurde.

2.3.3. Verankerung auf der kommunalen Ebene

Die Kommunen sind besonders wichtige Akteure für die Nachhaltige Entwicklung. Sie sind die direkte Schnittstelle zu den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Bedürfnissen. Dazu stellt die Agenda 21, Kapitel 28 bereits fest:

„Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsbedarf, stellen die kommunale Umweltpolitik und kommunale Umweltvorschriften auf und wirken an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle dabei, die Öffentlichkeit aufzuklären und zu mobilisieren und im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auf ihre Anliegen einzugehen.“

Die „kommunale Daseinsvorsorge“ ist in Deutschland und damit auch in Rheinland-Pfalz eine ganz wesentliche Aufgabe, die vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der Finanzlage gesichert, aber auch weiterentwickelt werden muss. Bedeutende kommunale Aufgabenbereiche sind hierbei beispielsweise technische Ver- und Entsorgung (Wasser, Energie und Abfall), Wohnqualität, Kultur, Partizipation und Gewerbeansiedlung. Die Kommunen sind darüber hinaus bedeutende Arbeitge-

ber und haben großen Einfluss auf das Betreiben öffentlicher Einrichtungen. Nachhaltigkeitsrelevante Aspekte der Planung werden bereits durch die übergeordneten Planungen (Landes- und Regionalplanung) der Bauleitplanung zur kommunalen Weiterentwicklung aufgezeigt. Damit wird der Rahmen für eine landesweit abgestimmte, an den Grundsätzen der Nachhaltigkeit orientierte Entwicklung gesetzt.

In diesem Kontext stellt das Agenda 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz bereits fest: „*Nachhaltige Stadtentwicklung ist der Inbegriff moderner kommunaler Selbstverwaltung*“²⁵. Dies geschieht bereits auf breiter Basis auch mit den Lokalen Agenden 21²⁶. Die Nachhaltigkeitsstrategie bietet hierfür Schnittstellen wie das Bürgerengagement, die Kulturförderung oder die Siedlungsentwicklung an.

²⁵ *Agenda 21-Programm 2002 Rheinland-Pfalz, S. 19.*

²⁶ Siehe ab S. 12ff.

2.4. *Handlungsorientierende Auswahl der wesentlichen Perspektiven*

Die Agenda 21 ist zweifelsohne die weltweite Basis für eine an der Nachhaltigen Entwicklung orientierten Politik. Sie ist aber aufgrund der Fülle an Ausführungen nicht immer „greifbar“. Daher wurde bei der Weiterentwicklung des Agenda 21-Programms 2002 Rheinland-Pfalz zur Nachhaltigkeitsstrategie ganz besonders auf die effektive Umsetzbarkeit geachtet. Die Nachhaltigkeitsstrategie setzt bewusst Schwerpunkte und legt den Fokus auf die wesentlichen Fragestellungen für die Nachhaltige Entwicklung.

Dabei sind sowohl die Anforderungen und Ziele speziell des Landes Rheinland-Pfalz als auch die allgemeinen Erkenntnisse zu Nachhaltigkeitsstrategien eingebunden. Die Herausforderung besteht darin, ein schlüssiges und zielorientiertes Konzept zu erstellen. Stets ist die Forderung nach Detailreichtum und Vollständigkeit mit dem strategischen Fokus abzuwägen. Daher begründet der nachfolgende Abschnitt das allgemeine Vorgehen für das Zusammentragen von Handlungsfeldern und Indikatoren. Danach werden die Kriterien für die Handlungsfelder und Indikatoren benannt.

Die vorliegenden Perspektiven (Kapitel 3) entsprechen bis auf Modifizierung weniger Abschnitte und Fortschreibung von Indikatoren der zurückliegenden Fassung von 2005. Damit ist eine Verstetigung des Agenda 21-Prozesses beabsichtigt, die im weiteren Fortschreibungsprozess bis 2009 wesentlich erweitert werden kann.

Die ausgewählten Ziele, Handlungsfelder und Indikatoren zeichnen sich dadurch aus, dass sie für das Land Rheinland-Pfalz von Bedeutung sind. Die Handlungsfelder spiegeln eine möglichst repräsentative und inhaltlich sinnvolle Zusammenstellung der Perspektiven für Rheinland-Pfalz wider. Die vereinbarte Struktur ist ein Ansatz für den weiteren Lern- und Suchprozess.

Die in dieser Nachhaltigkeitsstrategie verwendeten Indikatoren haben ebenfalls nur eine repräsentative Funktion. Für die Indikatoren sind die Auswahlkriterien allerdings wesentlich konkreter, da hierzu bereits viele Vorarbeiten geleistet wurden:

epp.eurostat.ec.europa.eu
www.indikatoren-portal.net

- Die Indikatoren sollen die drei folgenden Funktionen erfüllen, um die Problematik der Nachhaltigen Entwicklung auf verdichtete und zugleich verständliche Weise angemessen **abzubilden**²⁷:
 - **Planungsfunktion:** Der dringlichste Handlungsbedarf kann aufgezeigt und Maßnahmen können abgeleitet werden.
 - **Kontrollfunktion:** Im Zeitablauf ist eine Überprüfung der geplanten Ziele möglich.
 - **Kommunikationsfunktion:** Fachleute und interessierte Laien soll die Entwicklungen nachvollziehen können.

²⁷ In Anlehnung an: Renn, León, Clar: *Nachhaltige Entwicklung in Baden Württemberg – Statusbericht 2000 – Langfassung (Arbeitsbericht der TA-Akademie, Nr. 173)*, Stuttgart 2000, S. 9, 14.

- Weiterhin sollen die Indikatoren – wie schon im Agenda 21-Programm 2002 dargestellt – die folgenden **Anforderungen** erfüllen²⁸.
 - Sie sollen für Rheinland-Pfalz **relevant** sein. Das heißt, dass sie ein thematisch bedeutsames Handlungsfeld abbilden und dass die Landespolitik einen begründeten Gestaltungseinfluss ausüben kann.
 - Sie sollen über den Zeitraum von mindestens fünf Jahren **quantifizierbar** sein. Die Datenverfügbarkeit ist ein unabdingbares Kriterium und oftmals der „Flaschenhals“ möglicher Indikatoren.
 - Das zu entwickelnde Indikatorensystem für das Land Rheinland-Pfalz soll möglichst **kompatibel** zu anderen Systemen sein. Dazu sind Beziehungen zur Bundes- und kommunalen Ebene zu beachten sowie andere Nachhaltigkeitsstrategien auf deutscher Landesebene zu berücksichtigen.

Indikatoren sind ein bevorzugtes Instrument der heutigen Politik. Dabei haben sie eine Signalwirkung und werden von der Öffentlichkeit kontrolliert, honoriert oder sanktioniert. Somit sind Indikatoren ein kooperativer bzw. „weicher“ Ansatz, der keinesfalls eine vollständige und exakte Steuerung bieten kann. Infolgedessen sind Indikatoren als richtungweisende, quantifizierbare Messgrößen für übergeordnete Ziele der Politik zu verstehen, die durch Fachpolitiken, -programme und genauere Analysen ergänzt werden müssen. Indikatoren sind dabei Instrumente, die in der laufenden Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie modifiziert und ersetzt werden können. Dies steht für den stetigen Such- und Lernprozess, der gewisse Spiel- und Entwicklungsräume einräumt.

²⁸ In enger Anlehnung an: *ebenda*.

3. Die fortgeschriebenen Perspektiven für Rheinland-Pfalz

Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz ist, die Herausforderungen im Spannungsfeld zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozial-Kulturellem abzuwägen und handlungsorientiert einzuordnen. Damit möchte das Land Rheinland-Pfalz das Leitbild Nachhaltiger Entwicklung konkret ausgestalten und in die Tat umsetzen. Dieses Kapitel ist daher der Kern der Nachhaltigkeitsstrategie (siehe Abbildung 6): Zunächst werden die Nachhaltigkeitsbereiche mit den zugehörigen Handlungsfeldern und Indikatoren im Überblick dargestellt. Dann folgen die so genannten Querschnittsaufgaben, die übergreifend auf mehrere Handlungsfelder wirken. Schließlich sind die Perspektiven nach den Nachhaltigkeitsbereichen und darin nach den Handlungsfeldern aufgeführt. Für jedes Handlungsfeld werden die Bedeutung, die wichtigsten Partner, die Zielsetzung und die zugehörigen Indikatoren aufgeführt. Jedes Handlungsfeld schließt mit einer exemplarischen Auflistung von Beispielen und Vorhaben, die als vorbildlich für die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung in Rheinland-Pfalz gelten können.

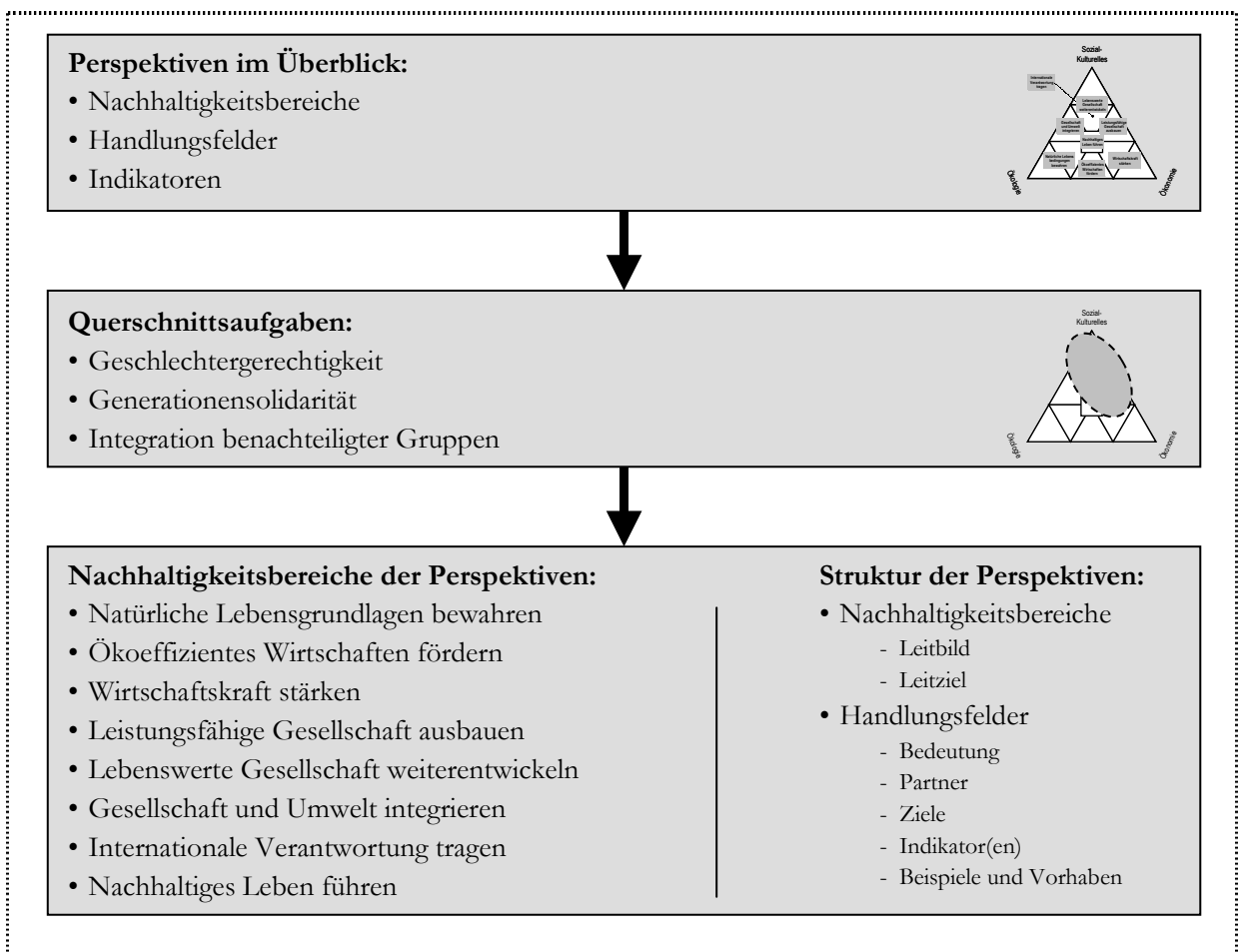


Abbildung 6: Der Kern der Nachhaltigkeitsstrategie – die Perspektiven

Änderungen gegenüber dem Stand 2005

Dieses Kapitel bleibt gegenüber der ersten Nachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahr 2005 (Drittes Agenda 21-Programm) in der Struktur und wesentlichen Inhalten weitgehend unverändert. Lediglich die Indikatoren und deren Bewertung wurden aktualisiert, die Beispiele neu zusammengestellt. Ziele und andere Textformulierungen unterlagen zumeist eher geringen Modifikationen. Jeder Indikator enthält eine Passage, die sich auf die Entwicklung des Indikators seit der Datenlage des Dritten Agenda 21-Programms bezieht. Ferner endet jeder Indikator mit der Rubrik „Aussicht“, um die Überarbeitung und Weiterentwicklung des bestehenden Indikators bis 2009 vorzubereiten.

Die Änderungen basieren zum größten Teil auf konkreten Vorschlägen der Ressorts der Landesregierung und gesellschaftlicher Gruppen; darüber hinaus hat die wissenschaftliche Begleitung durch die TU Kaiserslautern vereinzelt Beiträge aus der Gesamtschau (Lebenszyklusbetrachtungen, globale Zusammenhänge, zentrale Probleme abseits der Medienöffentlichkeit etc.) eingebracht. Aufgrund der hohen Bedeutung der demografischen Entwicklung war es nötig, bereits jetzt einleitend auf die übergreifende Bedeutung hinzuweisen.

Fokus und Umfang dieses Kapitels

Die in diesem Kapitel aufgeführten Ziele und Inhalte geben die gegenwärtigen Schwerpunkte für eine Nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz wieder. Sie erheben jedoch nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. Auch sind deren Effekte bzw. der tatsächliche Beitrag für die Nachhaltigkeitsziele nicht abschließend zu bestimmen. Vielmehr verdeutlichen die aufgeführten Beispiele und Vorhaben die Bemühungen um eine Nachhaltige Entwicklung als offenen Such- und Lernprozess.

Die aufgelisteten Beispiele und Vorhaben bilden einen Einstieg in das Denken und Handeln für die Nachhaltige Entwicklung: Viele der Beiträge weisen als besonders herausragende Beispiele den Weg für die ökologische, ökonomische und sozial-kulturelle Entwicklung in Rheinland-Pfalz. Ihre konsequente und zielgenaue Umsetzung dient als Vorbild für eine breitere Umsetzung. Dabei sind sowohl die vielen kleinen als auch die größeren Projekte wichtig, solange sie landesweit ausstrahlen.

Eine bisher umweltmedienbezogene oder an Abteilungen orientierte Betrachtung wird aufgegeben. Stattdessen werden Handlungsfelder verwendet, die größere Wirkungsbereiche abbilden. Beispielsweise haben die Waldwirtschaft und ihre angegliederten Bereiche wie das Holzverarbeitende Gewerbe vielfältige Bezüge zur Nachhaltigen Entwicklung. Daher ist ein eigenständiges Handlungsfeld ungeeignet. Stattdessen wird der Bereich „Forsten“ in übergreifende Handlungsfelder eingebettet. Andere Themen wie die Landwirtschaft finden ebenso breite Beachtung durch eine geeignete Einbindung in die gewählten Handlungsfelder. Der nachfolgende Exkurs verdeutlicht am Beispiel der Forstwirtschaft dieses allgemeine Vorgehen zu den „Perspektiven für Rheinland-Pfalz“:

Die Forstwirtschaft als besonderes Beispiel für die Nachhaltige Entwicklung

Die nachhaltige Bewirtschaftung wurde erstmalig in der Forstwirtschaft des 18. Jahrhunderts festgeschrieben, um der übermäßigen Abholzung der Wälder entgegenzuwirken. Daraus resultierte die populäre

Nachhaltigkeitsregel, nicht mehr zu ernten als nachwachsen kann. Die planmäßige Bewirtschaftung von Wäldern wurde schon früher und in einem viel größeren Kontext praktiziert²⁹

Auch heute wird die umfassende Bedeutung des Waldes für die verschiedenen Funktionsbereiche von Umwelt und Gesellschaft deutlich. Beispielsweise wurde die „Walderklärung“ 1992 in Rio de Janeiro verabschiedet, und mit Kapitel 11 der Agenda 21 die „Bekämpfung der Entwaldung“ thematisiert. Schließlich gibt die 1998 vom damaligen Ministerium für Umwelt und Forsten herausgegebene Schrift „Nachhaltige Waldbewirtschaftung – Nachhaltigkeitsbericht“ einen lohnenden Einblick in die Umsetzung des forstlichen Nachhaltigkeitsgedankens in Rheinland-Pfalz. Die Ausrichtung am dauerhaften Gemeinwohl ist ebenso mit dem Leitbild des Landesforstens verankert:

„Oberziel der Forstwirtschaft in Rheinland-Pfalz ist der höchstmögliche gesellschaftliche Gesamtnutzen dieser Leistungen, sowohl für die heutige Gesellschaft als auch für zukünftige Generationen“³⁰.

Eine multifunktional betriebene Waldbewirtschaftung dient diesem Oberziel, weil sie auf dem Nachhaltigkeitsbegriff aufbaut, der in der heutigen Zeit in umfassender ökologischer, sozial geprägter und ökonomischer Weise verstanden wird. Alle Funktionen des Waldes werden auf großer Fläche gleichzeitig berücksichtigt und in ein optimales Verhältnis zueinander gesetzt, wobei aufgrund örtlicher Gegebenheiten Schwerpunkte durchaus möglich sind. Dieser Ansatz erlaubt in einzigartiger Weise, die Gemeinwohl-funktionen und die erwerbswirtschaftlichen Funktionen der Wälder zu integrieren.

Die Umsetzung der multifunktionalen Forstwirtschaft in den Wäldern von Rheinland-Pfalz erfolgt mit den Methoden des naturnahen Waldbaus, die ökonomische und ökologische Vorteile vereinen. Landesforsten hat den naturnahen Waldbau im Land seit vielen Jahren vorangetrieben, was zu einem gewaltigen Umbau der Waldbestände – weg von problematischen Monokulturen hin zu stabilen, standortgerechten und reaktionsfähigen Waldbeständen – geführt hat. Inwieweit in den letzten Jahren der multifunktionelle Ansatz die Entwicklung von Wald und Forstwirtschaft in Rheinland-Pfalz geprägt hat, zeigt die zweite Bundeswaldinventur eindrucksvoll. So hat die Waldfläche seit 1987, dem Jahr der ersten Bundeswaldinventur, um mehr als 20.000 ha zugenommen. Rheinland-Pfalz verkörpert mit einem Waldanteil von 42,1 % das walddreichste Land in der Bundesrepublik. Der Anteil der Mischwälder ist um 17 % auf 79 % angestiegen. Rheinland-Pfalz hat mit 56 % den höchsten Laubwaldanteil aller Bundesländer und liegt mit einer Fläche von rund 140.000 ha Eichenwald ebenfalls an der Spitze. Zu diesen hohen Werten tragen die 100.000 ha Niederwald ganz wesentlich bei.

Durch den naturnahen Waldbau machen die Waldbesitzer im Land die Wälder ökologisch fit für Herausforderungen, wie z. B. sich ändernde Umweltbedingungen oder Klimaextreme, und können mit Holz trotzdem den wichtigsten nachwachsenden, CO₂-neutralen Rohstoff nutzen. Für die ökonomische Bedeutung hat eine Clusterstudie zur „Forst- Holz- und Papierwirtschaft in Rheinland-Pfalz“ ergeben, dass das holzverarbeitende Gewerbe vergleichsweise stark ausgeprägt ist. So arbeiten im Cluster Forst, Holz und Papierwirtschaft mehr als 50.000 Menschen; die Wertschöpfung je Festmeter Holz ist mit 3.300 € höher als in den anderen Bundesländern und zehnmal so hoch wie im "Holzland" Schweden.

²⁹ Nachzulesen in Rottländer, E.: *Ein historisches Beispiel nachhaltigen Wirtschaftens – Siegerländer Haubergswirtschaft*; in: *Tübingen, Deutsches Institut für Fernstudienforschung an der Universität Tübingen (Hrsg.): Veränderung von Böden durch anthropogene Einflüsse*; Berlin u. a. 1997; S. 475-500.

³⁰ MUF 1997: „Leitbild der Landesforstverwaltung Rheinland-Pfalz“.

Die Perspektiven für Rheinland-Pfalz stellen die Bedeutung der Forstwirtschaft dadurch heraus, indem die verschiedenen Funktionen und Herausforderungen an den relevanten Stellen dieses Kapitels aufgegriffen werden. Es gilt u. a.,

- den Wald als Lebensraum zu bewahren (siehe S. 60ff.),
- die kumulierten Umweltschäden langfristig auf ein verträgliches Maß zurückführen (siehe S. 64ff.),
- Holz als umweltfreundlichen und klimafreundlichen Energieträger zu nutzen (siehe S. 69ff.),
- heimisches Holz stärker zu vermarkten (siehe S. 81ff.),
- den Wald als Ort von Erholung und Naturerfahrung zu nutzen (siehe S. 123ff.),
- die forstliche Bewirtschaftung und den Konsum von Forstprodukten an den Zielen der Nachhaltigen Entwicklung auszurichten (siehe S. 152ff.) sowie
- die Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung mit Hilfe von Landesforsten zu verdeutlichen (siehe S. 159).

3.1. Struktur der Perspektiven für Rheinland-Pfalz

Die Perspektiven für Rheinland-Pfalz sind systematisch im Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreieck eingeordnet und werden in jedem Bereich in Handlungsfelder und Indikatoren gegliedert:

a) **Nachhaltigkeitsbereiche im Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreieck**

Die Nachhaltigkeitsbereiche fassen Felder des Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreiecks zusammen und bilden somit übergreifende Areale der Nachhaltigen Entwicklung ab. In Abbildung 7 sind alle Nachhaltigkeitsbereiche für Rheinland-Pfalz eingetragen.

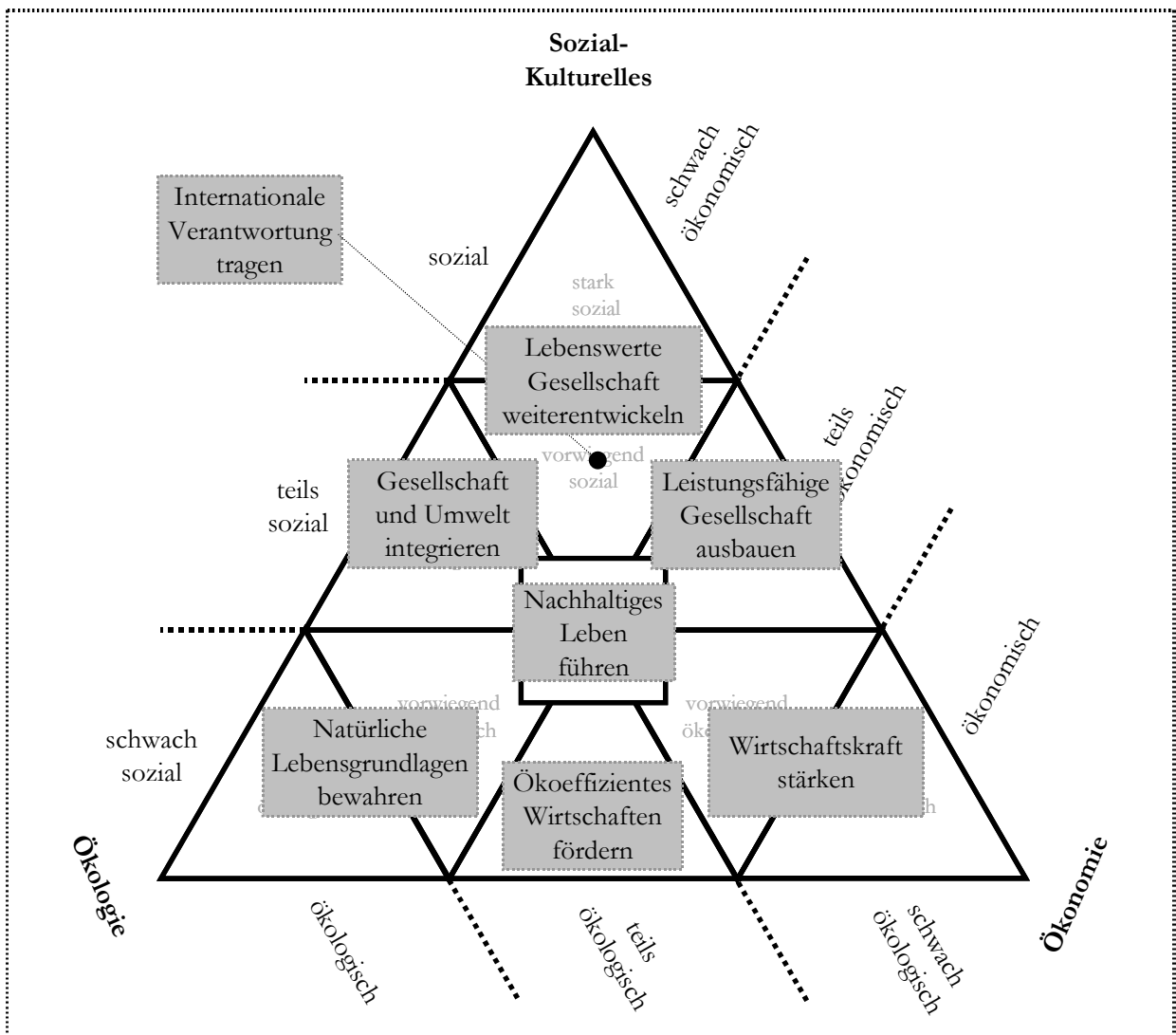
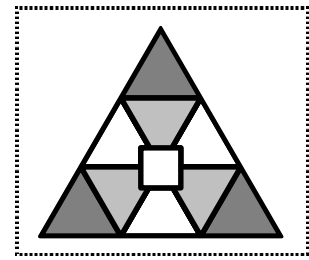


Abbildung 7: Nachhaltigkeitsbereiche im Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreieck

Die oben zusammengestellten Nachhaltigkeitsbereiche sind gemäß Abschnitt 2.1 wie folgt zu interpretieren:

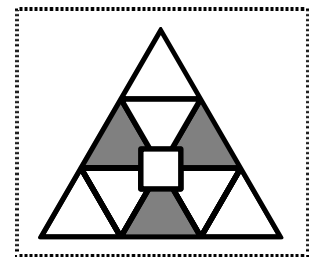
- Die folgenden Nachhaltigkeitsbereiche sind den drei **Eck-Feldern** des Dreiecks zugeordnet: „Natürliche Lebensgrundlagen bewahren“, „Wirtschaftskraft stärken“ und „Lebenswerte Gesellschaft weiterentwickeln“.



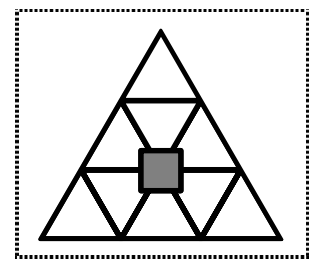
Ihre Ausrichtung ist jeweils ökologisch, ökonomisch oder sozial-kulturell. Analog nehmen die Diskussionen mit den Ressorts und den gesellschaftlichen Gruppen häufig ihren Ausgangspunkt in einer der Ecken, gehen aber auch darüber hinaus. In den Ecken wird ebenfalls deutlich, dass es abgegrenzte Zielsetzungen gibt, die als ökologische, ökonomische oder sozial-kulturelle Nachhaltigkeit gelten können. Dies steht für die vormals übliche Säulen-Konzeption der Nachhaltigen Entwicklung. Es ist aber wichtig, dass die Dimensionen nicht isoliert voneinander betrachtet werden. Beispielsweise soll die Ökonomie schließlich auch Grundsätze der Naturverträglichkeit oder der sozialen und kulturellen Verantwortung strukturell einbinden.

Ferner zielt der Nachhaltigkeitsbereich „Internationale Verantwortung tragen“ über die Landesgrenzen hinweg auf die globale Perspektive ab.

- Die drei Nachhaltigkeitsbereiche, die **zwischen zwei Ecken** stehen, zeigen wichtige Querverbindungen auf, indem sie zwei verschiedene Bereiche des Dreiecks zusammenführen. So werden z. B. die Nachhaltigkeitsbereiche „Leistungsfähige Gesellschaft ausbauen“ und „Ökoeffizientes Wirtschaften fördern“ durch den Effizienz-Gedanken getragen, natürliche und soziale Ressourcen auch mit wirtschaftlichen Zielen zu hinterlegen. Der Bereich zwischen Ökologie und Sozial-Kulturellem – „Gesellschaft und Umwelt integrieren“ – weist hingegen auf die essenzielle Beziehung zwischen Mensch und Natur hin.



- Der **zentrale Nachhaltigkeitsbereich** „Nachhaltiges Leben führen“ in der Mitte des Dreiecks greift das integrative Verständnis von Nachhaltiger Entwicklung auf, demnach alle Dimensionen zusammen betrachtet werden müssen. Hier finden sich diejenigen Handlungsfelder wieder, die allgemein als die übergreifenden „Nachhaltigkeits-Bedürfnisse“ angesehen werden.

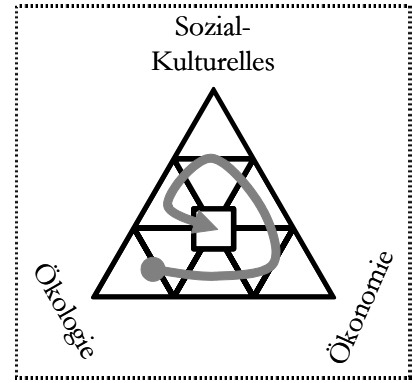


Zu diesen Bedürfnissen zählen Mobilität, Wohnen, Gesundheit, Ernährung und Sicherung der sonstigen materiellen Lebensgrundlagen, Freizeit und Bildung. Damit stellt der zentrale Nachhaltigkeitsbereich die Bürgerinnen und Bürger als Akteur ganz besonders in den Mittelpunkt: Dies zeigt, dass eine effektive Nachhaltigkeitsstrategie die Mithilfe der Menschen benötigt. Die Nachhaltigkeitsstrategie steht und fällt mit der Umsetzung im Alltag.

b) **Übersicht zu den Nachhaltigkeitsbereichen, Handlungsfeldern und Indikatoren**

Die gewählte Reihenfolge der Nachhaltigkeitsbereiche folgt der Chronologie zur Diskussion der Nachhaltigen Entwicklung, womit aber keine bestimmte Priorität wiedergegeben wird:

- Die **Umweltnutzung** stand bisher im Vordergrund politischer Nachhaltigkeitsaktivitäten. Beispielsweise nimmt das bisherige Agenda 21-Programm Rheinland-Pfalz seinen Ausgangspunkt in der Ökologie.
- Das **Wirtschaften** wurde in den Diskussionen der letzten Jahre im Zusammenhang mit der Ökologie bereits stark thematisiert.
- Für den dritten Aspekt, das **Sozial-Kulturelle**, entstand im Rahmen der Diskussionen zur Nachhaltigen Entwicklung erst vor wenigen Jahren eine Definition. Diese war viel umfassender zu formulieren als mit ökologischen und wirtschaftlichen Ansätzen.
- Letztlich wird im zentralen, mittleren Feld des Nachhaltigkeits-Dreiecks ein **integratives Verständnis** von Nachhaltiger Entwicklung umgesetzt. Alle drei Ecken sind etwa zu gleichen Teilen daran beteiligt.



Die Handlungsfelder konkretisieren die Nachhaltigkeitsbereiche um thematisch zusammenhängende Aspekte und bilden damit übergreifende Thematiken ab, die sich von herkömmlichen institutionellen Abgrenzungen (z. B. Ressorts und Referate) lösen. Mit der gewählten Struktur wird die gemeinsame Ausrichtung auf die Perspektiven für eine Nachhaltige Entwicklung unterstrichen.

Die nachfolgenden Ausführungen in Kapitel 3 stellen den gegenwärtigen Stand der Einschätzungen von Verantwortlichen in Ministerien, Verbänden, kirchlichen Organisationen und anderen Gruppen der Gesellschaft dar. Dazu werden die einzelnen Nachhaltigkeitsbereiche mit insgesamt 22 Handlungsfeldern und 33 zugeordneten Indikatoren konkretisiert (siehe Abbildung 8). Die Reihenfolge gibt auch hier keine Prioritäten wieder.

Nachhaltigkeitsstrategie
Perspektiven für Rheinland-Pfalz

Nachhaltigkeitsbereich		S.
Handlungsfeld	Indikator(en)	
A Natürliche Lebensgrundlagen bewahren		59
A.a Lebendige Landschaften	• Bestandsentwicklung ausgewählter Arten	60
A.b Intakte Umweltmedien	• Ökologischer und chemischer Zustand von Fließgewässern _r • Schadstoffbelastung der Luft • Waldzustand _r	64
A.c Ressourcennutzung und Klimaschutz	• Kohlendioxid-Emissionen pro Einwohner • Anteil erneuerbarer Energien	69
B Ökoeffizientes Wirtschaften fördern		76
B.a Wirtschaften mit Ressourcen	• Ressourcenproduktivität	77
B.b Regionales Wirtschaften	• Landwirtschaftlich genutzte Fläche _r	81
C Wirtschaftskraft stärken		84
C.a Wertschöpfung	• Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen _r	85
C.b Produktive Basis	• Bruttoinvestitionsquote	88
C.c Innovation	• Ausgabenquote für Forschung und Entwicklung	91
D Leistungsfähige Gesellschaft ausbauen		94
D.a Bildung und Qualifizierung	• Bildungsabschlüsse 25-Jähriger _{g, k} • Bildungsausgabenquote	95
D.b Erwerbstätigkeit und Einkommen	• Erwerbstätigenquote _{g, a, r} • Unterstützungsquote _{g, k, a, r}	100
D.c Handlungsfähigkeit des Staates	• Finanzierungssaldo • Ausgewählte Ausgabenquoten	105
E Lebenswerte Gesellschaft weiterentwickeln		109
E.a Kulturland Rheinland-Pfalz	• Ausgabenquote für Kultur	110
E.b Sicheres Zusammenleben	• Gemeldete und aufgeklärte Straftaten	113
E.c Bürgerengagement	• Freiwillig engagierte Menschen _g	118
F Gesellschaft und Umwelt integrieren		123
F.a Attraktives Lebensumfeld	• Erholungsflächen in verdichteten Räumen • Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld	123
F.b Naturereignisse bewältigen	• Hochwasserschadenspotenzial _r	129
G Internationale Verantwortung tragen		132
G.a Internationale Partnerschaften	• Kooperationen mit Ruanda	133
H Nachhaltiges Leben führen		138
H.a Gesundheit	• Vorzeitige Sterblichkeit _g • Übergewichtige Kinder und junge Erwachsene _{g, a}	139
H.b Mobilität	• Kohlendioxid-Emissionen des Verkehrs • Lärmbelastigung	144
H.c Siedlungsentwicklung und Wohnen	• Flächeninanspruchnahme für Siedlung und Verkehr _r • Infrastrukturelle Versorgung _r	148
H.d Verantwortungsvoll Konsumieren und Produzieren	• Kohlendioxid-Emissionen privater Haushalte und Kleinverbraucher • Unternehmen und Körperschaften mit Audit	151
H.e Bildung für Nachhaltige Entwicklung	• Bildungseinrichtungen für Nachhaltige Entwicklung	159

Differenzierung möglich oder sinnvoll:

g: nach Geschlecht

k: nach (sozial-kulturellem) Kontext

a: nach Alter

r: nach Raum

Abbildung 8: Handlungsfelder und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz

Die besonderen Herausforderungen des Strukturwandels³¹ wie auch der gesellschaftlichen Querschnittsaufgaben³² fließen in die Verwendung und Differenzierung relevanter Indikatoren ein. In diesem Zusammenhang werden die folgenden Indikatoren oder Indikatorenbestandteile häufig verwendet:

- Die Herausforderungen des Sozialen erfordern **personenbezogene** Indikatoren sowie eine weitgehende Differenzierung. So sind in der Aufstellung viele soziale und sozial-ökonomische Indikatoren gemäß der Kennzeichnung in der Tabellenlegende nach Geschlecht, sozial-kulturellem Kontext (z. B. Migrationshintergrund) oder Alter differenziert³³.
- Ebenfalls wurde das **raumplanerische Ziel**, gleichwertige Lebensverhältnisse in den verschiedenen Räumen anzustreben, eingearbeitet. Damit wird u. a. der demografischen Entwicklung Rechnung getragen, die sich räumlich unterschiedlich auswirken wird.
 - Dazu unterscheiden die mit „r“ markierten Indikatoren nach räumlichen Kriterien und stellen die Entwicklung möglichst in **Karten** auf Kreisebene dar. Hierbei konnte häufig auf Vorarbeiten der Landesregierung und der nachgeordneten Behörden zurückgegriffen werden.
 - Die Angaben zu **Flächennutzung** oder **-zustand** des Landes geben erste Hinweise auf Entwicklungen im Raum. Daher werden flächenbezogene Indikatoren mehrmals verwendet.
- Das **Bruttoinlandsprodukt** ist ein allgemein anerkannter Wirtschaftsindikator. Außerdem können andere Indikatoren sinnvoll mit der Bezugsgröße BIP kombiniert werden. Beispielsweise sind hiermit Effizienzindikatoren sowie die Budgetverwendung der erwirtschafteten Werte darstellbar.
- Die **Kohlendioxid-Emissionen** können mehrere Ziele, in denen Energieressourcen relevant sind, abbilden. Dabei wird mit diesem Indikator zunächst nur die globale ökologische Einwirkung gemessen. Es sind aber auch Rückschlüsse auf technische und verhaltensbezogene Energieeinsparungen wie auch auf die Substitution fossiler Energieträger möglich.

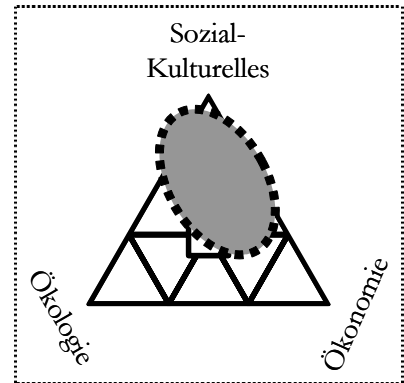
³¹ Siehe Drittes Agenda 21-Programm, Kapitel 1

³² Siehe Abschnitt 3.2, S. 42ff.

³³ Darauf geht Abschnitt 3.2, S. 66ff. vertieft ein.

3.2. *Gesellschaftliche Querschnittsaufgaben in der Nachhaltigkeitsstrategie*

Sozialpolitische Ziele zeichnen sich dadurch aus, dass sie eher bereichsübergreifend wirken und daher zumeist nicht als „harte Themen“ zu fassen sind. Manche volkswirtschaftlich bedeutsamen Grundbedürfnisse wie Gesundheit, Wohnen oder Versorgung / Erwerbstätigkeit können noch vergleichsweise gut abgebildet und beschrieben werden. Weitergehende Bedürfnisse und Aufgaben zu Integration, Solidarität und Gerechtigkeit sind jedoch Ziele, die nur bedingt mit herkömmlichen Indikatoren darzustellen sind. Sie berücksichtigen als Querschnittsaufgaben vorwiegend die sozial-kulturell relevanten Felder und teilweise das zentrale Feld des Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreiecks.



Daher werden die relevanten Handlungsfelder und Indikatoren entsprechend differenziert formuliert, um den Querschnittsaufgaben gerecht zu werden³⁴. Wichtige sozialpolitische Handlungsfelder – z. B. Armut einschließlich sozial benachteiligter Gruppen, berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen, Integration älterer Menschen sowie der Bereich „Familie“ – werden somit zum großen Teil in den Querschnittsaufgabe dargestellt und später durchgehend in den verschiedenen Handlungsfeldern aufgegriffen. Darüber hinaus bildet die räumliche Verteilung (möglichst auf Kreisebene) die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ab.

Die Querschnittsaufgaben und die mit ihnen verbundenen Ziele erhalten durch den demografischen Wandel eine zusätzliche Qualität, weshalb dieser Aspekt gegenüber dem Dritten Agenda 21-Programm hier besonders ausgeführt wird: Die Auswirkungen der altersstrukturellen Verschiebungen werden weitreichend sein. Nicht nur auf dem Feld der sozialen Sicherung, der Rente oder der Pflege älterer Menschen, sondern auch auf dem Gebiet der Kinderbetreuung, des Schul- und Unterrichtsangebotes, des Wohnungsmarktes oder der wirtschaftlichen Produktions- und Nachfragestrukturen werden sie anzutreffen sein. In allen genannten Bereichen – Familie, Bildung, Zusammenleben der Generationen – werden die Auswirkungen in den Kommunen bereits heute sichtbar. Die Kommunen sind also gefordert, Anpassungsstrategien zu entwickeln, um veränderten Bedürfnissen gerecht zu werden. Zudem laufen diese Prozesse nicht überall gleich ab. Es wird in Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahrzehnten Regionen geben, die stärker bzw. schwächer von den demografischen Entwicklungen betroffen sein werden. Der zu erwartende demografische Umbruch ist deshalb so zu gestalten, dass gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilräumen des Landes gesichert werden. Hierfür ist u. a. eine Mindestausstattung an öffentlicher Infrastruktur erforderlich, die in zumutbarer Entfernung in den so genannten „Zentralen Orten“ konzentriert angeboten werden sollte. Die öffentliche Infrastruktur muss auch zukünftig eine angemessene Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum, sicherstellen. Um für diese wichtige Aufgabe

³⁴ Die Europäischen Strukturindikatoren zum Lissabon-Prozess differenzieren beispielsweise geeignete Indikatoren nach Geschlecht (Europäische Kommission 2002, S. 7). Siehe auch die *Unterrichtung zur „Gleichstellung von Frauen und Männern ...“* (Landtags-Drucksache 14/1827), S. 8f.

eine verlässliche Planungsgrundlage zu haben, hat die Landesregierung das Landesentwicklungsprogramm (LEP IV) nach einem ausführlichen Abstimmungsprozess angepasst und neu formuliert.

Im Rahmen eines breiten und notwendigen Diskussionsprozesses hat die Landesregierung in einem ersten Schritt fünf politische Handlungsschwerpunkte festgelegt, um die Chancen des demografischen Wandels für Rheinland-Pfalz zu nutzen:

- **Familien stärken**, damit sich mehr junge Menschen ihren Wunsch nach einer Familie und Kindern erfüllen.
- **Bildung und Qualifikation** verbessern, um den sich verändernden Notwendigkeiten des Arbeitsmarktes und des gesellschaftlichen Lebens gerecht werden zu können.
- **Solidarität der Generationen** fördern, um die unterschiedlichen Fähigkeiten und Erfahrungen füreinander einzubringen.
- **Unterstützung der Kommunen**, damit eine erfolgreiche Gestaltung der Auswirkungen des demografischen Wandels vor Ort gelingen kann.
- **Integration und Qualifizierung** von Einwanderinnen und Einwanderern www.auslaender.rlp.de verbessern, um sozialen Benachteiligungen entgegenzuwirken und vorhandene Potenziale zu nutzen und zu erschließen. Die Landesregierung hat im Sommer 2007 ihr Integrationskonzept vorgestellt, das die mittelfristigen Ziele und Maßnahmen zur Integration und gleichberechtigten Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund enthält.

Wichtige Akzente im landesweiten Diskussionsprozess setzt auch die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) mit ihrem Projekt „Zukunftsradar 2030“. www.zirp.de
www.zukunftsradar2030.de Im Rahmen eines so genannten „Foresight-Prozesses“ erörtern und entwickeln Fachleute aus den verschiedensten Fachgebieten langfristige Handlungsstrategien für die positive Gestaltung des demografischen Wandels. Im Vordergrund stehen hierbei die Themenbereiche Wirtschafts- und Arbeitswelt, Kommunen und intergeneratives Zusammenleben. Die Landesregierung ist bei der positiven Gestaltung des demografischen Wandels stets auf die Kommunen und alle gesellschaftlichen Gruppen angewiesen. Nur zusammen mit ihnen eröffnen sich langfristige und erfolgreiche Einflussmöglichkeiten auf diese sehr bedeutsame gesellschaftliche Entwicklung. Die Landesregierung hat frühzeitig die Erarbeitung von drei Regionalstudien über die Folgen des demografischen Wandels für die kommunale Ebene in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse haben gezeigt, wie sehr diese Thematik im Bewusstsein der Öffentlichkeit bereits vor Ort verankert ist. Die demografische Entwicklung verlangt aber auch, dass die vorhandenen Ressourcen wie Freiräume und Wasser in Zukunft noch effizienter bewirtschaftet werden als bisher. Gleiches gilt für die Bereiche Abwasser und Abfall. Hier fördert das Land die interkommunale Kooperation in der Überzeugung, dass sich so die anfallenden Kosten durch die Optimierung von Kapazität, Qualität und Auslastung kommunaler Einrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger stabil halten lassen.

Die oben aufgelisteten Punkte finden sich mitunter in den nachfolgenden Abschnitten wieder, wo die drei Querschnittsaufgaben ausführlich dargestellt sind. Abschnitt 3.2.1 beinhaltet das gerechte Verhältnis zwischen Frauen und Männern, Abschnitt 0 die Herausforderungen für das Zusammenleben der Generationen sowie Abschnitt 0 die Einbindung sozial benachteiligter Gruppen. Die aufgelisteten Beispiele und Projekte orientieren sich am letzten Aufzählungspunkt des Schemas auf S. 57f.

3.2.1. Geschlechtergerechtigkeit

Die Geschlechtergerechtigkeit ist auf allen politischen Ebenen verankert³⁵. Damit befasst sich die Agenda 21 eigens in Kapitel 24 „Globale Maßnahmen im Hinblick auf die Teilhabe der Frau an einer nachhaltigen, gerechten Entwicklung“. Zudem wird Geschlechtergerechtigkeit seit der Weltfrauenkonferenz 1995 weltweit mit „Gender Mainstreaming“ umgesetzt: Alle wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozesse sollen Frauen und Männer aktiv einbinden und Chancengleichheit gewährleisten. Dabei werden mit dem sozialen Geschlecht (engl. „Gender“) die unterschiedlichen Bedürfnisse und Problemlagen von Frauen und Männern im jeweiligen gesellschaftlich-kulturellen Zusammenhang erfasst. Frauenbelange sind damit ausdrücklich als eine zentrale Querschnittsaufgabe beschrieben, die alle Politikbereiche umfasst. Denn die gesellschaftliche Entwicklung misst sich gerade an der Geschlechtergerechtigkeit.

Das Gender Mainstreaming spricht beide (sozialen) Geschlechter an. Besondere Aufmerksamkeit gilt zunächst den Belangen von Frauen:

- Frauen sind bedeutende **Akteure** für die Nachhaltige Entwicklung. So www.net-part.rlp.de haben sich nach 1992 zahlreiche Lokale Agenda 21-Frauengruppen gebildet. Diese haben insbesondere zu den Bereichen „Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt“, „Verbesserung der Mobilität aus Frauensicht“, „Erhaltung von Traditionen im sozialen und kulturellen Umfeld“ Arbeitskreise eingerichtet.

Der Prozess des „Einmischens“ wurde unterschiedlich initiiert. Entweder wurde er über die Gleichstellungsbeauftragten eingeleitet oder die Gruppen gründeten sich außerhalb einer Verwaltungsstruktur. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen bietet Starthilfe bei der Initiierung neuer Gruppen sowie Unterstützung bei der Durchführung von Workshops oder Seminaren an.

- Die **Lebensstile und -wirklichkeiten** von Frauen werden in vielen Bereichen nur unangemessen berücksichtigt. Dies zeigt sich z. B. in der unterschiedlichen gesellschaftlichen Wahrnehmung von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Außerdem verdienen Frauen zumeist wesentlich weniger als Männer und haben häufig eine geringere eigenständige Alterssicherung. Frauen sind am Arbeitsplatz, im Ehrenamt oder in Gremien kaum in Führungspositionen vertreten. Weiterhin ist die Vereinbarkeit von Familie, Freizeit und Beruf zu verbessern. Daher zielt die Frauenförderung darauf ab, Benachteiligungen von Frauen gegenüber Männern auszugleichen.

Frauen nehmen häufig besondere Verantwortung für ihre Familien wahr, was sich in den alltäglichen Fragen u. a. der Bildung, Ernährung und des Konsums zeigt. Damit können Frauen stark zur Umsetzung eines Lebensstils beitragen, der mit den Zielen einer Nachhaltigen Entwicklung konform ist.

Im Rahmen des Gender Mainstreamings wird der Blick auf beide Geschlechter und auf die geschlechtsspezifischen Strukturen der Gesellschaft gerichtet. Infolgedessen besteht die große Herausforderung darin, beide Geschlechter zur fairen und angemessenen Lebensgestaltung zu befähigen und zu motivieren.

³⁵ Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz; Art. 17 Abs. 3 Verfassung für Rheinland-Pfalz; Art. 2 Abs. 3 Europäischer Vertrag von Amsterdam 1997. Die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung verweist ebenfalls auf die „gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen“ (Deutsche Bundesregierung 2002, a. a. O., S. 84).

Das Land Rheinland-Pfalz bekennt sich nachdrücklich zum Gender Mainstreaming und zu dessen Umsetzung³⁶. Die Notwendigkeit wird durch die demografische Entwicklung verstärkt, da der Arbeitsmarkt vermehrt qualifizierte Frauen anfordern wird und gleichzeitig die Familien entlastet werden sollen. Ein höherer Anteil von Frauen in Führungspositionen, politischen Ämtern und Gremien ist für die geschlechtergerechte Gestaltung unerlässlich. Anzustreben ist ein Anteil von 40 % und mehr, da sich im Führungsstil und bei Entscheidungen auch die Lebenserfahrungen und die Lebenswirklichkeit von Frauen niederschlagen und diese prägen.

Allerdings sind dabei die politischen Gestaltungsmöglichkeiten zu beachten. So kann Rheinland-Pfalz nur begrenzt die fiskalische Steuerung auf der Bundesebene beeinflussen.

Gender Mainstreaming soll umfassend als Querschnittsaufgabe in der Nachhaltigkeitsstrategie für Rheinland-Pfalz umgesetzt werden. Daher werden einige Indikatorenverläufe nach dem Geschlecht differenziert dargestellt. Die nachfolgenden Vorhaben zeigen die Bedeutung exemplarisch auf:

<p>Mentorinnenprojekt „Mehr Frauen in die Politik – Politikerinnen fördern den Nachwuchs“ (seit 2002 verstärkt auf kommunaler Ebene):</p> <p>Durch Gesprächsforen und Workshops sollen Frauen bei ihrer Entscheidung sich politisch zu engagieren gezielt unterstützt werden. Mit Unterstützung von Politikerinnen fanden landesweit Veranstaltungen statt. Für das Projekt wurde von den Gleichstellungsbeauftragten in Kooperation ein eigener Flyer mit dem Titel „Die Politik der Zukunft ist eine Politik mit mehr Frauen“ hergestellt.</p> <p>Partner: MASGFF, LAG, Frauenverbände www.mehr-frauen-in-die-politik.rlp.de</p>
<p>Geschlechtergerechte Planung:</p> <p>Bildung eines Kompetenznetzwerkes, in dem Projekte zugunsten einer geschlechtergerechten Blickweise betreut werden. Dazu wurden bereits umgesetzte Projekte auf ihre soziale Bandbreite untersucht um zukünftig die Bedürfnisse aller sozialen Gruppen berücksichtigen zu können.</p> <p>Partner: MASGFF, ISM, FM, LAG, FrauenMitPlan, Planungsgemeinschaft Westpfalz, Verband Region Rhein-Neckar</p>
<p>Gender-Check</p> <p>Das Ministerium des Innern und für Sport hat im Rahmen des Aufstellungsverfahrens für ein neues Landesentwicklungsprogramm (Entwurf LEP IV) auf freiwilliger Basis durch ein externes Büro einen Entwurf einer Gleichstellungsverträglichkeitsprüfung erarbeiten lassen und im Anhörungs- und Beteiligungsverfahren mit vorgelegt. Damit soll exemplarisch verdeutlicht werden, wie auch auf Ebene von Planungsprogrammen dem Aspekt des „Gender Mainstreaming“ Rechnung getragen werden kann.</p> <p>Partner: ISM, Taurus www.ism.rlp.de</p>
<p>„Gender-Mainstreaming“ im Sport (seit 2002 - weiterführend):</p> <p>Der Landessportbund verpflichtet sich durch die Satzung, die Chancengleichheit von Männern und Frauen weiter voranzutreiben. Insbesondere verpflichtet er sich, nach dem Prinzip des Gender Mainstreaming zu handeln. Das bedeutet, bei allen Planungs-, Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen die jeweils spezifische Situation von Frauen und Männern ausdrücklich zu beachten.</p> <p>Partner: LSB, Sportvereine www.lsb-rlp.de</p>
<p>Frauen engagieren sich in Planung und Politik:</p> <p>LandFrauen engagieren sich in Planung und Politik (Runde Tische mit Politikerinnen, frauenpolitische Sitzungen, etc.) und suchen den aktiven Austausch miteinander. Auf Veranstaltungen machen sie sich gegenseitig fit, um Verantwortung als politische Entscheidungsträgerinnen zu übernehmen. Die LandFrauenverbände verfolgen das Ziel, den Anteil der Frauen in den Räten und Parlamenten zu erhöhen, damit die Interessen und Belange der Frauen und Familien eine stärkere Bedeutung in der Politik erhalten.</p> <p>Partner: Landfrauen www.e-grade.net</p>

³⁶ Siehe S. 25ff.

Managementtraining für Haushalt und Beruf:

Die LandFrauen bieten Arbeitskreise zur Stärkung von Managementkompetenz an. Zielgruppe für die Schulungsmaßnahmen sind insbesondere Unternehmerinnen, Existenzgründerinnen und Frauen, die sich ein umfangreiches ökonomisches Wissen aneignen möchten. Die Arbeitskreise sollen ein landesweites, flächendeckendes Netzwerk bilden und das Angebot der LandFrauenverbände vor Ort bereichern.

Partner: Landfrauen

www.e-grade.net

Landesarbeitskreis zur Förderung von Existenzgründerinnen und Unternehmerinnen:

Das Angebot an Unterstützungsmaßnahmen für Gründerinnen und Gründer sowie Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer in Rheinland-Pfalz wird im Rahmen der für das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau vom Institut für Mittelstandsforschung in Bonn (IFM) durchgeführten Studie „Unternehmensgründungen in Rheinland-Pfalz – neue Ansatzpunkte zur Ausschöpfung des Gründungspotenzials von Frauen“ insgesamt als sehr umfangreich und vielfältig beurteilt. Um jedoch noch andauernder für ein gründerinnenfreundliches Klima in Rheinland-Pfalz zu sorgen und dazu beizutragen, das Potenzial von Gründerinnen stärker zu aktivieren, wird im Rahmen der Studie die Bedeutung einer intensiveren Verzahnung, Kooperation und Koordination sowie einer verbesserten Transparenz der verschiedenen rheinland-pfälzischen Aktivitäten zur Förderung von Gründerinnen betont. Ziel des im Februar 2007 konstituierten „Landesarbeitskreises zur Förderung von Gründerinnen und Unternehmerinnen“ ist es, das Thema „Gründungen durch Frauen“ stärker in die Öffentlichkeit zu tragen, die Aktivitäten der relevanten Institutionen besser miteinander zu verzahnen, Synergien zu nutzen und Maßnahmen geschlechtersensibel zu modifizieren.

Partner: MWVLW

RUN-IN – Frauen in die Existenzgründung im Handwerk und Freiberufertum (Mai 2005 - Dezember 2007):

Die Handwerkskammer Rheinhessen bietet als Projektträger mit dem EQUAL-Teilprojekt, gefördert durch das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Unterstützung bei allen Fragestellungen rund um die Existenzgründung von Frauen. Bisher haben 375 Frauen an den Coaching-, Beratungs- und Qualifizierungsangeboten der Handwerkskammer Rheinhessen teilgenommen. Ziel ist die Erhöhung des Frauenanteils an Existenzgründungen in Rheinhessen.

Partner: HWK Rheinhessen, MWVLW

www.run-rheinhessen.de

Ada-Lovelace (seit 1997):

Ziel ist es, Mädchen so früh wie möglich auf technisch-naturwissenschaftliche Studiengänge zu verweisen, in denen sich ihnen neben größeren Entscheidungsspielräumen auch bessere Verdienst- sowie Aufstiegsmöglichkeiten eröffnen. Bereits den Schülerinnen in den Schulen müssen zusätzliche Informationen und Motivationen sowie Ermutigung zuteil werden, damit sie sich zutrauen, dieses Neuland zu betreten. Studentinnen der entsprechenden Studiengänge suchen die Schülerinnen in der Schule auf, um dort im kleinen Kreis Interessen zu wecken und Ängste zu entkräften; anschließend werden die Schülerinnen zu „Tagen der offenen Tür“ in die Hochschulen eingeladen, an denen die Labors für die jungen Besucherinnen geöffnet und „Technik zum Anfassen“ präsentiert wird.

Partner: MASGFF, MBWJK, Universitäten, Schulen, BA, Unternehmen

www.ada-lovelace.com

Leitlinien von Frauen (veröffentlicht 2002):

Leitlinien für die Umsetzung des Nachhaltigkeitsgedanken bei explizierter Beteiligung von Frauen: Frauenkompetenz anerkennen, Rahmenbedingungen schaffen, Umweltbewusstsein stärken, Beschäftigung und Arbeit ermöglichen, Ausländerinnen und Aussiedlerinnen fördern, Gewalt gegen Frauen verhindern, Konflikte bewältigen, zur Geschlechtergerechtigkeit erziehen, geschlechtergerechte Sprache anwenden, Gender-Mainstreaming etablieren.

Partner: RHK

Girls'Day – Mädchen Zukunftstag (2002 bis 2008):

Das Projekt Girls'Day – Mädchen-Zukunftstag bietet Schülerinnen Einblick in Berufsfelder, die Mädchen im Prozess der Berufsorientierung nur selten in Betracht ziehen. In erster Linie bieten technische Unternehmen und Abteilungen, sowie Hochschulen, Forschungszentren und ähnliche Einrichtungen am Girls'Day Veranstaltungen für Mädchen an. Anhand von praktischen Beispielen erleben die Teilnehmerinnen in Laboren, Büros, Werkstätten und Redaktionsräumen, wie interessant und spannend diese Arbeit sein kann. Durch persönliche Gespräche mit Beschäftigten können die Mädchen ihren Erfahrungs- und Orientierungshorizont erweitern, um einen steigenden Anteil junger Frauen in technischen und technikhnen Berufen zu erreichen.

Partner: MASGFF, MBWJK, regionale Arbeitskreise, Unternehmen, Schulen

www.girls-day.rlp.de

3.2.2. Generationensolidarität

Der demografische Wandel stellt das Zusammenleben der Generationen in allen Lebensbereichen vor neue Herausforderungen. In diesem Kontext wird auch die Stärkung bürgerschaftlichen und nachbarschaftlichen Engagements immer bedeutender. Damit ist die Generationensolidarität nicht nur ein Gebot des gesellschaftlichen Zusammenhalts, sondern auch ein wichtiges Entwicklungspotenzial.

Ein übergreifendes Ziel der Landesregierung ist die Barrierefreiheit³⁷, die auch im Rahmen der Generationensolidarität von großer Bedeutung ist: Hindernisse für alte wie auch für behinderte und sonstige mobilitätseingeschränkte Menschen, z. B. Familien mit Kleinkindern, sollen abgebaut werden. Gebäude, Verkehrsanlagen und Verkehrsmittel sollen barrierefrei zugänglich sein. Ebenso sollen technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akustische und visuelle Informationsquellen, Kommunikationseinrichtungen sowie alle sonstigen gestalteten Lebensbereiche ohne Barrieren nutzbar sein.

Es stellen sich insbesondere die folgenden Zukunftsaufgaben:

a) *Zusammenleben der Generationen*

Die Solidarität zwischen den Generationen ist zu stärken. Dafür ist es notwendig, in der Öffentlichkeit für ein differenziertes Bild der Beziehungen und Verhältnisse zwischen den Generationen zu sorgen; in diesem Zusammenhang muss auch das zum Teil negative Bild von der älteren Generation und deren Bedeutung für die Gesellschaft gründlich revidiert werden. Stattdessen müssen die Beiträge älterer Menschen besondere Anerkennung verdienen. Ältere Menschen repräsentieren mit ihrem Erfahrungswissen und ihren Kompetenzen ein wichtiges Potenzial für das Zusammenleben in der Gesellschaft. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung bekommt insbesondere das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen einen hohen Stellenwert.

Für die Einbindung älterer Menschen in die Gesellschaft und die Wahrnehmung ihrer Bedürfnisse sind mehrere Bereiche relevant:

- **Förderung des Aktivitätspotenzials älterer Menschen**

Die Zunahme von Ressourcen und Kompetenzen älterer Menschen sowie das nicht unerhebliche Ausmaß an freier Zeit wird eine Erhöhung ihrer Aktivitätspotenziale nach sich ziehen, was auch der Gesellschaft insgesamt zugute kommt. Produktives Leben im Alter bedeutet, Verantwortung für sich selbst und für andere zu übernehmen; die Teilhabe älterer Menschen an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen muss ernst genommen werden. Das heißt auch, dass ältere Erwerbstätige ihre Erfahrungen und Kenntnisse in den Arbeitsmarkt einbringen können. Dies wird v. a. mit den Perspektiven zur Erwerbsfähigkeit³⁸ abgebildet.

- **Förderung innovativer Formen des Miteinanders der Generationen**

Das Miteinander der Generationen kann durch themen- und projektorientierte Maßnahmen gefördert werden. Durch die Selbstorganisation und die Partizipation älterer Menschen an der Bürgergesellschaft können ihre Ressourcen stärker nutzbar werden, etwa im Rahmen der Pflege und Nachbar-

³⁷ Siehe Art. 64 *Verfassung für Rheinland-Pfalz*.

³⁸ Siehe S. 100ff.

schaftshilfe, von Tauschbörsen und Freiwilligenagenturen. Die Politik – insbesondere vor Ort – ist gefordert, geeignete Rahmenbedingungen für solche Projekte und Maßnahmen zu schaffen. Innovative Formen werden u. a. mit dem Ehrenamt³⁹ abgebildet.

- **Altersgerechte Lebenswelten schaffen**

Solidarität umfasst hier die besonderen Bedürfnisse nicht nur der älteren Generation. Dabei meint „altersgerechte Lebenswelten“ die öffentlichen und individuellen Lebensräume, die den Bedürfnissen aller Generationen besser gerecht werden; angesichts der Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Bevölkerung bedarf es gerade in diesem Bereich großer Anstrengungen. Im Einzelnen geht es zum einen um Maßnahmen, die im weiten Sinne auf die Barrierefreiheit abzielen. Es geht aber auch um neue altersgerechte Wohnformen mit der Prämisse „ambulant vor stationär“, die älteren Menschen ein möglichst langes eigenständiges Wohnen ermöglichen. Hierzu gehört die Entwicklung entsprechender Formen des Zusammenlebens (z. B. Wohngemeinschaften älterer Menschen). Zudem ist die öffentliche Infrastruktur so zu gestalten, dass sie wohnortnah und mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen ist.

b) *Kinder- und Familienfreundlichkeit*

Kinder haben das Recht darauf, sich eine eigene Meinung zu bilden, diese frei zu www.kinderrechte.rlp.de äußern und haben einen Anspruch darauf, dass ihre Meinung in den sie berührenden Angelegenheiten berücksichtigt wird. Kinder haben das Recht auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit, ein Recht auf Schutz, Bildung und Förderung ihrer Entwicklung. Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, ist ihr Wohl vorrangig zu berücksichtigen. Mit der Ratifizierung der Kinderrechts-Konvention 1992 der Vereinten Nationen hat die Bundesrepublik diese Staatsverpflichtung anerkannt.

Jugendliche können ihre ganz besonderen Fähigkeiten, Initiativen und Sichtweisen in Entscheidungsprozesse einbringen. Die Beteiligung stärkt die Handlungskompetenz von Mädchen und Jungen: Kontakt- und Kommunikationsfähigkeit werden erweitert; ihre Fähigkeit zur aktiven Konfliktbewältigung im Rahmen von Aushandlungsprozessen wird entwickelt. Die Kinder und Jugendlichen erfahren auch, dass ihre Bedürfnisse ernst genommen werden und dass sie in ihrer Stadt oder Ortsgemeinde etwas bewirken können. Dadurch erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder und Jugendliche sich auch als Erwachsene aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen. Die Vereinten Nationen organisierten 2002 schließlich einen Kinderweltgipfel.

Die kinder- und familienfreundliche Ausgestaltung aller gesellschaftlichen Bereiche ist weichenstellend für die Entwicklung der Gesellschaft. Dabei ist die Familie – unabhängig von der Lebensform – der Entwicklungsraum für Kinder. Die Erziehung legt die Basis für das spätere Leben. Ebenso ist die Absicherung von Kindern bzw. der Eltern eine wichtige Herausforderung, was v. a. bei jungen, einkommensschwachen Familien oder Familien mit Migrationshintergrund besonders relevant ist.

Daher ist das Ziel „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ in Rheinland-Pfalz Orientierung und Querschnittsaufgabe für das ganze Land. Mit der Fortschreibung des gleichnamigen Aktionsprogramms hat sich die Landesregierung im Januar 2004 diesem Ziel erneut verpflichtet. Rheinland-Pfalz ist also ein Land, in dem Kinder- und Familienfreundlichkeit wesentlicher Maßstab für alle politischen Entscheidungen ist.

³⁹ Siehe S. 118ff.

Dies macht die Familien- und Kinderfreundlichkeitsprüfung deutlich, die seit 2004 für alle Gesetze, Verordnungen und politischen Entscheidungen verbindlich ist.

Die Landesregierung möchte die Rahmenbedingungen für Familien verbessern www.vivafamilia.de und Familien in Zukunft noch wirksamer bei ihren Aufgaben unterstützen. Gerade in einer älter werdenden, von Umbrüchen gekennzeichneten Gesellschaft wird das, was Familien leisten, immer wichtiger. Partnerschaft leben, Kinder zu selbstbewussten Persönlichkeiten erziehen, Beruf und Familie verbinden, Angehörige pflegen sind Beispiele zur Verdeutlichung des individuellen und gesellschaftlichen Wertes von Familie. Dementsprechend hat die Landesregierung Anfang 2005 die Initiative „Viva Familia“ gestartet, womit sie folgende Ziele verfolgt (siehe hierzu auch die Beispiele und Vorhaben):

- **Familienkompetenz stärken**

Die Landesregierung setzt einen Schwerpunkt darin, die Eltern- und Familienkompetenz unter Mitwirkung unterschiedlichster gesellschaftlicher Gruppen, Professionen und Einrichtungen zu stärken.

- **Gesundheit für Kinder und Familien verbessern**

Die körperliche und seelische Gesundheit der Kinder ist für Familien eine wesentliche Voraussetzung für ein zufriedenes, glückliches Leben. Ziel ist es, die Gesundheit von Kindern und Familien durch vorbeugende Maßnahmen, Gesundheitsförderung und umfassende Information weiter zu verbessern.

- **Arbeit und Ausbildung für junge Menschen schaffen**

Ein besonderes Anliegen der Jugendlichen und ihrer Familien wie auch ein zentrales gesellschaftliches Ziel ist, dass junge Menschen in Rheinland-Pfalz zuversichtlich in ihre berufliche und private Zukunft blicken können.

- **Familienbewusste Arbeitswelt fördern**

Zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie setzt sich die Landesregierung gemeinsam mit der Wirtschaft dafür ein, familienbewusste Arbeitsbedingungen zu erreichen.

- **Hilfen für Familien in Notlagen bereitstellen**

Trotz vielfältiger staatlicher Unterstützungs- und Ausgleichsleistungen befinden sich nicht wenige Familien in wirtschaftlichen Notlagen. Die Landesregierung sieht sich hier in der besonderen Verantwortung, gezielt zu helfen.

Es bestehen noch viele weitere Ansatzpunkte zur Schaffung eines kinder- und familienfreundlichen Rheinland-Pfalz. Hierfür sind die Stärkung des Bildungswesens sowie die Entwicklung kindgerechter Wohnumfelder zu nennen. In diesem Kontext ist eine qualitativ und quantitativ gute Kinderbetreuung von zentraler Bedeutung, z. B. im Rahmen von ganztägigen Einrichtungen der Jugendhilfe, aber auch durch die Schaffung von Ganztagsschulangeboten. Um besonders die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern, sind unterschiedliche Akteurinnen und Akteure gefragt:

- **Unternehmen**, die strategische Entscheidungen treffen und z. B. mehr qualifizierte Teilzeitarbeit für Männer und Frauen anbieten,
- **Tarifpartner**, die mit ihren Entscheidungen über die Bedingungen der Erwerbsarbeit die Zukunft der Arbeit mitgestalten,
- **Eltern** und Menschen mit Kinderwunsch, die Mut und Zuversicht einbringen sowie
- die **Politik** durch die Gestaltung kinder- und familienfreundlicher Rahmenbedingungen.

Die nachfolgenden Vorhaben geben einen weiteren Ausschnitt aus den zahlreichen guten Beispielen wieder:

Initiativen der Landesregierung „Aktionsprogramm kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ :

Demokratische Beteiligung von klein auf – in diesem Sinne hat die Landesregierung im Juli 1995 das Aktionsprogramm „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“ beschlossen. Arbeitsschwerpunkt bei der Umsetzung des Projekts ist die „Partizipation von Kindern“ im Sinne von Politik mit Kindern und nicht nur „für“ Kinder. Es stehen jedes Jahr zusätzlich ca. 500.000 € im Haushalt zur Verfügung, mit denen Projekte finanziert und gefördert werden, die konkrete Beiträge zur strukturellen Verbesserung der unmittelbaren Lebenswelten von Kindern leisten.

Partner: MBWJK

www.kinderrechte.rlp.de

Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an:

Rheinland-Pfalz ist ein kinderfreundliches Land. Das Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ ist eine Offensive, die das Bildungs- und Betreuungsangebot im vorschulischen Bereich Schritt für Schritt erweitert und besondere Akzente bei der frühen Förderung von Kindern setzt.

Durch das neue Konzept sollen Kinder früher gefördert, zugleich soziale Benachteiligungen bei den Bildungschancen abgebaut und vor allem junge Familien gezielt unterstützt werden.

Fünf Pluspunkte für Kinder und Familien, für Chancengleichheit und Förderung vereint das Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“:

- Ausbau der Betreuungsangebote für unter Dreijährige
- Öffnung des Kindergartens für Zweijährige und Rechtsanspruch ab 2010
- Letztes Kindergartenjahr für alle – Beitragsfreiheit für Eltern
- 8-Millionen-Programm für Sprachförderung und Schulvorbereitung
- Verbesserung des Übergangs vom Kindergarten in die Schule

Damit legt das Land Rheinland-Pfalz ein Gesamtkonzept vor, das die bisherigen Landesinitiativen ergänzt, Schritt für Schritt aufeinander aufbaut, Kinder optimal fördert, Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung unterstützt und Kommunen und Träger in die Lage versetzt, ihren Beitrag zu einem kinderfreundlichen Rheinland-Pfalz leisten zu können. Das Land stellt hierfür erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung, die sich aufwachsend bis zum Jahr 2010 auf 60 Millionen Euro zusätzlich belaufen.

Auf das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr aufbauend, befreit Rheinland-Pfalz als erstes Bundesland die gesamte Kindergartenzeit von Beiträgen. Bis zum Jahr 2010 sollen die Beiträge für den Kindergartenbesuch schrittweise entfallen und zwar ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr.

Partner: MBWJK

Spielleitplanung – Ein Weg zur kinderfreundlichen Gemeinde und Stadt:

Spielleitplanung zielt auf eine kind- und jugendgerechte Planung und Entwicklung des kommunalen Raumes unter direkter Beteiligung von Mädchen und Jungen. Durch die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen in allen Planungs- und Umsetzungsphasen werden sie in der Ausübung ihrer Rechte und auch Pflichten unterstützt und gestärkt. Eine fachbereichsübergreifende Planung unter konsequenter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ermöglicht den Erhalt, die Sicherung und die Neuschaffung geeigneter Flächen und Räume für Spiel, Erlebnis, Aufenthalt und Bewegung. Das Verfahren der Spielleitplanung wurde in den vergangenen Jahren in sieben Modellgemeinden (Bodenheim, Duchroth, Hergenfeld, Marienthal, Neuwied, Waldböckelheim und Weinsheim) erprobt und erfolgreich durchgeführt.

Partner: MBWJK, MUFV

www.spielleitplanung.de

Kinderstadtpläne:

In Zusammenarbeit mit allen Grundschulen vor Ort zeigen Schülerinnen und Schüler aus ihrer Sicht spezielle Treffpunkte (Drachenwiesen, Rodelberge, Kletterbäume) sowie Gefahrenstellen im Straßenverkehr auf. Diese wurden in einen Stadtplan eingezeichnet. Die Entstehung von Kinderstadtplänen ist u. a. im Magazin „Kinderstadtpläne: Ein imageträchtiges Produkt für ihre Stadt oder Gemeinde“ nachzulesen.

Partner: MBWJK

www.kinderrechte.rlp.de

Woche für Kinderrechte (seit 2007):

Das MBWJK fördert ab 2007 rund um den Weltkindertag im September Aktionen und Projekte in rheinland-pfälzischen Jugendamtsbezirken, die der Sensibilisierung und Umsetzung von Kinderrechten dienen. Jedes Jahr wird ein anderes Kinderrecht in den Fokus gerückt.

Partner: MBWJK

www.kinderrechte.rlp.de

Beispiele der Landesregierung zur Stärkung der Familienkompetenz:

Der intensive Kontakt von Hebammen zu Familien soll verstärkt genutzt werden, um schon sehr früh mit Familien in Verbindung zu treten und jungen Eltern praktische Information und Hilfestellung anzubieten. Ein speziell auf die erste Phase nach der Geburt eines Kindes ausgerichtetes Elternkursprogramm soll Eltern die Orientierung in ihrer neuen Rolle und den Weg zu familienrelevanten Einrichtungen erleichtern. Familien, die Angehörige pflegen, werden verstärkt bei ihrer Arbeit unterstützt, beispielsweise durch einen Informationskoffer, der einen „Familienpflegeratgeber“ mit Notfallkarte und eine CD-ROM für die häusliche Pflege von Menschen mit einer Demenzerkrankung enthält.

Partner: MASGFF

www.vivafamilia.de / www.menschen-pflegen.de

Beispiel der Landesregierung zur Verbesserung der Gesundheit für Kinder und Familien:

Mit der ehrenamtlichen Internetbörse „Gesucht? Gefunden!“ wird Familien praxisnah und bedarfsgerecht die Möglichkeit geboten, per Internetklick eine Fachfrau oder einen Fachmann zu den unterschiedlichsten Gesundheitsthemen ausfindig zu machen und für Termine vor Ort zu buchen.

Partner: MASGFF

www.vivafamilia.de

Beispiele der Landesregierung zur Schaffung von Arbeit, Ausbildung und Weiterbildung für junge Menschen:

Die Landesregierung hat vielfältige Initiativen und Projekte gestartet, die die Qualifizierungsmöglichkeiten und Beschäftigungschancen der Jugendlichen verbessern. Gebündelt werden die Programme und Projekte am „Ovalen Tisch für Ausbildung“ des Ministerpräsidenten Kurt Beck sowie in der Kampagne „Jugend in Arbeit“, mit der das MASGFF seine Aktivitäten für Jugendliche noch einmal verstärkt. In den über 150 Projekten dieser Kampagne werden jährlich deutlich mehr als 10.000 Jugendliche erreicht. Aus Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds stehen dafür jährlich rund 10 Millionen Euro zur Verfügung. Hinzu kommen Elemente für Jugendliche im Rahmen der Arbeitsmarktinitiative „Neue Chancen: 6.000 plus für Jung und Alt“.

Die Landesregierung stellt darüber hinaus umfangreiche Hilfen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen zur Verfügung: Zu nennen sind in diesem Zusammenhang verschiedene Programme wie das Darlehensprogramm bei der ISB, das Zuschussprogramm gemeinsam mit der BASF, die Förderung der Verbundausbildung und die Förderung der Ausbildungsstellenakquisitüre. Darüber hinaus werden Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen und Initiativen, um über Bedarf ausgebildete Jugendliche in Arbeit zu bringen, durchgeführt. Im Bereich „Qualifizierung zur Selbständigkeit“ wird die Weiterbildung zum Meister gefördert.

Partner: MASGFF, MWVLW

www.masgff.rlp.de; www.mwvlw.rlp.de

Beispiel der Landesregierung zur Förderung der familienfreundlichen Arbeitswelt:

Im Rahmen der Initiative „Viva Familia“ unterstützt das MASGFF Unternehmen, die ihre Personalpolitik familienfreundlicher gestalten. Dazu gehören zum Beispiel flexible Arbeitszeitmodelle, Telearbeit, Jobsharing oder Betriebskindergärten. Es werden auch Unternehmen gefördert, die ihr individuelles Konzept für Familienfreundlichkeit mit Hilfe des von der gemeinnützigen Hertie-Stiftung initiierten Auditverfahrens Beruf und Familie weiterentwickeln wollen. Generell übernimmt das MASGFF bei Unternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten die Hälfte der Kosten des Auditverfahrens, bei kleineren Betrieben mit weniger als 26 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sogar die vollen Kosten.

Partner: MASGFF

www.vivafamilia.de

Beispiele der Landesregierung zur Bereitstellung von Hilfen für Familien in Notlagen:

Die Landesstiftung „Familie in Not – Rheinland-Pfalz“ bietet Familien in außergewöhnlichen Notlagen schnelle und unbürokratische Hilfe. Mit der Familienferien-Sonderaktion konnte allein im Jahr 2006 über 420 einkommensschwachen Eltern und Kindern ein kostenloser Urlaub in Familienferienstätten und familienfreundlichen Jugendherbergen ermöglicht werden.

Partner: MASGFF

www.vivafamilia.de

Initiative „Menschen pflegen“:

Mit der Initiative Menschen pflegen möchte die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz die Situation der pflegebedürftigen und der pflegenden Menschen in Rheinland-Pfalz dauerhaft verbessern. Die Initiative basiert auf folgenden acht Säulen, die gleichzeitig die Arbeitsschwerpunkte der Initiative darstellen:

- Qualität in der Pflege
- Mitsprache in der Pflege
- Pflege für die Zukunft sichern
- Wohnortnahe Pflege
- Familien im Pflegealltag unterstützen
- Demenz- eine Herausforderung
- Aus- und Weiterbildung
- Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen

Partner: MASGFF, Sozialverbände, Einrichtungsträger

www.menschen-pflegen.de

Landesleitstelle „Älter werden in Rheinland-Pfalz“ (seit 1993):

Die Landesleitstelle „Älter werden in Rheinland-Pfalz“ wurde 1993 im damaligen Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit eingerichtet und praktiziert Seniorenpolitik als Querschnittsaufgabe.

Partner: StK, MASGFF

www.masgff.rlp.de

Gemeinschaftlich Wohnen in einer Gesellschaft des längeren Lebens (seit Februar 2006):

Die Landesregierung hat im Februar 2006 das Kooperationsforum „Gemeinschaftlich Wohnen in einer Gesellschaft des längeren Lebens“ gegründet. Darin arbeiten Wohnungswirtschaft, Banken, Städteplaner, Wissenschaft, Sozialwesen, Wohnberatung und die Ministerien für Inneres, Finanzen und Familie des Landes Rheinland-Pfalz gemeinsam an der Entwicklung von neuen Wohnkonzepten. Diese interdisziplinäre und verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit soll Vorbild sein für ein Zusammenwirken auf der örtlichen Ebene und es soll Anstöße und Unterstützung leisten bei der Entwicklung neuer Wohnprojekte in Rheinland-Pfalz.

Partner: MASGFF, FM, ISM

www.masgff.rlp.de

Audit „berufundfamilie“ (ab 2005):

Das Audit „berufundfamilie“ – entwickelt auf Initiative und im Auftrag der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung – ist ein Managementinstrument zur Förderung der familienbewussten Personalpolitik, bei dem nicht nur bereits umgesetzte Maßnahmen begutachtet, sondern auch das betriebsindividuelle Entwicklungspotenzial aufgezeigt und weiterführende Zielvorgaben festgelegt werden. 2007 werden gemeinsam mit der Wirtschaft vier Regionalkonferenzen durchgeführt, um vor allem kleine und mittlere Unternehmen für familienbewusste Maßnahmen im Betrieb zu sensibilisieren.

Dies ist in Deutschland ein bisher einmaliger Beitrag einer Landesregierung zur Wahrung der Vorbildfunktion: Nach dem MASGFF und dem MUFV haben allen anderen Ministerien, die Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und der Europäischen Union sowie der Landtag Rheinland-Pfalz das Grundzertifikat erhalten. Darüber hinaus sind das Landesuntersuchungsamt Rheinland-Pfalz, das Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht, die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord sowie Landesforsten Rheinland-Pfalz – als erster Landesbetrieb überhaupt – und somit der gesamte nachgeordnete Geschäftsbereich des MUFV - auditiert worden.

Partner: MASGFF, MUFV, FM, ISM, JM, MBWJK, MWVLW, StK,

LUA, LUWG, SGDen, Landesforsten, Landesvertretung

www.beruf-und-familie.de

Lokale Bündnisse für Familien:

Die Einrichtung einer „Servicestelle für lokale Bündnisse“ unter dem Dach der Landeszentrale für Gesundheitsförderung hat zum Ziel, den lokalen Bezug aller familienpolitischen Aktivitäten der Landesregierung zu verstärken. Familien soll dort geholfen werden, wo sie leben und wohnen, wo Kinder aufwachsen, pflegebedürftige Angehörige betreut und Beruf und Familie miteinander vereinbart werden. Dabei soll die Servicestelle örtlichen Initiativen helfen, kreative Ideen und Handlungsmöglichkeiten zu den verschiedensten Anliegen von Familien besser entwickeln und realisieren zu können.

Partner: MASGFF, LZG

www.lokale-buendnisse-rlp.de

„Nummer gegen Kummer“ Elterntelefon, Kinder- und Jugendtelefon (seit 1998):

Das Projekt „Nummer gegen Kummer“ bietet ein gebührenfreies Beratungsangebot für Kinder und Jugendliche. Gesprächspartner für die Kinder und Jugendlichen sind ca. 300 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Gesprächsführung und Entwicklungspsychologie geschult sind. Im Jahr 2006 sind in Rheinland-Pfalz 110.244 Gespräche am Kinder- und Jugendtelefon eingegangen, am Elterntelefon waren es 4.911.

Partner: DKSB

www.kinderschutzbund-rlp.de

Aktuelles aus dem Elterncafé – Spiel- und Bildungsangebote für Kleinkinder und ihre Eltern (seit November 2004):

Sprechstunden für Eltern mit Kleinkindern, in denen interessante Einrichtungen vorgestellt werden und Fragen rund um die Erziehung erörtert werden können. Dazu bietet das Elterncafé die Möglichkeit zum Informationsaustausch und ein Kleiderladen Gelegenheit zum Kaufen oder Tauschen gut erhaltener Kleidung.

Partner: DKSB KL-KUS

www.kinderschutzbund-rlp.de

Zukunftsradar 2030 (seit 1992):

Der Zukunftsradar 2030 ist das Leitprojekt der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz. Initiiert wurde er im Jahr 2003, um Strategien und Konzepte für die Herausforderungen der Zukunft in Rheinland-Pfalz zu erstellen und entsprechende Themen öffentlichkeitswirksam zu kommunizieren. Als Zeithorizont wurde das Jahr 2030 gewählt, da einerseits viele aktuelle Entwicklungen nur längerfristig mitgestaltet werden können, diese Bezugsgröße andererseits noch einen überschaubaren Handlungsrahmen bietet.

Die Arbeit der ZIRP im Zukunftsradar ist thematisch und konzeptionell vielfältig. In Foresight-Prozessen werden zusammen mit externen Experten Strategien zur Gestaltung wichtiger Zukunftsthemen erarbeitet. Zahlreiche Veranstaltungen tragen die gewonnenen Ergebnisse in die Öffentlichkeit oder ermöglichen Experten und Entscheidungsträgern vor Ort, standortspezifische Handlungsansätze zu entwickeln. Im Internetangebot des Zukunftsradars bietet die ZIRP weit reichende Informationen zu den bearbeiteten Themenbereichen, von Fachartikeln bis hin zu empfehlenswerten Links im Internet.

Partner: ZIRP, StK

www.zukunftsradar2030.de

Rheinland-Pfalz 2050:

Untersuchung des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz zu möglichen Auswirkungen des demografischen Wandels mit Hilfe von Modellrechnungen. Gegenstand dieser sind die Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs auf den Bedarf an Kindergartenplätzen, Kinderrippenplätzen, auf die Schulen und – wegen zunehmender Alterung der Bevölkerung – auf den Bedarf an Pflegeplätzen. Ferner werden die Auswirkungen auf das Erwerbspotential und die privaten Haushalte sowie auf den künftigen Bedarf an Wohnungen betrachtet.

In den Ausarbeitungen geht es darum, Entwicklungsverläufe und die Veränderung von Strukturen aufzuzeigen und natürlich Hinweise zu geben, welche neuen Herausforderungen damit für die Gesellschaft, jeden Einzelnen, die Politik oder die Wirtschaft verbunden sein könnten.

Partner: StK, StLA, ZIRP

www.statistik.rlp.de

Leitfaden „Demographischer Wandel – Chancen für unsere Kommunen“:

Der demografische Wandel stellt gerade die Kommunen in Rheinland-Pfalz vor große Herausforderungen. Alle Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge werden mit der sich verändernden Bevölkerungsentwicklung konfrontiert. Als „Entscheidungsträger vor Ort“ nehmen die Kommunen dabei eine wichtige gestalterische Rolle ein.

Im Projekt Zukunftsradar 2030 wurden in mehreren Expertenworkshops ein Ausblick in die Zukunft unternommen, Veränderungen analysiert und erste strategische Ansätze erarbeitet. Die Ergebnisse wurden in „Demographischer Wandel - Herausforderung für die Kommunen in Rheinland-Pfalz“ in 10 Leitthesen zusammengefasst.

Partner: StK, ZIRP

www.zukunftsradar2030.de

3.2.3. Integration benachteiligter Gruppen

Die Unterstützung benachteiligter Menschen ist ein ganz wesentliches Ziel gesellschaftlicher Solidarität und damit der Sozialpolitik. Menschen mit Migrationshintergrund, mit langjähriger sozialer Desintegration oder in besonderen Lebenslagen sollen unterstützt und gefördert werden. Der „Armut- und Reichtumsbericht“ der Landesregierung ist hierfür ein wichtiges Dokument.⁴⁰ Gesellschaftliche Gruppen haben daran mitgewirkt und stellen ein eigenes Kapitel vor. Darin legen sie ihre Erfahrungen dar und veranschaulichen die zu behebenden Probleme.

„Armut“ ist im Rahmen der Integration benachteiligter Menschen ein zentrales, aber komplexes Feld mit mehreren Faktoren:

- Durch die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Grundsicherung für Arbeit Suchende muss fast niemand in „**absoluter Armut**“ – also mit erheblichen Defiziten in der Befriedigung der Grundbedürfnisse – leben. Rheinland-Pfalz setzt sich für entsprechende Hilfe-Strukturen für Menschen in extremer Armut wie z. B. Wohnungslose, Straßenkinder oder Ausländerinnen und Ausländer ohne Aufenthaltsgenehmigung ein.
- Weitaus bedeutender ist die „**relative Armut**“. Dies bedeutet eine unzureichende Erfüllung der sozialen und kulturellen Standards, weil etwa die Handlungsspielräume der Betroffenen eingeschränkt und deren gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind. Hier wirken viele Faktoren ein, sodass Armut als komplexes Problem zu verstehen ist. So sind nicht nur geringes Einkommen und Vermögen, sondern auch schlechte Verhältnisse in Bildung, Erwerbstätigkeit, Gesundheit, Wohnen, Familie und Sozialstrukturen ausschlaggebend. Die gesamte Lage wirkt sich wiederum negativ auf das Selbstwertgefühl und weitere Entwicklungsmöglichkeiten aus. Armut bedeutet soziale Ausgrenzung und kann daher nicht hingenommen werden.

In den letzten Jahrzehnten sind allerdings auch positive Entwicklungen zu verzeichnen. Die Hilfe zum Lebensunterhalt wird in Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich selten beansprucht. Auch hat Rheinland-Pfalz Fortschritte bei der Integration von Menschen mit Behinderungen aufzuweisen, sodass nicht einmal mehr jeder vierte behinderte Mensch arbeitslos ist.

Die Überwindung von Armut ist weiterhin ein wichtiges Thema, zumal viele bedürftige Menschen nur zeitweise von staatlicher Hilfe abhängig sind. Hierzu zählen v. a. junge Familien mit kleinen Kindern oder Menschen in anderen vorübergehenden Lebenslagen. Besonders Kinder und Jugendliche, deren Situation meist stark mit der Lebenslage der Eltern zusammenhängt, sind vor Armut zu schützen. Hierfür ist ein breites Feld an Maßnahmen notwendig, die über die Beseitigung des Geldmangels bzw. die Ermöglichung des eigenständigen Erwerbs des Lebensunterhaltes hinausgehen. So sind soziale Kontakte und Kompetenzen, Bildungschancen und Gesundheitsförderung wichtige Ansatzpunkte für die Förderung von Familien.

Menschen mit Migrationshintergrund benötigen vergleichsweise häufig Hilfe, wobei ihre oftmals geringe Qualifizierung und die dadurch stärkere Gefährdung für Arbeitslosigkeit von besonderer Bedeutung sind. Die Landesregierung hat in ihrem Integrationskonzept Ziele und Maßnahmen festgelegt, um die Bildungschancen von Migrantinnen und Migranten und ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu verbessern.

⁴⁰ Landtags-Drucksache 14/3284.

Dieser Personengruppe muss auch zukünftig eine größere Aufmerksamkeit entgegengebracht werden. Dafür sind eigens Lösungsansätze zu finden, die der besonderen Situation und dem kulturellen Hintergrund der Migrantinnen und Migranten gerecht werden.

Die Benachteiligung von Menschen wird im Alltag – also in Beruf und Schule, beim Wohnen etc. – sichtbar. Diese Situation ist gerade vor dem Hintergrund von Herausforderungen wie der demografischen Entwicklung bedenklich. Gleichfalls ist die Integration benachteiligter Menschen wichtig, um langfristige Sozialkosten zu vermeiden. Daher geht die Nachhaltigkeitsstrategie in den Ausführungen zu „Bildung und Qualifizierung“⁴¹ und zu „Erwerbstätigkeit und Einkommen“⁴² auf die betroffenen Bevölkerungsgruppen ein.

Folgende Vorhaben zeigen beispielhaft die gezielte Unterstützung der benachteiligten Gruppen auf:

<p>Gemeinschaftsinitiative EQUAL – Projekt Trier „Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit im Handwerk“ (Januar 2002 bis Juni 2005):</p> <p>Erschließung von Arbeitsplätzen für Benachteiligte und Minderung von Diskriminierung und Ungleichheiten auf dem ersten Arbeitsmarkt. Dabei werden für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Handwerk, Alleinerziehende, Beschäftigte mit niedrigem Qualifizierungsniveau sowie Ausländerinnen und Ausländern. Kurse entwickelt und angeboten. Die Beschäftigungsfähigkeit von Problemgruppen wird erhöht und Beschäftigungspotenziale im Handwerk werden erschlossen und besetzt.</p> <p>Partner: HWK Trier www.umweltzentrum-trier.de</p>
<p>Integration durch Sport (seit 1990):</p> <p>Sport wird gemeinsam von Einheimischen und Zugewanderten betrieben und hilft, Sprachbarrieren zu überwinden. Sport überwindet Isolation und trägt dazu bei, soziale Beziehungen zu knüpfen: aus Fremden werden Freunde. Im Spitzensport sind viele Zugewanderte Leistungsträger und Vorbilder, nicht nur im Fußball. Im Breitensport können gemeinsam mit Zugewanderten Sportangebote in der Fläche aufrechterhalten und ausgeweitet werden.</p> <p>Das zentrale Ziel des Programms „Integration durch Sport“ ist die Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer in die Aufnahmegesellschaft und in den organisierten Sport.</p> <p>Niedrigschwellige Sportangebote außerhalb der Vereine sollen ausgebaut werden, z. B. Mitternachtssport. Dies gilt auch für Sport-Angebote, die auf die kulturellen Bedürfnisse bestimmter Gruppen besonders eingehen (z. B. muslimische Frauen und Mädchen), um Barrieren zur Mehrheitsgesellschaft aufzubrechen und ihre soziale und kulturelle Integration zu fördern. Ein Beispiel dafür ist das Projekt „Sport und Sprache“ des Landessportbunds Rheinland-Pfalz, in dem deutsche und muslimische, zugewanderte Frauen gemeinsam Schwimm- und Sprachunterricht absolvieren.</p> <p>Partner: LSB, MASGFF www.integration-durch-sport.de</p>
<p>Integrationsfachdienste für schwerbehinderte Menschen:</p> <p>Die Integrationsfachdienste werden von Arbeitsagenturen, ARGEN, optierenden Kommunen, Reha-Trägern und Berufsgenossenschaften mit der Vermittlung von behinderten Menschen beauftragt. Sie sind auch Anlauf- und Beratungsstelle für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und für besonders betroffene schwerbehinderte Menschen, die Arbeit suchen oder beschäftigt sind. Den Integrationsämtern obliegt die Strukturverantwortung</p> <p>Partner: MASGFF www.masgff.rlp.de</p>
<p>Landessonderprogramme für schwerbehinderte Menschen:</p> <p>Nach den Landessonderprogrammen zum Abbau der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen erhalten Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bei der Einstellung bestimmter besonders betroffener schwerbehinderter Menschen unter Einbeziehung der Leistungen der Arbeitsverwaltung Zuschüsse bis zu 100 Prozent des Arbeitsentgeltes. Seit Januar 2002 werden in bestimmten Fällen auch Integrationsprämien in Höhe von 3.000 Euro gezahlt. Nach den Programmen haben 3.900 arbeitslose schwerbehinderte Menschen eine Beschäftigung erhalten.</p> <p>Partner: MASGFF www.masgff.rlp.de</p>

⁴¹ Siehe S. 95ff.

⁴² Siehe S. 100ff.

InPact – Kompetenz für die multikulturelle Arbeitswelt (dauerhaft):

Menschen mit Migrationshintergrund sehen sich weiterhin vielfältigen Benachteiligungen im Hinblick auf Bildungschancen und berufliche Perspektiven sowie einer fehlenden Chancengleichheit im Arbeitsalltag gegenüber. Vor diesem Hintergrund will InPact in verschiedenen Handlungsfeldern zur Stärkung des Problembewusstseins von Schlüsselpersonen in der Arbeitswelt beitragen sowie Wissen und Kompetenzen zu Fragen der beruflichen Integration und Gleichstellung von Menschen mit Migrationshintergrund vermitteln. Die Projektangebote umfassen: Trainings für Personal der beruflichen Bildung, Fortbildungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus der Migrantenarbeit zu arbeitsmarktpolitischen Themen, Ausbildung von Migrantinnen und Migranten zur Durchführung muttersprachlicher Elterninformationsveranstaltungen zu Schule, Ausbildung, Beruf, Beratung von Betrieben und Verwaltungen zur Förderung der Chancengleichheit von Migrantinnen und Migranten, Tagungen und Workshops zu zentralen Themen in der Schnittstelle von Migration und Arbeitswelt.

Als neues Element ist dazugekommen, dass InPact auf Betriebe zugehen wird, um sie zu motivieren verstärkt auch Jugendliche mit Migrationshintergrund bei der Vergabe von Ausbildungs- und Arbeitsstellen zu berücksichtigen. Projekte zur Verbesserung der Chancen für ältere Beschäftigte und Arbeitslose (seit 2005):

- Projekt „Kompetenzerhaltung im Baubetrieb-Konzept zur Bewältigung des demographischen Wandels“
- Projekt „Alternde Belegschaften im Handwerk und Mittelstand: Modellhafte Entwicklung und Erprobung von Maßnahmen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs“
- Projekt „Alternative Konzepte der Personalpolitik mit alternden Belegschaften in Klein- und Mittelbetrieben“
- sonstige Projekte zur beruflichen Orientierung und zum Training für Berufsrückkehrerinnen und -rückkehrer

Partner: AGARP, AL, ISM-Mainz

www.inpact-rlp.de / www.ism-mainz.de

Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Mainz (seit 2005):

Angelehnt an das Modell der Essener Stiftung Mercator hat die Heinrich Böll Stiftung Rheinland-Pfalz in Kooperation mit dem Pädagogischen Institut der Universität Mainz und mit Unterstützung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur das Projekt „FUMI“ initiiert. FUMI richtet sich an Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund der Klassenstufen fünf bis zehn in verschiedenen Schulformen. Seit 2005 werden die Schülerinnen und Schüler jeweils vier Stunden pro Woche in Kleingruppen gefördert. Die Förderung erfolgt durch Studierende des Pädagogischen Instituts der Universität Mainz, die in Praxis-Workshops begleitet werden.

Partner: MBWJK

www.boell-rlp.de

3.3. Die Perspektiven für Rheinland-Pfalz im Detail

Die folgenden Abschnitte gehen vom übergreifenden Leitbild Nachhaltiger Entwicklung aus. Sie stellen die verschiedenen Nachhaltigkeitsbereiche gemäß dem Integrierenden Nachhaltigkeits-Dreieck dar. Dabei umfasst jeder Nachhaltigkeitsbereich ein verständliches Leitbild, handlungsweisende Leitziele und die wesentlichen Handlungsfelder. Jedes der Handlungsfelder ist sodann einheitlich nach folgendem Schema gegliedert:

- Die Rubrik **Bedeutung** ordnet das Handlungsfeld in das Integrierende Nachhaltigkeits-Dreieck ein und stellt die Bezüge zum Agenda 21-Prozess her. Diese Rubrik ist frei von aktueller politischer Programmatik, um das Handlungsfeld auf eine dauerhafte und breit anerkannte Basis zu stellen. Die Bedeutung wird durch die langfristige Wichtigkeit für die Nachhaltige Entwicklung in Rheinland-Pfalz konkretisiert.
- Anschließend werden unter der Rubrik **„Partner“** diejenigen genannt, die an der Umsetzung des jeweiligen Handlungsfeldes besonders beteiligt sind. Hierzu gehören die Ressorts und nachgeordneten Behörden der Landesregierung sowie die gesellschaftlichen Gruppen. Die Gesellschaft wird dabei durch die wichtigsten Verbände und Organisationen vertreten. Im Fortschreibungsprozess der Nachhaltigkeitsstrategie können sich die Partner weiter einbringen.
- Das **Ziel** zeigt daraufhin das richtungweisende und gemeinsame Bestreben der Partner für das jeweilige Handlungsfeld auf. Dieses Ziel ist als gemeinsame, handlungsweisende Motivation aufzufassen.
- Ausgewählte **Indikatoren** sollen den Fortschritt auf dem Weg zu ganz konkreten Zielen abbilden. Die Indikatoren sind dafür wie folgt strukturiert:
 - Die **Referenzen** verweisen auf Quellen, die den Indikator analog verwenden. Damit soll eine möglichst hohe Vergleichbarkeit der Dokumente untereinander gewährleistet werden. Die Abkürzungen stehen für folgende Dokumente:
 - NNS: Nationale Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland“, 2002/2004
 - SH: Nachhaltigkeitsstrategie „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“, 2004
 - TA: Technikfolgenakademie: „Nachhaltige Entwicklung in Baden-Württemberg“, 2000
 - UMK: Ökologische Kernindikatoren gemäß Beschluss der Umweltministerkonferenz, Mai 2005
 - LA21: Agenda-Transfer: Gemeinsam empfohlene Indikatoren zur kommunalen Nachhaltigkeit, 2003 bzw. FEST Heidelberg: Indikatoren zur Lokalen Agenda 21, 2002
 - Die **Beschreibung** umfasst den Erklärungsbeitrag und die Problemstellung für die Nachhaltige Entwicklung, methodische Aspekte sowie Grenzen und Kritik.
 - Der zeitliche **Verlauf** des Indikators wird zunächst qualitativ erörtert. Dann stellt ein Diagramm die quantitative Entwicklung zusammen mit etwaigen Zielsetzungen und Vergleichswerten (Bundesebene, Einzelaspekte, etc.) dar.
 - Anschließend wird in der **Bewertung** der Indikatorenverlauf diskutiert.
 - Der Ausblick ist während der Fortschreibung 2007 hinzugefügt worden, um den verwendeten Indikator bis 2009 zu diskutieren und die Weiterentwicklung vorzubereiten.
- Abschließend wird in jedem Handlungsfeld eine Auswahl wichtiger abgeschlossener, laufender und geplanter **Beispiele und Vorhaben** vorgestellt. Daran lässt sich zum einen erkennen, ob das Handlungsfeld für eine Nachhaltige Entwicklung genügend realisiert wird. Zum anderen kann dann später zurückverfolgt werden, inwieweit die Partner einen Beitrag zur Nachhaltigen Entwicklung geleistet

haben. Diese sind als besonders herausragende Beispiele, als „Leuchttürme“ zu verstehen. Sie sollen zeigen, wie Rheinland-Pfalz auch in Zukunft mit gutem Beispiel vorangehen kann.

Die Beispiele und Vorhaben können im vorliegenden Dokument nur verkürzt wiedergegeben werden, sie sollen in erster Linie einen Überblick verschaffen.

Nachhaltigkeitsbereich:

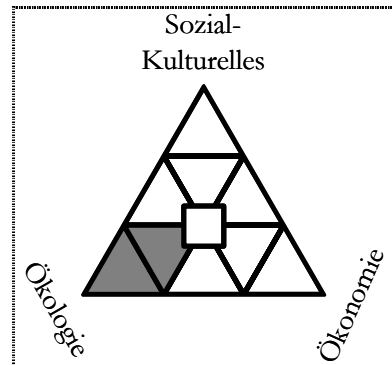
A Natürliche Lebensgrundlagen bewahren

Leitbild: Die Natur ist die lebensnotwendige Grundlage der menschlichen Existenz. Sie zu schützen ist nicht nur eine ethische Aufgabe, sondern auch eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Notwendigkeit. So ist die Natur einerseits Quelle für Ressourcen, Ökosystemfunktionen, Identität und Ästhetik. Andererseits benötigt der Mensch die Natur zur Aufnahme von Reststoffen.

Leitziel: Die langfristige Wirtschaftsentwicklung und die sozialen Lebensbedingungen sollen sich an den natürlichen Lebensgrundlagen orientieren. Sie sind miteinander so in Einklang zu bringen, dass künftige Generationen in ihrer Entwicklung nicht durch früher getroffene Weichenstellungen beeinträchtigt werden. Damit trägt der Naturschutz zur Nachhaltigen Entwicklung des Landes bei.

Das Land Rheinland-Pfalz tritt dafür ein, die Entnahme erneuerbarer Ressourcen langfristig auf die Regenerationsrate zu beschränken und der Knappheit erschöpflicher Ressourcen vorzubeugen. Weiterhin sollen die Aufnahmefähigkeit der Natur beachtet und das Risiko der Überlastung verringert werden. In begründeten Notlagen muss der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Vorrang vor ökonomischen und sozialen Ansprüchen erhalten.

Handlungsfelder: - Lebendige Landschaften
- Intakte Umweltmedien
- Ressourcennutzung und Klimaschutz



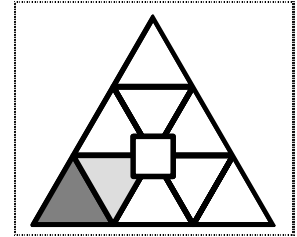
www.umweltatlas-rlp.de
www.udk.rlp.de

Handlungsfeld:

A.a Lebendige Landschaften

Bedeutung: Menschen prägen Landschaften. Der Land- und der Weinbau, die Wälder und die Flusslandschaften sowie Abbaustätten sind dabei besonders relevant.

Die Vielfalt der Arten in Flora und Fauna gibt zum einen Hinweise auf die Qualität der Lebensräume. Diese sind fast immer durch Bewirtschaftung kultiviert oder durch Abbau natürlicher Vorkommen gestaltet. Gerade die landwirtschaftlich und weinbaulich genutzten Flächen



sind ein wichtiger Lebens- und Kulturraum. Ebenso übernehmen Wälder nicht nur wichtige Filter- und Puffer-, sondern auch Lebensraumfunktionen. Die „Walderklärung“, die im Rahmen der Rio-Konferenz erstellt wurde, und Kapitel 11 der Agenda 21 unterstreichen nochmals die Bedeutung der Wälder. Das Umweltmedium Wasser und die Gewässer haben bei der Entwicklung der natürlichen Umwelt eine herausragende Bedeutung. Gleiches gilt für die anderen Lebensraumtypen.

Der Artenschutz ist Teil des Schutzes unserer natürlichen Lebensgrundlagen, aber auch im Hinblick auf die „genetische Datenbank Natur“ begründet. Daher ist die Verpflichtung zur Erhaltung der Biodiversität in internationalen Übereinkünften (Biodiversitätskonvention der Rio-Konferenz) festgelegt, denen Deutschland beigetreten ist.

Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da der größte Teil der Landesfläche aus einzigartigen Kulturlandschaften besteht. Große Teile der Flächen sind überdies in Öffentlicher Hand, sodass hier direkte Einflussmöglichkeiten und eine unmittelbare Verantwortung bestehen.

Partner: MUFV, LUWG, Naturschutzverbände, Angler, Bachpaten, Bundeswehr, MWVLW, Landwirtschaftsverbände, LWK, Stiftung Natur und Umwelt, Stiftung zur Förderung der Kulturlandschaft, SGD-Süd, SGD-Nord

Ziel: Die Lebensräume sind so zu gestalten, dass Pflanzen und Tiere in ihren Populationen und Lebensgemeinschaften sowie in ihrer Vielfalt gesichert sind und sich entwickeln können. Bedrohte Tier- und Pflanzenarten sind besonders zu schützen. Die für den Biotop- und Artenschutz bedeutsamen Flächen bedürfen häufig der Pflege oder Nutzung. Naturerfahrungs- und Naturerlebnismöglichkeiten sind zu erhalten und zu entwickeln.

www.naturschutz.rlp.de

Der Naturschutz baut die Verknüpfung mit ökonomischen und sozial-kulturellen Aspekten weiter aus und führt die diskursiven Kommunikations- und Dialogprozesse fort: „Gute Lösungen im Naturschutz leben von Inhalt, Wirksamkeit und Akzeptanz“. Dies schließt eine moderne öffentliche Organisationsstruktur, den Leitsatz „Schützen durch Nutzen“, das Ehrenamt und die Umsetzung europäischer Richtlinien wie „Natura 2000“ ein.

Der Wald soll Lebensraum für einen reichen Bestand an Pflanzen und Tieren bieten. Die Wälder sollen also allumfassend funktionsfähig bleiben. Die Umsetzung dieses Prinzips der multifunktionalen Forstwirtschaft in den Wäldern – das heißt, optimale Leistung von Schutz- und Erholungsaufgaben im Verbund mit der Erzeugung von wertvollem, starkem Holz – erfolgt mit den Methoden der naturnahen Waldbewirtschaftung. Auf diese Weise werden eine ökologische Waldentwicklung sowie der Aufbau biologisch gesunder, in Struktur und Arteninventar vielfältiger und damit reaktionsfähiger Waldökosysteme als eine Voraussetzung für die Erhaltung und Förderung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes erreicht. Zu den Grundsätzen des naturnahen Waldbaus zählen der Biotop- und Artenschutz durch Erhaltung alter Bäume, Baumgruppen, Belassen von Totholzanteilen und der Schutz bzw. die Förderung seltener Florenelemente.

Eine ganzheitliche und funktionelle Entwicklung der Gewässer ist ein wichtiger Beitrag zur Umsetzung der Agenda 21. Dazu sind Gewässer und Auen nötig,

- die ein gutes Selbstreinigungs- und Regenerationsvermögen haben,
- die einen typisch artenreichen Tier- und Pflanzenbestand aufweisen, in denen Fische wieder Kinderstuben finden,
- die dem Hochwasserschutz auf natürliche Weise dienen.

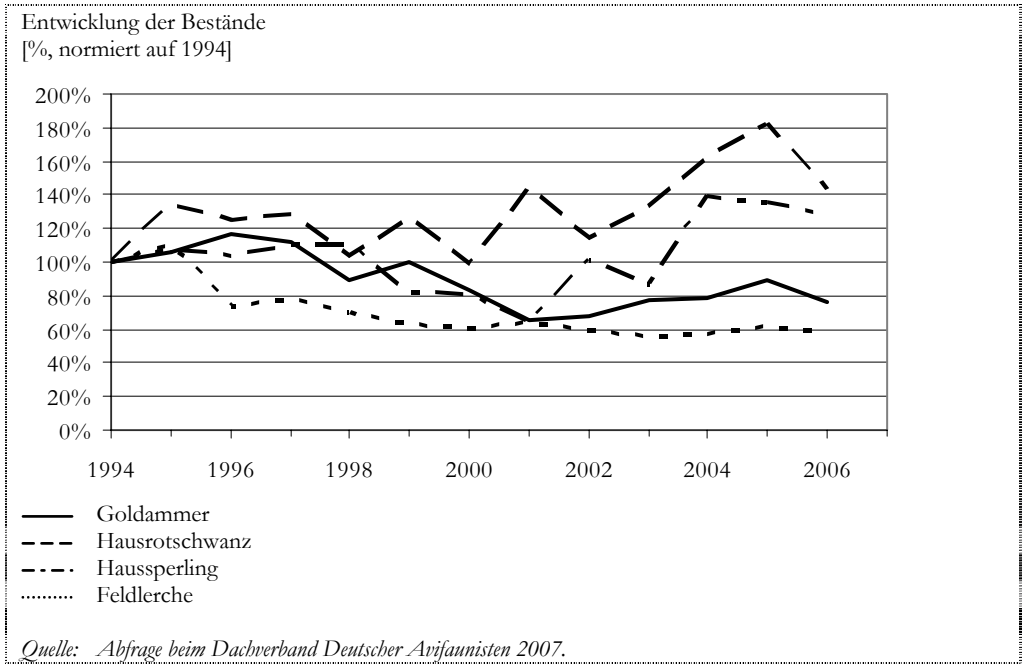
Indikator: Bestandsentwicklung ausgewählter Arten

Referenz: NNS, UMK, SH, ähnlich: TA

Beschreibung: Die Bestände bestimmter Brutvögel spiegeln den Zustand typischer Naturlandschaften – also der „Normallandschaft“ – wider. Die Auswahl soll eine repräsentative Darstellung gestatten, ohne dass Bestandsmaßnahmen den Indikator verfälschen. Daher werden häufigere Arten gewählt, die im Rahmen des DDA-Monitoringprogramms „Häufige Arten“ beobachtet werden. Der Index ergibt sich gemäß UMK aus der gewichteten Summe der Bestände in den vier Lebensraumtypen.

www.dda-web.de

Verlauf: Die unterschiedliche Entwicklung der vier darstellbaren Vogelarten seit Mitte der 90er Jahre zeigt auf, dass die gemessenen Bestände von Hausrotschwanz und Haussperling gegenüber 1994 nach einiger Variation wieder häufiger gezählt werden. Die gemessenen Bestände von Goldammer und Feldlerche hingegen liegen immer noch unter dem Stand von 1994. Aufgrund verbesserter Datenlage verbunden mit einer neuen Auswertung verändern sich die einzelnen Verläufe leicht gegenüber dem Dritten Agenda 21-Programm. Die festgestellten Tendenzen, die nun für die Jahre 2005 und 2006 fortgeschrieben sind, gelten aber weiterhin.



Bewertung: Die betrachteten Vogelarten geben bedingt Auskunft über den Zustand der Landschaft in Rheinland-Pfalz. Es ist zu prüfen, inwiefern sich die in vielen Teilen der Europäischen Union zu beobachtende starke Abnahme der Vogelpopulationen auch in Rheinland-Pfalz zeigt.

Ausblick: Gegenwärtig sind für Rheinland-Pfalz nur die Bestandsdaten von vier ausgewählten Arten in genügender Qualität verfügbar. Diese werden zunächst einzeln dargestellt, da ein zusammengefasster Index bei dieser Datenlage noch nicht sinnvoll scheint. Über die hier betrachteten vier Arten wären wesentlich mehr Vogelarten im Rahmen des auszuweitenden Monitoringprogramms zu berücksichtigen und entsprechende Zielwerte von Experten zu erarbeiten. Im Anschluss ließe sich die Darstellung vereinfachen, indem Vogelarten zu Clustern (u. a. Siedlung, Agrar) zusammengefasst werden. Ein alternativer Indikator, der die an ihn gestellten Anforderungen erfüllt, steht für das Handlungsfeld bislang nicht zur Verfügung.

Beispiele und Vorhaben:

<p>Wildtierinformationssystem der Länder Deutschlands – WILD (seit 2003):</p> <p>Zur Bewertung oder zur Risiko-Analyse von Tier- und Pflanzenpopulationen sollen bundesweit einheitlich und langfristig Wildtierarten erfasst werden. Mit dieser soliden Datengrundlage können Einschätzungen über die Populationsdichten und -entwicklungen in Referenzgebieten und flächendeckend vorgenommen werden. Diese sind dann frei von Modellvorstellungen oder von vordergründigen Plausibilitäten abgeleiteter Horrorszenarien über ein mögliches Artensterben.</p> <p>Partner: LJV, DJV, Uni Trier www.ljv-rlp.de</p>
<p>Das Mögliche Tun (DMT) (2001 bis 2006):</p> <p>Das Projekt „Das Mögliche Tun“ hat die Rolle von räuberischen Tieren (Prädatoren) und lebensraumverbessernden Maßnahmen auf Niederwildbestände (Hase, Fasan, Rebhuhn) untersucht. Zunächst wurde die Bejagung der Prädatoren Fuchs, Dachs, Elster und Rabenkrähe optiert und koordiniert und auf angekauften oder gepachteten Flächen der Lebensraum für die Niederwildbestände verbessert. Ziel dieses Projektes ist es, die entscheidenden Faktoren für die Bestandsentwicklung der Niederwildarten zu ermitteln und zu versuchen Maßnahmen aufzuzeigen, um diese zu beeinflussen.</p> <p>Partner: LJV, MUFV, Landesforsten www.ljv-rlp.de</p>
<p>Erhaltung von Lebensraum für die freilebende Tierwelt (seit 1975):</p> <p>Dem durch die Veränderung in der Landbewirtschaftung zu beobachtenden Rückgang der Niederwildbestände (Hase, Fasan, Rebhuhn) soll entgegen gewirkt werden. Hecken, Feldgehölze, einzelne Bäume und sonstige Strukturen sind aus ökonomischen Gründen immer seltener auf Ackerflächen anzutreffen. Unterstützt mit Mitteln der Stiftung Natur und Umwelt Rheinland Pfalz, kauft der Landesjagdverband Rheinland-Pfalz e. V. hauptsächlich Ackerflächen und erhält die vorhandenen Strukturen bzw. schafft neue Strukturen wie Feldholzinseln, Hecken und ähnliches.</p> <p>Partner: LJV www.ljv-rlp.de</p>
<p>Sandbiotope und Streuobstwiesen um Weisenheim am Sand (seit 1988):</p> <p>Ziel ist die Erhaltung einer traditionellen Kulturlandschaft im Oberrheingraben an der Schnittstelle zum intensivsten Beregnungs-Gemüsebau der Vorderpfalz. Aufgrund der sandigen Böden und des warmen Klimas haben sich spezielle Lebensgemeinschaften entwickelt, die durch Pflege und Nutzung erhalten werden sollen.</p> <p>Partner: BUND, SNU www.bund-rlp.de</p>
<p>Bewirtschaftungspläne für NATURA 2000 Gebiete:</p> <p>Für die durch das Land Rheinland-Pfalz per Gesetz ausgewiesenen und an die EU gemeldeten NATURA 2000 Gebiete gilt ein so genanntes Verschlechterungsverbot. Damit hat der Mitgliedstaat dafür Sorge zu tragen, dass die hier vorkommenden Lebensraumtypen und Arten in ihrem Bestand qualitativ und quantitativ mindestens erhalten werden, wenn möglich sollen ihre Lebensbedingungen verbessert werden. Um dieser Forderung nachzukommen, erstellen die Oberen Naturschutzbehörden unter Beteiligung der kommunalen Planungsträger und der betroffenen Landnutzer für solche Gebiete „Bewirtschaftungspläne“. Ziel ist es, eine flexible Nutzung der Flächen und den Schutz eines günstigen Erhaltungszustandes von Lebensräumen und Arten in den Natura 2000-Gebieten zu gewährleisten.</p> <p>Partner: SGD-Nord, SGD-Süd www.natura2000.rlp.de</p>
<p>Lachsprogramm</p> <p>Das Land Rheinland-Pfalz hat zwischenzeitlich im Rahmen des IKS-R-Programms "Rhein 2020" die Gewässersysteme Ahr, Sieg/Nister, Nette, Saynbach, Elzbach, Nahe und Wieslauter als „Lachsvorrangewässer 2012“ benannt sowie die Mosel als wichtiges Verbindungsgewässer zu den Flusssystemen in Eifel und Luxemburg. Darüber hinaus bleibt der Mühlbach (Nebenfluss der Lahn) im rheinland-pfälzischen Lachsprogramm.</p> <p>Partner: MUFV, LUWG www.wasser.rlp.de</p>

Gemüsesortenprojekt „Rheinland-Pfalz“ (dauerhaft):

Unter dem Motto „Alte Gemüse - Vergessene Genüsse?“ steht die Erhaltung alter Sorten mit ihren regionalen Anpassungen, ihrem genetischen Reichtum und ihrer geschmacklichen Vielfalt im Vordergrund. Ein Biologe aus Sinzig sucht in Rheinland-Pfalz passionierte Gärtner und Gärtnerinnen, die ihr Gemüse noch selber ziehen oder alte mehrjährige Sorten in ihrem Garten pflegen und bereit sind, sein Gemüsesortenprojekt zu unterstützen. Mehr als 180 Sorten wurden schon zusammengetragen, wodurch der Garten mit der Zeit zum größten Regionalsortenarchiv der Bundesrepublik angewachsen ist. Diese alten Sorten werden in seinem Garten angebaut und damit für die Region erhalten, bevor sie in Vergessenheit geraten.

Welchen Vorteil hat der Anbau dieses alten Saatgutes? Die Sorten wurden teilweise Jahrhunderte lang gezüchtet, bis sie optimal an die regionalen Umweltfaktoren wie Klima, Boden, Wasser, Luft angepasst waren. Oft beweisen sie eine besonders hohe Widerstandsfähigkeit. Gedüngt wurde früher überwiegend mit organischem Dünger (Mist) wie heute in der ökologischen Landwirtschaft. So haben diese Gemüsesorten genau die Eigenschaften, welche für den ökologischen, umweltgerechten Anbau sehr wertvoll sind. Grundsätzlich gilt, je mehr Sorten noch angebaut werden, desto schwerer kann sich eine Pflanzenkrankheit ausbreiten. Zudem wird ein natürliches altes, regionales Kulturgut bewahrt.

Partner: BUND

www.bund-rlp.de

Programm Agrar-Umwelt-Landschaft – PAULa:

Das seit 1994 laufende und bewährte FUL-Programm (Förderprogramm Umweltschonende) wird 2007 durch PAULa (Programm Agrar-Umwelt-Landschaft) abgelöst.

Wie sein Vorgänger bietet PAULa die Möglichkeit, Umweltleistungen, die über eine ordnungsgemäße Landwirtschaft hinausgehen, angemessen zu honorieren wobei bewährte Programmteile beibehalten und durch neue ergänzt wurden. Anpassungen erfolgen vor allem im Hinblick auf neue EU-Rahmenbedingungen und erlauben es uns, Anforderungen aus NATURA 2000 zielgerichtet umzusetzen. Dabei kommt dem Flächenmanagement und dem partnerschaftlichen Umgang von Landwirtschaft und Naturschutz besondere Bedeutung zu.

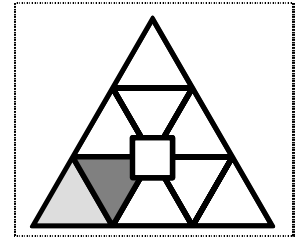
Partner: MWVLW, MUFV, ADD

Handlungsfeld:

A.b Intakte Umweltmedien

Bedeutung: Ökosysteme benötigen die intakten Umweltmedien Wasser, Luft und Boden:

- **Wasser** ist eine essenzielle Lebensquelle für Flora, Fauna und Menschen. Die Gewässer erfüllen als wesentliche Elemente des Naturhaushaltes unverzichtbare ökologische Funktionen.
- Die Luft ist ein lebensnotwendiges Medium. Es werden aber auch viele Schadstoffe auf dem **Luftpfad** übertragen. Luftschadstoffe beeinflussen sowohl Ökosysteme (v. a. den Wald) als auch die Gesundheit des Menschen. Daher ist die Luftreinhaltung eine klassische Aufgabe des Umweltschutzes.
- Schließlich hat der **Boden** wichtige Funktionen (Filterung, Speicherung, Pufferung) und ist hinsichtlich der Schadstoffeinträge, der Nutzung oder Erosion als nur bedingt erneuerbare Ressource anzusehen. Durch die ungeminderte Flächeninanspruchnahme erfolgt zumeist auch ein unwiederbringlicher Verlust an Bodenfunktionen.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land in Zusammenarbeit mit dem Bund, den anderen Ländern und europäischen Mitgliedstaaten umweltpolitische Maßnahmen ergreifen kann.

Partner: MUFV, LUWG, LGB, MWVLW, SGDeN

Ziel: Die Verbesserung des morphologischen Zustandes der Gewässer ist ein wichtiger Beitrag zur Schaffung von intakten und funktionsfähigen Ökosystemen. Daher bekennt sich das Land zur Verantwortung für die Gewässer und zur raschen Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie, die ein besonderes Beispiel für den dauerhaften Gewässerschutz darstellt. Die Landwirtschaft ist weiterhin bereit kooperativ an den Zielen der Wasserrahmenrichtlinie und entsprechenden Maßnahmenprogrammen mitzuwirken.

Rheinland-Pfalz ist kein wasserarmes Land. Trotzdem ist es neben der Sicherung der Wasserqualität erforderlich, durch Versorgungsverbünde Wassermangel- und Wasserüberschussgebiete auszugleichen. Die Nutzung der Wasserressourcen soll auch weiterhin unterhalb der Grundwasserneubildung liegen und sich an den jeweiligen Qualitätsanforderungen orientieren. Die Gewässerbewirtschaftung berücksichtigt vorausschauend die klimabedingten Veränderungen.

Die Auswirkungen der zahlreichen, oft miteinander konkurrierenden Nutzungen (u. a. Abwasser- einleitung, Wasserentnahmen, Wasserkraftnutzung, Freizeit, Erholung) auf die Gewässer müssen miteinander minimiert bzw. generell begrenzt und aufeinander abgestimmt werden.

Auch im Bereich des Umweltmediums Luft sind weitere Maßnahmen nötig. Zwar konnte die Luftreinhaltung in Bezug auf die klassischen Schadstoffe in den letzten Jahrzehnten große Erfolge verzeichnen. Aber zur sicheren Vermeidung schädlicher Ozonkonzentrationen sind noch komplexe Aufgaben zu lösen. Die Feinstaubbelastungen aus Verkehr und Industrie sollen den europäischen Vorgaben entsprechen. Ziel ist es, die Luftqualität in den besonders belasteten Verdichtungsräumen des Landes zu überwachen und planmäßig zu verbessern, besondere Aufmerksamkeit ist noch auf die Stickstoffdioxid-Belastung zu legen.

Der Boden ist weiterhin zu schützen. Dazu zählen die Verhinderung von Erosion, gezielte Schutzkalkungen und die Lösung punktueller Altlastenfälle. Die Einträge von Stoffen mit irreversibler Wirkung in Böden bzw. Eingriffe in Böden aus industriellen und gewerblichen Anlagen, aus der Landwirtschaft, aus privaten Haushalten und aus dem Straßenverkehr oder sonstigen Quellen sind zu vermeiden. Der Wald spielt hier eine Referenzfunktion, da die Funktionsfähigkeit dieses Ökosystems dem Nachhaltigkeitsgedanken besonders verpflichtet ist. Aber auch andere Flächennutzungen, wie die Landwirtschaft und der Rohstoffabbau, müssen sich an den Zielen einer Nachhaltigen Entwicklung orientieren. Zusammenhängende Naturraumpotenziale sind möglichst zu erhalten.

Indikator 1: Ökologischer und chemischer Zustand von Fließgewässern

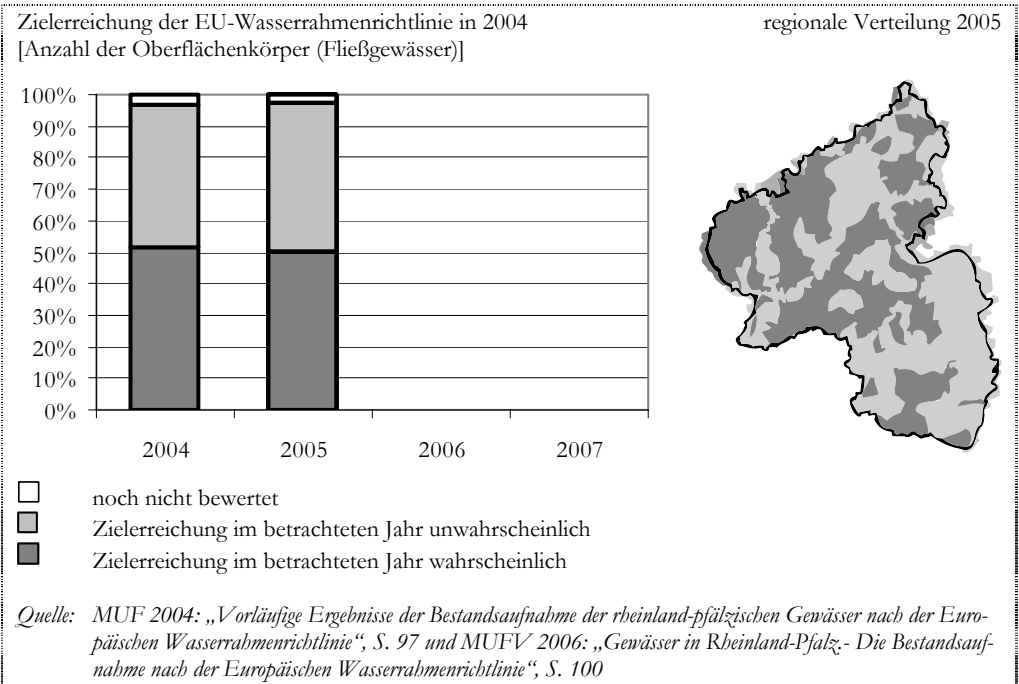
Referenz: (ähnlich: UMK, TA, LA21)

Beschreibung: Bisher wurde der Gewässerzustand vorwiegend in „Gewässergütekarten“ dargestellt. Der Anteil der Fließgewässer mit Güteklasse II (mäßig belastet) und besser steht bundeseinheitlich als Indikator zur Verfügung. Dieser wird im fünfjährigen Turnus erhoben.

www.wasser.rlp.de
www.wrrl.rlp.de
www.aktion-blau.de

Der Indikator wird an die neuen Bedingungen gemäß EU-Wasserrahmenrichtlinie angepasst. Dazu müssen Oberflächengewässer sowohl den „guten ökologischen Zustand“ (biologische Qualitätskomponenten: Makrozoobenthos, Fische, Wasserpflanzen sowie unterstützend chemisch-physikalische und morphologische Beschaffenheit) als auch den „guten chemischen Zustand“ (Schadstoffe mit europaweiter Grenzwertfestlegung) erreichen. Die vorläufige Auswertung misst, wie viele Fließgewässer bereits gegenwärtig die Ziele der Wasserrahmenrichtlinie erreichen würden.

Verlauf: Derzeit würden mehr als die Hälfte aller Fließgewässer bereits die EU-Wasserrahmenrichtlinie erfüllen. In der kurzen Zeit von 2004 auf 2005 sind keine Änderungen feststellbar.



Bewertung: Die Qualität der Fließgewässer hat ein hohes Niveau erreicht. Dies konnte durch den flächendeckenden Einsatz von Kläranlagen, Umweltvorschriften sowie den technischen Fortschritt erreicht werden. Darüber hinaus haben die im Rahmen der Aktion Blau seit 1995 durchgeführten Maßnahmen zu erheblichen Verbesserungen des ökologischen Zustands der Gewässer geführt. Die Landwirtschaft engagiert sich seit Jahren für eine Verbesserung der Wasserqualität: Sie hat den Stickstoffeinsatz seit 1989 um ca. 26 %, die Stickstoffüberhänge seit 1992 um ca. 36 % reduziert und die Stickstoffverwertung seit 1970 um ca. 15 % verbessert. Insbesondere auf leichten Böden und in bestimmten Regionen wirkt sich die Düngepraxis der vergangenen Generationen aus, die die Ausbringungsmengen nicht so genau – wie dies heute der Fall ist – bestimmen konnten.

Für die Zukunft ist mit einer weiteren Verbesserung zu rechnen. Das Land Rheinland-Pfalz geht davon aus, dass bereits mehr als jeder zweite untersuchte Fließwasserkörper die Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie erfüllt. Die übrigen sind zum Teil stark verändert, weshalb die Herstellung einer naturverträglichen Gewässerstruktur weiter zu verfolgen ist.

Ausblick: Der bestehende UMK-Indikator basiert noch auf der herkömmlichen Einteilung nach Gewässergüteklassen. Der Indikator ist hinsichtlich der Erfüllung der Wasserrahmenrichtlinie abzustimmen. Als Indikator beim ökologischen Zustand können die Anteile der Klassen 1 und 2 oder Anteile aller fünf Zustandsklassen verwendet werden. Beim chemischen Zustand kann der Anteil der Wasserkörper mit gutem chemischen Zustand genutzt werden. Dazu müssen Oberflächengewässer sowohl den „guten ökologischen Zustand“ (biologische Qualitätskomponenten: Makrozoobenthos, Fische, Wasserpflanzen sowie unterstützend chemisch-physikalische und morphologische Beschaffenheit) als auch den „guten chemischen Zustand“ (Schadstoffe mit europaweiter Grenzwertfestlegung) erreichen.

Indikator 2: Schadstoffbelastung der Luft

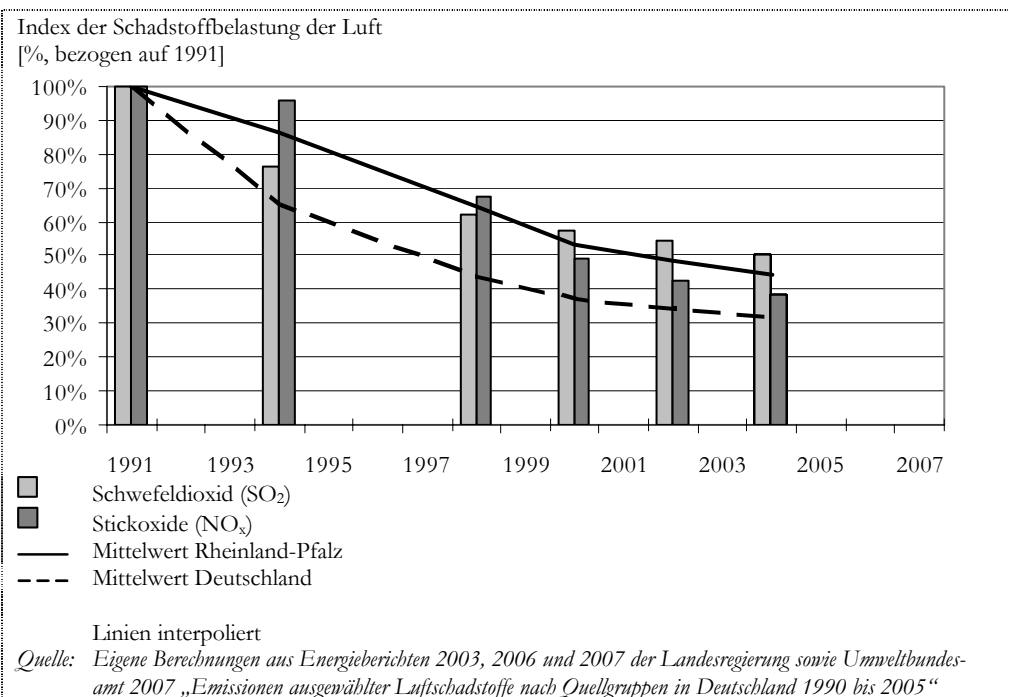
Referenz: NNS (ähnlich: UMK, TA, LA21)

www.luft-rlp.de
 www.eper.de
 www.prtr.de

Beschreibung: Luftschadstoffe (z. B. SO₂, NO_x, NMVOC, NH₃, Partikel u. a.) schädigen die menschliche Gesundheit und die Ökosysteme.

Ermittelt werden hier die direkt in Rheinland-Pfalz angefallenen energiebedingten Ausstöße an NO_x (Stickoxiden) und SO₂ (Schwefeldioxid) gemäß Quellenbilanz. Diese werden auf das Jahr 1991 normiert und als Index angegeben. Zusätzlich steht ein Index als Mittelwert beider Emissionsentwicklungen zur Verfügung. In der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie gehen auch NH₃ (Ammoniak) und NMVOC (flüchtige organische Verbindungen ohne Methan) in die Berechnung ein, was hier aufgrund der Datenlage nicht berücksichtigt werden kann.

Verlauf: Die Ausstöße der beiden betrachteten Luftschadstoffe (Stickoxide, Schwefeldioxid) nehmen weiterhin stetig ab. In Deutschland war im Durchschnitt eine wesentlich höhere Abnahme zu verzeichnen.



Bewertung: Die Bewertung des Dritten Agenda 21-Programms gilt weiterhin: Die Reduzierung der klassischen Luftschadstoffe hat nach vielen Jahren intensiver Anstrengungen ein akzeptables Niveau erreicht. Dieser Zustand soll noch weiter verbessert werden, insbesondere bei den Stickoxiden. Die beiden Problembereiche Ozonbelastung und Feinstpartikel (hier aufgrund der Datenlage nicht darstellbar) sind weiter zu verfolgen. Dazu sollen u. a. die Vorläuferstoffe des Ozons (organische Verbindungen, Stickoxide) weiter vermindert werden. Hierfür ist der Bereich Mobilität besonders wichtig. Zusätzlich ist zu beachten, dass Stromimporte die durch Rheinland-Pfalz verursachte Schadstofffracht erhöhen. Der Ausstoß von SO₂ liegt dann um ca. die Hälfte und von NO_x um ca. ein Sechstel höher (im Diagramm nicht dargestellt). Die wesentlich stärkere Abnahme auf gesamtdeutscher Ebene (v. a. Schwefeldioxid), ist größtenteils vereinigungsbedingt, da in den neuen Ländern Industrien mit einem hohen Schadstoffausstoß wegbrachen oder modernisiert wurden.

Ausblick: Gegenüber dem Dritten Agenda 21-Programm wurde die Bezeichnung des Indikators in Abstimmung mit der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie geändert. Die Fortführung des Indikators ist zu prüfen:

- Entweder lassen sich die Rechenfaktoren für die Ermittlung eines gewichteten Emissions-Index noch ermitteln (eine Expertengruppe auf Bund-Länder-Ebene war hier zu keinem Ergebnis gekommen). Es wären auch weitere Luftschadstoff-Ausstöße und die indirekte Schadstoffgenerierung durch importierten Strom (mittels Verursacherbilanz) zu ermitteln.
- Oder es werden die Immissionsbelastungen (Schadstoffkonzentrationen) ermittelt und ggf. durch eine Rechenmethode zu einem Luftqualitätsindex weiterverarbeitet. Hierfür existieren auf fachlicher Ebene bereits ein Index des Umweltbundesamtes sowie qualifizierte Auswertungen in Baden-Württemberg und Bayern. Ein solcher Index ist für Rheinland-Pfalz wünschenswert, aber zu prüfen und zu diskutieren.

Indikator 3: Waldzustand

Referenz: UMK, TA, SH

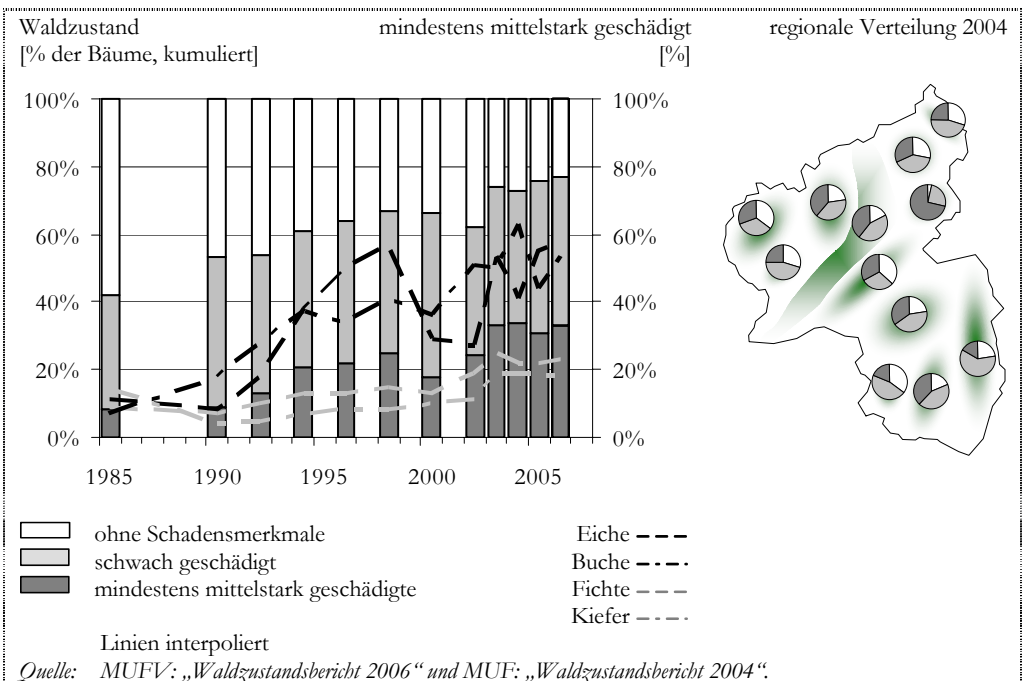
www.wald.rlp.de

Beschreibung: Der Vitalitätszustand des Waldes wird von vielen natürlichen wie auch anthropogenen Faktoren beeinflusst. Dabei spielen die jahrzehntelangen Schadstoffeinträge, aber auch Faktoren, wie extreme Witterung und biotische Schaderreger eine Rolle. Gemessen wird der Zustand der Bäume durch Betrachtung des Kronenzustandes und anschließende Einordnung in eine von vier Schadensstufen von 0 (ohne sichtbare Schäden) bis 4 (abgestorben). Die Schadstufe 2 (mittelstark geschädigt) und höher gilt im Kontext des Waldzustands als problematisch.

Verlauf: Für die gesamte Waldfläche von Rheinland-Pfalz über alle Baumarten und Altersstufen ergibt sich in 2005 folgendes Ergebnis:

- 23 % der Stichprobenbäume erscheinen ohne sichtbare Schadmerkmale (Stufe 0),
- 44 % der Stichprobenbäume sind schwach geschädigt (Stufe 1),
- 33 % der Stichprobenbäume zeigen deutliche Schäden (Stufen 2 bis 4)

Besonders die Laubbäume (Buche, Eiche) wiesen in den letzten zehn Jahren eine hohe Schadensquote auf. Dieses Bild hat sich seit dem Dritten Agenda 21-Programm nicht wesentlich geändert.



Bewertung: Insgesamt sind die Waldökosysteme durch die aktuelle und vorangegangene Luftschadstoffbelastung empfindlicher gegen Witterungsextreme und andere natürliche Stresseinflüsse. Schließlich hat die außergewöhnlich warme und trockene Witterung in der Vegetationsperiode 2003 die Waldbäume geschwächt und Massenvermehrungen von waldschädigenden Insekten ausgelöst. Seit dem Dritten Agenda 21-Programm hat sich keine wesentliche Entspannung eingestellt.

Etliche Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene haben dazu beigetragen, dass in der Luftreinhaltung und damit bei der Minderung der Schadstoffeinträge in den letzten zwei Jahrzehnten beachtliche Erfolge erzielt worden sind. Die beachtlichen Erfolge in der Minderung der Emissionen spiegeln sich allerdings bisher nur beschränkt im Vitalitätszustand der rheinland-pfälzischen Wälder wider. Dies beruht darauf, dass auf Grund der Kumulierung der Schadstoffeinträge in den Böden, diese – trotz deutlich rückläufiger Immissionen – die Vitalität der Wälder noch viele Jahre weiterhin schädigen werden: Die aktuellen Säure- und Stickstoffeinträge in die Waldböden liegen immer noch oberhalb der tragbaren Belastungsgrenzen. Ziel der Umweltpolitik ist es daher, die Maßnahmen zur Emissionsminderung in den als kritisch erkannten Bereichen zielgerichtet weiter fortzusetzen. Im Hinblick auf den Wald sind es besonders die Stickstoffverbindungen, die weiter reduziert werden müssen.

Ausblick: Die Indikatorenabbildung sollte möglichst vereinfacht werden. So ist zu prüfen, inwiefern sich zum Beispiel die bisher in vier einzelnen Linien dargestellten Baumarten zusammenfassen lassen.

Beispiele und Vorhaben:

Broschüre „Schutzwürdige und schutzbedürftige Böden von Rheinland-Pfalz“:

Der Bericht liefert erstmalig flächendeckende Basisinformationen zu natürlichen Funktionen, Archivfunktionen sowie der landwirtschaftlichen Nutzungsfunktion der rheinland-pfälzischen Böden bis zum Übersichtsmaßstab 1:50.000. Um den Grad der Schutzwürdigkeit und Schutzbedürftigkeit der Böden zu beschreiben, wurde auf einfach handhabbare und allgemein anerkannte Methoden zur Bewertung der einzelnen Bodenfunktionen zurückgegriffen. Allen mit Bodenschutz befassten Personen steht damit eine fundierte Informationsgrundlage mit einem ausführlichen Kartenwerk zur Darstellung der einzelnen, bewerteten Bodenfunktionen zur Verfügung. Die Kenntnis der Bodenfunktionen selbst sowie ebenfalls in der Broschüre enthaltene allgemeine Hinweise für ein bodengerechtes Handeln sollen dazu beitragen, in planungsrelevanten Aufgaben eine Stärkung des Bodenschutzes und eine sorgsame Inanspruchnahme von Böden zu erreichen.

Partner: MUFV, LUWG, LGB

Heimische Laubbaumarten im Waldaufbau

Die Waldökosystemforschung hat gezeigt, dass die verstärkte Beteiligung von heimischen Laubbaumarten am Waldaufbau zu einer Verbesserung der bodenchemischen und bodenökologischen Verhältnisse führt. Laubbaumarten, insbesondere die Buche, nehmen basische Nährstoffe besser als die Nadelbaumarten aus dem Boden auf, erschließen auch tiefere Bodenhorizonte und intensivieren so die Nährstoffkreisläufe. Daher wurde und wird der Anteil der Laubbaumarten in den rheinland-pfälzischen Wäldern erhöht. Dies wird durch frühzeitige Vorausverjüngung (so genannter Voranbau, Pflanzung) von Laubbäumen in bestehenden Nadelbaumbeständen und durch Naturverjüngung erreicht. Auch die Übernahme und die waldbauliche Einbindung von natürlich ankommenden Pionierbaumarten, wie der Birke, der Kirsche, der Aspe, der Weidenarten und einer Vielzahl von Straucharten, spielen eine wichtige Rolle. Diese Baumarten zeichnen sich durch ihre leicht zersetzbare Streu aus, wodurch das Bodenleben und die Freisetzung der in den Blättern gespeicherten Nährstoffe gefördert wird. Zudem verbessern diese Baumarten die Waldstruktur und das Waldinnenklima.

Partner: Landesforsten

Stabilisierung der Waldökosysteme durch forstliche Maßnahmen

Zum Schutz der Waldböden vor fortschreitender Versauerung sind in Rheinland-Pfalz seit Mitte der 80er Jahre mehr als 500.000 ha Waldfläche erstmalig, und etwa 82.000 ha Waldfläche wiederholt überwiegend mit Dolomit vom Hubschrauber aus gekalkt worden. Damit sind gegenwärtig mehr als 4/5 der versauerungsgefährdeten Waldfläche des Landes vor weiterer Versauerung geschützt.

Langjährige Untersuchungen belegen, dass Bodenschutzkalkungen

- eine lang anhaltende Pufferung der über die Luftschadstoffdeposition eingetragenen Säuren,
- eine langsame, aber dauerhafte Verbesserung der Magnesiumversorgung,
- eine Anregung der biologischen Aktivität und damit eine Unterstützung beim Aufbau von Mineralbodenhumus sowie
- eine Verbesserung der Lebensbedingungen für Wurzeln und Bodenlebewesen bewirken.

Die Bodenschutzkalkung trägt somit zur Sicherung der Artenvielfalt und zur Stabilität der Waldökosysteme bei.

Partner: Landesforsten

Aktion Blau:

Die AKTION BLAU ist ein Aktionsprogramm des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz, Rheinland-Pfalz, das seit 1995 erfolgreich die Wiederherstellung von naturnahen Gewässerzuständen fördert.

Dieses Aktionsprogramm umfasst alle Aktivitäten des Landes, der Landkreise, Kommunen, Unterhaltungsverbände und der einzelnen Bürger, die auf die Gewässerrenaturierung ausgerichtet sind. Unsere Bäche und Flüsse wurden in der Vergangenheit unter kurzsichtigen ökonomischen und technischen Gesichtspunkten vielfach zu monotonen und naturfernen Gewässern ausgebaut.

Die AKTION BLAU wurde aus der Erkenntnis der letzten Jahrzehnte heraus geboren, dass wir uns letztlich selbst schaden, wenn wir unsere Umwelt bis zum Äußersten beanspruchen.

Die AKTION BLAU ist inzwischen ein wichtiger Bestandteil zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie und des AGENDA 21 Prozesses geworden. Alle Maßnahmen befassen sich nicht nur mit dem Gewässer selbst, sondern stets auch mit dem Umfeld der Gewässer, der Aue.

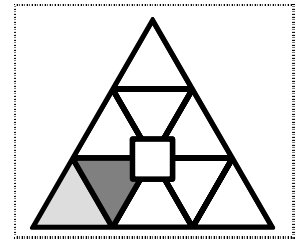
Partner: MUFV

www.aktion-blau.de

Handlungsfeld:

A.c Ressourcennutzung und Klimaschutz

Bedeutung: Fast alle Energieanwendungen bzw. -umwandlungsprozesse basieren traditionell auf fossilen Energieträgern. Diese sind jedoch nur begrenzt verfügbar und setzen bei ihrer Verbrennung Kohlendioxid frei. Dieses beeinflusst als wichtiges Treibhausgas den weltweiten Klimawandel. Dadurch werden unbeteiligte, v. a. sich entwickelnde Staaten, übermäßig belastet. In Rio 1992 wurde die Bedeutung des Klimaschutzes mit der Klimarahmenkonvention unterlegt. Von einer Reduzierung der Kohlendioxid-Emissionen wird daher eine Verbesserung der Klimabedingungen erwartet.



Die Verminderung des Ressourcenverbrauchs und die Steigerung der Stoffkreisläufe sind aus ökologischer Sicht ebenso notwendig. Dadurch können die begrenzten Ressourcen geschont, die damit resultierenden Emissionen gesenkt werden und den bei Knappheit entstehenden Steigerungen der Rohstoffpreise kann vorgebeugt werden.

Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land Einfluss auf die Gestaltung der Energieversorgung und die Stoffströme (u. a. Landwirtschaft, Abfall, Ressourcenabbau) hat.

Partner: MWVLW, MUFV, MBWJK, EOR, HWKs, FM, IfaS, SAM, LUWG, SGDen

Ziel: Rheinland-Pfalz wird seinen Beitrag zur Umsetzung der 1997 auf der Weltklimakonferenz in Kyoto vereinbarten Klimaschutzziele leisten. Das Wissen um die Endlichkeit der fossilen Energieträger und deren Umweltauswirkungen auf das Klima infolge ihrer Verbrennung muss für Rheinland-Pfalz Verpflichtung zum vorsorgenden Handeln sein. Die rheinland-pfälzische Umweltpolitik sieht es als eine wichtige Aufgabe an, die beginnende Verknappung von Öl und Erdgas bewusst zu machen, die Energieerzeugung und -verwendung entsprechend zu gestalten und dafür innovative Technologien zu fördern, wofür auch entsprechende Finanzierungskonzepte zusammen mit Kreditinstituten und der Wirtschaft entwickelt werden. Die Energiestrategie basiert auf den vier Pfeilern Energie einsparen, Energieeffizienz steigern, erneuerbare Energien ausbauen und eigene Energieversorgung im Land stärken. Die Landesregierung wird daher Energieträger und -nutzung mit niedrigem Treibhauspotenzial unterstützen. Sie verfolgt insbesondere die Nutzung erneuerbarer Energien aus Biomasse (z. B. Holz) und Sonnenenergie sowie der Geothermie für eine sichere, wettbewerbsfähige, umweltverträgliche und generationengerechte Energieversorgung. Notwendig ist auch, Energienetzwerke mit Partnern aus Landwirtschaft, Handwerk und Energieabnehmern aufzubauen. Insgesamt sind die Aspekte Qualität und Beschleunigung bei Maßnahmen zum Klimaschutz zu forcieren.

Beim Ressourcenverbrauch kennzeichnen Abfallberge die Entwicklung der Wohlstandsgesellschaft, was keine Referenz für die Zukunft sein kann. Die Deponieknappheit ist mittlerweile behoben, da keine unbehandelten Abfälle mehr deponiert werden dürfen. Dennoch gilt weiterhin der Leitsatz „Vermeidung vor Verwertung vor Beseitigung“, auch ist der Aufbau einer effektiven Abfall- und Kreislaufwirtschaft ein stetes Hauptziel im Kontext einer umfassenderen Ressourcenbetrachtung. Bei organischen Abfällen wird die Vergärung besonders forciert. An der bewährten und effektiven Struktur der Überwachung und Koordinierung der Sonderabfallentsorgung im Sinne einer ökologischen Marktwirtschaft durch die SAM soll auch in Zukunft festgehalten werden.

Das Land möchte die Wälder als erneuerbare und klimafreundliche Ressourcenquelle so nutzen, wie es das historische Nachhaltigkeitsprinzip fordert: Es darf nur soviel eingeschlagen werden, wie nachwächst. Bei der Bewirtschaftung gilt zudem der forstliche Grundsatz: die stoffliche Verwertung hat Vorrang vor der energetischen Nutzung, sofern vergleichbare Deckungsbeiträge erwirtschaftet werden. Insgesamt kann die stoffliche und energetische Nutzung von hochwertigen Holzsortimenten bzw. Rohholz gesteigert werden, da derzeit die Potenziale nicht vollständig genutzt werden.

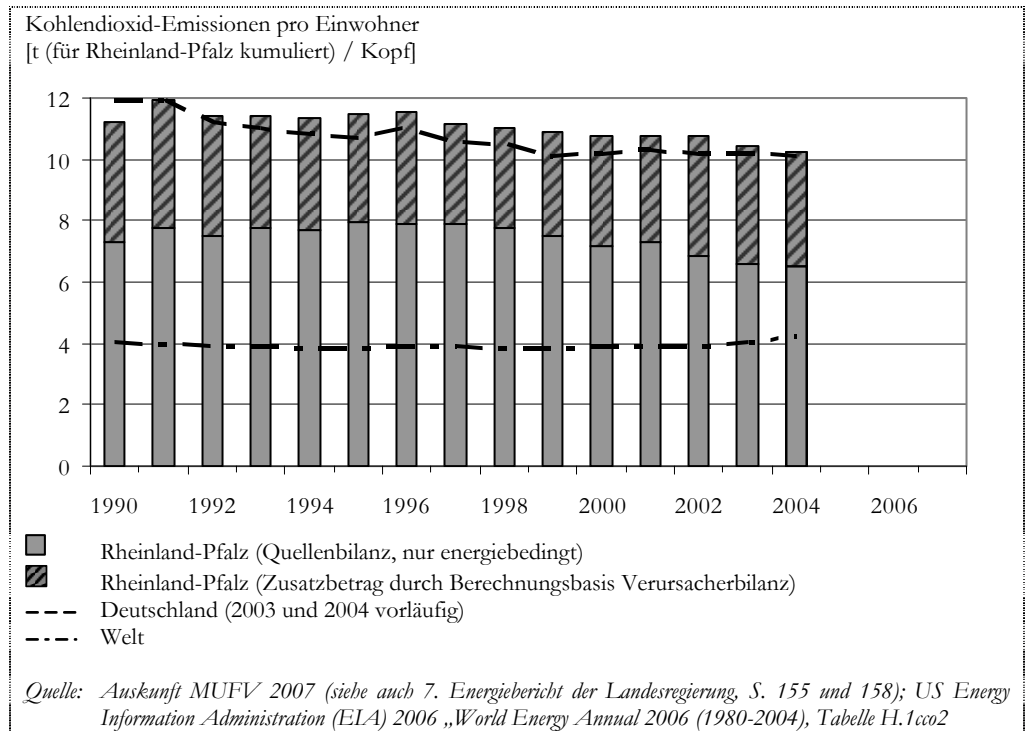
Das Land wird bei der Entwicklungszusammenarbeit mit Schwellen- und Entwicklungsländern besonderen Wert auf klimafreundliche Anlagen und Modernisierungen legen. Es wird aber auch seine Anstrengungen, energiesparende Maßnahmen im eigenen Land durch Förderung anzureizen, verstärken. Das Land unterstützt in diesem Sinne auch Forschungsprojekte, die sich mit der Frage der besseren Ressourcennutzung und der Schadstoffreduzierung zum Klimaschutz befassen.

Indikator 1: Kohlendioxid-Emissionen pro Einwohner

Referenz: UMK, SH, TA, LA21 (ähnlich: NNS)

Beschreibung: Kohlendioxid-Emissionen machen den größten Teil der anthropogenen, für den Treibhauseffekt verantwortlich gemachten Klimagase aus. Diese Gase sind gemäß internationaler Verpflichtungen und den daraus erwachsenden regionalen und sektoralen Verpflichtungen zu vermindern. Kohlendioxid ist darüber hinaus ein Indikator des Verbrauchs erschöpflicher Mineralenergieträger. Gemessen werden die Kohlendioxid-Emissionen, die bei Energieanwendungen in Rheinland-Pfalz entstehen (Quellenbilanz). Diese werden für den internationalen Vergleich auf die Einwohnerzahl bezogen. Es ist zu beachten, dass nur die über den Strom „importierten Kohlendioxid-Emissionen“ mit berücksichtigt werden können (aus Verursacherbilanz).

Verlauf: Die Kohlendioxid-Emissionen befanden sich bis Ende der 90er Jahre auf einem konstanten Niveau und sinken seitdem leicht. Mit den zusätzlich betrachteten CO₂-Emissionen des aus anderen Ländern eingeführten Stroms liegt das Niveau in Rheinland-Pfalz wesentlich höher, knapp über dem deutschen Durchschnitt.



Bewertung: Die direkten Emissionen sind in Rheinland-Pfalz wegen der vergleichsweise geringen Eigenstromproduktion merklich niedriger als der Bundesdurchschnitt und – wie für Industrieländer typisch – oberhalb des weltweiten Durchschnitts. Doch unter Berücksichtigung indirekter Emissionen (v. a. Importstrom) entspricht das Niveau etwa dem Bundesdurchschnitt.

Eine frühere Zielsetzung der Bundesregierung, allein die Kohlendioxid-Emissionen als wichtigstes Treibhausgas von 1990 bis 2005 um 25 % zu senken, wurde nicht erreicht. Das weiterhin gültige Ziel, die Emissionen aller sechs festgelegten Treibhausgase bis zum Jahr 2012 um insgesamt 21 % zu senken, besteht jedoch noch. Dieses Ziel konnte auf Bundesebene teilweise erreicht werden, besonders die Stilllegung und Modernisierung veralteter Anlagen in den neuen Ländern machte die Hälfte der Emissions-Reduktion aus. In den alten Ländern wie Rheinland-Pfalz war die Reduktion daher nicht allzu stark ausgeprägt. Eine wesentliche Reduktion der Kohlendioxid-Emissionen ist dringend geboten und erfordert weitreichende Bemühungen, da der ökologische Strukturwandel über viele Jahre konsequent verfolgt werden muss. Ein besonders hohes Potenzial ist noch im Verkehrs- und im Haushaltssektor vorhanden. Im Bereich der Stromerzeugung hat Rheinland-Pfalz außer vergleichsweise klimafreundlichen Gaskraftwerken kaum fossil befeuerte Großanlagen, sodass hier keine Reduktionspotenziale bestehen. Auch bei gemeinsamen Entwicklungsmaßnahmen – wie z. B. der Modernisierung veralteter Kraftwerke in Entwicklungsländern – besteht ein großes Einsparpotenzial zu einem vergleichsweise niedrigen Aufwand.

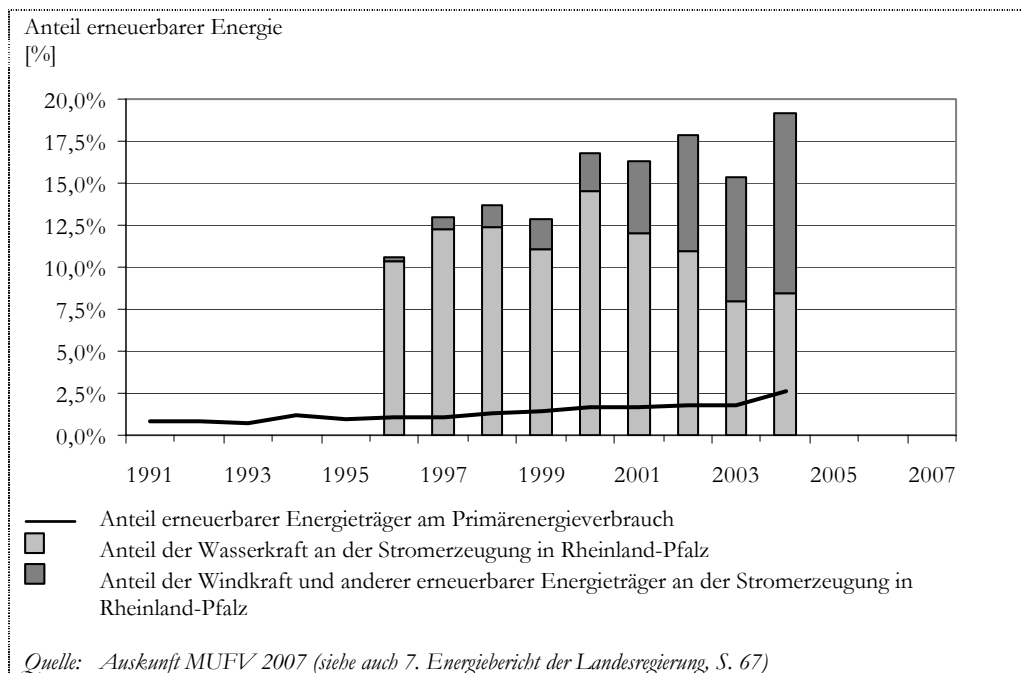
Ausblick: Die Kohlendioxid-Emissionen sind ein ganz wesentlicher Nachhaltigkeits-Indikator und daher beizubehalten. Die neuliche Methodenumstellung des maßgeblichen Energieberichts von Quellen- auf Verursacherbilanz ist jedoch noch mit der bestehenden Definition und der Erfassung gemäß UMK-Indikatorenkatalog bzw. den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Länder abzustimmen.

Indikator 2: Anteil erneuerbarer Energien

Referenz:
 - Primärenergieanteil: NNS, UMK
 - Endenergieanteil: NNS, SH, LA21

Beschreibung: Erneuerbare Energien tragen nicht nur zur energetischen Selbstversorgung und lokalen Wertschöpfung bei. Auch sind sie in der Regel erheblich klimafreundlicher und ressourcenschonender als der Einsatz fossiler Energiequellen. Deshalb sollen u. a. Biomasse, Sonne, Wind und Abfall langfristig einen erheblichen Anteil der eingesetzten Primärenergie bereitstellen.
 Dazu weist der Indikator den Anteil der erneuerbaren Energien am rheinland-pfälzischen Primärenergieverbrauch bzw. an der in Rheinland-Pfalz erzeugten elektrischen Energie aus.

Verlauf: Der Anteil in Rheinland-Pfalz regenerativ erzeugten Stroms nimmt stetig zu, insbesondere aufgrund der neuen Kapazitäten im Windkraftbereich. Seit dem letzten Agenda 21-Programm hat sich der Trend weiter fortgesetzt, der Anteil erneuerbarer Energieträger bei der Stromerzeugung betrug 2004 bereits über 18 %. Der Anteil erneuerbarer Primärenergieträger betrug im Jahr 2004 rund 2,7 % und stieg damit gegenüber dem Jahr 2000 um mehr als ein Viertel. Damit ist gegenüber der Datenlage des Dritten Agenda 21-Programms erstmals ein anhaltend positiver Trend erkennbar.



Bewertung: Die Landesregierung hat sich das Ziel gesetzt, bis 2020 30 % des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen zu gewinnen.
 Die Entwicklung beim regenerativ erzeugten Strom ist positiv, allerdings importiert Rheinland-Pfalz eine weitaus größere Menge konventionellen Stroms (nur knapp 40 % des verbrauchten Stroms werden in Rheinland-Pfalz selbst erzeugt). Daher ist der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Quellen in Rheinland-Pfalz relativ hoch.

Beachtliche Potenziale bestehen bei der Geothermie. Rheinland-Pfalz hat www.biomasse-rlp.de zudem mit der Biomasse aus Land- und Forstwirtschaft gute Voraussetzungen. Laut Biomasse-Studie können in Rheinland-Pfalz bis zu 13% des Primärenergieverbrauchs durch erneuerbare Energieträger Biomasse gedeckt werden.

Ausblick: –

Beispiele und Vorhaben:

Unser Ener. Macht mit! (seit 2007):

Die Mitmach-Kampagne zur Gebäudesanierung und zum energieoptimierten Bauen wurde im März 2007 gestartet. Sie weist mit vielfältigen Aktionen auf die Möglichkeiten des Energiesparens hin. Die Kampagne basiert dabei im Wesentlichen auf folgenden Modulen:

- **Qualität:** Der effiziente Umgang mit Energie im Gebäudebereich erfordert Standards. Diese müssen sich an dem derzeit wirtschaftlich gebotenen Niveau orientieren. Ein nach der Energieeinsparverordnung gebautes Haus erfüllt diese Anforderungen heute nicht mehr. Durch technische Innovationen, Kostensenkungen, aber gerade auch durch die gestiegenen Energiekosten ist ein weit besserer Standard heute wirtschaftlich darstellbar.
- **Beratung:** Die erreichbaren Einsparungen sind immens. Bis zu 90% können bei einer umfassenden Sanierung eingespart werden. Die im Einzelfall sinnvollste Lösung zu finden, ist eine anspruchsvolle Aufgabenstellung. Hier setzt die Energieberatung an. Hierzu steht in Rheinland-Pfalz eine flächendeckende und kostenlose Energieberatung zu Verfügung.
- **Motivation und Information:** Die Kampagne weist durch zahlreiche Medien (Hörfunk, Zeitungen, Sonderschauen auf Ausstellungen) auf Energieeinsparmöglichkeiten im Gebäudebereich hin. Darüber hinaus findet ein Wettbewerb zur energetischen Gebäudesanierung statt, der zum Mitmachen anregen soll.
- **Partnernetzwerk:** Die UnserEner-Kampagne wird auch von einem Partnernetzwerk mit derzeit 18 Partnern im Land, unterstützt, die eng zusammenarbeiten und gemeinsam das Ziel „Energie einsparen im Gebäudebereich“ vermitteln wollen.

Partner: MUFV

www.unserener.de

Biomassestudie Rheinland-Pfalz:

Ziel dieser Studie war u. a. die Ermittlung der rheinland-pfälzischen Potenziale zur Nutzung von Biomasse als erneuerbarer Energieträger. Weitere Arbeitsgebiete der Studie lagen in der Ermittlung der vorhandenen Technologien, die auf Grund der unterschiedlichen Ausprägungen von Biomassen (fest, feucht, flüssig) und deren häufig dezentralem Anfall sehr vielfältig sind. Die Studie zeigt durch zahlreiche Beispiele und Kenndaten die umfangreichen Möglichkeiten für rheinland-pfälzische Regionen auf.

Partner: IfaS

www.biomasse-rlp.de

Qualifizierung und Beratung: Stoffstrommanagement in Kommunen:

Im Rahmen des Projektes werden 12 rheinland-pfälzische Kommunen in regionalem Stoffstrommanagement geschult und bei der Identifikation, Formulierung und Umsetzung konkreter Projekte beraten. Ziel ist insbesondere die Schaffung eines regionalen Mehrwerts durch die Aktivierung lokaler Potenziale. Die Projekte reichen dabei von der Konzeptionierung von Nahwärmenetzen, über die Planung von Photovoltaikanlagen bis hin zu Konzepten zur alternativen Verwertung von Klärschlämmen.

Partner: IfaS

www.ifas.umwelt-campus.de

Zero-Emission-Village Weilerbach (seit März 2001; Weiterführung im Landkreis Kaiserslautern-Land und in anderen Verbandsgemeinden):

Nachweis der Umsetzbarkeit einer CO₂-neutralen Energieversorgung aus regionalen Ressourcen und anschließende praktische Umsetzung in Weilerbach. Hauptziel einer solchen Strategie ist es, durch die Optimierung der Stoffströme klimaschädliche CO₂ Emissionen zu vermeiden. Mit der praktischen Umsetzung wurde bereits begonnen und durch den Bau von Anlagen zur Energieerzeugung und -verteilung (Nahwärmenetze, Windkraftanlagen, Photovoltaikanlagen, etc.) und Investitionen in Energiesparmaßnahmen (Gebäudedämmung, energieeffiziente Geräte, etc.) wurden bereits über 18 Mio. Euro von privaten Investoren in der Verbandsgemeinde investiert.

Partner: IfaS

www.ifas.umwelt-campus.de

Wind- und Biopark im Hunsrücker Morbach:

Die Nutzung und Kombination von Windenergie, Sonnenenergie und energetischer Biomassenutzung in einem Themenpark kann in der geplanten Größenordnung zu einem einzigartigen, umweltfreundlichen Energieprojekt in Europa werden. Neben der Ansiedlung von Anlagen und Techniken der Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien sollen auch Gewerbebetriebe angesiedelt werden, die nachwachsende Rohstoffe nutzen, Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien produzieren, umweltfreundliche Produkte aus der Region herstellen oder Synergieeffekte zu bestehenden Anlagen nutzen (Wärmenutzung, Erzeugung biogener Abfälle, die energetisch nutzbar sind etc.).

www.morbach.de

Effiziente Energienutzung in Wohngebäuden:

Durch Erfassung und Analyse des energetischen Zustandes von Gebäuden sollen Energieeinspareffekte und das Schonen der fossilen Energieträger durch Umrüstung veralteter Heizungsanlagen, die nicht mehr dem Stand der Technik entsprechen, erreicht werden. Grundlage sind die schärferen Grenzwerte für Abgasverluste nach der 1. BImSchV (Verordnung über Kleinfeuerungsanlagen).

Partner: HWKs, Schornsteinfegerinnung, Sparkassenverband, TSB, MUFV

Energetische Sanierung des Brunck-Viertels in Ludwigshafen:

In Ludwigshafen wurden 150 Häuser mit circa 800 Wohnungen vorbildhaft energetisch saniert. Das 3–Liter-Haus im Bestand ist hier keine Utopie, sondern Realität. Bewertet wurde mit Hilfe der Ökoeffizienz-Analyse.

Null-Heizkosten-Haus der LUWOGÉ (Einweihung 2007): Das Wohnungsunternehmen LUWOGÉ hat ein bewohntes Mehrfamilienhaus aus den 70er Jahren innerhalb von nur sechs Monaten in ein Null-Heizkosten-Haus verwandelt. Das Haus in Ludwigshafen erwirtschaftet die Kosten für die Heizung selbst. Die LUWOGÉ, das Wohnungsunternehmen der BASF, hat das innovative Konzept mit Wärmedämmung, dreifach verglasten Fenstern und einem ausgeklügeltes Heiz- und Lüftungssystem entwickelt. Es reduziert den Heizenergiebedarf um 80 Prozent. Selbst für den Restwärmebedarf entstehen keine Kosten: Solarkollektoren auf dem Dach und an der Hausfassade gewinnen die Energie für Strom und Warmwasser. So zahlen die Bewohnerinnen und Bewohner zukünftig eine Warmmiete und sind von steigenden Heizölpreisen unabhängig.

Partner: LUWOGÉ, BASF

Kompetenzzentrum für nachhaltiges Renovieren und Sanieren – Komzet (seit Juli 2002):

Bildung einer regionalen Plattform zur Information, Beratung, Förderung und Entwicklung von Qualifikationen zum Renovieren und Sanieren unter Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit. Bauherren sollen sich über die Möglichkeiten informieren können. Für die im Handwerk, Architekturwesen und Planung Tätigen stehen Qualifizierungsangebote zur Verfügung, um die notwendigen Kenntnisse zu erwerben.

Partner: UWZ

www.umweltzentrum-trier.de

Aufbau eines virtuellen Kraftwerks aus dezentralen KWK-Anlagen (seit 2004):

Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung eignen sich besonders zur dezentralen Versorgung mit Strom und Wärme. Mit einem „virtuellen Kraftwerk“ werden die einzelnen Energieanlagen steuerungstechnisch zusammengefasst. Damit können die Stromnetze gegen Schwankungen bei der Stromerzeugung stabilisiert werden.

Partner: MUFV, TSB

Geothermie-Kraftwerk in Landau :

Der Bau des ersten industriellen Geothermiekraftwerks Deutschlands hat im rheinland-pfälzischen Landau begonnen. Läuft alles weiterhin nach Plan, so werden November 2007 rund 6.000 Haushalte mit Strom versorgt werden können, der aus heißem Wasser aus 3000 Metern Tiefe gewonnen wird. Aus dem 150 bis 170 Grad heißen Wasser können bis zu 300 Haushalte ortsnahe mit der Wärme versorgt werden; das entspricht einer thermischen Leistung von 3 bis 6 Megawatt. Die elektrische Leistung des Kraftwerks wird bei 3 Megawatt liegen.

Partner: MUFV

www.mufv.rlp.de

Kompetenznetzwerk Brennstoffzellen Rheinland-Pfalz:

Das Kompetenzzentrum für Brennstoffzellen an der Fachhochschule Bingen und das Kompetenzzentrum „Fuel Cell Rheinland-Pfalz“ am Umweltcampus Birkenfeld der Fachhochschule Bingen arbeiten eng auf dem Gebiet der Entwicklung von Brennstoffzellen, Brennstoffzellen-Komponenten und vollständigen Systemen zusammen. Hier werden Hochtemperatur-Brennstoffzellen in Bingen und Membran-Brennstoffzellen in Trier entwickelt, Hauptaufgabe ist der fachbezogene Informationsaustausch zwischen den Akteuren (Umweltcampus Birkenfeld, TSB).

Partner: MBWJK, FH Trier, FH Bingen

Energieberatungen:

Die Verbrauchzentrale bietet insbesondere in den ländlichen Regionen eine kostenlose Energieberatung. Es werden auch Vorträge zu den Themen Solarenergie, Energiesparen, Niedrigenergiehaus und Altbausanierung angeboten. Eine Energieberaterplattform informiert interessierte Bürgerinnen und Bürger umfassend über Energieeinsparpotenziale im Haus und über kostenlose Möglichkeiten der Energieberatung.

Partner: VZ, MUFV

www.energieberatung-rlp.de

Förderung der intelligenten Nutzung der Sonne-Holz-Kopplung zur Wärmeversorgung in Privatgebäuden (Januar 2006 - Februar 2008):

Zielstellung des Projekts ist es, in Privathaushalten verstärkt regenerative Energiequellen zur Warmwasserbereitung und Heizung zu nutzen. Da in unserer Region die Sonnenenergie dafür nicht ganzjährig ausreicht, geht es in dem Projekt um die Verbreitung einer kombinierten Heiztechnik, bei der eine Solaranlage über einen gemeinsamen Speicher mit einer Holzheizung verbunden ist. Da für die Holzheizung vorwiegend regionale Rohstoffe verwendet werden, wird mit dem Projekt auch der Aufbau regionaler Stoffkreisläufe unterstützt. Das Projekt richtet sich bevorzugt an Handwerksbetriebe und Privathaushalte:

Es soll das entsprechende fachliche Know-How ins Handwerk vermittelt und die Verbraucher zum Thema „Nutzung regenerativer Energiequellen“ sensibilisiert und informiert werden.

Folgende Arbeitsschritte werden durchgeführt:

- Recherche nach bereits vorhandenen Weiterbildungsmaßnahmen im Handwerk und im Architekturwesen
- Konzeption und Durchführung einer Pilotmaßnahme
- Durchführung einer Marktstudie und Erarbeitung eines Marketingkonzepts.
- Marketingschulungen für Handwerkerinnen und Handwerker
- Öffentlichkeitsarbeit durch Pressearbeit sowie Präsentation der Projekthinhalte auf Messen und Ausstellungen
- Bildung eines regionalen Netzwerkes zur Förderung der kombinierten Heiztechnik (Handwerk, Herstellung, Architekturbüros, Kommunen, Banken, sonstige Institutionen)

Das Projekt leistet in Rheinland-Pfalz einen wichtigen Beitrag zur Nutzung regenerativer Energiequellen und zum Aufbau regionaler Stoffkreisläufe. Weiterhin wird vorhandenes Expertenwissen gebündelt.

Partner: UWZ, ZUM

www.icosaw.de

Energetische Altbauanierung in der Praxis (Start Mai 2007 bis etwa Ende 2007):

An einem konkreten Sanierungsobjekt – ein Einfamilienwohnhaus, gebaut Ende der 50ziger Jahre – sollen die Möglichkeiten, Chancen und Vorteile einer energetischen Sanierung aufgezeigt werden; dazu werden die Ausgangslage, die einzelnen Arbeitsschritte incl. der Planung und der Ergebnisse einer „Vor Ort-Beratung“, alle Sanierungsmaßnahmen und das Ergebnis ausführlich dargestellt; mit Fotos, Berichten, Berechnungen usw. soll den Bürgerinnen und Bürgern gezeigt werden, wie eine erfolgreiche Altbauanierung aussehen kann; ein wichtiger Schwerpunkt ist die Finanzierung der Maßnahmen; diese erfolgt über das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau; das gesamte Projekt wird in den Zeitungen, dem Mitteilungsblatt der Verbandsgemeinde und im Internet ausführlich dokumentiert; der Arbeitskreis hofft, dass möglichst viele Menschen sich von diesem Projekt überzeugen lassen und selbst in die energetische Altbauanierung investieren.

Partner: VG Kirchen, VZ

Effizienznetz Rheinland-Pfalz – Effnet (seit 2005):

Das Effizienznetz Rheinland-Pfalz ist

- eine zentrale, fachübergreifende und nichtkommerzielle Informations- und Beratungsplattform
- sowie eine Verknüpfung der verschiedenen Einzelinitiativen im Land Rheinland-Pfalz zu einem umfassenden Informations- und Beratungsangebot zu den Themen Umwelt und Energie.

Es wird seit Ende 2005 vom Umweltministerium gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium betrieben und hat sich inzwischen als kompetenter Ansprechpartner für Fragen zu Energie und Umwelt etabliert. Das Effizienznetz verknüpft derzeit 27 Netzwerkpartner; es kann und soll jederzeit um zusätzliche Partner erweitert werden. Das EffNet richtet sich mit seinen Angeboten insbesondere an kleine und mittlere Unternehmen (KMU).

Das Informations- und Vermittlungsangebot des Effizienznetzes Rheinland-Pfalz richtet sich insbesondere an rheinland-pfälzische Handwerks- und Industriebetriebe sowie an das Dienstleistungsgewerbe, vor allem aber an kleine und mittlere Unternehmen.

Das Informations- und Beratungsnetz verbindet verschiedene Netzwerkpartner, die sowohl direkt als auch über das Effizienznetz miteinander verknüpft sind. Ferner können zusätzliche Beziehungen zwischen Netzwerkpartnern und externen Beratungsanbietern/-institutionen bestehen. Das Netzwerk kann und soll jederzeit um zusätzliche Partner erweitert werden.

Partner: MUFV, MWVLW, LUWG, EOR

www.effnet.rlp.de

Holzenergienutzung in Rheinland-Pfalz:

Die Entwicklung der letzten Jahre hat dazu geführt, dass in Rheinland-Pfalz nach einer Erhebung des Umweltcampus Birkenfeld über 200 kleinere und größere Biomasse-Anlagen in Betrieb sind. Neben Biogasanlagen, die für die Landwirtschaft von wachsendem Interesse sind, spielt in einem Land wie Rheinland-Pfalz die Holzenergie eine besondere Rolle. Neben Resthölzern aus der Sägeindustrie und holzhaltiger Biomasse aus der Landschaft (Straßen-, Schienen-, Gewässerbegleitgrün, Hecken, Feldgehölze, etc.) wird Waldholz aus der Forstwirtschaft zur energetischen Nutzung eingesetzt. Dabei kommen insbesondere das Industrieholz sowie das so genannte Waldrestholz (z. B. Kronenholz), das stofflich nicht verwertet wird, in Betracht. Es wird die Strategie verfolgt, die Umsetzung regionaler Holzheizanlagen im ländlichen Raum mit einem kleinen bis mittleren Leistungsbereich sowie kleine Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen voran zu bringen. Ziel der Strategie ist die verstärkte Umsetzung von Holzenergieprojekten im Wettbewerb mit anderen Energieträgern wie Erdgas oder Erdöl. Holzheizanlagen mit einem kleinen Leistungsbereich bieten Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern den höchsten Deckungsbeitrag und sind hinsichtlich der Logistik, den Vertragspflichten und dem möglichen Holzaukommen am besten umzusetzen.

Projektierung einer Biomasse-Nahwärmenetzes (2007/2008):

Nach einer positiven Machbarkeitsstudie erfolgt derzeit die Projektierung einer Biomasse-Nahwärmenetzes für die Schulen des Kreises und der Verbandsgemeinde in der Stadt Simmern, Bereich „Auf dem Füllkasten“. Bei Realisierung der Maßnahme ergäbe sich eine Ersparnis von 640 t CO₂/Jahr.
Partner: RHK

Solaranlagen auf Kirchen-Gemeindehäusern:

Die Pfarreien Heilig Geist in Mainz-Mombach, St. Remigius in Armsheim und St. Gallus in Alzey-Weinsheim haben auf ihren Gemeindehäusern Solaranlagen zur Stromerzeugung (Photovoltaik) mit digitalen Anzeigetafeln installiert und diese Anlagen in feierlichen Eröffnungsveranstaltungen allen Gemeindemitgliedern zu Nachahmung im privaten Bereich empfohlen.
Partner: kath. Kirche

Energiecheck in Pfarrgemeinden:

Das Dekanat Bingen hat – ähnlich wie die LZU im Bistum Trier und in der Evangelischen Kirche der Pfalz – eine Aktion „Energiecheck in Pfarrgemeinden“ mit finanzieller Unterstützung des Bischöflichen Ordinariates Mainz durchgeführt, woran sich mehrere Gemeinden des Dekanats beteiligen.
Partner: kath. Kirche

Kompetenznetzwerk Solararchitektur und regenerative Energien (seit Oktober 2003):

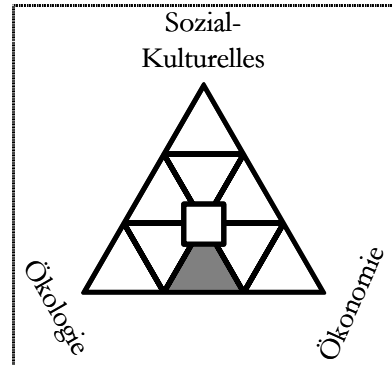
Ein wesentliches Anliegen ist es, eine noch größere Öffentlichkeit zu erreichen und den Umweltschutzgedanken (Gesundheitsschutz, Klimaschutz und Ressourcenschonung) auf einer breiteren Ebene zu kommunizieren. Die Internetplattform soll Zugriff auf Informationen, Argumentsammlung, Beispiele und Lösungen zu bekannten Brennpunkten in der Sanierung bereithalten sowie Kontakte zu regionalen Aktivitäten und Ansprechpartnern ermöglichen. Zielgruppe dieses Angebots sind neben Architektur- und Planungsbüros auch Städte und Kommunen in Rheinland-Pfalz sowie bau-, sanierungs- und renovierungswillige Bauherrinnen und Bauherren, die das Können bei Architektur und Planung einfordern. Ein funktionierender Informationspool für die Baubeteiligten unterstützt die Vielseitigkeit der Ergebnisse – wer Wissen hat bewegt was!
Partner: AK, MUFV

Nachhaltigkeitsbereich:

B Ökoeffizientes Wirtschaften fördern

Leitbild:

Wirtschaften bedeutet, Ressourcen wie Arbeit und Produktionsanlagen effizient einzusetzen. Dies gilt im Rahmen der Nachhaltigen Entwicklung ebenso für die Ressourcen in Form von Rohstoffen und Energieträgern (ganz besonders die fossilen). Deren Nutzung ist erschöpflich oder an andere Kapazitätsgrenzen gebunden. Der effiziente Ressourceneinsatz senkt die Kosten sowie die Importabhängigkeiten und greift dem langfristigen Strukturwandel vor. Gleichzeitig wird die Ressourcenbasis geschont und Emission von vornherein vermieden. Ökoeffizientes Wirtschaften führt insgesamt zu positiven Beschäftigungseffekten.



Leitziel:

Die Landesregierung setzt sich im Rahmen des Amsterdamer Vertrags von 1999 die Ziele, bürokratische Hindernisse für Deregulierung abzubauen, einen vermeintlichen ökologischen Subventionswettbewerb zu verhindern, den selbstbewussten Verbraucher zu unterstützen sowie das Selbstinteresse der Unternehmen für Umweltstandards zu nutzen. Mit marktwirtschaftlichen Instrumenten im Umweltschutz sollen also Effektivität und Effizienz verbessert werden. Dabei werden Freiräume für eigenverantwortliches, kooperatives Handeln eröffnet.

Das Land strebt an, die Ökoeffizienz wesentlich zu steigern, um die Wertschöpfung noch stärker als bisher vom natürlichen Ressourcenverbrauch zu entkoppeln. Ökoeffizienz ist das Zeichen für Fortschritt in einer modernen Gesellschaft. Dazu setzt das Land einen Förderrahmen, der die Anreize zur Ökoeffizienz erheblich steigert und die Barrieren abbaut.

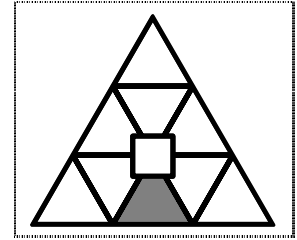
Das regionale Wirtschaften gehört untrennbar zum ökoeffizienten Wirtschaften, da es die heimische Wirtschaft stärkt und gleichzeitig die Umweltnutzung vermindert. Damit sollen lokale Ressourcenkreisläufe aufgebaut werden, die v. a. den kleinen und mittleren Unternehmen sowie den land- und waldbaulichen Betrieben Perspektiven bieten. Das regionale Wirtschaften soll gleichfalls das Bewusstsein für die Naturnutzung fördern und somit den Ressourcenverbrauch vermindern.

Handlungsfelder: - Wirtschaften mit Ressourcen
- Regionales Wirtschaften

Handlungsfeld:

B.a Wirtschaften mit Ressourcen

Bedeutung: Energie ist für unzählige Prozesse in Industrie / Gewerbe, Verkehr und Haushalt unerlässlich. Damit werden u. a. Produkte hergestellt, Dienstleistungen bereitgestellt oder Bedürfnisse wie Mobilität und Versorgung mit Wärme befriedigt. Der Bedarf an Energie ist in allen Industrieländern insgesamt recht hoch und wird zumeist mit importierten fossilen, also erschöpflichen Energieträgern, gedeckt. Für die Wirtschaft bestehen langfristig immense Potenziale in der Entwicklung energieeffizienter Produktionsprozesse und v. a. im Angebot energetisch effizienter Produkte. Rohstoffe sind ein essenzieller Produktionsfaktor. Gegenwärtige Produktionsweisen und das gesamte Produktionsniveau benötigen mehr natürliche Ressourcen als notwendig.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da noch immense wirtschaftliche Einsparpotenziale bestehen. Der Abbau mineralischer Ressourcen ist für Rheinland-Pfalz (v. a. in Westwald, Eifel und Pfalz), aber auch bundesweit ein bedeutender Wirtschaftsfaktor.

Partner: MWVLW, MUFV, MBWJK, FM, EOR, HWK, IHK, SAM, BASF, SGDen

Ziel: Rheinland-Pfalz soll zum energieeffizientesten Bundesland werden. Der effiziente Einsatz der Energie ist eine Win-Win-Situation für Wirtschaft und Umwelt. Allerdings ist ein Kontext aus finanziellen, organisatorischen und technischen Anreizen für die anfänglichen Investitionen in die Effizienzmaßnahmen notwendig. Daher werden die Partner die Anstrengungen für eine Umsetzung der energetischen Ökoeffizienz verstärken. Dies schließt sowohl die Unternehmen als auch die Konsumenten sowie die gezielte Forschung ein. Integrierte Technologien sollen zukünftig eine ökobilanzielle Verbesserung zu geringeren Kosten besorgen. Die Initiierung des ökoeffizienten Wirtschaftens wird in kleinen und mittelständischen Unternehmen auf breiter Basis verfolgt, da in Unternehmen dieser Größenklasse spezifische Hemmnisse, aber auch ganz wesentliche Chancen liegen. Ein einzurichtender Umweltpakt zwischen Land, Kammern und Unternehmen wird dieses Ziel mitverfolgen.

Die Verminderung der Ressourcenverbräuche erfordert die kombinierte Anstrengung aus stark gesteigerter Effizienz, Kreislaufwirtschaft, Substitution von erschöpflichen Ressourcen, Nutzung von erneuerbaren Ressourcen innerhalb der Regenerationsgrenzen und Verminderung unnötiger Verbräuche. Das komplexe Zusammenwirken dieser Faktoren wird das Land durch Wertstoffkreisläufe, Beratung, Forschung etc. gezielt umsetzen.

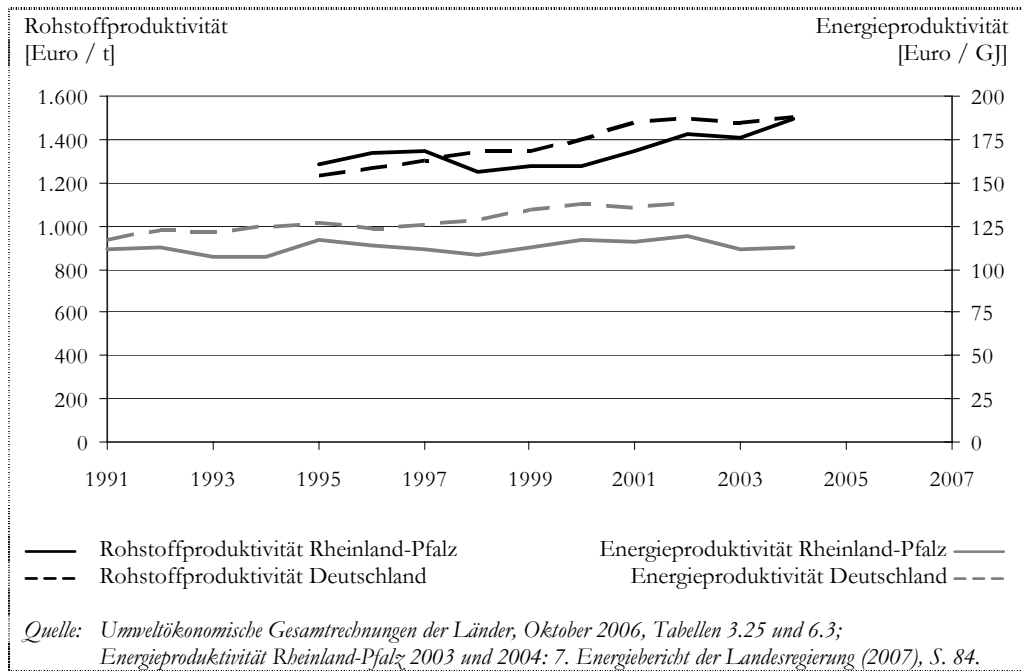
Das Land strebt den Interessensausgleich zwischen ökologischen und (sozial-) ökonomischen Zielen an. Wo eine Verminderung nicht möglich ist, soll die Versorgung langfristig gesichert werden. Dies betrifft in Rheinland-Pfalz v. a. die Ausweisung von Abbaustätten mineralischer Rohstoffe, auf deren Gewinnung auch in Zukunft nicht verzichtet werden kann. Mit dem Rohstoffsicherungsprogramm möchte das Land den Anforderungen an einen Interessensausgleich und einer langfristigen Sicherung der Ressourcenbasis gerecht werden.

Indikator: Ressourcenproduktivität

Kataloge NNS, UMK, (teils: TA, SH)

Beschreibung: Die sichere Versorgung mit Energie ist für moderne Volkswirtschaften wie Rheinland-Pfalz überlebenswichtig. Die Versorgung hängt vom begrenzten Vorrat, den Bezugsmöglichkeiten und den Kosten ab. Darüber hinaus ist die Gewinnung, Verarbeitung und Nutzung der herkömmlichen fossilen Energieträger mit der Emission von Schadstoffen verbunden. Die Steigerung der Energieproduktivität zur Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch wird bereits seit einigen Jahren in Deutschland verfolgt. Bei der Produktion von Gütern sind ebenso Rohstoffe nötig. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass die natürlichen Ressourcen zumeist begrenzt sind. Die Bereitstellung, Veredelung und Weiterverarbeitung von Rohstoffen, Energie, Wasser etc. ist hierbei notwendig. Schließlich sind viele Produkte nach ihrer Nutzung zu entsorgen. Bisher konnte in Deutschland bereits eine schwache Entkopplung von Rohstoffverbrauch und Wirtschaftswachstum erreicht werden. Die Ressourcenproduktivität (nach Rohstoff und Energie differenziert) ist ein Maß für die volkswirtschaftliche Effizienz der insgesamt eingesetzten nicht erneuerbaren Rohstoffe bzw. des Energieeinsatzes. Die Produktivität ermittelt sich als eingesetzte Menge Rohstoffe bzw. eingesetzte Primärenergie, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt.

Verlauf: Seit 1995 steigt die Rohstoffproduktivität (oberes Linienpaar) in Rheinland-Pfalz mäßig und liegt nur knapp unter dem Bundesdurchschnitt. Die Energieproduktivität (unteres Linienpaar) in Rheinland-Pfalz stagniert seit 1991 und liegt ebenfalls knapp unter dem Bundesdurchschnitt.



Bewertung: Vor dem Hintergrund der Ziele der Bundesregierung, die Ressourcenproduktivität von 1995 bis 2020 zu verdoppeln und langfristig zu vervierfachen, ist die bisherige Entwicklung noch zu intensivieren. Die Energieproduktivität blieb bis 2004 in Rheinland-Pfalz konstant. Allerdings können zukünftige Daten darüber Aufschluss geben, ob die verstärkten Maßnahmen der letzten Jahre positive Effekte zeigen. Ein Vergleich der beiden Produktivitäten mit den Werten anderer Länder oder ganz Deutschlands sind nur bedingt möglich: Da die Wirtschaftsstruktur unterschiedlich ist, können die Werte regional sehr stark variieren. Ferner ist zu beachten, dass ein erheblicher Teil der eingesetzten Ressourcen und Energie „importiert“ wurde, der Ressourceneinsatz also außerhalb von Rheinland-Pfalz stattfand. Daher ist zukünftig auch zu bewerten, wie hoch dieser Anteil ist und ob eine positive Entwicklung in Rheinland-Pfalz vielmehr auf Produktionsverlagerung und Produktionsaufgabe ressourcenintensiver Prozesse zurückzuführen ist.

Ausblick: Der Indikator hat eine gute Datenbasis und ist für den Bereich der Ökoeffizienz allgemein anerkannt. Daher sollte er beibehalten werden. Nichtsdestotrotz ist ebenfalls der Ressourcenverbrauch in absoluter Höhe – gegebenenfalls über das Handlungsfeld „Ressourcennutzung und Klimaschutz“ – mit zu berücksichtigen, da das Niveau der Umweltnutzung noch sehr erheblich ist.

Beispiele und Vorhaben:

<p>Energie-Check-Plus:</p> <p>In 34 Kirchengemeinden wurden Einspar- und Effizienzpotenziale beim Verbrauch von Energie, Wasser und Abfall ermittelt und Vorschläge zur Ressourcen- und Kosteneinsparung aufgezeigt. Von den beauftragten Ingenieurinnen und Ingenieuren konnten häufig schon vor Ort wertvolle Tipps zur effizienteren Nutzung gegeben werden. Die schriftlichen Ergebnisse der Bestandsaufnahme und der Einsparpotenziale stehen auch anderen Gemeinden zur Verfügung.</p> <p>Partner: Ev. Kirche www.frieden-umwelt-pfalz.de</p>
<p>Umweltmanagement „Grüner Gockel“:</p> <p>Das Projekt „Grüner Gockel“ ist eine für Kirchengemeinden entwickelte Form des Umweltmanagements auf der Grundlage der EU-Verordnung „EMAS“. Die Kirchengemeinde bildet ein Umweltteam, das Schöpfungsleitlinien erstellt und eine Bestandsaufnahme macht. Unterstützt wird das Umweltteam von einer Auditorengruppe bzw. einem Auditor, die bei der Ausarbeitung eines Umweltprogramms behilflich sind.</p> <p>Partner: Ev. Kirche www.frieden-umwelt-pfalz.de</p>
<p>Hochgedämmte Bauweise und gesundes Wohnumfeld – Schulungen für die Baugewerke (Juli 2003 bis Sept.2005):</p> <p>In diesem Projekt werden zum einen Seminare entwickelt, die Handwerkern die theoretischen Grundlagen und vor allem die praktische Umsetzung der korrekten Bauausführung von energetisch sanierten Altbauten und hochgedämmten Neubauten vermittelt. Zum anderen werden „best and worst practice“ – Beispiele sowie Informationen rund um das Projektthema gesammelt und der Öffentlichkeit unter der bereits bestehenden Datenbank www.energies-tour-rlp.de zugänglich gemacht.</p> <p>Partner: ZUA, HWKs www.energies-tour-rlp.de</p>
<p>Umwelt- und Wirtschaftsförderung durch Marketingstrategien für umweltorientierte Handwerksunternehmen (Januar 2006 – Juni 2008):</p> <p>Rheinland-Pfalz soll zum Energieeffizienzland werden. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch die Energieeffizienz in Gebäuden. Alleine in Rheinland-Pfalz sind ca. 1,6 Mio. Wohnungen und bundesweit sogar 24 Mio. Wohnungen unzureichend gedämmt. Je nach Maßnahme können hier bis zu 90% der bisher benötigten Heizenergie eingespart werden, womit eine enorme CO₂-Einsparung einhergeht und somit ein großer Beitrag zur Erreichung der gesetzten Klimaschutzziele geleistet werden kann. Den Bauwilligen müssen Wege und Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie sie ihr Eigenheim energetisch optimal modernisieren kann, um damit ihren Beitrag zur Energieeinsparung und zur Nutzung erneuerbarer Energien zu leisten. Denn letztendlich liegt es in der Entscheidung der Kundin bzw. des Kunden, sich für oder gegen einen Lebensstil im Sinne der Nachhaltigkeit zu entscheiden.</p> <p>Das Projekt fördert die Marketingkompetenz umweltorientierter Betriebe durch die Teilnahme an Workshops und Betriebsberatungen, weiterhin wird ein praxisorientierter Leitfaden erstellt. Dem Handwerk, das eine besondere Nähe zu potentiellen Kundinnen und Kunden besitzt, das nötige Marketingwissen anschaulich vermittelt und gleichzeitig konkrete Umsetzungsstrategien angeboten werden. Es sollen den Handwerkerinnen und Handwerkern „Werkzeuge“ an die Hand gegeben werden, mit denen sie eine an ihren Betrieb angepasste Vermarktungsstrategie einfach und selbst erstellen können, um somit den Kundinnen und Kunden auf ihre Kompetenz sowie ihre Produkte und Dienstleistungen aus dem Bereich der energetischen Gebäudesanierung aufmerksam zu machen. Die am Projekt teilnehmenden Betriebe sollen dabei auch für alle anderen Handwerksbetriebe Vorbildcharakter entwickeln und weitere Unternehmen zu einem marktorientierten Vorgehen anhalten.</p> <p>Partner: HWKs, MUFV www.hwk.de</p>
<p>Effiziente Energienutzung in Industrieanlagen:</p> <p>Erreichen von Energieeinspareffekten durch den Einsatz fortschrittlicher Technik in industriellen Prozessen und Anlagen. Verringerung des Ausstoßes von CO₂ sowie der Emission von Luftschadstoffen.</p> <p>Partner: MWVLW, MUFV, EOR, TSB www.industrie-energie.de</p>
<p>PIUS (ProduktionsIntegrierter UmweltSchutz):</p> <p>PIUS steht für eine ökonomisch und ökologisch effiziente Unternehmensführung. Mit weniger Ressourcenverbrauch, weniger Wasser- und Energieverbrauch, weniger Abfall, weniger Abwasser und weniger Emissionen wird zukunftsfähig und kostensparend produziert und die vorhandenen Einsparpotenziale werden optimal genutzt.</p> <p>Partner: SAM www.pius-info.de</p>

EffCheck – PIUS-Analysen in Rheinland-Pfalz (seit 2007):

Unter der Bezeichnung „EffCheck – PIUS Analysen in Rheinland-Pfalz“ erhalten seit Anfang 2007 in einer zunächst auf zwei Jahre befristeten Pilotphase 20 rheinland-pfälzische Unternehmen (Mittelstand) Unterstützung bei der Durchführung von Analysen zum produktionsintegrierten Umweltschutz (PIUS). Durch die Übernahme von bis zu 70% der anfallenden Beraterkosten soll den kleinen und mittleren Unternehmen der Einstieg in den produktionsintegrierten Umweltschutz erleichtert werden.

Ziel des Projektes ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch gezieltes betriebliches Stoffstrommanagement zu stärken und gleichzeitig durch den effizienten Einsatz von Energie sowie Roh-, Betriebs- und Hilfsstoffen eine Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes zu erreichen.

Partner: MUFV, MWVLW, LUWG, SAM

www.effnet.rlp.de

Benchmarking-Projekt Rheinland-Pfalz (2006-2008)

Im Dezember 2006 wurde das „Benchmarking-Projekt Rheinland-Pfalz“, mit dem das Land die kostenfreie Nutzung (bis Ende November 2007) des Internetportals www.buda.de bis zum 31.08.2008 anbietet, im Rahmen des Effizienznetzes Rheinland-Pfalz initiiert und gestartet. Teilnehmen können Betriebe der Kfz-Branche, Friseur-, Fleischer-, Offset-Druckerbetriebe und Bäckereien. Ziel ist die betriebliche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und gleichzeitig die Umwelt durch effizienten Einsatz der Ressourcen zu entlasten.

Partner: MUFV, MWVLW, LUWG, EOR

www.buda.de / www.effnet.rlp.de

Sachkostenmanagement der Sparkassen-Finanzgruppe:

Im Rahmen des in der Strategie der Sparkassen-Finanzgruppe verankerten Handlungsfeldes „Kosten senken“, unterstützt der Sparkassen- und Giroverband Rheinland-Pfalz (SGVRP) die rheinland-pfälzischen Sparkassen bei der Einführung eines dauerhaften Sachkostenmanagements. Dabei gilt es zunächst die aktuelle Kostensituation der einzelnen Sparkassen zu analysieren und durch gezielte Maßnahmen eine Kostenreduzierung zu erreichen. Ein organisatorisch verankertes Sachmanagement sorgt durch regelmäßige Analysen und Budgetierung für eine Verstetigung.

In diesem Zusammenhang werden auch die Energiekosten und -verbrauchsdaten (Strom, Öl, Gas, Wasser) analysiert. Dabei wird nicht nur der Preis für die jeweilige Abnahmemenge, sondern auch Maßnahmen zur Reduzierung des Energiebedarfs betrachtet. Beispielweise kann zum einen durch Reduzierung von Kopiergeräten und der Arbeitsplatzdrucker der Strombedarf gesenkt werden. Änderung in der Heizungseinstellung führen zum anderen zu einer Verringerung des Verbrauchs von Öl und Gas. Bei Neu- oder Umbauten von Sparkassengebäuden empfiehlt der SGVRP, frühzeitig die Lebenszykluskosten der Immobilien zu berücksichtigen. Hier werden bereits in der Planungsphase die Weichen für die Zukunft gestellt. Entscheidungen, die in dieser Phase getroffen werden, wirken über die gesamte Lebensdauer der Immobilie. Neben ökonomischen werden dabei auch ökologische Aspekte aufgenommen, wie beispielsweise Chancen, die sich aus dem Gebäudeenergiepass ergeben können.

Partner: MWVLW, SGVRP

Umfrage zur Energieeffizienz in Unternehmen (seit 2007):

Die Industrie- und Handelskammern führen eine Umfrage bei Unternehmen zur Einschätzung der betrieblichen Energiesituation mit besonderem Augenmerk auf die Energieeffizienz durch. Nach detaillierter Auswertung der ca. 300 eingegangenen Antworten sollen weitere Maßnahmen beschlossen werden, wie z. B. die Intensivierung der Beratungen, die Einrichtung von Energieeffizienztschen oder von Weiterbildungskursen zur IHK-Energiemanagerin bzw. zum IHK-Energiemanager.

Partner: IHKs, IHK zu Koblenz

Öko-Check im Sportverein (1. Stufe 2001 – 2003; 2. Stufe 2004 – 2007):

In dem Gemeinschaftsprojekt „Öko Check im Sportverein“ des Landessportbundes, der Sportbünde Rheinland, Rheinhessen und Pfalz, der Landeszentrale für Umweltaufklärung sowie der Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz wurde – zwischen November 2001 und April 2003 – 47 Sportvereinen des Landes die Chance gegeben, ihre vereinseigenen Sportanlagen auf Möglichkeiten der Kostensenkung im Energie-, Wasser- und Abfallbereich untersuchen zu lassen. Ziel war die Verknüpfung ökologischer und ökonomischer Aspekte bei Sportstättenanierung, Modernisierung, Neubau oder Erweiterung. In einem zweiten Schritt wird nun die Umsetzung von drei beispielhaften Contracting Projekten bei vereinseigenen Sportstätten vorbereitet. Ziel ist die Sanierung dreier Heizungsanlagen bei Sportstätten, die im Contracting-Verfahren finanziert, errichtet und betrieben werden. Die Durchführung der zweiten Projektstufe des Modellprojekts gliedert sich in vier grundlegende Bereiche:

- Erweiterung der Beratungsleistung und Qualitätssicherung im Rahmen der zukünftigen Öko-Check Beratung
- Umsetzung von drei modellhaften Contracting Projekten bei vereinseigenen Sportanlagen
- Evaluierung des Erfolges der Beratungsleistung „Öko-Check im Sportverein“
- Aufstellung eines allgemeingültigen Finanzierungskonzeptes auf Contracting Basis

Partner: LSB, SNU, LZU, IfaS

www.oeko-check-im-sportverein.de

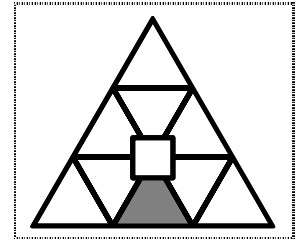
Handlungsfeld:

B.b Regionales Wirtschaften

Bedeutung: Das Regionale Wirtschaften zielt auf die Einbindung von lokalen Öko- und Wirtschaftssystemen ab.

Die Bewirtschaftung von Flächen dient der Sicherung einer abwechslungsreichen Kulturlandschaft, der Erhaltung vielfältiger natürlicher Lebensgrundlagen und der Ernährung. Die Produktion und Verteilung von Lebensmitteln bedingen einen großen Teil der (energetischen) Aufwendungen, bieten aber auch einen großen wirtschaftlichen Aktivitätsbereich.

Gleichmaßen können Unternehmen durch regionales Wirtschaften mit heimischen Energieträgern und Rohstoffen Märkte erschließen. Daran wirken v. a. landwirtschaftliche und handwerkliche Betriebe sowie der Mittelstand mit.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da Landwirtschaft und Weinbau wie auch die Forstwirtschaft und das holzverarbeitende Gewerbe tragende Pfeiler der ländlichen Räume sind.

Partner: MWVLW, MUFV, LGB, DLRs, IfaS

Ziel: Es sind die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Landwirtschaft und Weinbau als wettbewerbsfähige, flächendeckende und marktorientierte Wirtschaftsformen erhalten bleiben und weiterentwickelt werden. Der Strukturwandel aufgrund der ökonomischen Rahmenbedingungen und ökologischen Anforderungen wie auch der „Europäischen Agenda 2000“ ist zu bewältigen. Daneben sind Bürokratie abzubauen, ohne Umweltwirkungen und günstige Produktionsbedingungen einzubüßen und weiterhin umweltschonende landwirtschaftliche Erzeugungspraktiken auch in Zukunft verstärkt zu fördern.

Daher ist es ein wesentliches Ziel der rheinland-pfälzischen Agrarpolitik, verbrauchernah hochwertige Nahrungsmittel und nachwachsende Rohstoffe aus der Landwirtschaft für die stoffliche Verwertung zu erzeugen, erneuerbare Energien bereitzustellen, die Kulturlandschaft zu pflegen und zu erhalten und damit die ländlichen Räume attraktiv und lebenswert zu gestalten. Die Inanspruchnahme land- und weinbaulich genutzter Flächen für andere Verwendungen ist zu reduzieren. Insbesondere bei Kompensationsmaßnahmen für Eingriffe in Natur- und Landschaft sind alternative Möglichkeiten verstärkt zu nutzen, bei denen die landwirtschaftliche Bewirtschaftung erhalten bleibt. Hilfestellung beim Flächenmanagement bietet die ländliche Bodenordnung. Zusätzliche Erwerbszweige, die den Erhalt von Betrieben stützen und die kulturelle Identität bewahren helfen, werden insbesondere von Frauen betrieben. Vor diesem Hintergrund sollen Fördermöglichkeiten Diversifikationsbereiche mit einschließen. Die regionale Vermarktung erschließt zusätzliche Einkommensquellen und schafft eine Verbindung zwischen Konsumenten und Produzenten. Weiterhin sind wichtige Vorleistungen insbesondere für den Tourismus zu erbringen, der in Rheinland-Pfalz an Bedeutung gewinnt.

Das holzverarbeitende Gewerbe kann die Potenziale heimischen Holzes verstärkt nutzen. Stoffstromanalysen sind begleitend als Instrument auf breiter Basis umzusetzen, um die Potenziale aus Biomasse und Abfällen zu erschließen.

In einem landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich geprägten Land wie Rheinland-Pfalz kommt der ausgewogenen Biomassenutzung eine besondere Bedeutung zu. Die wertschöpfende Nutzung von Biomasse in vertretbarem Maße voranzubringen ist deshalb ein besonderes Anliegen der Landesregierung. Dieses Potenzial soll systematisch und zielgerichtet genutzt werden. Hierbei ist ein besonderes Augenmerk auf die Kraft-Wärme-Kopplung zu legen.

Indikator: Landwirtschaftlich genutzte Fläche

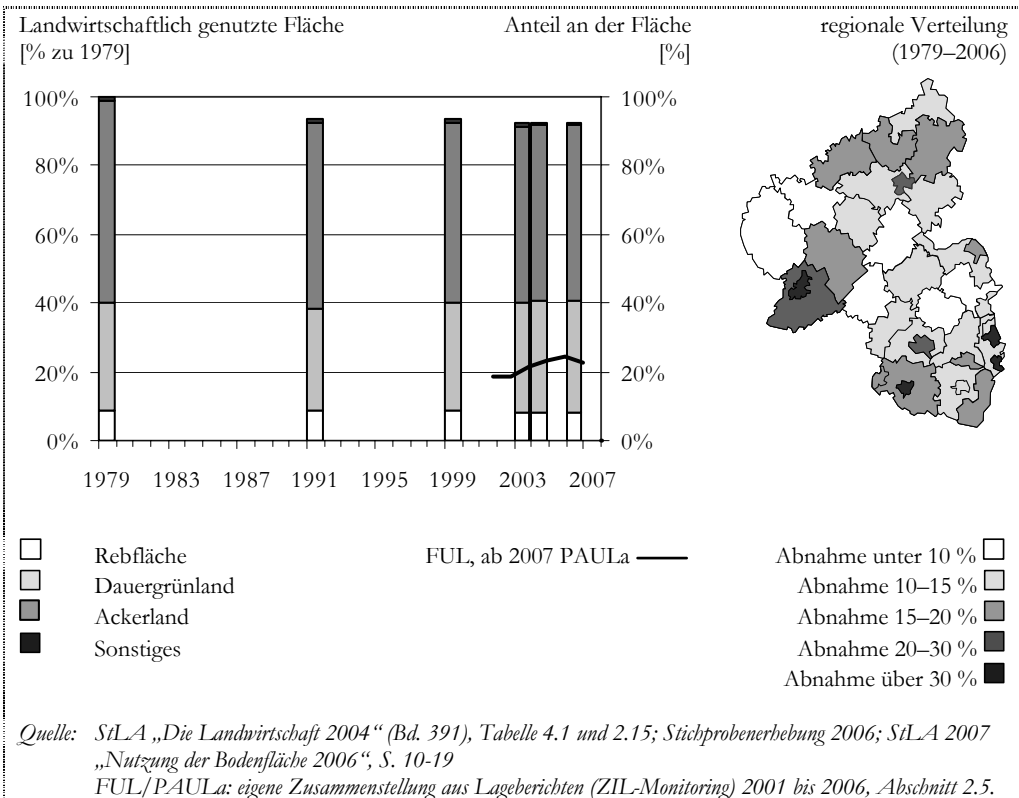
Referenz: -

Beschreibung: Landwirtschaftlich genutzte Flächen können positive Wirkung sowohl in ökonomischer, ökologischer als auch sozialer Hinsicht haben. Der Rückgang dieser Flächen ist ein Anzeichen dafür, dass diese Wirkungen abnehmen. Darüber hinaus erfolgen eine fortlaufend stärkere Flächeninanspruchnahme besonders für Naturschutzzwecke sowie Ausgleichsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Verwirklichung von Planungen Dritter.

Der Indikator bildet ab, wie sich die land- und weinbaulich genutzte Fläche entwickelt.

Verlauf:

Die landwirtschaftliche Fläche nahm in den letzten 25 Jahren beständig ab. Besonders in den städtischen Gebieten hat die Flächennutzung stark abgenommen.



Bewertung:

Die Entwicklung ist zum einen auf fremde Nutzungsansprüche wie Siedlungen, aber teilweise auch auf die fehlende wirtschaftliche Perspektive zurückzuführen. Die Erschließung anderer Erzeugnissen wie Biomasse kann dem Trend, landwirtschaftlich genutzte Flächen für andere Zwecke in Anspruch zu nehmen, zukünftig entgegenwirken. Trotzdem ist eine wesentliche Trendumkehr in naher Zukunft nicht zu erwarten, da auch die Marktfähigkeit bzw. der Subventionierungsbedarf von Alternativen wie Biomasse stets kritisch zu prüfen ist. Unabhängig davon ist eine Sicherung der abwechslungsreichen, ländlichen Räume anzustreben.

Der Ackerbau und die Grünlandbewirtschaftung in Rheinland-Pfalz sind durch eine extensive Bewirtschaftung mit niedriger Viehdichte geprägt und damit umweltgerecht. Ferner deckt das Förderprogramm Umweltschonende Landbewirtschaftung (FUL) große Bereiche der landwirtschaftlich genutzten Fläche ab, wodurch ökologische Aspekte besonders berücksichtigt werden. Im Rahmen des FUL-Programms und des Nachfolgeprogramms „Agrar-Umwelt-Landwirtschaft – PAULA“ werden ca. 22 % der landwirtschaftlichen Fläche im Jahr 2007 besonders umweltschonend bewirtschaftet.

Ausblick:

Der Indikator „Landwirtschaftlich genutzte Fläche“ wird mangels alternativer Indikatoren für das regionale Wirtschaften verwendet. Allerdings ist die Beziehung zwischen der angegebenen Fläche und dem Ausmaß wie auch der Qualität des Wirtschaftens im ländlichen Raum noch nicht genügend geklärt. Eine Weiterentwicklung oder ein alternativer Indikator muss hierauf besondere Rücksicht nehmen.

Beispiele und Vorhaben:

<p>Regionale Saffherstellung:</p> <p>Es werden im Lohnverfahren und für die eigene Vermarktung verschiedene Früchte gekeltert und abgefüllt. Hierdurch haben die Anbauer von Streuobst eine Möglichkeit, eigene Säfte in der Region zu vermarkten, womit die Streuobstbestände gesichert werden und neue Anlagen erstellt werden können.</p> <p>Partner: NABU www.nabu.de</p>
<p>Direktvermarkter-Initiative „Natürlich – aus dem Rhein-Lahn Kreis“ (seit März 2003):</p> <p>Die Initiative dient der Vernetzung und als zentraler Ansprechpartner. Ziel ist es, die Vorteile von regionalen Produkten in der Öffentlichkeit bekannt zu machen und die Zusammenarbeit der Betriebe untereinander zu intensivieren. Die Gruppe trifft sich ca. 3- bis 4-mal im Jahr. Es gibt einen eigenen Bauernmarkt, ebenso wie die Teilnahme an anderen Märkten in der Region. Es wurden bereits Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt und dieses Jahr eine Studienfahrt organisiert. Die Initiative gibt eine Broschüre heraus, die über alle direktvermarktenden Betriebe informiert.</p> <p>Partner: RLK</p>
<p>Anbeißen – Lecker aus der Region:</p> <p>Das Projekt „Anbeißen – Lecker aus der Region“ will die Vermarktung regionaler Produkte fördern. Angefangen bei „Wildwochen“ auf der Speisekarte bis hin zu Apfelsaft von Streuobstwiesen.</p> <p>Partner: NaturFreunde www.naturfreunde-rlp.de</p>
<p>„Heimat schmeckt“ e. V.:</p> <p>Dieser Zusammenschluss von über 30 landwirtschaftlichen direktvermarktenden, gastronomischen und lebensmittelverarbeitenden Betrieben in der Region Mayen-Koblenz ist aus der Arbeitsgruppe „Regionale Vermarktung“ entstanden. Diese Gruppe bildete sich 1998, um das Verbrauchervertrauen in heimische Produkte und damit die finanzielle Situation in der heimischen Landwirtschaft zu stärken. Die IUB-Initiative hat sich verselbstständigt und wird seit April 2004 als Verein weitergeführt</p> <p>Partner: Kreis Mayen-Koblenz www.heimat-schmeckt.de</p>
<p>Landfrauen als Botschafterinnen für Agrarprodukte (ab 2000):</p> <p>Landfrauen treten in den Erzeuger-Verbraucher-Dialog. Im Herbst 2004 wurde eine Schulungsreihe gestartet, um Landfrauen zu Botschafterinnen für Agrarprodukte auszubilden. In Zukunft sollen sie auch verstärkt in der Akquisition von neuen Wirtschafts- und Handelspartnern eingesetzt werden</p> <p>Partner: Landfrauen www.e-grade.net</p>
<p>Interessengemeinschaft Landideen – schenken und genießen e. V.:</p> <p>Das Angebot der Interessengemeinschaft erstreckt sich auf die kooperative Vermarktung von Produkten, die Frauen im ländlichen Raum selbst hergestellt haben und die Qualifizierung ihrer Mitglieder, Landideenprodukte werden über ein Ladengeschäft in Grundheim in Rheinhessen und über Stände auf Märkten und Messen vermarktet</p> <p>Partner: Landfrauen www.e-grade.net</p>
<p>Charta für Holz:</p> <p>Die Regierungsparteien auf Bundesebene haben im Oktober 2002 die „Charta für Holz“ verabschiedet. Ziel der Charta ist es, im Verbund mit der Wirtschaft und den Verbänden den Verbrauch von einheimischem Holz innerhalb der nächsten zehn Jahre um 20 Prozent zu steigern. Die in der Charta formulierten Teilziele beinhalten u. a. als Vorgabe, die Nachfrage nach heimischem Holz zu steigern und somit Holzmobilisierungspotentiale zu schaffen. Dieses Teilziel soll durch folgende Maßnahmen erreicht werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Öffentliches Bekenntnis zu Holz und Holzprodukten - Bestehende Hemmnisse abbauen und zukünftige verhindern - Verwendung von Holz aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung - Imageverbesserung von Holz und Holznutzung <p>Rheinland-Pfalz unterstützt uneingeschränkt die in der „Charta für Holz“ formulierten Zielsetzungen. Mit einem jährlichen Rohholzaufkommen von über drei Millionen Festmetern erzeugt die rheinland-pfälzische Forstwirtschaft rechnerisch genauso viel Holz, wie die Holzbranche im Land verbraucht. Auf diese Weise erbringen die Forstbetriebe in Rheinland-Pfalz einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der heimischen Wirtschaft. Das Holzverarbeitende Gewerbe stellt das Kernstück des rheinland-pfälzischen Forst-, Holz- und Papier-Sektors dar. Im Jahr 2002 dominierte es mit dem Holzgewerbe, dem Papiergewerbe, dem Verlags- und Druckgewerbe sowie der Herstellung von Möbeln zu 90 Prozent den Forst-, Holz- und Papier-Sektor. Betrachtet man das Holzverarbeitende Gewerbe im Vergleich zum gesamten verarbeitenden Gewerbe im Land, so gehört es zu den drei größten Wirtschaftszweigen.</p> <p>Partner: Landesforsten</p>

Nachhaltigkeitsbereich:

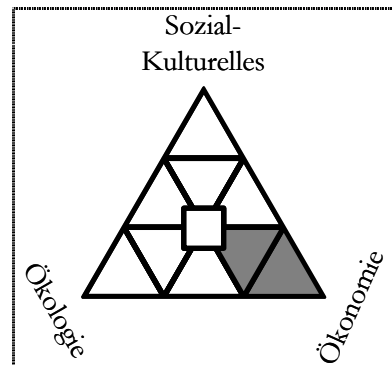
C Wirtschaftskraft stärken

Leitbild: Das marktwirtschaftliche Prinzip hat sich als die effizienteste Wirtschaftsform herauskristallisiert. Dabei geht es um die optimale Zuteilung und Nutzung knapper Ressourcen wie Arbeitskräften, Maschinen, Rohstoffen und Energie. Die Unternehmen produzieren Waren und Dienstleistungen, die zur Bedürfnisbefriedigung und zur Erhaltung bzw. Verbesserung des Lebensstandards beitragen.

Leitziel: Die rheinland-pfälzischen Unternehmen stellen sich dem Wettbewerb auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen hängt auch von den staatlichen Rahmenbedingungen ab, die beständig zu optimieren sind.

Durch eine Integration der ökologisch und sozial relevanten Nachhaltigkeitsziele können sich die Unternehmen auf langfristige Trends wie steigende Ressourcenpreise, Nachfrage nach höherwertigen Gütern und Dienstleistungen sowie den Bedarf an qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorbereiten.

Eine diversifizierte Unternehmensstruktur soll die wirtschaftliche Tätigkeit auch zukünftig auf eine sichere Basis stellen. Der gezielte Ausbau von Schlüsselbranchen stärkt die wirtschaftliche Entwicklung von Rheinland-Pfalz.

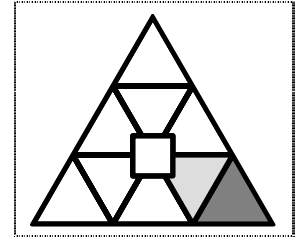


Handlungsfelder: - Wertschöpfung
- Produktive Basis
- Innovation

Handlungsfeld:

C.a Wertschöpfung

Bedeutung: Die Wertschöpfung ist der erwirtschaftete Mehrwert, der zu einer Steigerung des Lebensstandards beiträgt. In einem rohstoffarmen Land mit tendenziell sinkender Bevölkerung und einer international ausgerichteten Volkswirtschaft hängt die zukünftige Wertschöpfung vor allem vom Humankapital und vom Investitionsverhalten der Unternehmen ab.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da die Wertschöpfung vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der weltwirtschaftlichen Einflüsse langfristig zu sichern ist.

Partner: MWVLW

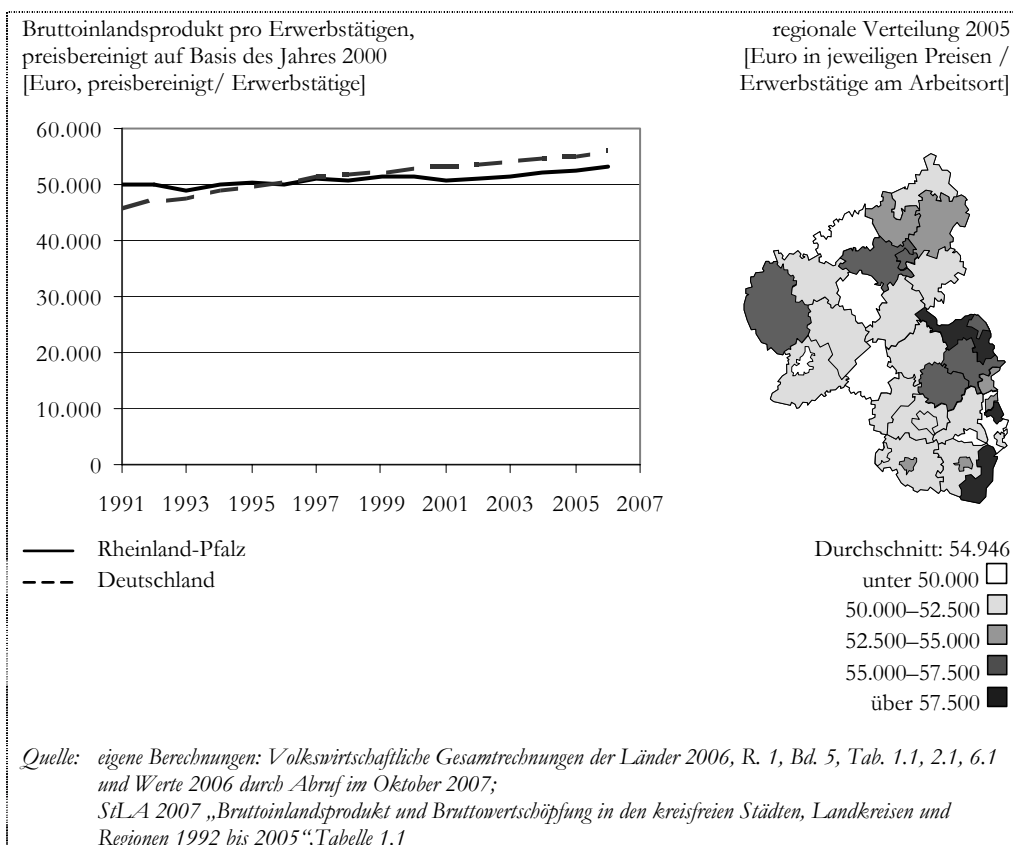
Ziel: Das Wertschöpfungspotenzial ist zu sichern und auszubauen. Dabei sind v. a. die Investitionsfähigkeit und das Fähigkeiten qualifizierter Menschen zu fördern.
Die Modernisierung der Verwaltung soll Unternehmen effektiv entlasten, wozu koordinierte Maßnahmen zu treffen sind.
Die bisher erfolgreiche Konversion militärischer Einrichtungen soll auf hohem Niveau fortgeführt werden, um damit den Strukturwandel gezielt voranzubringen.

Indikator: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen

Referenz: ähnlich: NNS, TA, SH

Beschreibung: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist das umfassende und etablierte Maß für das Produktionsergebnis eines Landes. Es errechnet sich als Summe aller im Inland erzeugten Waren und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen. Der Vergleich des BIP je Erwerbstätigen (Arbeitsort) erlaubt Rückschlüsse auf die Arbeitsproduktivität und damit auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes. Allerdings ist der Indikator kein hinreichendes Maß für Wohlfahrt, da ökologische Auswirkungen und soziale Ungleichheit nicht abgebildet werden.

Verlauf: Die Produktivität steigt stetig, aber mäßig. Im bundesdeutschen Vergleich liegt Rheinland-Pfalz im Mittelfeld. Gegenüber der Darstellung im Dritten Agenda 21-Programm ist das Niveau des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von Deutschland und Rheinland-Pfalz aufgrund einer Revision der Berechnung durch die Statistischen Ämter gestiegen.



Bewertung: Die Produktivität in Rheinland-Pfalz befindet sich auf einem mittleren Niveau. Das mittlerweile etwas höhere Niveau des Bundesdurchschnitts ist v. a. auf den raschen Produktivitätszuwachs in den neuen Ländern und der beiden südlichen Flächenländer von Mitte der 90er bis Anfang des neuen Jahrhunderts zurückzuführen.

Das bereits hohe Produktivitätsniveau in Rheinland-Pfalz wie auch in Deutschland insgesamt ist langfristig ausbaufähig. Hohe Steigerungsraten sind aber nicht zu erwarten, da fortgeschrittene Volkswirtschaften das hohe Niveau beharrlicher ausbauen müssen als aufstrebende Staaten.

Hinzu kommt der ständige Produktivitätsfortschritt durch den technischen Fortschritt.

Städte, insbesondere am Rhein, verfügen über das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätige, was durch wirtschaftsstrukturelle Gründe offensichtlich ist.

Ausblick: In Deutschland besteht in Fachkreisen seit langem die Diskussion, ob das BIP als eigenständiger Indikator im Rahmen einer Nachhaltigkeitsstrategie bestehen bleiben soll. Diese Diskussion wäre in Rheinland-Pfalz auch vor dem Hintergrund, dass das BIP im Konzert mit den anderen Indikatoren wirkt, zu führen. Die Klasseneinteilung der regionalen Verteilung ist zu überarbeiten, um eine trennscharfe und aussagekräftige Verteilung zu erhalten.

Aufgrund des zunehmenden Anteils von Teilzeitbeschäftigten empfehlen die statistischen Ämter die Produktivität pro geleistete Arbeitsstunde statt pro Erwerbstätigen anzugeben. Dies ist bis 2009 zu prüfen.

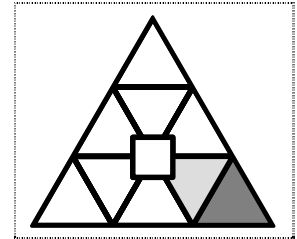
Beispiele und Vorhaben:

<p>Regionales IT-Cluster Kaiserslautern</p> <p>Kaiserslautern entwickelt sich seit mehr als 15 Jahren konsequent zu einem IT-Standort. Die Entwicklung von Arbeitsplätzen findet dabei nicht nur im IT Bereich statt sondern durch den Schwerpunkt IT werden auch Arbeitsplätze in anderen Bereichen generiert, wie z. B. bei Herstellern von Vermessungsgeräten, Herstellern von Wägesystemen oder handelsnahen Dienstleistern sowie im produzierenden Bereich. Sowohl das Konversionsprojekt PRE-Park und PRE-Uni-Park wie auch in die Förderung von angewandten Forschungsinstituten, IT-Unternehmen oder IT-Anwenderunternehmen sind in den letzten 15 Jahren erhebliche Fördermittel des Landes geflossen. Dadurch wurde ein erheblicher Produktivitätsschub - nicht nur in Kaiserslautern - ausgelöst.</p> <p>Partner: MWVLW www.it-kl.de</p>
<p>Konversion Flugplatz Zweibrücken</p> <p>Hier wird ein 4-Säulen-Modell (IT-Dienstleistungsunternehmen, Freizeit, Handel und Flugverkehr) umgesetzt. Das Modell unterstreicht den breiten Entwicklungsansatz für den Flughafen und sein Umfeld – eine kombinierte Nutzung soll zur Auslastung des Flughafens beitragen und die Produktivität der Region erhöhen.</p> <p>Partner: MWVLW www.konversion.com</p>
<p>Commercial Vehicle Cluster</p> <p>Der Commercial Vehicle Cluster (CVC) ist eine gemeinsame Initiative von Wirtschaftsunternehmen und den Ministerien für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau sowie für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz.</p> <p>Der Commercial Vehicle Cluster ist eine Kommunikations- und Kooperationsplattform für die Nutzfahrzeugindustrie. Ziel des Clusters ist die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Entwicklungs- und Produktionsstandorte durch Kommunikation und Kooperation zwischen Herstellern, Zulieferern, wissenschaftlichen Einrichtungen und Politik.</p> <p>Partner: MWVLW, MBWJK www.cv-cluster.de</p>
<p>Clusterstudie zum Forst-Holz-Papier-Sektor</p> <p>Rheinland-Pfalz legte 2005 als eines der ersten Bundesländer die Untersuchung „Die Forst-, Holz und Papierwirtschaft“ über die wirtschaftliche Bedeutung seines Forst-Holz-Papier-Sektors vor.</p> <p>Die Studie zeigt: Auch in Rheinland-Pfalz gehört der Verbund von Forst-, Holz- und Papierindustrie mit 8,3 Milliarden Euro Umsatz zu den Großen. Holz ist der Rohstoff für 8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Das Holz verarbeitende Gewerbe liegt mit 7,3 Milliarden Euro Umsatz auf dem dritten Platz beim verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach Chemie (20,1 Milliarden Euro) und Fahrzeugbau (9 Milliarden Euro).</p> <p>Die Holz verarbeitende Industrie steht bei den Arbeitsplätzen innerhalb des verarbeitenden Gewerbes nach der chemischen Industrie auf Platz zwei.</p> <p>Partner: Landesforsten www.wald-rlp.de</p>
<p>Flughafen Frankfurt-Hahn</p> <p>Durch die Kombination von Flugverkehr und Logistik sowie Wartungs- und Servicearbeiten verbunden mit Maßnahmen zur Förderung des Incoming-Tourismus wurden in den letzten Jahren mehr als 8000 Arbeitsplätze auf dem Flughafen selbst und in der Region geschaffen.</p> <p>Partner: MWVLW</p>

Handlungsfeld:

C.b Produktive Basis

Bedeutung: Anlagen, Maschinen, Bauten und sonstige Sachinvestitionen sind für die Produktion von Gütern und für die Erstellung von Dienstleistungen unerlässlich. Außerdem ist die Investitionstätigkeit ein wichtiger Teil der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der Kapitalstock bildet einen volkswirtschaftlichen Vermögenswert.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land und die Kommunen langfristig die Standortattraktivität für Unternehmen beeinflussen können.

Partner: MWVLW

Ziel: Die Landesregierung wird ihre Anstrengungen zur Modernisierung der Wirtschaft und des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz vor dem Hintergrund der Globalisierung der Märkte und der neuen Technologien fortführen und intensivieren.

Besonders der Mittelstand – einschließlich Handwerk – ist in seiner wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit zu fördern, indem Investitionsbarrieren beseitigt werden. Das Anlagevermögen ist ständig zu modernisieren, um damit Produktivitätssteigerungen zu sichern. Diesem Ziel dient auch die Förderung von Unternehmensgründungen.

Mit der Investitionstätigkeit ist die breite und diversifizierte Unternehmensstruktur zu sichern.

Investitionen, gerade langfristige, sollen neben ökonomischen Aspekten auch stets ökologische und soziale Aspekte mit berücksichtigen, um einen strukturellen Beitrag zum europäischen Leitziel als „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt“ unter Maßgabe der Nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Es geht um antizipative Strukturveränderungen zukünftiger Herausforderungen im Rahmen internationaler Arbeitsteilung und Ressourcenverfügbarkeiten.

Indikator Bruttoinvestitionsquote

Referenz: NNS (ähnlich: TA)

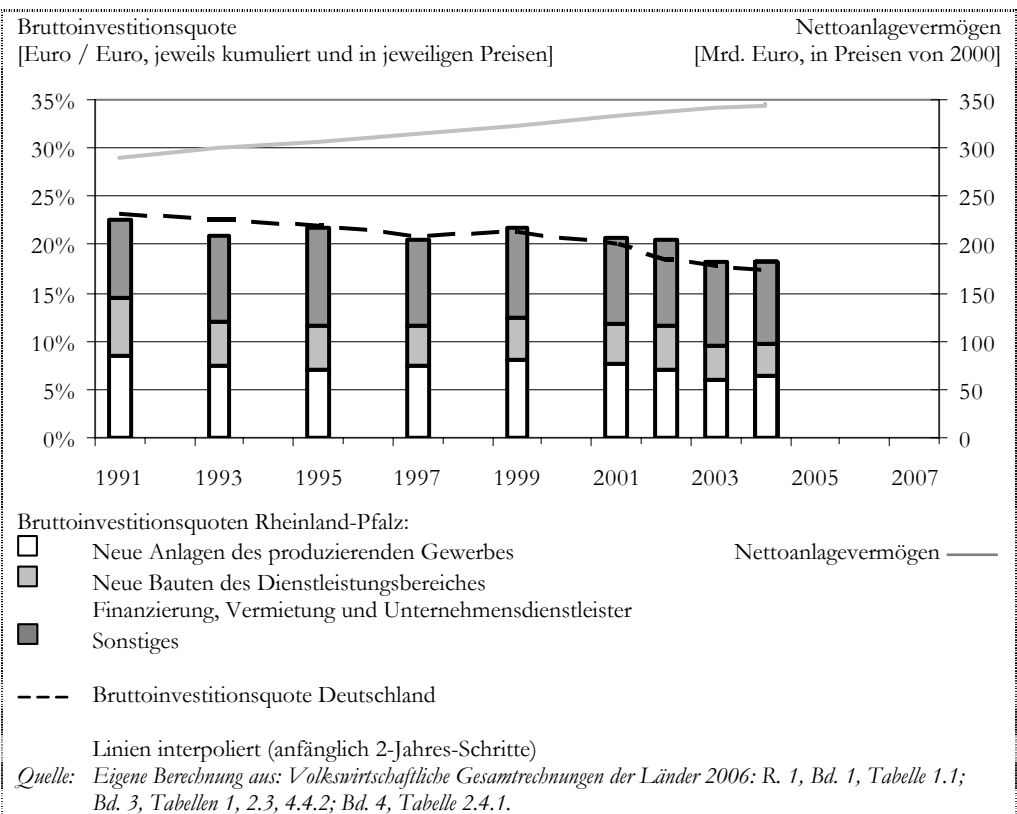
Beschreibung: Investitionen tragen zur Sicherung des Wohlstandes bei. Die Bruttoanlageinvestitionen, die die Summe der Investitionen in neue Anlagen sowie den Saldo aus dem Kauf und Verkauf von gebrauchten Anlagen darstellen, sind ein wichtiger Bestandteil des Bruttoinlandsprodukts. Als Anlagen gelten Bauten, Ausrüstungen, immaterielle Anlagen wie z. B. Rechte und Software, die länger als ein Jahr wiederholt oder dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden.

Ein wichtiger wirtschaftlicher Indikator ist die Bruttoinvestitionsquote als Verhältnis der Bruttoinvestitionen zum Bruttoinlandsprodukt. Damit wird abgebildet, welcher Anteil der volkswirtschaftlich geschöpften Werte wieder investiert wird.

Das ergänzend angegebene Nettoanlagevermögen ergibt sich aus der Summe des bestehenden Anlagevermögens abzüglich der Wertverluste (Abschreibungen). Im nachfolgenden Diagramm wird das Nettoanlagevermögen in festen Preisen eines Bezugsjahres dargestellt, um den Aufbau des Vermögens im zeitlichen Ablauf vergleichen zu können.

Verlauf: Die Bruttoanlageinvestitionen des produzierenden Gewerbes tragen etwas mehr als ein Viertel zu den gesamten Bruttoanlageinvestitionen bei. Auf den Dienstleistungssektor entfallen durch die erstellten Bauten sogar ein Drittel der gesamten Bruttoanlageinvestitionen. Die Bruttoinvestitionsquote von Rheinland-Pfalz liegt seit 1991 auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts und seit 1999 sogar etwas darüber. Diese Entwicklung setzt sich seit dem letzten Agenda 21-Programm bis 2004 fort.

Das Nettoanlagevermögen steigt kontinuierlich an. Das produzierende Gewerbe macht ca. ein Zehntel des Vermögens aus, das aber in absoluten Zahlen annähernd konstant bleibt (ca. 60 % Ausrüstungen und sonstige Anlagen; ca. 40 % Bauten).



Bewertung: Die Bruttoanlageinvestitionen pro Bruttoinlandsprodukt bewegten sich bis etwa 2002 auf einem konstant hohen Niveau und nahmen dann während der vergangenen Jahre wie im Bundesdurchschnitt etwas ab. Die Steigerung des Nettoanlagevermögens ist positiv zu werten, da hiermit langfristig der Kapitalstock erweitert wird. Dieser Kapitalstock ist eine Voraussetzung für Einkommen und Beschäftigung in der Zukunft. Daher ist ein Absinken der Investitionen in Anlagen zu verhindern.

Ausblick: Zur besseren Darstellbarkeit des Indikators ist die Entfernung der sekundären Angabe „Nettoanlagevermögen“ und/oder eine andere Darstellung zu prüfen.

Beispiele und Vorhaben:

Industrie- und Gewerbeparkkonzepte

In diesem Handlungsfeld scheint auf, dass sich die Industrie- und Gewerbeparkkonzepte auszahlen. Gefördert wurden Investitionen in

- PRE-Park Kaiserslautern (Investitionen in Bauten und Einrichtungen von Dienstleistungs- und produzierenden Unternehmen)
- Industrie- und Gewerbeparks in der Region Trier, Kaiserslautern und Westrich
- Flughäfen Frankfurt-Hahn und Zweibrücken sowie
- Logistikvorhaben entlang des Rheins (Worms, Bingen und Koblenz)

Durch die Unterstützung von Clusterstrukturen durch konsequente Vernetzung lassen sich Investitionen systematischer generieren.

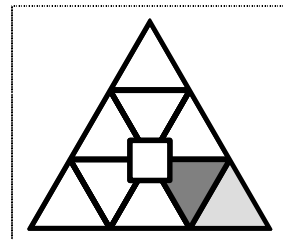
Partner: MWVLW

Handlungsfeld:

C.c Innovation

Bedeutung: Die zukünftige Wirtschaftskraft hängt wesentlich von der Innovationsintensität ab. Damit ist primär die Einführung neuer Technologien gemeint, die zukunftsweisend sind und/oder die Wettbewerbsposition rheinland-pfälzischer Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärken. Voraussetzung für technischen Fortschritt sind Forschung und Innovation.

Als Beispiel kann hier die Biotechnologie genannt werden, die gemäß Agenda 21, Artikel 16 einen hohen Stellenwert für Lebensmittel, Medikamente und integrierten Umweltschutz hat. Biotechnologien weisen häufig eine bessere Ökoeffizienz auf.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land durch Förderschwerpunkte, wissenschaftliche Einrichtungen und Standortpolitik auf die zukunftsweisenden Bereiche hinwirken kann.

Partner: ISB, MWVLW, MBWJK

Ziel: Das Land wird die Bereitstellung von Finanzkapital durch geeignete Finanzierungsinstrumente unterstützen. Dadurch können die Kreditlücken im Mittelstand verringert sowie innovative Vorhaben, u. a. in ausgewählten Schlüsseltechnologien, unterstützt werden.

Forschung und Entwicklung (FuE) sind ein zentraler Motor und geben einen Innovationsschub für eine umweltgerechte wirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz. Insbesondere werden Schlüssel- und Zukunftstechnologien gefördert, in denen das Land günstige Voraussetzungen für den weiteren Auf- und Ausbau bestehender Ansätze sieht. Zudem gilt es zu prüfen, in welchen Technologiebereichen die notwendigen Potenziale für die Etablierung nachhaltigkeitsorientierter Netzwerk und Cluster bestehen. Ausgebaut werden die spezifischen Stärken insbesondere in der Informations- und Kommunikationstechnologie, in der Verfahrenstechnik, der Materialforschung, den Optischen Technologien sowie der Biotechnologie und der Medizintechnik. Das Land wägt die Chancen und Risiken besonders sensibler Entwicklungen und Forschungsgebiete (u. a. Gentechnik, Humangenetik und Nanotechnologie) ab. Die Energie- und Umwelttechnik als Schlüsselbranchen einer Nachhaltigen Entwicklung erfahren weiterhin die nötige Aufmerksamkeit

Der Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz ist, auch im internationalen Vergleich, durch stetige Verbesserung der Grundausstattung der Hochschulen, Profilbildung und Spitzenförderung der Hochschulen weiter zu stärken. Das rheinland-pfälzische Forschungsprofil soll auch zukünftig über eine breite Basisförderung verfügen und weiterhin gezielt zukunftsorientierte und innovative Forschungsgebiete unterstützen. Dafür wird an den vier Universitäten, sieben Fachhochschulen sowie zwei Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft und zwei Instituten der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) sowie einem weiteren Teilinstitut der MPG zukunftsweisende Forschung betrieben. Weitere Forschungseinrichtungen betreiben anwendungsorientierte Forschung und setzen einen Schwerpunkt auch auf den Bereich des Technologietransfers.

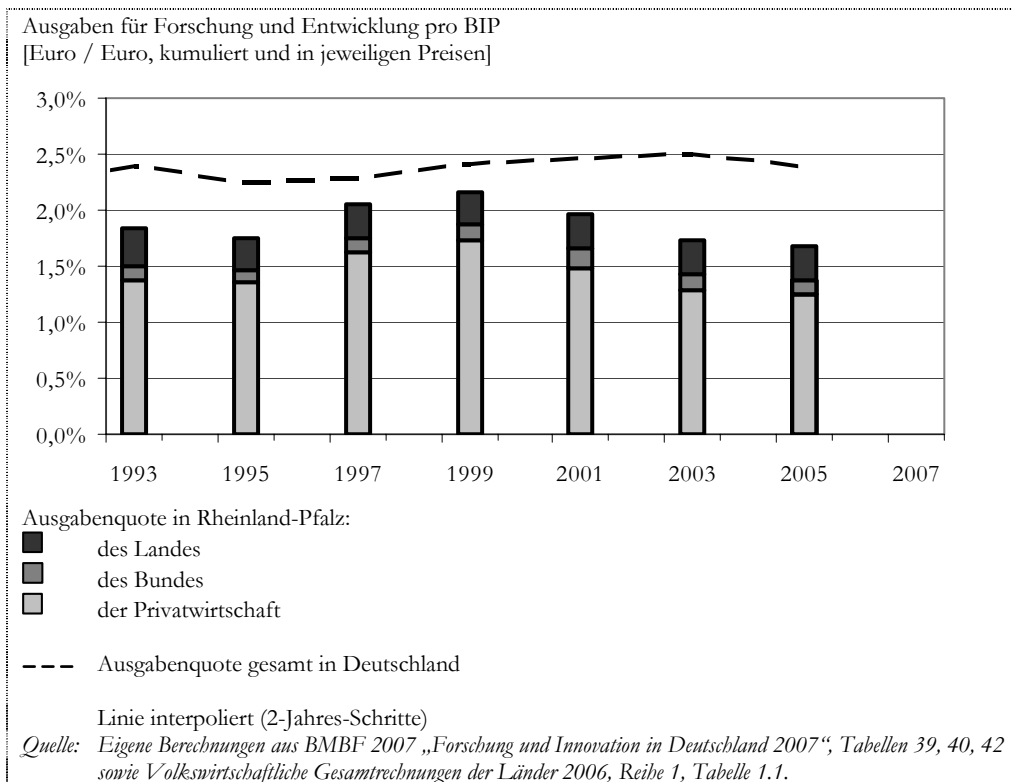
Innovation soll auch die Herausforderungen des demografischen Wandels gestalten helfen, indem entsprechende Waren-, Dienst- und Versorgungsangebote entwickelt und gefördert werden, die insbesondere älteren Menschen, jungen Familien mit Kindern und dem ländlichen Raum zugute kommen.

Indikator: Ausgabenquote für Forschung und Entwicklung

Referenz: NNS, SH (ähnlich: TA)

Beschreibung: Forschung und Entwicklung (FuE) bringen betriebliche Kompetenzen, Patente, Technologien etc. hervor. Diese Innovationen können der rheinland-pfälzischen Volkswirtschaft einen Wettbewerbsvorteil im (inter-)nationalen Wettbewerb verschaffen. Besonders spielen ressourceneffiziente Innovationen eine Schlüsselrolle für die Nachhaltige Entwicklung.
Die Ausgaben für FuE pro Bruttoinlandsprodukt messen den Investitionsanteil für Forschung und Entwicklung. Die Ausgaben sind nach Wirtschaft und öffentlichem Sektor zu unterscheiden.

Verlauf: Die Ausgaben für FuE stiegen von 1993 bis 1999, dann nahmen die Ausgaben der Privatwirtschaft leicht ab. Das Niveau der gesamten Ausgaben in Deutschland liegt mehr als 0,78 %-Punkte über der rheinland-pfälzischen Quote.



Bewertung: Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, dass 3 % des BIP bis zum Jahr 2010 in Forschung und Entwicklung fließen sollen. Gemessen hieran können die FuE-Ausgaben in Rheinland-Pfalz noch gesteigert werden.

Es sind jedoch neuere statistische Daten abzuwarten, um eine abschließende Bewertung vornehmen zu können. Möglicherweise hat die Investitionszurückhaltung deutscher Unternehmen in den letzten Jahren zu einer nur geringen Entwicklung der FuE-Ausgaben geführt. Für die Zukunft ist den Innovationen die nötige Bedeutung zuzuweisen. So haben Bund und Länder 2005 einen Pakt für Forschung und Innovation geschlossen, der festlegt, dass die Forschungsorganisationen in den kommenden 5 Jahren ihr Budget um mindestens 3 % steigern können. Die Länder finanzieren hierbei etwa 50 % der Mittel mit Ausnahme der Förderung der Fraunhofergesellschaft und der Helmholtzgesellschaft, die vorrangig vom Bund finanziert wird.

Ausblick: Der Indikator hat eine gute Datenbasis, allerdings ist die Möglichkeit eines geeigneten Vergleichs (etwa nur die westdeutschen Flächenländer) zu prüfen. Weiterhin ist zu prüfen, inwiefern die Daten nach nachhaltigkeitsrelevanten Innovationen (u. a. höherwertige Technik, Spitzentechnik, Umwelttechnik) differenziert werden können.

www.img-rjp.de
www.isb.rjp.de

Beispiele und Vorhaben:

Förderung des Wissenschaftsstandorts durch die Landesregierung:

Um den Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren weiter auszubauen und in seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen, hat das Land 2005 das Hochschulprogramm „Wissen schafft Zukunft“ gestartet und stellte damit seinen Hochschulen und Forschungseinrichtungen jährlich 25 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. 2006 wurde beschlossen, die Förderung bis 2011 zu verlängern und von jährlich 25 Millionen Euro auf 37,5 Millionen Euro zu erhöhen. Das Hochschulprogramm „Wissen schafft Zukunft“ fördert u. a. die Profilbildungen, Spitzenleistungen sowie Nachwuchswissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Darüber hinaus gibt es im Programm „Neue Technologien, Umwelt und Förderung der interdisziplinären Forschung“ Fördermöglichkeiten für Hochschulen in Rheinland-Pfalz.

Partner: MBWJK

Transferstellen:

Das Land unterstützt den Technologietransfer mit entsprechenden Einrichtungen:

- Kompetenzzentrum Brennstoffzellen
- FH Trier, Umweltcampus Birkenfeld
- FH Bingen

Partner: ISB, MWVLW, MBWJK

Oberrhingraben, Referenzregion für Geothermie:

Nirgendwo in Deutschland sind die geologischen Gegebenheiten für eine Erdwärmenutzung zur Stromerzeugung so gut geeignet wie im Oberrhingraben. Es könnte der 1.000-fache Jahresstromverbrauch von Rheinland-Pfalz gewonnen werden. Weitere Standortvorteile seien die große Zahl potentieller Abnehmer auf Grund der hohen Bevölkerungsdichte und vorhandener Industrie.

Ziel ist es, die Geothermie in Deutschland zur Wettbewerbsreife und zur Wirtschaftlichkeit zu entwickeln. Zu diesem Zweck soll Rheinland-Pfalz eine Vorreiterfunktion übernehmen, um in den Bereichen Standortfindung, Energiegewinnung und Anlagenbetrieb Technologiekompetenz im Lande anzusiedeln, zu bündeln und zu vernetzen. Es sollen die Chancen, die diese Technologien im Hinblick auf regionale Wertschöpfung und Schaffung neuer Arbeitsplätze bieten, umfassend genutzt werden und somit einen beträchtlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

www.geothermie.de

Nachhaltigkeitsbereich:

D Leistungsfähige Gesellschaft ausbauen

Leitbild:

Die sozial-ökonomischen Aspekte der Nachhaltigen Entwicklung betreffen die klassischen Bereiche der Wohlfahrt einer Gesellschaft. Diese umfassen das Potenzial und den Einsatz der Menschen, der Unternehmen und der Politik für die gemeinsame Aufgabe: eine Gesellschaft sichern und ausbauen, in der die Handlungsmöglichkeiten sinnvoll und gerecht genutzt werden.

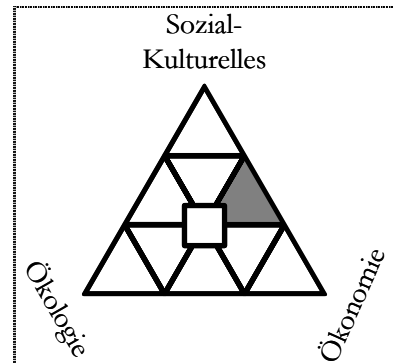
Leitziel:

Jeder Akteur setzt sich mit seinen Fähigkeiten dafür ein, die dauerhafte Leistungsfähigkeit in Erwerb, Beruf und staatlichem Handeln zu sichern. Dies bedeutet, berufliche Kompetenzen zu entwickeln und einzubringen sowie den späteren Generationen keine übermäßigen und langfristig unproduktiven Schulden aufzubürden.

Die Integration benachteiligter Menschen in den Arbeitsmarkt sowie eine familienfreundliche, generationen- und geschlechtergerechte Struktur nehmen eine zentrale Rolle für die ökonomische und soziale Entwicklung ein.

Handlungsfelder:

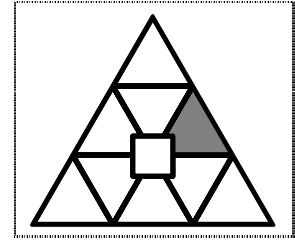
- Bildung und Qualifizierung
- Erwerbstätigkeit und Einkommen
- Handlungsfähigkeit des Staates



Handlungsfeld:

D.a Bildung und Qualifizierung

Bedeutung: Bildung zielt auf die persönliche Entfaltung des Menschen verbunden mit der Ermöglichung und Beauftragung zur Mitgestaltung der Gesellschaft. Als solche ist Bildung eine Investition in den Menschen. Sie bildet ein wichtiges Grundelement Nachhaltiger Entwicklung, indem auch die soziale und kulturelle Teilhabe gesichert wird. Für den Bereich der beruflichen Qualifizierung wird durch Bildung die Fähigkeit des Einzelnen zur beruflichen Teilhabe gesichert. Der internationale Wettbewerb, die sich kontinuierlich verändernden und steigenden Anforderungen an die Erwerbstätigen sowie der demografische Wandel erfordern zunehmend qualifizierte Fach- und Führungskräfte.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da Bildung eine ständige Grundaufgabe in der Verantwortung des Landes ist.

Partner: MBWJK, MWVLW, MASGFF, VHS, Wirtschaft, Schulen, Bildungsträger, Gewerkschaften

Ziel: Die Landesregierung wird in Zukunft den Schul- und den Hochschulbereich weiter intensiv fördern. Im Hochschulbereich umfasst diese Förderung die Stärkung der Eigenverantwortung, der internationalen Mobilität sowie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Wissenschaft und Forschung auf allen Ebenen. Wegen der besonderen Bedeutung der höheren Qualifizierung für die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft muss die Zahl der Absolventinnen und Absolventen in technisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen deutlich erhöht werden. Dies gilt v. a. für den Anteil junger Frauen, da diese hier deutlich unterrepräsentiert sind. Das Hochschulstudium soll unabhängig vom Einkommen möglich sein und bleiben. Die Qualifizierung der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen ist auch weiterhin zu steigern. Insbesondere hat die Landesregierung das Ziel gesetzt, den Frauenanteil in zukunftsorientierten Berufen bis 2010 zu steigern. Schule soll die jungen Menschen bei der Entwicklung ihrer Potenziale unterstützen. Der Unterricht strebt hierfür die soziale, fachliche, methodische und personale Kompetenzentwicklung gleichermaßen an. Die Sicherung der Unterrichtsversorgung auf hohem Niveau ist und bleibt hierbei eine wichtige Aufgabe der Schulpolitik. Ganztagschulen in Angebotsform werden fortgeführt und weiter ausgebaut. Die stetige Bildung und Weiterbildung von Lehrkräften sowie eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung an Schulen sind essenzielle Ziele, die durch Schulevaluationen in regelmäßigen Abständen und Rückmeldungen an die Schulen auch weiterhin intensiv verfolgt werden. Gute Schule fördert insbesondere auch gezielt die Leistungsschwächeren sowie die Leistungsstarken. Um eine volle Chancengleichheit zu erreichen, müssen die Bildungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund durch gezielte Fördermaßnahmen bereits in den ersten Lebensjahren verbessert werden. Maßnahmen der beruflichen Qualifizierung – sei es in Form der Erstausbildung, der kontinuierlichen Weiterqualifizierung, einer Fortbildung oder Umschulung oder in Form berufspraktischer Erfahrungen und theoretischer Qualifizierungselemente – sind Elemente der rheinland-pfälzischen Arbeitsmarktpolitik. Bei diesen Bestandteilen geht es darum, Jugendliche zu qualifizieren und ihnen damit beste Chancen für ihre Zukunft einzuräumen, Arbeitslosigkeit zu vermeiden und zu bekämpfen sowie arbeitslose Menschen wieder ins Erwerbsleben einzugliedern. Die berufliche Qualifizierung arbeitsloser Menschen zur Verbesserung ihrer Chancen auf Teilhabe am Arbeitsmarkt ist ein wichtiger Schwerpunkt. Zukunftsfähige Qualifizierungsstrategien und die Unterstützung an Übergängen und Statuspassagen (z. B. Schule-Ausbildung-Beruf, Arbeitslosigkeit-Erwerbsleben) sind unerlässliche Bestandteile zur Verbesserung der Chancen arbeitsloser Menschen auf Teilhabe am Arbeitsmarkt. Ebenso ist die begleitende Elternarbeit oder die Bereitstellung perspektivvoller Beschäftigungs- und Arbeitsgelegenheiten essenziell für die Teilhabe.

Indikator 1: Bildungsabschlüsse 25-Jähriger

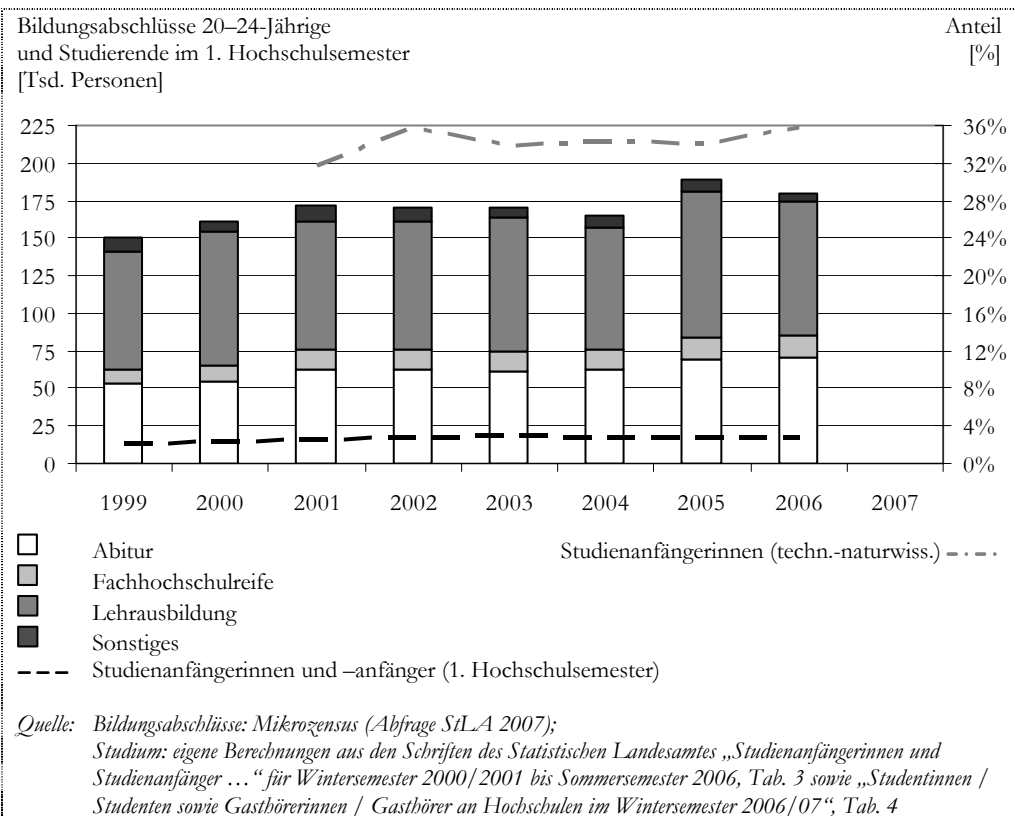
Referenz: NNS (ähnlich: SH, TA, LA21)

Beschreibung: Qualifizierte Fachkräfte sind eine wichtige Ressource der deutschen wie auch der rheinland-pfälzischen Volkswirtschaft: Durch ein allgemein höheres Bildungsniveau tragen Erwerbstätige den neuen volkswirtschaftlichen Anforderungen Rechnung. Dabei erhöhen frühzeitige Bildungsabschlüsse die Effizienz und Attraktivität des Bildungssystems. Gerade der erste Schulabschluss ist eine wichtige Bedingung für Arbeitsmarkt und Lebensgestaltung.

Gemessen wird der jeweils höchste Bildungsabschluss der unter 25-Jährigen um die effiziente Erreichung eines hohen Bildungsniveaus darzustellen. Die Studienanfängerinnen (Anteil in technisch-naturwissenschaftlichen Studiengängen ist gesondert ausgewiesen) und Studienanfänger im 1. Hochschulsemester bilden die Entscheidung für ein Hochschulstudium ab.

Verlauf: Durch methodische Umstellungen in der Statistik ist hier der Verlauf erst ab 1999 möglich: Etwa ein Drittel aller 20- bis unter 25-Jährigen haben das Abitur. Dieser Anteil erhöhte sich seit 1996 und der Trend setzt sich im betrachteten Zeitraum nach dem Dritten Agenda 21-Programm fort. Der Anteil der jungen Erwachsenen mit Lehrausbildung sank im Gegenzug nur leicht. Die Zahl der Menschen, die ein Studium in Rheinland-Pfalz beginnen, liegt seit einigen Jahren auf einem etwa gleich hohen Niveau und betrug im Jahr 2005 fast etwa 17.500.

In den naturwissenschaftlichen und technischen Studiengängen beträgt der Anteil der Frauen unter den Studierenden im 1. Hochschulsemester ca. ein Drittel, was auch die neuesten Daten fortschreiben.



Bewertung: Die Qualifizierung der Absolventinnen und Absolventen liegt in Rheinland-Pfalz auf einem guten Niveau, das aber noch ausbaufähig ist, zumal in Zukunft ein großer Bedarf an Fachkräften existieren wird. Bildungsferne Schichten sind auf den höheren Qualifikationsstufen noch immer weit unterrepräsentiert und deshalb zu aktivieren. Ferner hat die Landesregierung das Ziel gesetzt, den Anteil der Menschen ohne Studium oder Ausbildung auf 8 %, bis 2020 gar auf 4 % zu reduzieren.

Mädchen und junge Frauen sind im Ausbildungsbereich unterrepräsentiert. Auffällig ist auch, dass Mädchen sich bis heute überproportional häufig für so genannte „weibliche“ Berufsfelder und kaum für neue Berufe, z. B. im Informationstechnik-Bereich, entscheiden. Jedoch ist die Berufswahl der Jungen ebenfalls einseitig geprägt; die Mehrzahl der Jungen entscheidet sich auch heute noch für „männliche“ Berufsfelder.

Ausblick: Bei der Interpretation des Indikators ist zu beachten, dass der Indikator die Wirkung von Maßnahmen und anderen Einflüssen zuweilen nur träge abbildet, da es sich hier um mittel- und langfristige Entwicklungen handelt und da insbesondere die Bildungsabschlüsse von fünf Jahrgängen zusammengefasst sind.

Indikator 2: Bildungsausgabenquote

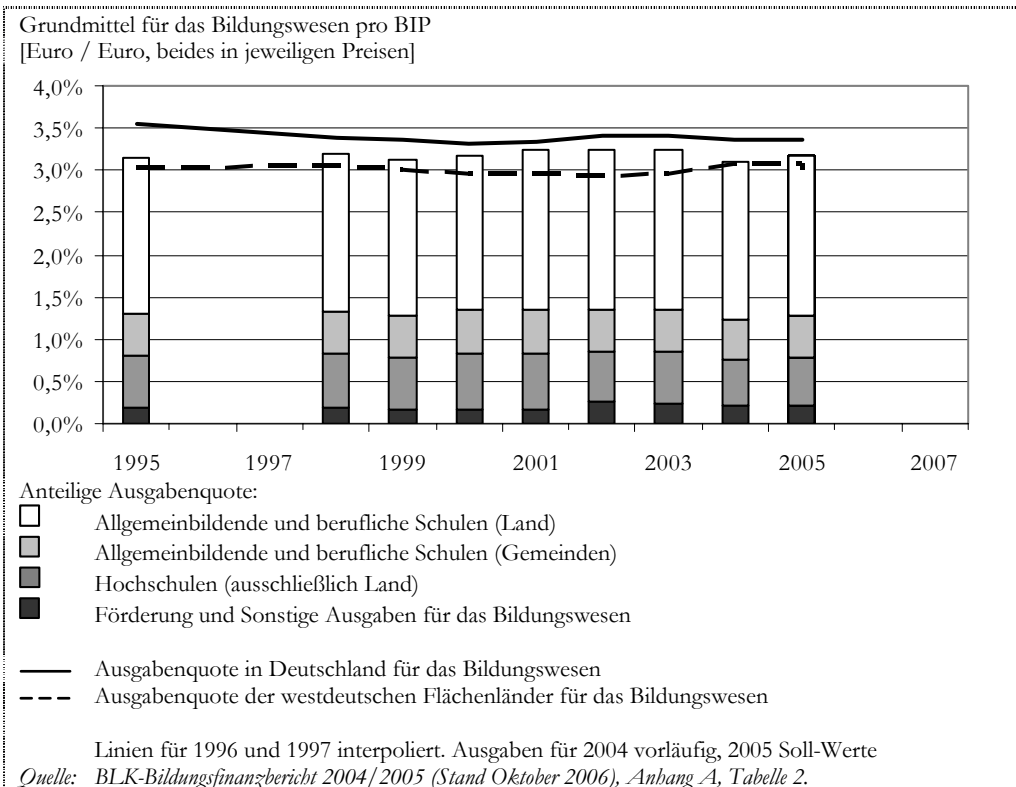
Referenz: –

Beschreibung: Die Bildung ist wesentliches Element der individuellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Bildungsausgabenquote misst, wie viel die Öffentliche Hand bezogen auf das BIP in das Bildungswesen (Schlüssel VÖ 10 0 1) investiert. Darin sind die Kategorien „Ausgaben für Allgemeinbildende und berufliche Schulen“ (VÖ 11 0 0), „Ausgaben für Hochschulen“ (VÖ 13 0 0), die „Förderung des Bildungswesens“ (VÖ 14 0 0) sowie „Sonstiges Bildungswesen“ (VÖ 15 0 0) enthalten.

Verlauf: Die Bildungsausgabenquote ist von 1995 bis 2002 konstant geblieben und lag über der Quote der westdeutschen Flächenländer, aber noch unterhalb des Bundesdurchschnitts. Das Land weist unter allen Geldgebern den höchsten Anteil an den Ausgaben für das Bildungswesen, v. a. für die Allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, auf.

Das Gesamtbild ist auch für die neuesten verfügbaren Jahre 2003 bis 2005 ähnlich.



Bewertung: Die für Bildung bereitgestellten Grundmittel bewegen sich im Vergleich zu anderen westdeutschen Flächenländern und auch zu Deutschland auf einem ordentlichen Niveau.

Durch ambitionierte Programme wie „Wissen schafft Zukunft“, das Ausbauprogramm „Ganztagsschule“ und das Programm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ wird eine weitere Qualitätsentwicklung im Hochschulbereich, sowie im schulischen und frühkindlichen Bereich unterstützt. Die Auswirkungen dieser schulpolitischen Weichenstellung sind erst in den nächsten Jahren zu bewerten.

Wegen der demografischen Entwicklung wird die Zahl der Schülerinnen und Schülern zukünftig sinken. Die Qualifikationsanforderungen werden jedoch steigen, sodass ein Sinken der Bildungsausgabenquote nicht zu rechtfertigen wäre.

Ausblick: Bisher liegen keine Punkte zur methodischen Weiterentwicklung vor.

Beispiele und Vorhaben:

Facharbeitermangel in Handwerk und Mittelstand (Feb. 2002 bis Dez. 2004):

Durch das Angebot zum Erwerb kostenloser Zusatzqualifikationen konnten Menschen, die von der Arbeitslosigkeit bedroht sind, in den Beruf zurückkehren möchten oder älter sind, sich den aktuellen Bedürfnissen ihrer Betriebe anpassen. Mit dieser Maßnahme wirkt das Projekt dem Facharbeitermangel im Handwerk entgegen und trägt damit zur Sicherung des Arbeitsmarktes in Rheinland-Pfalz bei.

Partner: HWK Trier, UWZ

www.umweltzentrum-trier.de

Arbeitsgemeinschaften Naturwissenschaften und Technik (seit 2002; weiterführend):

Die „Arbeitsgemeinschaft Naturwissenschaften und Technik“ ist eine Sammlung von rund 200 Arbeitsblättern mit Schülerexperimenten in den Fächern Chemie, Biologie und Physik/Technik, die im Internet als Download abrufbar sind. Die Experimentsammlung richtet sich an Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 10 an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Neben einem besseren Verständnis für Naturwissenschaften sollen die Arbeitsgemeinschaften dazu beitragen, die Akzeptanz von Naturwissenschaften bei Kindern und Jugendlichen zu erhöhen.

Partner: BASF, VCI, Schulen

www.chemie-rp.de

Lehrerwochenendseminare (seit 2000):

Mit den Lehrerwochenendseminaren schaffen die Chemieverbände Rheinland-Pfalz eine Dialog- und Lehrerplattform, auf der Lehrerinnen und Lehrer den Kontakt mit der Industrie, den Verbänden und untereinander intensivieren können. Es werden Betriebsbesichtigungen organisiert und in vier Infoforen über aktuelle Chemiethemata und Berufsperspektiven in der Chemiebranche informiert.

Partner: Chemieverbände RLP

www.chemie-rp.de

Wissen schafft Zukunft:

Das Land stellt seinen Hochschulen und Forschungseinrichtungen von 2005 bis 2009 insgesamt 125 Millionen Euro zur Verfügung. Damit soll der Wissenschaftsstandort in den nächsten Jahren weiter ausgebaut und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit unterstützt werden. Das Hochschulprogramm „Wissen schafft Zukunft“ fördert u. a. die Profilbildung, Spitzenleistungen sowie Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler.

Ziele sind:

- Grundausstattung der Hochschulen verbessern
- Studienplatzangebot qualitativ und quantitativ verbessern
- Studiengänge reformieren
- Studienzeiten verkürzen
- duale Studiengänge an Fachhochschulen
- Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchs ausbauen (Kinder-Uni, Schnupper- und Ferienkurse für Schülerinnen und Schüler)

Darüber hinaus gibt es im Programm „Neue Technologien, Umwelt und Förderung der interdisziplinären Forschung“ Fördermöglichkeiten für Hochschulen in Rheinland-Pfalz.

Partner: MBWJK

Ganztagsschule in Rheinland-Pfalz:

Die Landesregierung hat sich zu einem bundesweit einmaligen Ausbauprogramm für die Ganztagsschulen entschlossen, das Bildungssituationen junger Menschen verbessert. Dies belegen die bisher durchgeführten wissenschaftlichen Untersuchungen, u. a. auch die drei Studien der POLIS-Instituts: Eltern melden zurück, dass die Ganztagsschule Schülerinnen und Schüler beim Lernen unterstützt, Hausaufgabenhilfen sehr nützlich sind und Kinder und Jugendliche individueller gefördert werden können. Familienerziehung und Berufstätigkeit können besser vereinbart werden, der Erziehungsauftrag der Eltern wird gestärkt. Die Forschungsergebnisse der POLIS-Studien wurden von der bundesweit angelegten Studie zur Entwicklung von Ganztagsschulen (StEG) im Wesentlichen bestätigt. Die entsprechenden Ergebnisse sind darauf zurückzuführen, dass das schulische Konzept in Rheinland-Pfalz sehr stark an Lerninhalten, an Üben, Vertiefen, Wiederholen und an projektorientiertem Arbeiten ausgerichtet ist.

Auch Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sind vom Ganztagsschulangebot überzeugt. Die Zufriedenheit wird insbesondere darauf zurückgeführt, dass Lehrkräfte intensive Unterstützung in der Lernzeit und im Förderbereich geben und bei Auswahl und Gestaltung der pädagogischen Angebote Interessen und Bedürfnisse sehr viel mehr als in der Halbtagschule üblich berücksichtigen.

Im Zuge des Ausbaus der Ganztagsschulen soll eine weitere Möglichkeit geschaffen werden, das Abitur nach 12 Jahren zu erreichen (G8GTS).

Partner: MBWJK

www.ganztagsschule.rlp.de

10-Punkte-Programm „Medienkompetenz macht Schule“ (ab 2007):

Aufgrund der technologischen, jugend-, arbeitsmarktpolitischen, gesellschafts- und bildungspolitischen Veränderungen kommt der Förderung von Medienkompetenz eine entscheidende Bedeutung zu. Sie ist insbesondere auch unabdingbare Voraussetzung beruflicher Perspektiven in sämtlichen Bereichen der Arbeitswelt und die Grundlage politischer Partizipation. In einer Zeit des sich zunehmend dynamisch entwickelnden Wissens ist Medienkompetenz die entscheidende Grundlage lebenslangen Lernens.

Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung ein 10-Punkte-Programm entwickelt, das auf eine dauerhafte Förderung der Medienkompetenz in allen Bevölkerungsschichten zielt und sich besonders an Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte wendet:

1. Unterrichtsqualität mit neuen medialen Lerninhalten und -methoden erhöhen
2. Zukunftsorientiert Lehrerfort- und -weiterbildung stärken
3. Jugendmedienschutz an Schulen ausbauen
4. Eltern intensiv einbinden
5. Technische Infrastruktur für Medienkompetenz ausbauen
6. Das zentrale Bildungsportal weiterentwickeln
7. Hochwertige Bildungssoftware und Medien bereitstellen
8. Die Breitbandanbindung der Schulen vorantreiben
9. Partner gewinnen und gemeinsame Projekte initiieren
10. Das Landesmedienzentrum und die Medienkompetenznetzwerke weiterentwickeln und einbeziehen

Mit einem Finanzvolumen von jährlich rund 2,5 Millionen Euro für die Jahre 2007 bis 2010 können bis zu 200 Schulen in das Projekt eingebunden, zusätzliche Erkenntnisse gewonnen und wiederholte Impulse für weitere Vorhaben gegeben werden. Die operative Umsetzung erfolgt mit Beginn des Schuljahres 2007/2008.

Partner: StK, MBWJK, ISM, LMZ, LMK

Qualitätssicherung an Schulen

Die AQS (Agentur für Qualitätssicherung, Evaluation und Selbstständigkeit von Schulen) strebt in Kooperation mit den Schulen einen gemeinsamen Prozess zur Optimierung schulischer Qualität an, in dem sie die Schule während eines Zeitraumes von mehreren Monaten begleitet. Die AQS betrachtet die Schule als System und berücksichtigt daher die unterschiedlichen Perspektiven der Angehörigen der Schulgemeinschaft. Sie strebt ein Bild der Schule an, das die Unterrichtskultur und die Kultur des Schullebens in ihrer Gesamtheit beschreibt.

Die gemeinsame Arbeitsgrundlage zur Beschreibung und Entwicklung unterrichtlicher und schulischer Qualität ist der Orientierungsrahmen Schulqualität, der das Bezugssystem für die Rückmeldungen im Bericht und die sich anschließenden Zielvereinbarungen bildet und allen Schulen zur Verfügung steht.

Die zunehmende Selbstständigkeit von Schulen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit externer Evaluation. Die AQS hat sich zum Ziel gesetzt, Schulen bei diesem Prozess zu unterstützen.

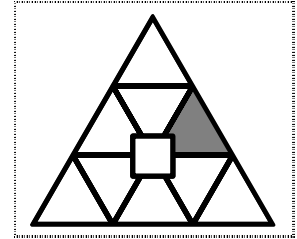
Partner: MBWJK

www.aqs.rlp.de

Handlungsfeld:

D.b Erwerbstätigkeit und Einkommen

Bedeutung: Erwerbstätigkeit ist eine zentrale Voraussetzung für Wertschöpfung und für eine positive wirtschaftliche und regionale Entwicklung; gleichzeitig bestimmt sie die beruflichen und persönlichen Perspektiven der Bürgerinnen und Bürger und ist somit entscheidend für ein selbstbestimmtes Handeln der Individuen. Der eigenständige Erwerb des Lebensunterhalts sichert die Existenz und ermöglicht Entwicklung und Entfaltung. Aber auch die Wirtschaft, Gesellschaft und die sozialen Sicherungssysteme sind auf den produktiven Einsatz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen.



Die Integration in den Arbeitsmarkt ist außerdem ein bedeutendes Instrument zur Umsetzung sozialpolitischer Ziele. Insbesondere bei Frauen, gerade mit kleinen Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen, älteren oder schwerbehinderten Menschen, Migrantinnen und Migranten besteht derzeit ein großes Potenzial wie auch die Notwendigkeit für eine angemessene Einbindung in die Arbeitswelt. Die demografische Entwicklung wird den Bedarf an Erwerbspersonen über die jetzige Situation hinaus verstärken.

Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da neben vielen anderen Politikfeldern (Wirtschafts-, Förder- und Standortpolitik, Familien- und Jugendpolitik usw.) vor allem auch die Sozialpolitik und die Arbeitsmarktpolitik mit ihren Partnern in Gesellschaft und Wirtschaft durch Projekte und Initiativen einen wichtigen Beitrag hierzu leisten können.

Partner: MWVLW, MASGFF, MBWJK, FM, LZG, LSJV, LIGA, Gewerkschaften, Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, Kommunen, Arbeitsgemeinschaften nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch, Agenturen für Arbeit, Bildungsträger, Kirchen

Ziel: Arbeit und Ausbildung sind durch Innovation, wirtschaftliches Wachstum und dauerhafte Entwicklung zu schaffen. Der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit ist die Qualifizierung; Arbeit muss sich lohnen.

In erster Linie gilt es, das Augenmerk auf die Aktivierung des bislang nicht genutzten Erwerbspotenzials zu legen. Im internationalen Vergleich bedeutet dies vor allem, das Erwerbspersonenpotenzial von Frauen sowie Migrantinnen und Migranten stärker zu aktivieren sowie einen längeren Verbleib älterer Beschäftigter im Erwerbsleben zu gewährleisten. Es bedeutet aber auch die Aktivierung arbeitsloser Personen und der so genannten „Stillen Reserve“ sowie die Nachqualifizierung von Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung oder mit am Arbeitsmarkt schlecht verwertbaren Qualifikationen. Vor diesem Hintergrund werden auch verstärkte Bildungsanstrengungen, insbesondere im Bereich der beruflichen Bildung, notwendig sein und das Prinzip des lebenslangen Lernens wird noch stärker als bislang an Bedeutung gewinnen. Auch die Beschäftigung schwerbehinderter Menschen ist eine wichtige Voraussetzung für deren Integration in Beruf und Gesellschaft; ungeachtet der bisherigen Erfolge geht es auch künftig darum, die Zahl der arbeitslosen schwerbehinderten Menschen weiter zu senken.

Daher müssen Arbeitszeit-, Arbeitsplatz- und Arbeitsablauforganisation sich mit neuen Modellen auf die Anforderungen und personellen Bedingungen der Zukunft einstellen. Rheinland-Pfalz wird in Zukunft mit besonderem Nachdruck im Rahmen seiner Möglichkeiten Entwicklungen anstoßen und unterstützen, die zu einem besseren Klima sowie zu günstigeren Gestaltungsbedingungen in der Arbeitswelt für Familien, insbesondere Frauen mit kleinen Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen, sowie ältere Erwerbstätige führen.

Die Verbesserung der Situation von Frauen am Arbeitsmarkt ist erklärtes Ziel in Rheinland-Pfalz, sodass bei den Erwerbs- und Einkommensmöglichkeiten eine Chancengleichheit anzustreben ist. Dies betrifft die ausreichende Berufsausübung zur Existenzsicherung, die gerechte Bezahlung sowie Vertretung in Führungspositionen. Beiden Geschlechtern ist die Ausübung der Erwerbstätigkeit zu ermöglichen.

Indikator 1: Erwerbstätigenquote

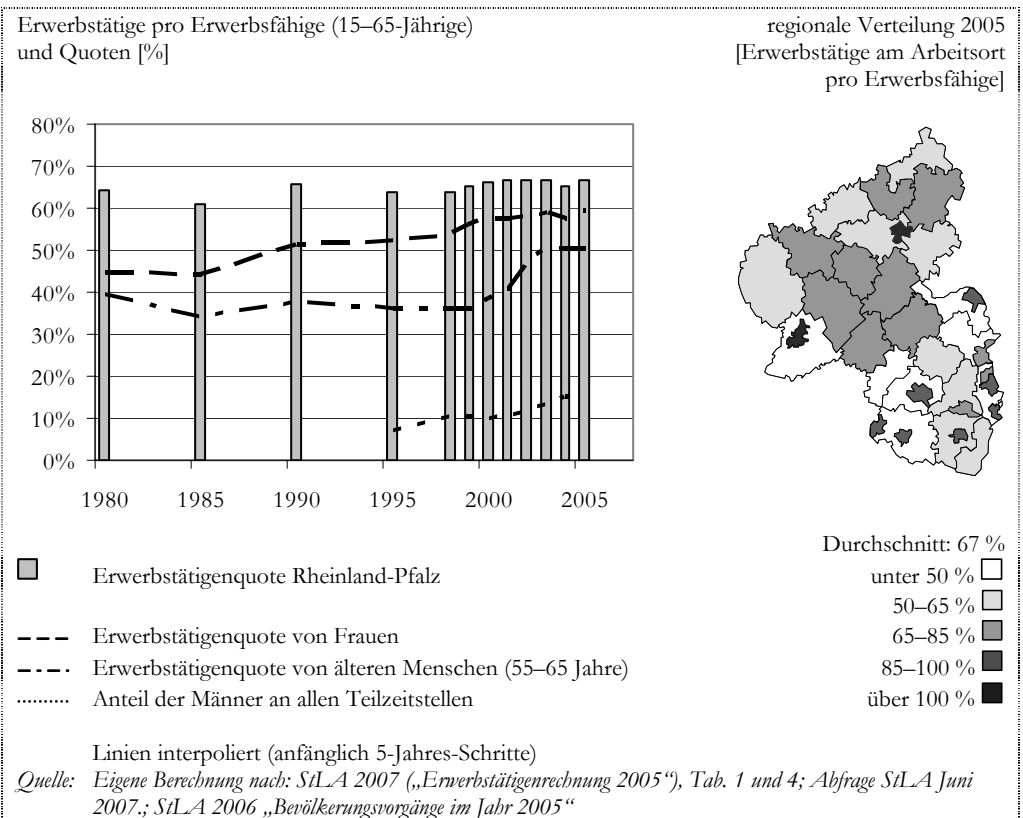
Referenz: NNS, SH

Beschreibung: Die Erwerbstätigkeit ist eine wichtige Voraussetzung für die Befriedigung von Grundbedürfnissen und daher gegenwärtig eine große Herausforderung. Außerdem ist die Nutzung des Wissens und der Fähigkeiten der Menschen zu berücksichtigen. Die „Erwerbstätigenquote“ ist hierfür ein wichtiger sozialökonomischer Zustandsindikator, der auf Landesebene durch gute Rahmenbedingungen sowie durch Qualifizierungen, Integrationspolitik etc. langfristig beeinflusst werden kann. Es ist aber zu beachten, dass die Erwerbstätigenquote auch durch die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik auf Bundesebene beeinflusst wird.

Die Erwerbstätigenquote bildet das Verhältnis aller Erwerbstätigen im Verhältnis zu den Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahren) ab.

Verlauf: Die Erwerbstätigenquote bewegt sich seit Jahren auf einem hohen Niveau, das knapp am Bundesdurchschnitt liegt. Auch die Erwerbstätigenquote der Frauen und der älteren Menschen nahm in den letzten Jahren zu. Die Tendenz hält seit dem Dritten Agenda 21-Programm an.

Viele Erwerbstätige haben ihren Arbeitsort in den Städten, was Pendlerströme aus den Umlandgemeinden verursacht. Gerade in größeren Städten gibt es teils mehr Erwerbstätige als dort wohnende Erwerbsfähige.



Bewertung: Rheinland-Pfalz hat eine hohe und stabile Erwerbsbeteiligung. Diese liegt nur knapp unter dem Ziel der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die darauf zielt, bis 2010 eine Erwerbstätigenquote von 70 % zu erreichen. Damit korrespondiert eine relativ niedrige Erwerbslosenquote, die nur zwei andere Länder unterbieten. Der Erwerbsanteil der älteren Erwerbsfähigen und von Frauen kann noch weiter erhöht werden, was auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels geboten ist. Seit dem vorigen Agenda 21-Programm ist die Tendenz aller abgebildeten Entwicklungslinien positiv.

Rheinland-Pfalz hat die Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen von 1999 bis 2006 abgebaut. Mit einer Reduktion um über 20 % liegt das Land deutlich über dem Bundesdurchschnitt, wo die Zahlen stagnieren. Die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen zu senken, ist weiterhin eine Herausforderung für Rheinland-Pfalz.

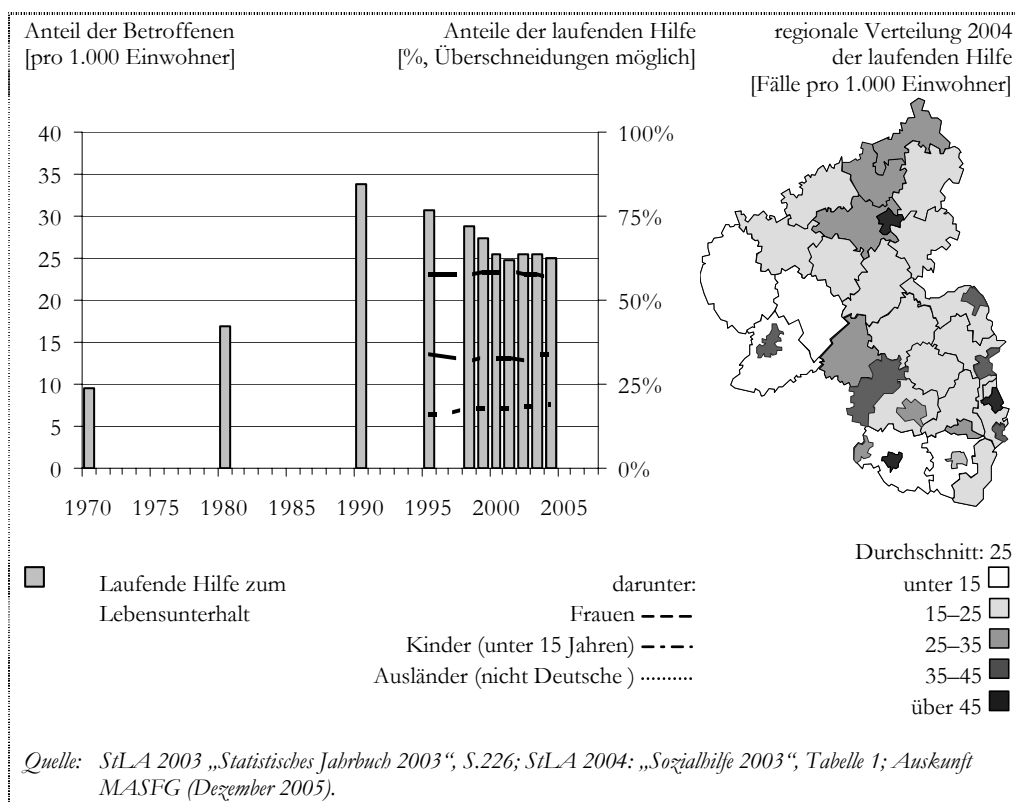
Ausblick: Der Indikator sollte zukünftig auch dahingehend erweitert und interpretiert werden, um welche Art von Erwerbstätigkeit (Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Zeitarbeit, Minijob, ...) es sich handelt. Außerdem ist der zunehmend fließende Übergang von Erwerbsarbeit zu anderen Formen von Tätigkeiten aufzunehmen, was mit dem Bürgerengagement teilweise abgebildet ist.

Indikator 2: Unterstützungsquote

Referenz: TA, LA21, (ähnlich: SH)

Beschreibung: Der selbstständige Erwerb des Lebensunterhalts ist ein fundamentales sozio-ökonomisches Ziel. Hilfen zum Lebensunterhalt hingegen deuten auf berufliche und soziale Desintegration, finanzielle Armut oder auch fehlende Unterstützung zur Bewältigung der Alltagsaufgaben hin.
 Der Indikator misst bis Ende 2004 alle Empfängerinnen und Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt. Nach diesem Zeitpunkt werden die Daten durch die Zusammenlegung der Sozialhilfe und der Arbeitslosenhilfe anders dargestellt.
 Der Indikator ist auf Landesebene wichtig zur Darstellung der sozial-ökonomischen Strukturen und Herausforderungen, die analog zur Erwerbstätigenquote langfristig mitbeeinflusst werden können.

Verlauf: Die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt hat bis 1990 beständig zu- und dann abgenommen. Eine Fortschreibung des Indikators war nicht möglich, es sind also keine Veränderungen seit dem Dritten Agenda 21-Programm darstellbar.



Bewertung: Bei der Interpretation des Indikatorenverlaufs ist folgender Punkt zu beachten: Im November 1993 ist das Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft getreten: Die Sicherstellung des Lebensunterhalts von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern und abgelehnten Bewerberinnen und Bewerbern, die zur Ausreise verpflichtet sind, sowie von geduldeten Ausländerinnen und Ausländern richtet sich seitdem nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Angaben über die Leistungen an diesen Personenkreis werden daher nicht mehr in der Sozialhilfestatistik, sondern seit dem Jahr 1994 in der „Asylbewerberleistungsstatistik“ erfasst.

Ausblick: Der Indikator kann in der obigen Form nicht über 2005 hinaus fortgeführt werden, da die Arbeitslosen- und Sozialhilfe grundlegend reformiert wurden. Ein modifizierter Indikator muss – auch aufgrund fehlender statistischer Daten – erst noch erarbeitet werden.

Beispiele und Vorhaben:

Einzelprojekte zur Erwerbstätigkeit:

Von der Landesregierung werden Einzelprojekte zur Erwerbstätigkeit gefördert. Dazu gehören:

- das Arbeitsmarktpolitische Programm zur Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben
- Beratungsstellen wie z. B. „Frau & Beruf“ in Bad Neuenahr-Ahrweiler, Altenkirchen, Idar-Oberstein und Neustadt an der Weinstraße

Partner: MASGFF

www.masgff.rlp.de

ZeitZeichen:

Ziel der ZeitZeichen Informationsstelle ist die Förderung von chancen- und familiengerechter Arbeitszeitgestaltung in mittelständischen Unternehmen.

Die ZeitZeichen Informationsstelle ergänzt andere Initiativen zur Vereinbarung von Beruf und Familie um den Blickwinkel des Gender Mainstreaming indem sie

- die Frage der familiengerechten Arbeitszeitgestaltung aktiv mit dem Aspekt der Gleichstellung der Geschlechter verknüpft und
- gleichermaßen Frauen wie Männer mit ihren spezifischen Wünschen und unterschiedlichen Lebenssituationen in den Blick nimmt.

Partner: MASGFF

www.zeitzeichen-rlp.de

Studie zur „Familienbewussten Gestaltung der Arbeitswelt in Rheinland-Pfalz – Gegenwart und Zukunft“:

Die Studie zum Stand und zu den Perspektiven einer familienfreundlichen Arbeitswelt in Rheinland-Pfalz wurde durchgeführt, um bestehende Barrieren zu erkennen und Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bei deren Abbau zu beraten und zu unterstützen. Diese sowie eine weitere ergänzende Studie basieren auf einer detaillierten Befragung von privaten und öffentlichen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Die Ergebnisse der Studien bildeten die Grundlage für vier Regionalkonferenzen gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium, durch die vor allem kleine und mittlere Unternehmen für familienbewusste Maßnahmen sensibilisiert werden sollen.

Partner: MASGFF

www.vivafamilia.de

Vereinbarkeit von Beruf und Familie (seit 2005):

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des steigenden Fachkräftebedarfs eine wesentliche Schlüsselgröße für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz. Dazu wurde ein Gutachten bei der Fachhochschule Ludwigshafen (Prof. Dr. Rump) in Auftrag gegeben, das unter dem Aspekt einer ganzheitlichen Betrachtung Anregungen aus der Wirtschaft aufgreift. Vor diesem Hintergrund führen mit der Zielsetzung einer Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie das MWVLW und das MASGFF unter Einbeziehung weiterer Partner, insbesondere der Wirtschaftskammern, einen umfassenden Diskussionsprozessen mit Unternehmen des Landes, um weiterführende Handlungsansätze der beiden Ressorts sowie der beteiligten gesellschaftlichen Akteure zu entwickeln.

Der offene Dialog versucht die Unternehmen von der Sinnhaftigkeit familienbewusster Maßnahmen zu überzeugen, dabei sollen gemeinsam Möglichkeiten der Implementierung von familienfreundlichen Maßnahmen insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen erarbeitet werden. Der Blickwinkel richtet sich dabei insbesondere auf die ökonomische Behandlung der Thematik, die unter diesem Aspekt der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Rheinland-Pfalz dient und damit zentrale Voraussetzung für den Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen im Land ist. Um mittelfristig eine familienbewusste Ausrichtung der Personalpolitik in Unternehmen zu erreichen, ist zunächst eine entsprechende Sensibilisierung der Führungs- und Personalebene erforderlich.

Partner: MWVLW, MASGFF

Arbeitsmarktinitiative „Neue Chancen: 6000 plus für Jung und Alt“ :

Die Arbeitsmarktinitiative der Landesregierung ist darauf ausgerichtet insbesondere jungen und älteren arbeitslosen Menschen neue Chancen zu eröffnen. Für Jugendliche werden insbesondere Ansätze zusammengefasst, die ihnen im Rahmen der Nachvermittlungshilfe Unterstützung bei der Suche und beim Einstieg in die Ausbildung bieten. Dabei liegt der Fokus auf der Unterstützung Jugendlicher mit besonderen Schwierigkeiten, wie ein fehlgeschlagener Schulabschluss, Migrationshintergrund oder das Aufwachsen in sozial schwierigen Verhältnissen. Ziel im Bereich der Älteren ist die Steigerung der Beschäftigung und Beschäftigungsfähigkeit Älterer, unter anderem durch altersgerechte Arbeitsplatzgestaltung und Arbeitsplatzorganisation. Auch werden ältere arbeitslose Menschen durch besondere Qualifizierungs- und Vermittlungsangebote unterstützt.

Partner: MASGFF, MWVLW, MBWJK, Arbeitsmarktakteure

www.masgff.rlp.de

Viva Familia, Säule „Familienbewusste Arbeitswelt fördern“:

Im Rahmen der Initiative „Viva Familia“ setzt sich die Landesregierung auch für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. So sollen u. a. Unternehmen bei der Schaffung einer familienbewussten Arbeitswelt mit verschiedenen Maßnahmen unterstützt werden, zum Beispiel bei der Einführung neuer familienfreundlicher Arbeitszeit- und Arbeitsorganisationsmodelle.

Partner: MASGFF

www.vivafamilia.de

Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche:

Das Engagement des MASGFF für Jugendliche besteht derzeit aus über 300 Projekten, die aus Mitteln des Landes und des Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert werden. Es ist gemeinsames Ziel aller geförderten Projekte, die Beschäftigungschancen und –möglichkeiten junger Menschen individuell, praxisnah, berufsbezogen und zukunftsfähig zu fördern. Die große Bandbreite an Projektansätzen entspricht dabei den heterogenen Ausgangslagen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen und zielt darauf ab, ihnen die jeweils spezifisch benötigten Unterstützungsangebote passgenau unterbreiten zu können. Die hinter den Förderansätzen stehende Philosophie ist: Jedem seine Chance geben und keiner soll verloren gehen. Dabei wird konsequent versucht, jede für Jugendliche wichtige Schnittstelle (Übergang Schule-Ausbildung-Arbeitswelt) mit einem „Personenprogramm“ zu besetzen und diesem (zum Beispiel den Job-Füxen, den Jugend-Scouts oder den Berufsmentorinnen und Berufsmentoren) weitere konkrete Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote an die Hand zu geben.

Partner: MASGFF

www.masgff.rlp.de

Ganztagsschule in Rheinland-Pfalz:

Neben der im Handlungsfeld „Bildung und Qualifizierung“ genannten Arbeit für Bildung und Erziehung leisten Ganztagsschulen einen wichtigen Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienarbeit. Frauen sollen nicht vor eine Alternativenentscheidung zwischen Beruf und Familie gestellt werden. Gerade alleinerziehende Mütter und Väter schätzen das Ganztagsschulangebot, da es sich auf feste und verlässliche Zeiten bezieht.

Die Ganztagsschule befördert damit die Erhöhung der Frauenerwerbsquote und das Interesse der Wirtschaft, die guten Qualifikationen von Frauen für das Gesamtsystem nutzbringend einzusetzen. Auch die Chance von Frauen auf eine eigene berufliche Entwicklung wird deutlich verbessert.

Partner: MBWJK

www.ganztagsschule.rlp.de

Arbeitsmarktpolitik für behinderte Menschen

Die Eingliederung schwerbehinderter Menschen in Arbeit und Beruf ist ein Schwerpunkt der Politik der Landesregierung. Es wurden daher Rahmenbedingungen geschaffen, die schwerbehinderte Menschen auf dem Weg hin zu einem für sie geeigneten Arbeitsplatz unterstützen und eine gute Grundlage dafür bieten, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber schwerbehinderte Menschen auf Dauer einstellen. Zu nennen sind hier insbesondere Modellprojekte zum Übergang Schule/Beruf, Integrationsfachdienste, die in Rheinland-Pfalz als erstem Bundesland flächendeckend eingeführt wurden, Integrationsprojekte, das Budget für Arbeit und nicht zuletzt das mittlerweile 6. Landessonderprogramm zum Abbau der Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen. Dieses Angebot hat dazu beigetragen, dass die Arbeitslosigkeit schwerbehinderter Menschen seit Oktober 1999 in Rheinland-Pfalz um mehr als 20 % abgebaut werden konnte. Das Maßnahmenpaket unterliegt einem ständigen Optimierungsprozess, um gemeinsam mit den Partnerinnen und Partnern die notwendigen Unterstützungen zu geben, damit schwerbehinderte Menschen eine Chance auf einen für sie geeigneten Arbeitsplatz erhalten.

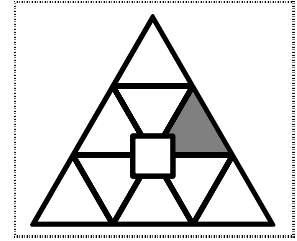
Partner: MASGFF

www.masgff.rlp.de

Handlungsfeld:

D.c Handlungsfähigkeit des Staates

Bedeutung: Aus den staatlichen Budgets werden wichtige staatliche Leistungen und Entwicklungen finanziert. So wird die öffentliche Infrastruktur in Bereichen der Versorgung, der Mobilität, Bildungseinrichtungen etc. sichergestellt. Außerdem tragen entsprechende Förderungen sowie Ausgleichs- und Sozialleistungen zur gesellschaftlichen Entwicklung bei. Die Wahrung der Handlungsspielräume nachfolgender Generationen ist eine sehr bedeutende Forderung der Nachhaltigen Entwicklung. Dies schließt die langfristigen finanziellen Lasten des Landes und der Kommunen mit ein.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da es innerhalb der landespolitischen Gestaltungsmöglichkeiten eine entscheidende Stellung für die Bewältigung der wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Herausforderungen einnimmt.

Partner: FM mit allen Ressorts der Landesregierung

Ziel: Stabile und gesicherte öffentliche Finanzen sind ein zentrales Element der Generationengerechtigkeit. Eine verantwortliche Politik gestaltet deshalb Ausgaben effizient, bildet politische Schwerpunkte und zielt mittel- bis langfristig auf einen ausgeglichenen Finanzierungssaldo ab. In den nächsten Jahren ist die Ausgabenlinie durch Ausgabenbegrenzung und weitere Konsolidierungsmaßnahmen an die Einnahmenlinie heranzuführen. In diesem Zusammenhang soll der Einsatz von Vermögenserlösen in den folgenden Jahren nicht mehr notwendig sein.

Durch eine Prioritätensetzung im Haushalt müssen die erforderlichen Mittel insbesondere für die Bereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung, Verkehr sowie Sicherheit zur Verfügung gestellt werden.

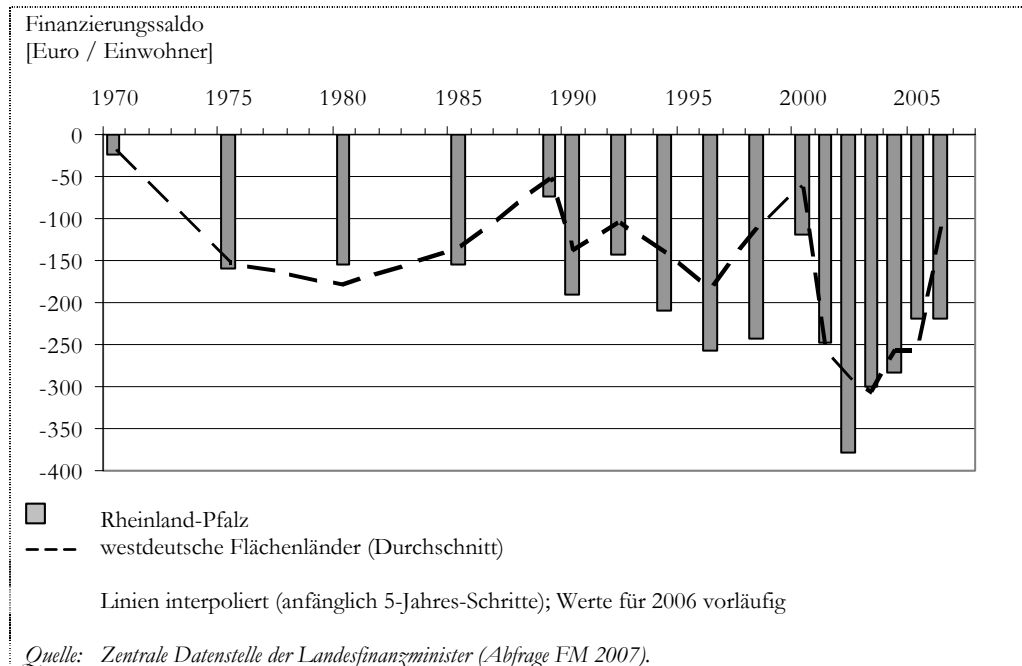
Das Land gibt den Kommunen und auch anderen Akteuren – soweit dies unter finanziellen Aspekten möglich ist – eine gesicherte Planungsperspektive. Der Beistandspakt des Landes mit den Kommunen wird als Stabilisierungsfonds weitergeführt, um die Planung der Kommunen zu sichern. Es wird Maßnahmen der Verwaltungsmodernisierung nutzen, um eine weitere Kostensenkung zu realisieren.

Indikator 1: Finanzierungssaldo

Referenz: ähnlich: NNS, TA, LA21

Beschreibung: Der Finanzierungssaldo stellt die Differenz zwischen bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben dar. Der Bezug pro Einwohner erlaubt Vergleiche mit anderen Bundesländern. Ein negativer Finanzierungssaldo kann nur durch die Aufnahme von Krediten gedeckt werden. Der Staat muss sich aber langfristig den finanziellen Gestaltungsfreiraum erhalten und sollte möglichst keine Schuldenlast auf spätere Generationen abwälzen. Dies gilt sowohl für den Bund, das Land als auch für die Kommunen. Dabei gilt zu beachten, dass die Einnahmesituation auf Landesebene stark an die auf der Bundesebene gesetzten Rahmenbedingungen gekoppelt ist. Die Ausgaben hingegen können oftmals nur im begrenzten Rahmen oder langfristig gestaltet werden.

Verlauf: Der Finanzierungssaldo von Rheinland-Pfalz folgt in etwa dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. In 2005 und 2006 konnte das Finanzierungsdefizit reduziert werden.



Bewertung: Rheinland-Pfalz hängt wie die anderen Länder von der Steuereinnahmesituation und von einer nicht kurzfristig zu beeinflussenden Ausgabenverpflichtung ab. Die letzten Jahre, die geprägt waren durch starke Steuereinnahmeverluste, hat Rheinland-Pfalz relativ gut bewältigt. Nun muss die verbesserte Steuereinnahmesituation genutzt werden, um das Haushaltsdefizit weiter zurückzuführen.

Ausblick: —

Indikator 2: Ausgewählte Ausgabenquoten

Referenz: ähnlich: FEST

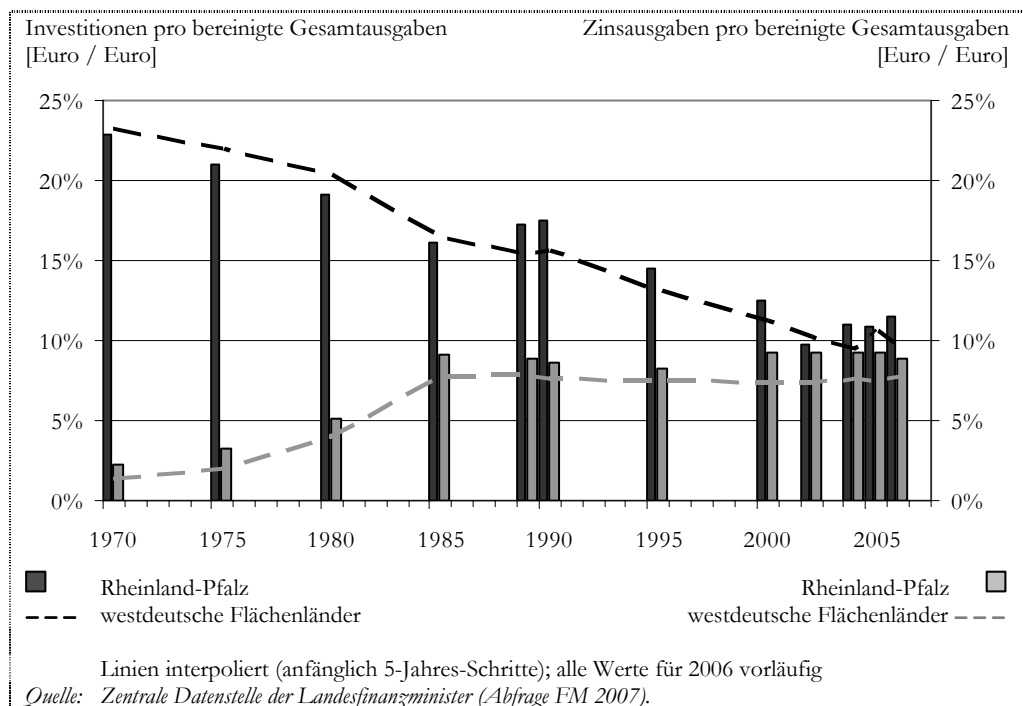
Beschreibung: Das Land übt mit der Budgetplanung einen wesentlichen Gestaltungseinfluss auf alle Bereiche aus. Dabei sollen die Mittel effizient eingesetzt werden.

Die Zinsausgabenquote gibt die Ausgaben für Kreditmarktschulden im Verhältnis zu den bereinigten Gesamtausgaben an. Damit wird die Bindung von Haushaltsmitteln für die Zinsen der aufgenommenen Kredite abgebildet.

Die Investitionsquote bildet den Anteil der öffentlichen Investitionsausgaben an den bereinigten Gesamtausgaben ab. Investitionen sind notwendig, um etwa die Infrastruktur aufrecht zu erhalten.

Verlauf: Die Investitionsquote sinkt seit 1970 kontinuierlich, wobei das Niveau in Rheinland-Pfalz seit ca. 20 Jahren über dem Durchschnitt aller westdeutschen Flächenländer liegt. Derzeit stagniert der Wert bei etwa 10 bis 11 %.

Die anteiligen Ausgaben für Zinsen nahmen von 1970 bis 1985 stetig zu und sind seitdem auf diesem Niveau verblieben. In Rheinland-Pfalz fallen etwas mehr als 9 % aller Ausgaben für Zinsen an, etwas mehr als es dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer insgesamt entspricht.



Bewertung: Die Investitionsquote ist im Ländervergleich positiv zu werten. Allerdings sollte ein weiteres Absinken der Investitionen möglichst vermieden werden, um den aufgebauten Vermögensbestand und die produktiven Effekte dieser Ausgaben nicht zu gefährden.

Die Finanzpolitik des Landes drückt sich in der noch vergleichsweise niedrigen Zinsausgabenquote aus. Diese Quote ist in den letzten Jahren weitgehend stabil geblieben und braucht den Vergleich mit anderen Ländern nicht zu scheuen. Dennoch muss es das Ziel sein, die Zinsausgabenquote langfristig zu senken. Die beiden ausgewählten Ausgaben verlaufen analog zu den anderen vergleichbaren Flächenländern. Zukünftig sind aber noch Potenziale auszuschöpfen, indem etwa die Investitionsausgaben stabilisiert und möglichst erhöht sowie langfristig die Zinslast vermindert werden.

Ein Hinweis für die Ausgabendisziplin ist das niedrige Finanzhilfenvolumen je Einwohner: Mit 557 Euro je Einwohner lagen diese Ausgaben in 2004 wie auch schon die Jahre zuvor unter dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer (2004: 607 Euro/ Einwohner).

Ausblick: –

Beispiele und Vorhaben:

Verbesserung der Steuerungsinstrumente:

- Subventionsbericht
- Leistungsaufträge
- Kosten- und Leistungsrechnung
- Kreditcontrolling

Partner: FM mit den anderen Ressorts

Flexibilisierung und wirtschaftliche Gestaltung des Haushaltsrechts bei Wahrung der Parlamentsrechte:

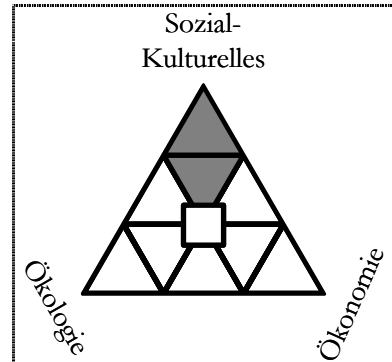
- Budgetierung
- Entwicklung neuer Steuerungsinstrumente

Partner: FM

Nachhaltigkeitsbereich:

E Lebenswerte Gesellschaft weiterentwickeln

Leitbild: Die dauerhafte Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in der Gesellschaft ist ein Kernanliegen menschlichen Daseins und der Politik. Dazu ist ein gemeinsames Grundverständnis notwendig, das den einzelnen Menschen als wertvolle und integrale Ressource der Gesellschaft betrachtet. Er hat hierbei nicht nur das Recht auf die Befriedigung seiner Grundbedürfnisse, sondern auch auf materielle und immaterielle Entfaltung. Er soll im Gegenzug seinen Beitrag zur Gemeinschaft leisten und sich frei einbringen dürfen.



Leitziel: Das Land strebt die gelebte Zivilgesellschaft mit einem gerechten Ausgleich zwischen Rechten und Pflichten an. In dieser Gesellschaft soll ein Klima der Zufriedenheit und des Engagements herrschen. Der Staat unterstützt die freien Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten der Individuen, die ihrerseits ihre Lebensaufgaben selbst in die Hand nehmen.

Das Land bringt dabei der demografischen Entwicklung, die viele Regionen und Sektoren vor große Umbrüche stellt, größte Aufmerksamkeit entgegen. Bei der strukturellen Ausgestaltung gesellschaftlicher Prozesse werden Genderaspekte, Generationensolidarität und Barrierefreiheit sowie die Integration benachteiligter Menschen berücksichtigt⁴³. Dazu gehört auch die gleichberechtigte Partizipation von Frauen und Männern insbesondere in Führungs- und Entscheidungspositionen.

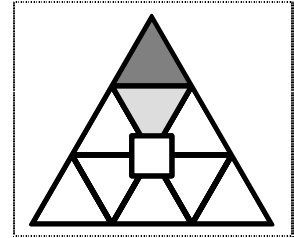
Handlungsfelder: - Kulturland Rheinland-Pfalz
- Sicheres Zusammenleben
- Bürgerengagement

⁴³ Diese Querschnittsaufgaben sind in Abschnitt 3.2, S. 42ff. eigens dargestellt und werden in den drei nachfolgenden Handlungsfeldern mit eingebunden.

Handlungsfeld:

E.a Kulturland Rheinland-Pfalz

Bedeutung: Die Weltkonferenz über Kulturpolitik stellte 1982 in Mexiko-Stadt die Bedeutung der Kultur heraus und definierte: „Die Kultur kann in ihrem weitesten Sinne als die Gesamtheit der einzigartigen geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Aspekte angesehen werden, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen. Dies schließt nicht nur Kunst und Literatur ein, sondern auch verschiedene Lebensformen, die Grundrechte des Menschen, Wertsysteme, Traditionen und Glaubensrichtungen.“ Damit ist die Kultur ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da die Kulturpolitik ganz wesentlich vom Land bestimmt und vor Ort in den Kommunen umgesetzt wird.

Partner: MBWJK, MWVLW

Ziel: Das Land will mit seiner Kulturpolitik identitätsstiftend wirken, Spitzenkultur auch im ländlichen Raum anbieten und möglichst vielen Menschen Zugang zur Welt der Kunst verschaffen.

www.rlp-info.de
www.kulturland.rlp.de
www.kultursommer.de

Das Land bekennt sich zur Kulturförderung als klassischer Aufgabe der Daseinsvorsorge und wird diese mit langfristiger Perspektive sichern. Die Bürgergesellschaft soll ihrerseits einen wichtigen Beitrag zum Kulturgesehen leisten. Der „Kultursommer“ soll als dezentrales Kulturprojekt im Sinne einer kulturellen Bürgerbewegung auf hohem Niveau fortgesetzt werden.

Rheinland-Pfalz ist ein Kulturland im Zentrum Europas mit einem außerordentlichen historischen Erbe, das heute noch in hochwertigen Denkmälern, Kunstwerken und anhand von Traditionen sichtbar ist. Daher sind bauliche und archäologische Denkmäler als Zeichen des kulturellen Erbes zu erhalten, zu pflegen und zu präsentieren und mit ihrem Wert ins Bewusstsein der Menschen zu bringen.

Die kulturelle Attraktivität des Landes zeichnet sich im Besucherstrom ab. Daher soll Rheinland-Pfalz mit seinen reizvollen Landschaften (u. a. Weltkulturerbe Mittelrheintal) zu einem Besucherziel ersten Ranges v. a. für einen Kurzurlaub werden. Die radtouristischen und ländlichen Angebote (Bauern-/Winzerhöfe) werden weiter ausgebaut. Die Besucherinnen und Besucher erhalten attraktive Information, wofür auch der Flughafen Frankfurt-Hahn als eines der Eingangstore nach Rheinland-Pfalz genutzt wird.

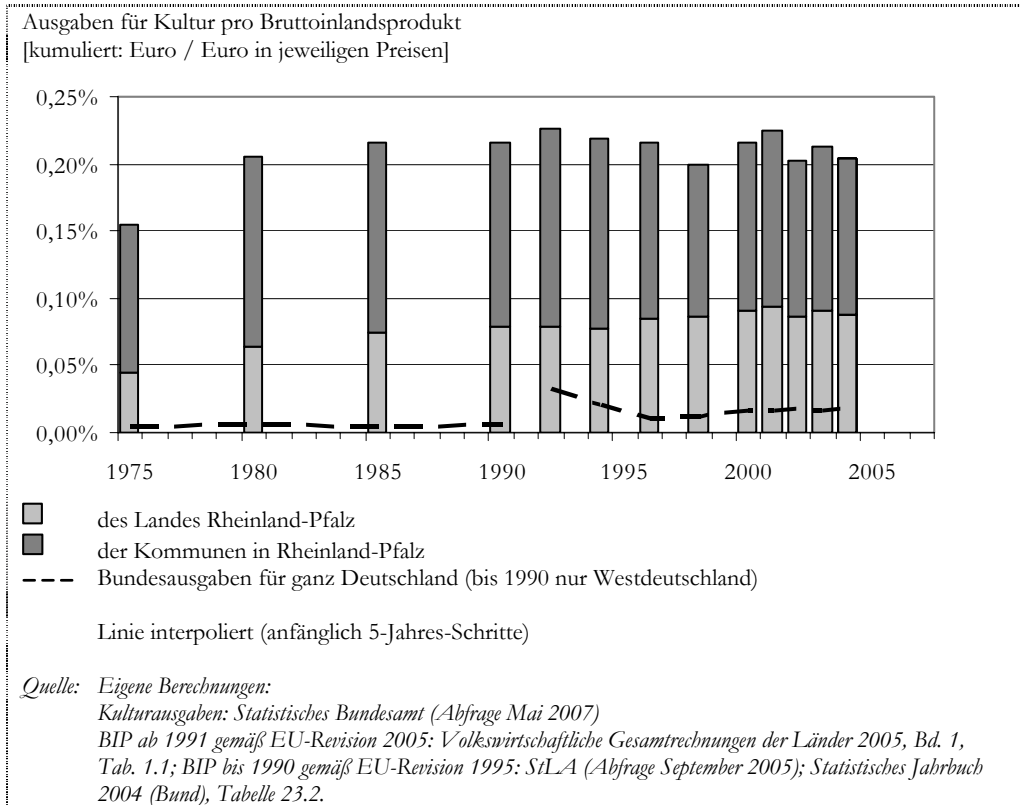
Die kulturellen und touristischen Angebote werden möglichst barrierefrei gestaltet.

Indikator: Ausgabenquote für Kultur

Referenz: –

Beschreibung: „Kultur“ ist schwer quantitativ zu erfassen. So können Ausgaben für Kultur weder die Zufriedenheit mit kulturellen Angeboten noch deren Qualität oder Eigenwert genügend abbilden. Da aber nur ein geringer Anteil der Kulturausgaben durch Einnahmen gedeckt werden kann, benötigt Kultur größtenteils öffentliche Gelder. Der Zuschussbedarf spiegelt die finanzielle Unterstützung von Kultur wider. Gemessen werden die Grundmittel für Einrichtungen und Einzelmaßnahmen. Die Kultureinrichtungen umfassen Theater, Einrichtungen der Musikpflege, Museen, Sammlungen und Ausstellungen, zoologische und botanische Gärten, Musikschulen, nichtwissenschaftliche Bibliotheken sowie sonstige Kultureinrichtungen und deren Verwaltung. Die geförderten Einzelmaßnahmen kommen u. a. aus den Bereichen Theater und Musikpflege, Literatur und bildende Kunst, Museen und Ausstellung sowie Denkmalschutz und Denkmalpflege.

Verlauf: Die Ausgaben für Kultur in Rheinland-Pfalz bewegen sich seit über 20 Jahren auf einem konstanten Niveau, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt. Der Anteil des Landes hat stetig zugenommen und beträgt ein Vielfaches der Ausgabenquote des Bundes, dessen Ausgaben nach der Wiedervereinigung sprunghaft gestiegen waren und dann wieder abfielen. Seit dem Dritten Agenda 21-Programm ist die Ausgabenquote annähernd konstant geblieben.



Bewertung: Infolge der Situation der Haushalte des Landes und der Kommunen ist die zukünftige Entwicklung der Kulturausgaben aufmerksam zu verfolgen, alternative Finanzierungsinstrumente sind kritisch zu überdenken. Die Kulturausgaben sollten sich aber in einem angemessenen Korridor bewegen, damit das Land auch in Zukunft der hohen gesellschaftlichen Bedeutung der Kultur gerecht wird.

Ausblick: Der Bereich Kultur ist schwer zu fassen: neben dem verwendeten Indikator gibt es nur wenige weitere Vorschläge, die sich jedoch bisher nicht genügend qualifiziert haben. Dennoch sind die Möglichkeiten eines alternativen oder ergänzenden Indikators stets zu prüfen, um auch gerade die Wirkungen der Kulturausgaben messen zu können. Weiterhin ist zu prüfen, inwiefern ein anderer Vergleichswert (etwa westdeutsche Flächenländer) künftig herangezogen wird.

Beispiele und Vorhaben:

Kultursommer Rheinland-Pfalz:

1992 startete der Kultursommer als eine Initiative der Landesregierung Rheinland-Pfalz, angesiedelt in dem dafür zuständigen Ministerium. Im Juli 1994 wurde aus der Initiative schließlich ein eingetragener Verein. Unter dem gemeinsamen Dach des Kultursommers präsentieren sich mittlerweile über 1.600 Veranstaltungen im ganzen Land. Der Kultursommer bündelt das riesige Angebot an Veranstaltungen, vernetzt und ergänzt die Arbeit der Initiativen und stützt sie durch eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit.

Partner: MBWJK, Kultursommer

www.kultursommer.de

Kulturland Rheinland-Pfalz:

Rheinland-Pfalz ist ein Land mit über 500 Burgen und Schlössern, des Weltkulturerbes Mittelrheintal mit dem weltberühmten Loreley-Felsen, der antiken römischen Bauten in Trier, der Dome in Mainz, Speyer, Worms und Trier, der historischen Orgeln in zahlreichen Dorfkirchen – das ist das Kulturland Rheinland-Pfalz.

Rheinland-Pfalz ist ebenso das Land zahlloser Kulturinitiativen der so genannten freien Szene, der städtischen und der freien Theater, der bildenden Kunst, rund 400 Museen und der Musik. Im Internet-Angebot des Kulturlandes Rheinland-Pfalz sind alle Kulturbereiche übersichtlich nach Sparten, Regionen und aktuellen Veranstaltungsterminen dargestellt.

Das Projekt ist mit der Auflage der Broschüre „Kulturwege 2007“ abgeschlossen. Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur stimmt weiterhin über die Entwicklung und Umsetzung kultureller Projekte ab.

Partner: MBWJK

www.kulturland.rlp.de

Kulturtourismus Rheinland-Pfalz:

Das Potenzial des Kulturtourismus wird allgemein als ausbaufähig und als Wachstumsmarkt gewertet.

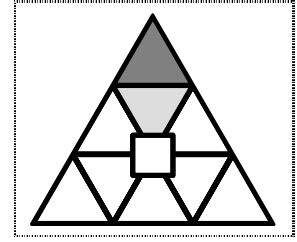
Rheinland-Pfalz verfügt über ein enormes kulturelles Potenzial und bietet eine Kulturlandschaft mit mehr als 2000-jähriger Vergangenheit. Dazu kommen eine abwechslungsreiche Museenlandschaft, Festivals, Weinkultur und zahlreiche regionale Bräuche und Traditionen, so dass alle Angebotsfelder des Kulturtourismus bedient werden können. Durch die gemeinsame Initiative „Kultur und Tourismus“ des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau sowie des damaligen Ministeriums für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur wurde eine gemeinsame Strategie entwickelt, die auf die Vermarktung des kulturellen Potenzials in Rheinland-Pfalz ausgerichtet ist. Akteure aus Tourismus und Kultur konzipierten eine landesweite Dachmarke „Römer, Ritter und Romantiker“ zur effektiven Vermarktung kulturtouristischer Angebote. Nach der Auswahl geeigneter kultureller Projekte und der Entwicklung von touristischen buchbaren Pauschalen wurde 2005 erstmals die Broschüre „Kulturwege“ aufgelegt, 2006 erschien eine aktualisierte Fassung.

Handlungsfeld:

E.b Sicheres Zusammenleben

Bedeutung: In Sicherheit zu leben, ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Die gefühlte Sicherheit prägt maßgeblich die Lebensqualität. Ständige Sorge um die eigene Sicherheit schränkt sie erheblich ein. Straftaten beeinträchtigen die Sicherheit und das Vertrauen der Menschen in Staat und Gesellschaft.

Straftaten spiegeln aber auch stets die sanktionierbaren Wert- und Normvorstellungen der Gesellschaft und Konflikte durch andere, teilweise kulturelle Vorstellungen wider. Reflexion über das eigene Handeln, Erlernen anderer Handlungsmuster und Kenntnisse über fremde Kulturen helfen daher Konflikte zu vermeiden bzw. besser damit umzugehen.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land die polizeilichen Aufgaben hoheitlich steuert und damit das Sicherheitsniveau innerhalb der Gesellschaft beeinflusst.

Partner: ISM, Polizei, MBWJK, MASGFF

Ziel: Auch zukünftig sind wesentliche Aufgaben des Staates, Gefahren möglichst abzuwehren, die Menschen vor Straftaten zu schützen, die Straftäterinnen und Straftäter konsequent zu ermitteln und ihrer Bestrafung zuzuführen. Die Annahme, Kriminalität könne auf Null reduziert werden, ist aber unrealistisch. Deshalb gilt es, die im Bundesvergleich in Rheinland-Pfalz günstige Sicherheitslage zu erhalten und weiter auszubauen. Hierzu soll die Verbrechensbekämpfung weiter optimiert, die Polizeipräsenz soll gesichert sowie die Kriminalprävention weiter ausgebaut werden. Die internationale Zusammenarbeit soll auf allen Ebenen weiter ausgebaut werden.

Die Orientierung des polizeilichen Handelns an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger soll ihr Vertrauen in die Polizei weiter stärken. Darüber hinaus sollen „Vertrauensbildende Maßnahmen“ den Dialog zwischen muslimischen Organisationen und Sicherheitsbehörden weiter fördern, um den Zugang zu Migrantinnen und Migranten zu intensivieren.

Der polizeiliche Opferschutz soll intensiviert werden. Besonders Frauen und Kinder sind vor Gewalt in engen sozialen Beziehungen und vor sexueller Gewalt zu schützen. Dafür ist die Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Nichtregierungsorganisationen wie Frauenhäusern, Notrufen und Interventionsstellen weiter auszubauen. Flächendeckende Täterarbeitseinrichtungen in allen Landgerichtsbezirken in Rheinland-Pfalz sollen daher in einem ganzheitlichen Konzept gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen die bereits bestehenden Interventionsstellen zur Opferhilfe und vorhandene Präventionsmöglichkeiten auf der Grundlage des Gewaltschutzgesetzes ergänzen.

Prävention und Verfolgung der Kriminalität junger Menschen sollen aufbauend auf dem Erreichten weiter optimiert werden. Hierzu soll die Einrichtung weiterer Häuser des Jugendrechts im Land gefördert werden. Insbesondere junge Menschen sind zu einem gewaltfreien Leben zu ermuntern, wozu die Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen Gruppen im Jugendbereich fortgesetzt wird.

Eine realistische Einschätzung der von Kriminalität ausgehenden Gefahren durch die Menschen setzt eine sachliche Medienberichterstattung voraus. Die Polizei wird sie fördern, indem sie die Öffentlichkeit auch weiterhin objektiv über die Kriminalitätsentwicklung und -gefahren aufklärt.

Indikator: Gemeldete und aufgeklärte Straftaten

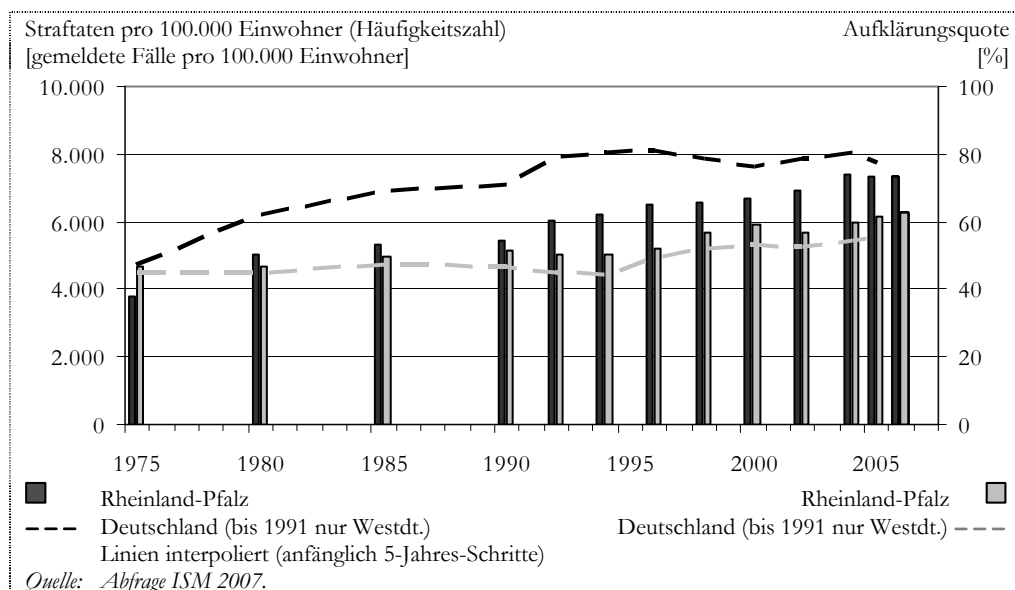
Referenz: SH, LA21 (ähnlich: NNS)

Beschreibung: Die Polizei erfasst die ihr bekannt gewordenen Straftaten und Vergehen einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche (das so genannte „Hellfeld“) sowie die ermittelten Tatverdächtigen bundesweit einheitlich in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS). In die PKS fließen sowohl die schweren Straftaten, als auch alle Fälle der Bagatell- und Kleinkriminalität, die den weitaus größten Teil aller registrierten Straftaten ausmachen, ohne Gewichtung ein.

Die Kriminalitätsslage und ihre Veränderung werden mit der Häufigkeitszahl gemessen. Diese entspricht der Zahl der bekannt gewordenen Fälle bezogen auf 100.000 Einwohner. Je kleiner die Häufigkeitszahl ist, desto geringer ist die statistische Wahrscheinlichkeit im betreffenden Jahr Opfer einer Straftat zu werden. Die Aufklärungsquote misst den Anteil der aufgeklärten an den registrierten Fällen. Je höher die Aufklärungsquote, desto höher ist das Risiko für Straftäterinnen und Straftäter, ermittelt zu werden.

Verlauf: Stieg in Rheinland-Pfalz die Häufigkeitszahl bis zum Jahr 2004 kontinuierlich auf einen Wert von knapp 7400, ist für die letzten beiden Jahre eine leichte Verringerung auf gerundet 7350 in den Jahren 2005 und 2006 zu verzeichnen. Für Deutschland wurde im Jahr 2005 eine Häufigkeitszahl von circa 7750 errechnet. Der überwiegende Anteil aller Straftaten in Rheinland-Pfalz ist weiterhin der Klein- oder Bagatellkriminalität zuzurechnen. Nur 3,6 % der Straftaten (Häufigkeitszahl 262) sind im Jahr 2006 der schweren Gewaltkriminalität (größtenteils gefährliche und schwere Körperverletzung) zuzurechnen.

Die Aufklärungsquote stieg von etwa 50 % in den neunziger Jahren auf 62,6 % im Jahr 2006. In Rheinland-Pfalz wurden stets mehr Straftaten aufgeklärt als im Bundesdurchschnitt. Bei Straftaten gegen das Leben liegt die Aufklärungsquote permanent über 90 %. Delikte gegen die sexuelle Selbstbestimmung werden zu über 75 % aufgeklärt. Bei den Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit liegen die Aufklärungsquoten seit 15 Jahren über 85 % und seit 2004 sogar über 89 %.



Bewertung: Die Aussagen des Dritten Agenda 21-Programms gelten nach wie vor: Trotz des Anstiegs der Häufigkeitszahl ist das statistische Risiko, in Rheinland-Pfalz Opfer einer Straftat zu werden, seit Jahren geringer als im Bundesdurchschnitt. In vielen Deliktsbereichen ist die Steigerung der registrierten Straftaten auch auf ein geändertes Anzeigeverhalten zurückzuführen: Entgegen aller Vermutungen hat sich beispielsweise die Sensibilität gegenüber Gewaltausübung stark verändert. Körperverletzung wird heute stärker geächtet als vor zwanzig Jahren. Hinzu kommt, dass die Gewaltausübung im privaten Bereich zunehmend enttabuisiert wird. Die veränderte Bewertung von Gewalt unter Kindern und Jugendlichen durch Erwachsene führt ebenfalls zu mehr Anzeigen. Die größere Anzeigebereitschaft ist aus polizeilicher Sicht eine eher gewollte und willkommene Entwicklung, sie ist aber auch mit höheren Zahlen in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik verbunden.

Ausgehend von der Gewissheit, dass Kriminalität nicht auf Null reduziert werden kann, gilt es, das statistische Risiko, in Rheinland-Pfalz Opfer einer Straftat zu werden, auch zukünftig möglichst geringer als im Bundesdurchschnitt zu halten. Die Gesamtzahl der Straftaten sollte deshalb nicht weiter ansteigen. Die Aufklärungsquote sollte möglichst hoch sein, auch um potenziellen Straftätern zu signalisieren, dass ihr Entdeckungsrisiko bei Begehung einer Straftat groß ist.

Ausblick: Bisher liegen keine Punkte zur methodischen Weiterentwicklung vor.

Beispiele und Vorhaben:

Initiativen der Landesregierung:

- Kampagne: Jugend für Respekt Broschüre: Mit Sicherheit Geld sparen
- Preis für Zivilcourage
- Forum Innere Sicherheit, Thema: Kriminalitätsempfinden und Kriminalitätswirklichkeit im Widerspruch?
- Initiierung und Unterstützung der Einrichtung weiterer kriminalpräventiver Gremien in den Städten und Gemeinden des Landes durch die Leitstelle Kriminalprävention

Partner: ISM

Schwerpunktsetzung in der Verbrechensbekämpfung:

Die Landesregierung hat im vergangenen Jahr damit begonnen, die Kriminalpolizei bei den Polizeipräsidien jährlich um 20 Spezialistinnen und Spezialisten zu verstärken. Dieses Programm ermöglicht zusätzliche Schwerpunktsetzungen zur intensiveren Bekämpfung

- von Korruption und Wirtschaftskriminalität,
- von illegaler Einschleusung, Menschenhandel und Zwangsprostitution,
- von Internet – Kriminalität,
- Organisierter Kriminalität,
- des islamistischen Terrorismus sowie
- beim Einsatz der DNA – Analysetechnik.

Bürgerinnen und Bürgern können über eine Telefonhotline beim LKA offen oder anonym Hinweise auf Korruptionsstraftaten mitteilen. Zudem wurden bei den Polizeipräsidien und dem LKA die Sachgebiete Korruption verstärkt.

Eine Zentralstelle für unabhängige Recherchen im Internet (ZRI) recherchiert nach strafbaren Inhalten im Internet und den Onlinediensten, auch zum Zwecke der Gefahrenabwehr. Im Focus dieser LKA-Zentralstelle sind insbesondere die Bereiche Kinderpornografie und Rechtsextremismus.

Organisatorische Änderungen innerhalb der rheinland-pfälzischen Polizei sollen dazu beitragen Straftaten national und international agierender Schleuser- oder Menschenhändlerorganisationen zu verhindern oder zu verringern. Der Opferschutz wird dadurch ebenfalls verbessert.

Partner: ISM

Steigerung interkultureller Kompetenz:

Orientierungshilfe im Umgang mit den Erwartungen der islamischen Bevölkerung gegenüber der deutschen Polizei bietet ein neuer Leitfaden „Polizei und Moscheevereine“. Kenntnisse über fremde Kulturen helfen Konflikte zu vermeiden bzw. besser damit umzugehen. Darüber hinaus fördert das Konzept „Vertrauensbildende Maßnahmen“ den Dialog zwischen muslimischen Organisationen und Sicherheitsbehörden.

Partner: ISM

Projekt zur Gewaltprävention durch „locker bleiben – ohne Gewalt gewinnen“

(Okt. 2004 bis zur Fußball-WM 2006, dann permanente Initiative):

Der Sportverein spielt nach wie vor die größte Rolle in der Jugendarbeit im außerschulischen Bereich. Dies ist der Ort wo Sozialkompetenz, Handlungskompetenz und Regelakzeptanz gelernt und angewendet werden. Übungs-, Trainings- und Betreuungspersonen sowie Eltern sind den Kindern und Jugendlichen Vorbild und geben Unterstützung und Rückhalt, um friedlich und gewaltfrei Sport zu treiben.

Der Landessportbund Rheinland-Pfalz und seine Mitgliedsorganisationen insbesondere die Sportjugend machen sich gemeinsam stark für gewaltfreies Sporttreiben, dessen Umsetzung nur der Sport mit seinen Möglichkeiten hat. Unter dem Slogan „locker bleiben – ohne Gewalt gewinnen“ präsentiert der Landessportbund Rheinland-Pfalz seine Imagekampagne, die verschiedene Einzelaktivitäten zusammenfasst. Sportvereine, Schulen und Kindergärten sowie andere Organisationen können die Kampagne unterstützen, in dem sie zum Beispiel eine Veranstaltung, ein Turnier, ein Spielfest oder Projekttag unter dieses Motto stellen und dazu begleitend kostenlose Materialien wie Banner, einen DVD-Film und T-Shirts anfordern können.

Übungsleiterinnen und Übungsleiter werden in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen geschult. Seit dem Start der Kampagne beteiligen sich 120 Sportvereine, Schulen und Organisationen mit durchweg positiver Resonanz an der Initiative.

Partner: LSB

www.lsb-rlp.de

Wege aus der Gewalt:

Das Projekt „Wege aus der Gewalt“ beschäftigt sich mit der so genannten Alltagsgewalt, wie etwa Gewalt in der Familie, Gewalt auf der Straße, Gewalt am Arbeitsplatz. Es werden Vorträge und praxisorientierte Trainings angeboten, die durch Kirchengemeinden in der Erwachsenenbildung, bei Gemeindeveranstaltungen, Elternabenden in Kindergärten, in Schulen und in Strafanstalten in Anspruch genommen werden. Es wurden mehrere Medien- und Material-Koffer „Pfeif auf Gewalt“ zusammengestellt, die bei den entsprechenden Stellen zur Verfügung stehen.

Partner: ev. Kirche

www.frieden-umwelt-pfalz.de

Jugend und Gewalt – Handreichung für Lehrer zur Gewaltproblematik an Schulen (Oktober / November 2006):

Unter dem Titel „Gewalt tut weh“ hat der Landespräventionsrat Rheinland-Pfalz eine Handreichung entwickelt, die praktische Empfehlungen für die Bearbeitung von Konflikten, schnelle Hilfen und Ansprechpartner in Notsituationen, aber auch Ratschläge und Kontakte für Präventionsmaßnahmen gibt.

Partner: Landespräventionsrat (ISM)

www.ism.rlp.de

RIGG – Rheinland-pfälzisches Interventionsprojekt gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen (seit 2000):

Mit dem umfassenden ressortübergreifenden und interdisziplinären Interventionskonzept RIGG beschreitet Rheinland-Pfalz seit 2004 einen neuen Weg wider die Gewalt gegen Frauen. Er geht von der Prämisse aus, dass Gewalt in engen sozialen Beziehungen keine Privatsache ist, sondern dass sich Staat und Gesellschaft zum Schutz der überwiegend davon betroffenen Frauen einmischen müssen. Das ineinander greifende, vernetzte Konzept beginnt mit den Maßnahmen der Polizei, bietet den Opfern über nicht staatliche Interventionsstellen und Beratungsstellen schnelle und wirksame Hilfe an, ermöglicht ihnen, bei Gericht Schutzanordnungen nach dem Gewaltschutzgesetz zu beantragen und umfasst auch ein Therapieangebot für Täter, um künftige Gewaltanwendung möglichst zu vermeiden.

Partner: MASGFF, ISM, Polizei, JM, Notrufe, Frauenhäuser, Gleichstellungsbeauftragte, Jugendämter, Gesundheitsinstitutionen, Interventionsstellen, Täterarbeitseinrichtungen

www.rigg-rlp.de

Wir im Verein mit Dir (Schuljahre 2005/06 und 2006/07, Fortführung auch im Schuljahr 2007/08):

Ziel des Vereins ist es, allen Kindern und Jugendlichen Felder sozialen Lernens außerhalb der Familie möglich zu machen, die pädagogische Kompetenz derjenigen zu stärken, die in unserer Gesellschaft erzieherisch tätig sind und Hilfe zur bzw. bei der Erziehung anzubieten.

Partner: Landespräventionsrat, ISM, LSB, Schulen

www.wir-im-verein-mit-dir.de

Wer nichts tut macht mit (dauerhaft):

Seit 2000 wirbt die Polizei gemeinsam mit ihren Kooperationspartnern, wie z. B. der Bundespolizei, den kriminalpräventiven Gremien und dem Weissen Ring, alljährlich mit der Kampagne „Wer nichts tut, macht mit“ für mehr Zivilcourage in der Bevölkerung. Mit dem jährlich vom Minister des Inneren und für Sport verliehenen „Preis für Zivilcourage“ werden Menschen geehrt, die durch ihr couragiertes Handeln anderen in Notsituationen geholfen haben.

Partner: ISM, Polizei, Weisser Ring

www.polizei.rlp.de

easi:

„easi – Erlebnis, Aktion, Spaß und Information“ ist ein Angebot des Landeskriminalamtes Rheinland-Pfalz (LKA) an Kommunen, Institutionen und Organisationen des Landes. Es liefert mit seinen Maßnahmen einen Beitrag zur Gewalt- und Suchtprävention und kann individuell auf die Bedürfnisse innerhalb der Kommune abgestimmt werden.

Partner: ISM, LKA

www.polizei.rlp.de

Prävention im Team (PIT):

PIT ist ein abgestimmtes und aufeinander aufbauendes Unterrichtsprogramm, das Schule und Polizei gemeinsam im Team mit Schülerinnen und Schülern der 6.-8. Schulklassen durchführen. Das Projekt unterstützt die Auseinandersetzung mit jugendtypischem Fehlverhalten von Achtlosigkeit über Rücksichtslosigkeit bis hin zur Kriminalität in den Bereichen Sucht, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Als wesentliche Zielsetzung steht die Stärkung der Persönlichkeit und der Auf- und Ausbau sozialer Kompetenzen bei jungen Menschen im Vordergrund.

Partner: ISM, LKA

www.polizei.rlp.de

ICH und DU und WIR:

Das Programm dient der Förderung sozialer Kompetenzen in der Grundschule. Es ist eingebettet in den Bereich der Gesundheitserziehung, stellt einen Beitrag zur Sucht- und Gewaltprävention dar und dient insgesamt der Persönlichkeitsentwicklung. Ziele sind, die Selbst- und Fremdwahrnehmung des einzelnen Kindes zu fördern und das Klima einer Klasse insgesamt positiv zu beeinflussen.

Partner: IFB, MBWJK

Programm zur Primärprävention (ProPP) „Schülerinnen und Schüler stärken - Konflikte klären“:

Dieses Projekt beinhaltet Maßnahmen zur Sozialkompetenz und zur Sucht- und Gewaltprävention an weiterführenden Schulen (Klassenstufe 5 und 6). Ziel ist es, die Selbst- und Fremdwahrnehmung des einzelnen Kindes zu fördern und das Klima einer Klasse insgesamt positiv zu beeinflussen.

Partner: IFB, MBWJK

Mediation / Schülerstreitschlichtung:

Seit mehreren Jahren gibt es mehrtägige Kursreihen, die das Ziel haben, den Ansatz der Schülerstreitschlichtung kennen zu lernen und die Besonderheit der Gesprächsstruktur einzutrainieren. Die konkreten Umsetzungsschritte in der Schule werden vorgestellt und gemeinsam auf die jeweils eigene Schulsituation übertragen. Da die Kursreihen auf etwa ein Schuljahr angelegt sind, besteht prozessorientiert die Möglichkeit, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei der Implementation des Ansatzes in der Schule zu begleiten. Zusätzlich gibt es regionale Tagungen zum Erfahrungsaustausch für Lehrerinnen und Lehrer, die schon mit dem Ansatz der Schülerstreitschlichtung arbeiten, um hier Vernetzungen und vertiefte Fortbildungsangebote zu machen.

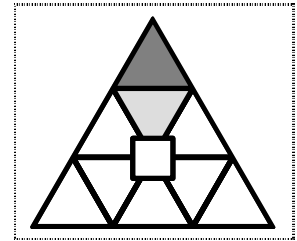
Partner: IFB, MBWJK

ifb.bildung-rp.de

Handlungsfeld:

E.c Bürgerengagement

Bedeutung: Bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit werden in unserer Gesellschaft zunehmend wichtiger. Viele Aufgaben können nur gemeinsam unter ehrenamtlicher Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger erledigt werden. Diese Teilhabe an der Gesellschaft fördert den sozialen Zusammenhalt, das Vertrauen und die Solidarität untereinander. Zudem trägt das freiwillige Engagement durch persönlichen Austausch und sinnvolle Freizeitgestaltung zur individuellen Lebenszufriedenheit bei.



Seit der Jahrtausendwende wird die Rolle des bürgerschaftlichen Engagements noch stärker wahrgenommen: Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2000–2002) und der erste bundesweite Freiwilligensurvey (1999) lenkten die Aufmerksamkeit auf die modernen Formen des Engagements mit veränderten Motivations- und Zeitstrukturen. Diese ergänzen das traditionelle „Ehrenamt“, das stark durch eine formale Mitgliedschaft und feste Strukturen geprägt ist, um eine Vielzahl von eher spontanen und zielgerichteten Beteiligungsformen.

Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land zusammen mit den Kommunen, den Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbörsen die Förderung des Engagements weiter gezielt intensivieren und ausbauen wird.

Partner: ISM, StK, MASGFF, Sozialverbände, Kommunen, Bürgerinnen und Bürger

www.wir-tun-was.de
www.frauenetz-aktiv.de
www.umdenken.de
www.b-b-e.de

Ziel: Ziel der Landesregierung ist eine Bürgergesellschaft, in der sich alle Menschen mit ihren Fähigkeiten und Interessen einbringen können. Die politische Willensbildung soll noch weiter durch das Wissen der Bürgerinnen und Bürger angereichert werden, was sowohl die Gestaltung landespolitischer Themen, als auch die Förderung der kommunalen Beteiligung betrifft. Die Beteiligung muss aber stets den freiwilligen Charakter behalten und soll nicht instrumentalisiert werden. Dafür unterstützt die Landesregierung als Gründungsmitglied des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) die Entwicklung einer lebendigen Bürgergesellschaft auf Landes- und Bundesebene.

Es ist von besonderer Bedeutung, die Menschen in das gesellschaftliche Leben einzubeziehen und sie an der Weiterentwicklung der kommunalen Infrastruktur zu beteiligen. Die Politik wird daher die Bürgerinnen und Bürger durch den Ausbau der Infrastruktur sowie der Anreiz- und Anerkennungskultur weiter befähigen und ermuntern.

Besonders im städtischen Bereich sind moderne Formen der projektbezogenen, abgegrenzten Freiwilligenarbeit verstärkt zu berücksichtigen. Aber auch die Arbeitswelt ist mit der Bürgergesellschaft weiter zu verbinden, indem etwa verstärkt Freiräume für das Engagement geschaffen werden.

Gerade für ältere Menschen sind die Beteiligungsmöglichkeiten zu verbessern und weiterzuentwickeln. Günstige Rahmenbedingungen für Selbstorganisation und Selbsthilfe sowie neue Formen des bürgerschaftlichen Engagements und der Nachbarschaftshilfe sind zu unterstützen.

Kinder und Jugendliche sollen an Planungs- und Gestaltungsprozessen beteiligt werden. Daher wird das Engagement über den Lernort Schule weiter ausgebaut.

Traditionelle Rollenverteilungen von Frauen und Männern im Bürgerengagement sollen abgebaut werden; dazu gehört insbesondere die stärkere Partizipation von Frauen auf allen Entscheidungsebenen. Der Frauenanteil in Gremien ist also durch geeignete Maßnahmen zu steigern.

Die Lokale Agenda 21 soll als kommunales Engagement, das besonders auf die Nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist, weiter intensiviert und etabliert werden.

Indikator: Freiwillig engagierte Menschen

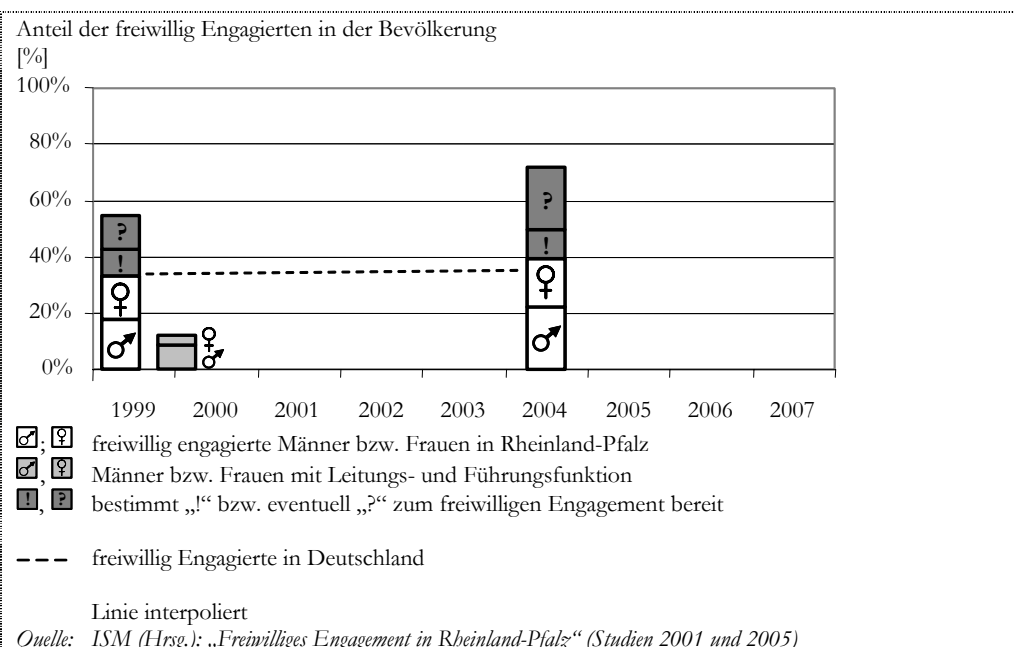
Referenz: –

Beschreibung: Das freiwillige Engagement ist ein Grundbaustein der Bürgergesellschaft. Die Bürgerinnen und Bürger übernehmen in Vereinen, Gruppen, Initiativen oder Organisationen Aufgaben, die von der Öffentlichen Hand nicht getragen werden können und nicht getragen werden sollten. Gleichzeitig ist das Engagement mit einer sinnvollen und erfüllenden Verwendung der Freizeit verbunden.
Das freiwillige Engagement ist bisher nur sporadisch erfasst worden. Die Studien „Freiwilligensurvey“ stellen daher eine wichtige, erste Datenbasis dar. Gemessen wird die Zahl der Menschen über 15 Jahren, die besondere freiwillige oder ehrenamtliche Tätigkeiten übernehmen. Das freiwillige Engagement verfolgt keinen Erwerbszweck und dient nicht lediglich der Erholung oder Unterhaltung.

Verlauf: Mit mehr als 1 Mio. freiwillig engagierten Menschen liegt das Land bundesweit auf Platz 2. Das Bürgerengagement hat sich von 1999 bis 2004 von 33 % auf 39 % positiv entwickelt. Im Jahr 2004 ist darüber hinaus ein Drittel der Bevölkerung bereit sich zu engagieren, wobei die eventuelle Bereitschaft zum Engagement innerhalb von fünf Jahren stark stieg. Seit dem Dritten Agenda 21-Programm gibt es keine aktuelleren Angaben.

Es engagieren sich etwas mehr Männer freiwillig als Frauen, jedoch übernehmen beinahe doppelt so viele Männer wie Frauen Leitungs- und Vorsitzfunktionen.

Über die Abbildung hinaus ist festzustellen, dass fast 30 % der älteren Menschen in Rheinland-Pfalz sich freiwillig engagieren (Stand 2004), 1999 waren es noch 15 %.



Bewertung: Rheinland-Pfalz hat im Bundesvergleich ein vergleichsweise hohes Bürgerengagement, was u. a. auf die starke Beteiligung in den eher ländlich geprägten Strukturen zurückzuführen ist. Die Entwicklung des Engagements und der Bereitschaft ist positiv, selbst das Engagementpotenzial wächst noch im Unterschied zum Bundesdurchschnitt. Größere zu erschließende Potenziale bestehen bei älteren Menschen, in Städten sowie bei Migrantinnen und Migranten. Frauen sind noch zu wenig in höheren Positionen mit Gestaltungsmacht vertreten.

Die Effekte der im November 2006 eingerichteten „Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt“ sind abzuwarten. Diese hat den Auftrag, Vernetzung und Koordinierung von Programmen der Landesregierung zur Förderung von Ehrenamt und Bürgerengagement voranzutreiben und den Dialog mit der Zivilgesellschaft zu intensivieren.

Ausblick: Die kombinierte Darstellung der verschiedenen Auswertungen ist zu prüfen, ob etwa Möglichkeiten zur Vereinfachung existieren.
Eine Fortsetzung der Freiwilligensurveys ist für die Fortschreibung des Indikators in der jetzigen Form unerlässlich.

Beispiele und Vorhaben:

Wir tun was (aktuell):

Unterstützung, Anerkennung ehrenamtlich Tätiger, Informations- und Erfahrungsaustausch durch Angebote und Schritte zur Vernetzung erleichtern dynamischen Informationsaustausch zum Thema Ehrenamt. Organisationen können sich vorstellen, für ihre Projekte, Veranstaltungen und Wettbewerbe werben, Stellen anbieten, zur Diskussion anregen und sonstige Informationen veröffentlichen. Wichtige Eckpunkte der von der Staatskanzlei koordinierten Aktivitäten:

- Ehrenamtsbörse
- Ehrenamtszeitung „wir-tun-was“
- Versicherungsschutz im Ehrenamt
- Verbesserung der Freistellungsregelungen im Zuständigkeitsbereich der Landesregierung
- Ehrenamtstag für alle ehrenamtlich Aktiven in Rheinland-Pfalz
- Bürgerkongresse 2005, mit dem Ziel, die Bürgerbeteiligung in den Kommunen auszubauen
- Wettbewerb „Herausragende kommunale Ehrenamtsprojekte“
- Fachveranstaltungen zu bestimmten Themenschwerpunkten
- Auszeichnung von verdienten Ehrenamtlichen mit dem Landesverdienstorden und Landesverdienstmedaille
- Ausbau der Bürgerbeteiligung auf der kommunalen Ebene
- Seit November 2006 Einrichtung der „Leitstelle Bürgergesellschaft und Ehrenamt“. Leitstelle hat Auftrag, Vernetzung und Koordinierung von Programmen der Landesregierung zur Förderung von Ehrenamt und Bürgerengagement voranzutreiben und den Dialog mit der Zivilgesellschaft zu intensivieren.
- Seit April 2007 Einführung des „Engagement- und Kompetenznachweises Ehrenamt“. Es dient zur Auskunft über die im Ehrenamt erworbenen sozialen/fachlichen Qualifikationen.
- Stiftungstag Rheinland-Pfalz 2007 „Freiheit fühlen – Verantwortung wagen“ auf dem Hambacher Schloss (Juli 2007) mit folgenden Themenschwerpunkten: die Gründung von Bürgerstiftungen; Erben und Vererben – Stiftungen als Optionen; Stiftung als Unternehmensnachfolge, Vermögensanlage für Stiftungen etc.
- Vierter landesweiter Ehrenamtstag mit anschließender SWR-Fernsehgalä „Ehrensache“ (September 2007). Über 100 Projekte des Engagements aus Rheinland-Pfalz präsentieren sich
- Die Ergebnisse der fünf Bürgerkongresse werden derzeit auf ihre Umsetzung hin geprüft (über 80 Projekte)
- Verleihung des Sonderpreises Corporate Citizenship durch Ministerpräsident Kurt Beck an ein rheinland-pfälzisches Unternehmen mit besonderem gesellschaftlichem Engagement

Partner: StK

www.wir-tun-was.de

Bürgerkongresse (März bis November 2005):

Die Staatskanzlei Rheinland Pfalz lädt Bürgerinnen und Bürger ein, die sich als Expertinnen und Experten zu zentralen Politikfeldern der Landesregierung äußern und sich bürgerschaftlich engagieren, womit die Bedeutung ihres Engagements unterstrichen wird. Daher münden die Bürgerkongresse in einem Bürgermanifest, das auf der abschließenden Konferenz „Zukunft braucht Beteiligung – Sozialer Wandel und die Potentiale der Bürgergesellschaft“ der Landesregierung überreicht wird.

Die Kongressreihe befasste sich mit vier Zukunftsbereichen der Bürgergesellschaft:

- Zusammenleben gestalten: Freiwilliges Engagement von zu- und eingewanderten Menschen
- Engagement verbindet: Schule und Kindertagesstätte als Lern- und Lebensraum
- Bürgerkompetenz und freiwilliges Engagement nutzen: Chancen für eine lebendige Kommune
- Unternehmen engagieren sich: Gesellschaftliche Verantwortung, die allen zugute kommt

Partner: StK

www.buergerkongress.rlp.de

Projekt SeniorTrainer Rheinland-Pfalz (Fortsetzung in 2007 und 2008):

Die Erfahrung älterer Menschen und ihre Bereitschaft zum Engagement greift das Projekt SeniorTrainer auf. Hervorgegangen aus dem Bundesmodellprogramm „EFI – Erfahrungswissen für Initiativen“ ist ein erfolgreiches eigenständiges Rheinland-Pfalz-Projekt entstanden. Dieses wird auch in 2007 und 2008 fortgesetzt. Über 100 Senior-Trainerinnen und SeniorTrainer sind bereits qualifiziert und in den unterschiedlichsten Bereichen im Gemeinwesen aktiv. Zu den Betätigungsfeldern gehören z. B. Theaterprojekte mit Senioren für Senioren, Schreibwerkstätten, Jugendlotsendienste zum Berufseinstieg, Ehrenamtstage, Info-Stammtische, Ausstellungen und Single-Treffs für ältere Menschen.

Zur Modellphase in Rheinland-Pfalz wurde die Broschüre „Vier Jahre SeniorTrainerinnen und SeniorTrainer in Rheinland-Pfalz – Erfahrungswissen multiplizieren – Neue Verantwortung übernehmen“ veröffentlicht.

Partner: Ev. Kirche, MASGFF, StK, ISM, MBWJK

www.masgff.rlp.de

Freiwilligensurvey:

Das ISM ließ den ersten deutschen Freiwilligensurvey 1999 speziell für das Land Rheinland-Pfalz auswerten. Damit beabsichtigte das ISM, erstmalig einen differenzierten Überblick zu Strukturen, Zielgruppen, Wertorientierungen und Motivlagen, Problemlagen und Verbesserungswünsche der Engagierten zu gewinnen. Schließlich sollten auch die Potenziale und Möglichkeiten zur Verbesserung des bürgerschaftlichen Engagements aufgedeckt werden. Die Studie „Freiwilliges Engagement in Rheinland-Pfalz“ konnte 2001 erstmals veröffentlicht und vier Jahre später mit der Studie „Freiwilliges Engagement in Rheinland-Pfalz – 1999–2005 im Trend“ auf Basis der Freiwilligensurvey 2004 fortgeführt werden.

Partner: ISM

Beispiele für das Engagement von und mit älteren Menschen:

- Gründung von kommunalen Seniorenbeiräten
- Qualifizierung von älteren Menschen zu selbstverantwortlichem Engagement für Projekte und Initiativen
- Ausbildung von Heimtutoren
- Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in der Pflege

Partner: MASGFF

„Energieberatung durch Senioren“ – Energiesparen in Privathaushalten (seit 1998):

Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden in einer umfangreichen Schulung über Grundlagen der Energieberatung, Dämmung, Heizungsanlage, Warmwasserbereitung, Stromanwendungen, Energieabrechnung, Regenwassernutzung, Umweltbewusstes Einkaufen sowie Garten und Heimwerken informiert. Nach der Schulung waren und sind die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der Lage, in Privathaushalten selbständig eine „Grundlagenberatung“ durchzuführen. Gelegentlich halten die Energieberaterinnen und Energieberater auch Vorträge vor Seniorengruppen. Beraten werden nicht nur Seniorinnen und Senioren, sondern Menschen aller Altersgruppen.

Dabei ist klar, dass alle Senioren-Energieberaterinnen und -berater ihre Grenzen kennen. Sie geben Anstöße, wollen Bewusstsein schaffen, verweisen aber im Bedarfsfall an professionelle Energieberatungsangebote oder Handwerksbetriebe. Regelmäßig treffen sich die Beraterinnen und Berater zur Weiterbildung und zum Erfahrungsaustausch.

Partner: RLK

Generationennetzwerk Umwelt:

Das Generationennetzwerk Umwelt wendet sich an Einrichtungen und Personen, die in umweltbezogenen Handlungsfeldern oder im Rahmen der Umsetzung der Agenda 21 generationenübergreifend und seniorenbezogen tätig sind oder dies beabsichtigen. Es unterstützt acht ausgewählte Einrichtungen dabei, als Lernwerkstätten in der Projektlaufzeit neue Ansätze für Jung und Alt zu entwickeln und zu erproben. Das Netzwerk sammelt, vermittelt und dokumentiert. Informationen und Erfahrungen sollen gleichermaßen für Einrichtungen mit vielen und für solche mit wenigen Erfahrungen und Kenntnissen eine interessante Plattform darstellen.

Partner: NABU

www.generationennetzwerk.de

Stadtmarketing und Lokale Agenda 21 der Stadt Trier:

Das Konzept „Zukunft Trier 2020“ ist ein langfristiges, ziel- und umsetzungsorientiertes Handlungskonzept, das ganzheitlich ausgerichtet ist und alle kommunalpolitischen Handlungsfelder umfasst. Es ist ein zukunftsorientiertes Führungskonzept, das lokale Akteure sowie Bürgerinnen und Bürger mit einbezieht.

LZU-Angebote für Lokale Agenda 21:

Auch in Rheinland-Pfalz beschäftigen sich die Kommunen mit dem wichtigen Zukunftsthema Lokale Agenda 21. Die Landeszentrale für Umweltaufklärung möchte die Öffentlichkeit über die aktuelle Situation der Umwelt aufklären und die Bereitschaft der Bevölkerung zu umweltgerechtem Verhalten und zur Mitwirkung an den Aufgaben des Umweltschutzes wecken. Dies wird u. a. mit Hilfe von Prozessberatungen, Moderatorschulungen, Einstiegspaketen, Bausteinen, Videofilmen, Bürgerbroschüren, Medienpaketen, Projekt- und Umfragedatenbanken getan. Um den Informationsaustausch und die Vernetzung zu fördern, wurden Erfahrungen von aktiven Gemeinden zusammengetragen und in einer Datenbank recherchierbar gemacht. Die Angaben aller Kreise und Kommunen mit Agenda 21 Aktivitäten stehen als PDF-Datei zum Downloaden, Ansehen und Ausdrucken zur Verfügung und sollen kontinuierlich ergänzt und erneuert werden.

Partner: LZU

www.umdenken.de

Fördermittel für Lokale Agenda 21:

Neben den eigenen Aktivitäten und Publikationen fördert und unterstützt die Landeszentrale für Umweltaufklärung auch Projekte und Initiativen Dritter in Rheinland-Pfalz. Wenn Gruppen, Initiativen, Vereine oder Verbände für ihre Projekte zuwenig Geld zur Verfügung haben, kann die Landeszentrale für Umweltaufklärung unter gewissen Voraussetzungen und im Rahmen ihres dafür zur Verfügung stehenden Budgets einen Zuschuss gewähren. Um Aussicht auf Unterstützung zu haben, muss aus der Projektbeschreibung ein deutlicher Umweltbezug, der Modellcharakter und/oder die landesweite Bedeutung des Vorhabens deutlich werden. Besonders gute Aussichten hat ein Antrag, wenn er sich im Themenkreis „Nachhaltige Entwicklung“ bewegt.

Partner: LZU

www.umdenken.de

Ehrenamtsbörse „Bürger Aktiv Westerwald“ (seit 2002):

Anlaufstelle für engagementbereite Bürgerinnen und Bürger der Region. Sie werden persönlich und telefonisch beraten, informiert und erhalten Orientierungshilfen für ihre Freiwilligenarbeit. Darüber hinaus ist die Ehrenamtsbörse für Vereine, Verbände und Organisationen da, um für diese ehrenamtliche Helferinnen und Helfer zu gewinnen, zu beraten, zu begleiten und weiterzubilden. Die Ehrenamtsbörse ist geschäftsführend für die „Arbeitsgemeinschaft Ehrenamt“ tätig, der Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlichster Westerwälder Vereine und Verbände angehören.

Partner: Parität

www.buerger-aktiv-westerwald.de

Ehrenamtliche Westerwälder Clown-Doktoren (seit 2002):

Die Westerwälder Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfe (WeKISS) hat ehrenamtlich engagierte Männer und Frauen aus den unterschiedlichsten Berufs- und Altersgruppen in vielen Workshops zu ehrenamtlichen Clown-Doktoren „ausgebildet“. Zurzeit sind insgesamt 22 Männer und Frauen in den Krankenhäusern in Koblenz, Montabaur und Landau zu Visiten unterwegs und haben in den letzten Jahren weit mehr als 3.500 kranke Kinder an deren Krankenhausbetten besucht. Die Clown-Doktoren werden regelmäßig fortgebildet, außerdem gibt es eine Supervision. Das Konzept der WeKISS unterscheidet sich von den Konzepten anderer Klinik-Clowns dadurch, dass hier ausschließlich ehrenamtlich engagierte Menschen tätig sind, die für ihre Besuche am Krankenbett keine Honorare/Aufwandsentschädigung erhalten. Das Projekt finanziert sich ausschließlich aus Spendengeldern.

Partner: Parität

www.clowndocor.de

Selbsthilfegestützte Seniorenarbeit im ländlichen Raum (seit 1994):

Schwerpunkt ist die Anregung, Unterstützung und Begleitung von bürgerschaftlichem Engagement älterer Menschen. Die einzelnen Aktivitäten sind: Seniorenstammtisch, Westerburger Seniorenvormittage, Schreibwerkstatt für Senioren, Werkstatt für literarisches Schreiben, Telefonkette für ältere Alleinlebende, Krankenhausbücherdienst, Erzähltreff, E-Mail-Freundschaftsbörse, Fahrermutigungstraining, Scrabble-Treff, Treffs Alleinlebender 55plus, Tischtennis-Treff, Senioren Skat-Club

Partner: Parität

www.wekiss.de

Nachhaltigkeitsbereich:

F Gesellschaft und Umwelt integrieren

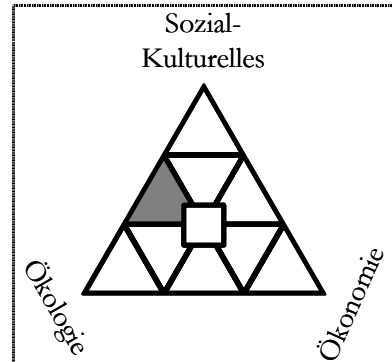
Leitbild: Die Bürgerinnen und Bürger sind durch ihre Konsummuster, Freizeitgestaltung sowie bürgerschaftliches Engagement Hauptakteure zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. Gleichzeitig gewinnt die Gesellschaft Nutzen und Identifikation durch die Integration der natürlichen Umwelt.

Leitziel: Das individuelle Handeln soll mit den ökologischen Anforderungen verträglich sein. Ebenfalls sollen sich die Bürgerinnen und Bürger in ihrer natürlichen Umwelt wohl fühlen.

Das Land wird darauf hinwirken, dass

- der naturnahe und umweltverträgliche Tourismus ausgebaut,
- das Naturerlebnis und das Verständnis von Natur und Umwelt gestärkt,
- das Wohn-, Arbeits- und Freizeitumfeld attraktiv gestaltet wird sowie
- die Hochwasservorsorge und Hochwasserschutzmaßnahmen durchgeführt werden.

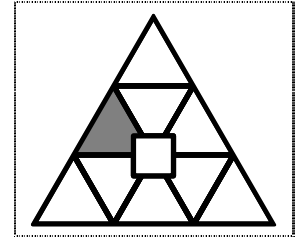
Handlungsfelder: - Attraktives Lebensumfeld
- Naturereignisse bewältigen



Handlungsfeld:

F.a Attraktives Lebensumfeld

Bedeutung: Die zunehmende Technisierung und die modernen Arbeits-, Konsum- und Medienansprüche in nahezu allen Bereichen des Alltags erzeugen bei vielen Menschen den starken Wunsch nach seelischer und körperlicher Erholung in naturnahen Landschaften. Naturnähe ist dementsprechend ein wichtiger Faktor für ein attraktives Lebensumfeld, weil sie die Bedürfnisse nach Erholung und spielerischer Betätigung befriedigt sowie das ästhetische Empfinden positiv beeinflusst. Ferner hält ein angenehmes Lebensumfeld störende und gesundheitsschädliche Einflüsse fern. Damit steigert das naturnahe Lebensumfeld die Standortattraktivität.



Gerade Kinder erfahren die Natur mit allen Sinnen und lernen sozusagen spielend von ihr. Jungen und Mädchen brauchen Räume, in denen sie sich bewegen können und die zugleich leicht zugänglich und gefahrlos zu erreichen sind. Jugendliche benötigen ebenso attraktive Außenräume als Treffs mit Gleichaltrigen: Plätze, Brachen oder Grünflächen, die spontanes Spiel, Kommunikation und Bewegung ermöglichen.

Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land zusammen mit den Kommunen und den Bürgerinnen und Bürgern entsprechende Räume schaffen kann.

Partner: ISM, MUFV, MASGFF, MBWJK, FM, SGD-Nord, SGD-Süd

Ziel: Ziel in Bezug auf die Entwicklung der Siedlungsräume sollte die Erhaltung, Schaffung und Sicherung qualitativvoller Spiel-, Erlebnis- und Aufenthaltsbereiche im Freiraum für alle Generationen sein. Die Siedlungsentwicklung fordert gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung kinder- und altersgerechte Angebote. Daher wird die rheinland-pfälzische Landesregierung die Gemeinden und Städte weiterhin bei der Schaffung qualitativ ansprechender Spiel- und Erholungsräume sowie bei der Durchführung von Spielleitplanungen unterstützen. Als wesentliche Qualitätskriterien legt die Landesregierung insbesondere für Kinder und Jugendliche Aufenthaltsqualität, Erlebnisvielfalt, Erreichbarkeit, Gestaltbarkeit, Multifunktionalität, Wiedererkennungswert sowie die Berücksichtigung der Bedürfnisse beider Geschlechter zugrunde.

Mit dem attraktiven Lebensumfeld verfolgt das Land auch die siedlungspolitische Zielsetzung, die Städte bzw. den Baubestand aufzuwerten. Diese sollen eine kinderfreundliche Umwelt und barrierefreien Zugang bieten. Weitere Faktoren eines naturnahen Lebensumfeldes sind Benutzbarkeit, Ausstattung, Ästhetik, Sicherheit, Erreichbarkeit, Lärmschutz und Erschließung. Dem Wald in Rheinland-Pfalz kommt als Erholungsraum weiterhin eine hohe Bedeutung zu. Diesen Erholungsraum sollen Menschen ebenso in der gesamten Landschaft mit geschützten Naturräumen, Gewässern, Wiesen und Bergen finden können.

Störungen durch Lärm sind zu vermeiden, da sie eine bedeutende Beeinträchtigung des menschlichen Wohlbefindens und der Gesundheit bedeuten. Daher wird das Land die hauptsächlich durch Verkehr verursachte Belästigung im innerstädtischen Bereich und an Hauptverkehrswegen (Straße, Schiene, Luft) weiter verringern. Dazu sind bauliche, technische und verkehrsbeeinflussende Maßnahmen zu ergreifen, ebenso wie die langfristige Verkehrsplanung zu gestalten ist.

Wohnraum soll auch in Zukunft gut und preiswert sein.

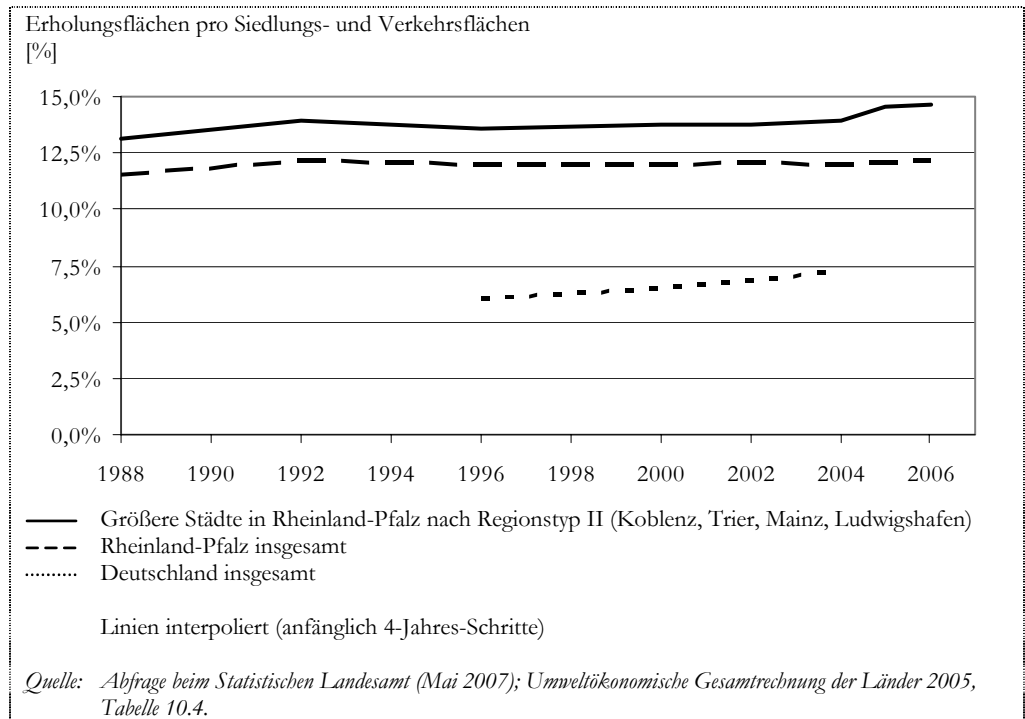
Die Ansprüche von Sporttreibenden sind auch in Zukunft mit den Belangen der Ökologie und der Nachbarschaft zu vereinen. Dafür werden die Leitlinien und Projekte mit dem Landessportbund fortgeführt.

Indikator 1: Erholungsflächen in verdichterten Räumen

Referenz: UMK

Beschreibung: Die Erholungsflächen haben wichtige sozial-ökologische Bedeutungen: Zum einen sind sie für die Grundwasserbildung und das Kleinklima bedeutend. Zum anderen tragen sie zur Rekreation und zu angenehmem Wohnumfeld bei. Besonders in verdichteten Strukturen bestehen weit weniger „grüne Lücken“. Der Indikator misst die unbebaute Fläche einschließlich Grün- und Friedhofsflächen von Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern und bezieht sie auf die Siedlungs- und Verkehrsfläche. Aufgrund von methodischen Änderungen in der Statistik kann der Indikator erst ab 1988 dargestellt werden.

Verlauf: Der Anteil der Erholungsflächen in Rheinland-Pfalz lag im Betrachtungszeitraum der letzten 15 Jahren im Vergleich zum Bundesdurchschnitt auf einem gleich bleibenden, unverändert hohen Niveau. Seit dem Dritten Agenda 21-Programm nahmen die Erholungsflächen in größeren Städten weiter zu und betragen nun bald ein Siebtel der Siedlungs- und Verkehrsflächen.



Bewertung: Rheinland-Pfalz weist, insbesondere in verdichterten Räumen, ein hohes Maß an „Grün“ auf. Der hohe Standard sollte erhalten werden, weil die Städte in Rheinland-Pfalz sich dadurch als besonders attraktive Lebensräume auszeichnen.

Aussicht: Der verwendete Indikator kann lediglich ein erster Hinweis auf die Flächenstruktur in Städten sein. Für eine sachgerechte Ermittlung des attraktiven Lebensumfeldes sind differenzierte und auch qualitative Bewertungen vor Ort nötig. Erst daraus lassen sich Handlungsempfehlungen ableiten. Mit dem hier dargestellten Indikatoren, der ohnehin kaum Verbesserungspotenzial hat, ist dies kaum möglich. Daher ist der Indikator wie auch der nachfolgende Indikator „Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld“ hinsichtlich möglicher Alternativen in der weiteren Fortschreibung zu diskutieren.

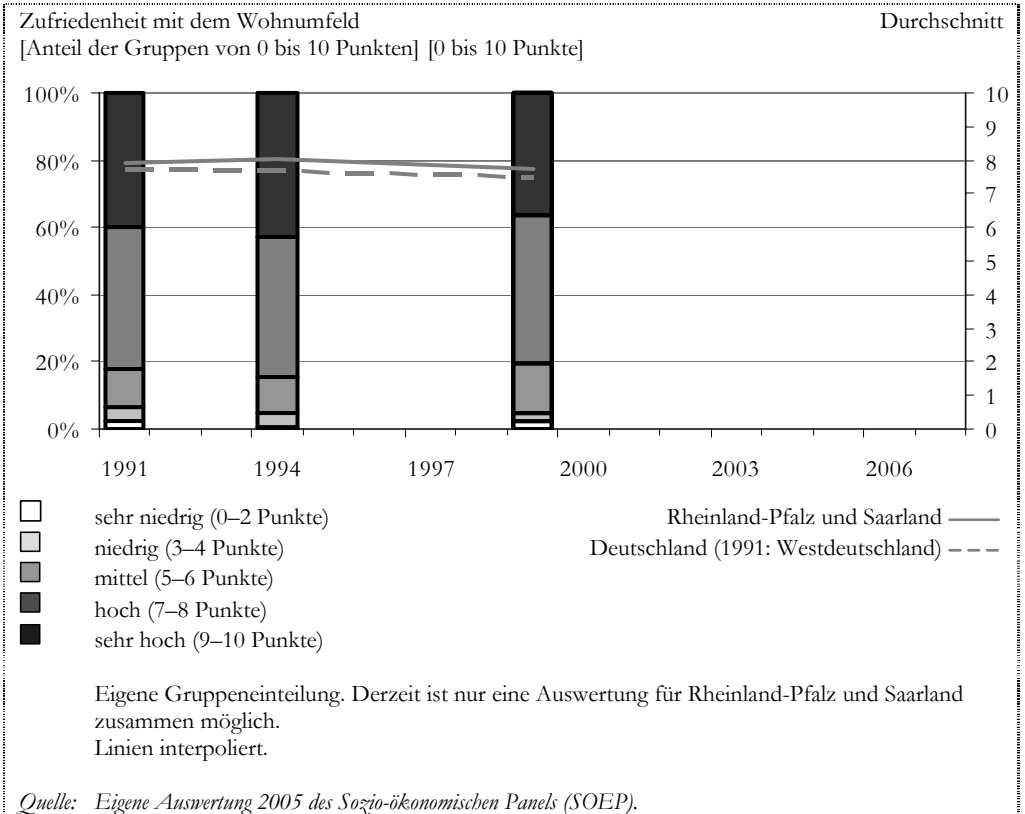
Indikator 2: Zufriedenheit mit dem Wohnumfeld

Referenz: –

Beschreibung: Das Wohnumfeld bestimmt das Wohlbefinden des Menschen sehr wesentlich, sodass hier ein wichtiger Ansatzpunkt für die Lebensqualität besteht. Das Lebensumfeld setzt sich aus verschiedenen Faktoren wie soziale Struktur, baulicher Zustand, Verkehrsströme, Mikroklima, Sicherheitsempfinden und anderem mehr zusammen.

Der Indikator misst die Zufriedenheit der Menschen mit ihrem Wohnumfeld auf einer Skala von 0 (sehr niedrig) bis 10 (sehr hoch). Die subjektive Bewertung ist allerdings ein recht allgemeiner Anhaltspunkt und daher im Detail bzw. vor Ort näher zu bestimmen.

Verlauf: Die Zufriedenheit mit dem Umfeld befindet sich in Rheinland-Pfalz auf hohem Niveau. Weniger als jeder Fünfte ist nur mittelmäßig oder weniger zufrieden. Die meisten Menschen geben eine hohe bis sehr hohe Zufriedenheit an. Die durchschnittliche Zufriedenheit ist ähnlich hoch wie auf Bundesebene. Aktuellere Daten als 1999 liegen nicht vor.



Bewertung: Rheinland-Pfalz wie auch Deutschland bieten insgesamt ein attraktives Lebensumfeld, da sich die Zufriedenheit auf hohem Niveau befindet. Die Bewertung ist aber unter Berücksichtigung der konkreten Situation vor Ort weiterzuführen, um das allgemeine Stimmungsbild „Zufriedenheit“ weiter zu konkretisieren. Insgesamt weisen die Ergebnisse auf eine gute Ausgangsbasis hin; es existieren vermutlich keine flächen-deckende Probleme.

Ausblick: Die Weiterverwendung des Indikators ist kritisch, da die Datenerhebung neu angestoßen werden muss und da Handlungsempfehlungen nur schwer ableitbar sind. In Expertenkreisen der Bundesebene wird gefordert, keine Zufriedenheitsindikatoren (konkret den ähnlich aufgebauten Indikator „Zufriedenheit mit der Gesundheit“ in der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie) zu verwenden. Im vorliegenden Fall ist auch zu bedenken, dass die abgefragte Zufriedenheit über die ökologische und sozial-kulturelle Ausrichtung des Handlungsfeldes hinausgeht. Aufgrund fehlender Alternativen wird der vorhandene Indikator jedoch bis auf Weiteres verwendet.

Beispiele und Vorhaben:

<p>Programm „Kinderfreundliche Umwelt“ (seit 1995):</p> <p>Im Rahmen des Aktionsprogramms Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz führt das MUFV seit 1995 das Programm „Kinderfreundliche Umwelt“ durch. Hierbei ging es zunächst um die Einrichtung naturnaher Spiel- und Erlebnisräume für Kinder und Jugendliche als Teil einer zukunftsorientierten Umwelt- und Kommunalpolitik nach dem Leitbild der AGENDA 21. Nach erfolgreicher Modellphase werden seit 1997 kindgerechte Spiel- und Erlebnisraumprojekte in Kindergärten, Schulen und auf öffentlichen Flächen gefördert. Mit deren Hilfe konnten bisher über 300 Erlebnisspielräume geschaffen werden.</p> <p>Seit 1999 führen das MUFV und das MBWJK gemeinsam im Rahmen des oben genannten Aktionsprogramms und in Fortführung der bis dato gesammelten Erfahrungen das Modellvorhaben „Spilleitplanung - Ein Weg zur kinderfreundlichen Gemeinde und Stadt“ durch. In der Handlungsanleitung, die im Frühjahr 2004 veröffentlicht wurde, werden Wege aufgezeigt, wie Städte und Gemeinden ihre räumliche Entwicklung unter kinder- und jugendfreundlichen Gesichtspunkten und durch die intensive Beteiligung von Mädchen und Jungen verbessern können.</p> <p>Bei der Durchführung der Spilleitplanung werden die Gemeinden und Städte von den beiden beteiligten Ministerien finanziell unterstützt.</p> <p>Partner: MUFV, MBWJK www.wasser.rlp.de / www.spilleitplanung.de / www.kinderrechte.rlp.de</p>
<p>Kooperation von Naturschützern und Sportlern zur Konfliktbewältigung und Beratung (seit 1999, wird fortgeführt):</p> <p>Natursportfachverbände und anerkannte Naturschutzverbände sind in Arbeitsgruppen organisiert, in denen konkrete Erkenntnisse gewonnen und formuliert werden. Es werden aber auch konkrete Konfliktsituationen mit dem Ziel einvernehmlicher Lösungen diskutiert. Die Entscheidungen der Arbeitsgruppen wirken dabei lediglich als Empfehlung für Politik und/oder Verwaltung.</p> <p>Partner: LSB, MUFV, ISM, Naturschutzverbände, Natursportverbände www.lsb-rlp.de</p>
<p>Umweltnetzwerk Kirche Rhein-Mosel:</p> <p>Das ökumenische Umweltnetzwerk, für dessen Realisierung sich eine ehrenamtliche Arbeitsgruppe einsetzt, unternimmt Aktivitäten für Klimaschutz und Energieeinsparungen. Mit öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten zur Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung für Umweltfragen wird ein Multiplikationseffekt erzeugt, der nicht nur in die Kirchen, sondern auch in die breite Öffentlichkeit hinein wirkt.</p> <p>Partner: Kirchen, RHK www.umweltnetzwerkkircherheinmosel.de</p>
<p>Arbeitsgruppen Natur und Sport Rheinland-Pfalz (seit 1999):</p> <p>In Rheinland-Pfalz kommen die im Landessportbund organisierten Natursportfachverbände und anerkannte Naturschutzverbände in den Arbeitsgruppen Natur und Sport zusammen. Die Arbeitsgruppen sind paritätisch mit Vertreterinnen und Vertretern des Sportes und der Naturschutzverbände besetzt. Beratend wirkt das Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz und das Ministerium des Innern und für Sport mit.</p> <p>In den drei Arbeitsgruppen Natur und Wassersport, Natur und Klettern sowie Natur, Pferdesport und Mountainbike werden nicht nur allgemeine Erkenntnisse gewonnen und formuliert, sondern auch, von Fall zu Fall, konkrete Konfliktsituationen mit dem Ziel einvernehmlicher Lösungen diskutiert. Die Arbeitsgruppe kann nur Empfehlungen aussprechen. Die Entscheidungen werden im politischen Raum und durch die Verwaltung getroffen. Durch die Kooperation von Naturschützern und Sporttreibenden können die Behörden beraten und Konflikte schon im Vorfeld entschärft werden.</p> <p>Partner: LSB, MUFV, ISM www.lsb-rlp.de</p>
<p>Grünes Klassenzimmer (seit 2002 Öffentlichkeitsarbeit, Führung, Projekttag):</p> <p>Der Träger des Projekts stellt brachliegende landwirtschaftliche Flächen für Jung und Alt zur stillen Naherholung, zum Rasten, Spielen und Lagern als „Grünes Klassenzimmer“ zur Verfügung. Er organisiert faunistische und floristische Führungen und Jugendlager.</p> <p>Jede Parzelle (1.500 bis 4.000 m²) hat ein Schwerpunktthema (vom „Trockenrasen“ über die „Streuobstwiese“ hin zum „Feuchtbiotop“), fast alle sind schon mit Bank und Tisch ausgestattet. So ergibt sich eine Perlenkette typisch rheinhessischer „Trittsteinbiotope“, die sich mit herrlichen Ausblicken in die Landschaft zu einem Rundwanderweg vor der Haustür entwickelt. Hinweise auf die Grünen Klassenzimmer sind auch in Publikationen der Verbandsgemeinde und des Verkehrsvereins „Herzliches Rheinhessen“ der VG Wörrstadt enthalten.</p> <p>Ziel des Trägers ist, die rheinhessische, historisch gewachsene Kulturlandschaft in ihrer Vielfalt, Eigenart und Schönheit zu erhalten, ihre Potenziale zu entwickeln und insbesondere der Jugend als unverzichtbaren, aber auch zu gestaltenden Lebensraum für Mensch, Pflanze und Tier in ihrer lokalen spezifischen Ausformung erlebbar und begreifbar zu machen.</p> <p>Partner: Agenda 21 VG Wörrstadt, BUND</p>

Lehrgang „Zertifizierte Natur- und Landschaftsführerinnen und -führer für den Naturpark Soonwald/Nahe“

(seit 2006):

Der im Jahr 2005 ausgewiesene Naturpark Soonwald/Nahe ist wegen seiner überaus attraktiven Natur- und Kulturlandschaft ein lohnendes Reiseziel. Der neue Lehrgang bereitet künftige Botschafter der Region gezielt darauf vor, Urlaubsgästen und naturbegeisterten Menschen Natur und Landschaft ansprechend vorzustellen. Auch die Vermittlung von Naturerlebnissen und eine Einführung in die regionale Heimatgeschichte und -kultur werden vermittelt. Der Lehrgang entspricht den bundesweiten Standards, wie sie von den Umweltakademien der Länder erarbeitet wurden. Zielgruppe sind alle Menschen in unserer Region, die ihr naturkundliches Wissen über Soonwald und Naheland erweitern und durch Führung an andere weitervermitteln wollen. Dabei spielt der berufliche Abschluss keine Rolle. Auch junge Erwachsene mit Engagement für ihre Heimat sind willkommen, denn auch junge Leute besuchen unsere Region und möchten etwas über sie erfahren.

Partner: BUND

www.bund-rlp.de

Bachpatenschaft:

Bachpaten bemühen sich um das Wiederherstellen und Erhalten von ökologisch intakten Gewässerzuständen. In vielen Bächen mangelt es an wichtigen natürlichen Gewässerstrukturen. Bachpaten können dazu beitragen, dass solche Strukturen wiederentstehen, indem sie sich für das Erhalten noch intakter natürlicher Strukturen einsetzen oder kontrollierte Maßnahmen initiieren, die eine beschleunigte natürliche Strukturentwicklung auslösen.

Bachpatenschaften fördern damit die biologische Wirksamkeit der Gewässer und das öffentliche Bewusstsein für die Erhaltung intakter, naturnaher Gewässer gleichermaßen.

Die zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit einer Bachpatenschaft besteht darin, die Bürgerinnen und Bürger wie auch die politischen Entscheidungsträger der Bürgerschaft für einen umfassenden Schutz und eine naturnahe Gestaltung des Baches zu gewinnen. Bachpaten sind somit wichtige Partner der AKTION BLAU.

Partner: SGD, LUWG

www.wasser.rlp.de

Wasserläufer (2007):

Der BUND hat 2007 in Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium ein neues Projekt zur Grundlagenerhebung von Referenz-Fließgewässern gestartet. Die Gewässer liegen an optimal ausgebildeten Bach-/Flussabschnitten, die meist in bewaldeten Mittelgebirgslagen anzutreffen sind.

Landesweit wurden ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Gewässeruntersuchung geschult und flankieren als Gewässerbeobachter die Arbeit der wissenschaftlichen Arbeitsgruppe. Die „Wasserläufer“ beobachten festgelegte Bachabschnitte längerfristig und unterstützen das wissenschaftliche Expertenteam bei der Beschreibung der Wildbäche. Deshalb wird viel Wert darauf gelegt, die Gewässerbeobachter entsprechend zu schulen und ihnen kontinuierlich hilfreich zur Seite zu stehen. Der BUND bietet zwei vorbereitende Schulungen und einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch.

Partner: BUND, LUWG

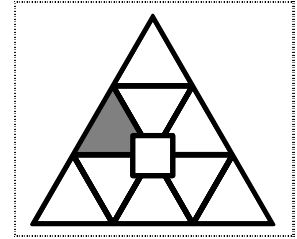
www.bund-rlp.de

Handlungsfeld:

F.b Naturereignisse bewältigen

Bedeutung: Der Mensch ist Teil der natürlichen Umwelt und hängt existenziell von ihr ab. Der Mensch kann natürliche Systeme aber auch beeinflussen und gestalten sowie sein eigenes Verhalten den natürlichen Standortbedingungen anpassen.

Hochwasser sind als Teil des Wasserkreislaufes unvermeidlich und immer wiederkehrende Naturereignisse. An großen Flüssen sind insbesondere lang anhaltende Niederschläge, auch mit Schneeschmelze, für die Hochwasser verantwortlich. An kleinen Flüssen und Bächen entstehen Hochwasser auch durch örtliche Starkregen.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da Raumplanung und Siedlungsentwicklung entsprechende Gestaltungsmöglichkeiten bieten. Die Regional- und Kommunalplanung kann insbesondere Maßnahmen zur Hochwasservorsorge und zur Vermeidung von Hochwasserschäden ergreifen.

Partner: MUFV, ISM, GStB, IKSR, IKSMS, Kommunen

Ziel: Die Menschen sollen darin unterstützt werden, die Auswirkungen von Naturereignissen auf ihr Leben und ihr Vermögen besser einzuschätzen und entsprechend zu handeln. Die Menschen sollen die Risiken von Naturereignissen sowie die technischen, organisatorischen und verhaltensbezogenen Reaktionen besser abschätzen können. Das heißt, dass unbewusste und unterschätzte Risiken angemessen ins Bewusstsein gebracht werden sollen.

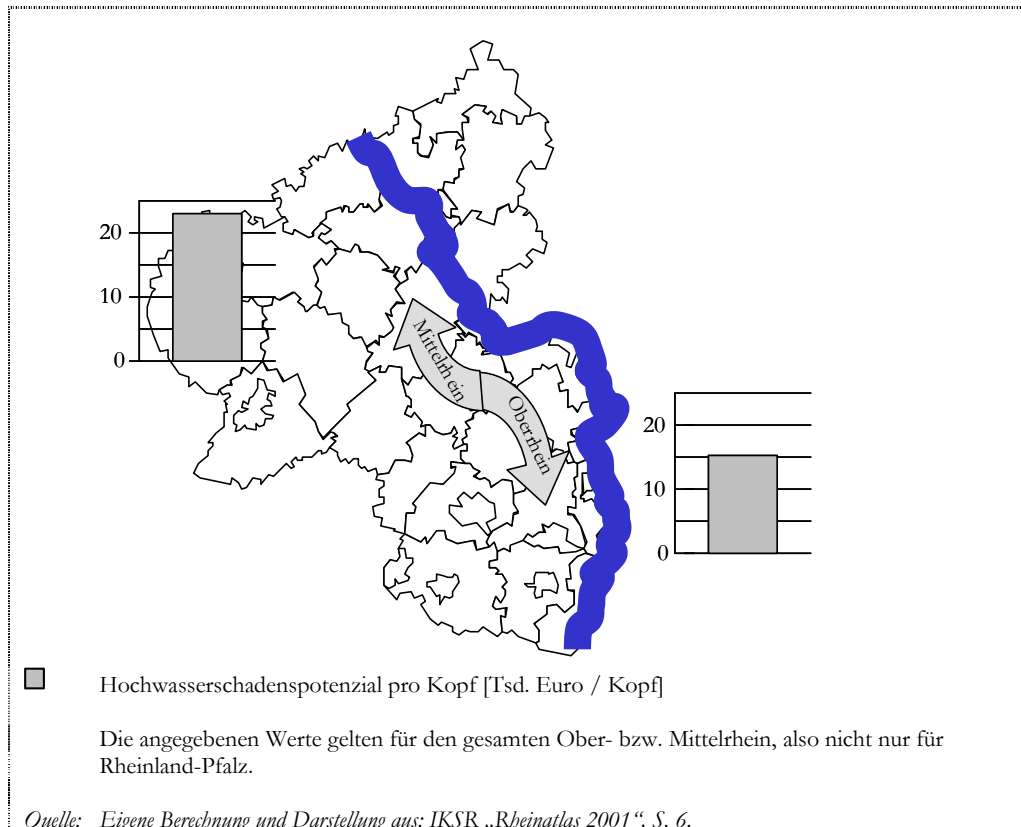
Das Land setzt die Vorgaben des Bundes und der Europäischen Union mit großem Ehrgeiz um. Dazu zählen insbesondere das 2005 in Kraft getretene Hochwasserschutzgesetz des Bundes und aktuell die europäische Hochwasserrichtlinie. Das Land teilt die Ziele, oberirdische Gewässer so zu bewirtschaften, dass der Entstehung von Hochwasserschäden vorgebeugt wird bzw. dass Hochwasserschäden verringert werden. Dies lässt sich nur im Zusammenwirken von staatlicher Vorsorge und eigenverantwortlichem Handeln der Verantwortlichen in den Kommunen, in den Gewerbe- und Industriebetrieben, aber insbesondere auch von jedem Einzelnen erreichen. In den Einzugsgebieten der Gewässer soll für den natürlichen Wasserrückhalt ausreichend Raum zur Verfügung stehen. Gleichzeitig soll der Gefährdung von Mensch und Vermögen durch technischen Hochwasserschutz, siedlungspolitische Maßnahmen, Bauvorsorge, Hochwasserwarnung und Risikoabsicherung entgegengewirkt werden.

Indikator: Hochwasserschadenspotenzial

Referenz: –

Beschreibung: Das Hochwasserschadenspotenzial ist die Summe aller möglichen Hochwasserschäden im gesamten überschwemmungsgefährdeten Gebiet. Das Schadenspotenzial unterscheidet sich vom Ereignisschaden, der nach einem einzelnen Hochwasserereignis eintritt. Man untersucht Schäden an Leib und Leben, Sach- und Vermögensschäden, Wertschöpfungsverlust, Verlust an Kulturgütern und Umweltschäden. Quantifizierbar ist das Schadenspotenzial von Sach- und Vermögenswerten. Es wird in Geldwert angegeben.

Verlauf: Das durchschnittliche Schadenspotenzial der Betroffenen am Oberrhein liegt bei ca. 15.000 Euro und am Mittelrhein bei knapp 23.000 Euro pro betroffener Person. Neuere Daten für das Hochwasserschadenspotenzial existieren nicht.



Bewertung: In den internationalen Hochwasseraktionsplänen für den Rhein und das Einzugsgebiet der Mosel und der Saar ist das Ziel festgeschrieben, die Hochwasserschadensrisiken zwischen 1995 und 2005 um 10 % zu verringern. Dies sollte im Wesentlichen durch die Verringerung der Hochwasserschadenspotenziale erreicht werden. Die Überprüfung hat ergeben, dass dieses Ziel außerhalb der deichgeschützten Gebiete am Oberrhein erreicht werden konnte. Dazu haben vor allem Maßnahmen der kommunalen Bauleitplanung und der Eigenvorsorge wie z. B. die Sicherung von Heizölanlagen in Wohnhäusern und Gewerbetrieben beigetragen.

Bis zum Jahr 2020 sollen die Schadensrisiken am Rhein im Vergleich zu 1995 um 25 % gesenkt werden. Auch dies lässt sich im Wesentlichen nur durch die Verringerung der Schadenspotenziale erreichen. Dazu sind verstärkte Anstrengungen erforderlich. Um die Ziele zu erreichen, müssen über die bisherigen Maßnahmen der Flächenfreihaltung in Überschwemmungsgebieten und der Sicherung wassergefährdender Stoffe hinaus insbesondere Objektschutzmaßnahmen in der bestehenden Bebauung ergriffen werden. Auch in der Verbesserung der gemeindlichen Gefahrenabwehr liegen noch Möglichkeiten. Damit die Betroffenen im Rahmen der Eigenvorsorge tätig werden, muss die Hochwassergefahr ins Bewusstsein der Betroffenen rücken.

Entsprechend der neuen EU-Hochwasserrichtlinie werden in den kommenden Jahren für die Gebiete mit bedeutenden Hochwasserrisiken Hochwasserrisikokarten und Hochwasserrisikomanagementpläne erstellt. Damit wird die Hochwasservorsorge weiter verbessert.

Ausblick: –

Beispiele und Vorhaben:

Aktionspläne Hochwasser an Rhein, Mosel, Saar, Nahe und Sieg:

Der Aktionsplan zielt auf die Vorsorge bei allen Hochwassersituationen ab, nicht nur auf die Vorsorge bei Extremereignissen. Dabei führt nur ein integriertes Denken und Handeln der Fachbereiche Wasserwirtschaft, Raumordnung und Siedlungsentwicklung sowie Land- und Forstwirtschaft auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene langfristig zu einem wirksamen Hochwasserschutz. Als Handlungsziele werden dabei die Verringerung des Schadensrisikos, die Erhöhung des Wasserrückhalts, die Optimierung des Hochwassermeldewesens und der Vorhersagezeiträume sowie die Verstärkung des Hochwasserbewusstseins definiert.

Partner: MUFV, IKS SR, IKSMS

www.wasser.rlp.de

Hochwassermeldedienst:

Während der Hochwasserzeiten werden umfangreiche Informationen zur Lage, Vorhersage, Wasserstände etc. der Flüsse Rhein, Mosel, Nahe/Glan und Sieg zur Verfügung gestellt. Die Hochwassermeldungen werden über die Informationswege Videotext, Internet, Mobilfunk (WAP), per Telefonabfrage und Rundfunk verbreitet.

Partner: MUFV; LUWG, SGD-Süd, SGD-Nord

www.hochwasser.rlp.de

Internet-Plattform Hochwasserschutz

Die Internet-Plattform Hochwasserschutz Rheinland-Pfalz ist eine gemeinsame Initiative des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz und der Wasserwirtschaftsverwaltung des Landes. Sie bietet allen am Hochwasserschutz Beteiligten, insbesondere den Kommunen, die Möglichkeit, ihre Projekte und Hochwasserschutzmaßnahmen der interessierten Öffentlichkeit vorzustellen.

Partner: MUFV

www.wasser.rlp.de

Hochwasserhandbuch:

Der Schlüssel zur Begrenzung von Hochwasserschäden liegt im Zusammenwirken von staatlicher Vorsorge und eigenverantwortlichem Handeln des Einzelnen. Hinweise für Vorsorge des Einzelnen enthält das Hochwasserhandbuch „Leben, Wohnen und Bauen in hochwassergefährdeten Gebieten“.

Partner: MUFV, LUWG, AK, VBI, GStB

www.wasser.rlp.de

Hochwassergefahrenkarte:

In Hochwassergefahrenkarten werden die Ausdehnungen häufiger und seltener Hochwasserereignisse und die daraus entstehenden Hochwassergefährdungen dargestellt. Sie existieren für den Rhein (IKSR) und die Mosel und Nebenflüsse (Gefahrenatlas Mosel).

www.ghafahrenatlas-mosel.de

Nachhaltigkeitsbereich:

G Internationale Verantwortung tragen

Leitbild: Die internationale Verantwortung ist ein Hauptbestandteil der Nachhaltigen Entwicklung. Dabei steht der „Ausgleich zwischen Nord und Süd“ im Vordergrund, um weltweit existenzielle Grundbedürfnisse zu befriedigen und ungerechte Verteilungen zu verringern.

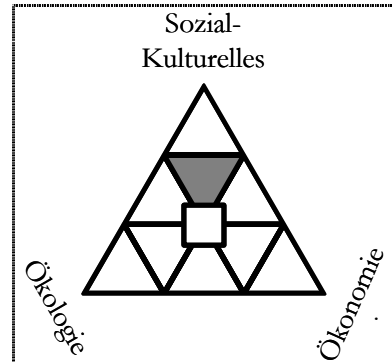
Leitziel: Das Land wird im Rahmen eigener Möglichkeiten die internationalen Entwicklungsziele voranbringen sowie fairen Handel fördern. Der eigene Wohlstand darf nicht in falscher Sparsamkeit enden.

Ziel der Zusammenarbeit ist die Hilfe zur Selbsthilfe sowie der Austausch von Kompetenzen.

Insbesondere Frauen sind wichtige Multiplikatoren der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung und auf lokaler Ebene zu stärken. Darüber hinaus sollen Frauen an den politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen eines Landes gleichberechtigt teilhaben.

Die Zusammenarbeit fördert ebenfalls die Erhaltung des natürlichen Lebensumfelds, von dem gerade arme Menschen existenziell abhängig sind.

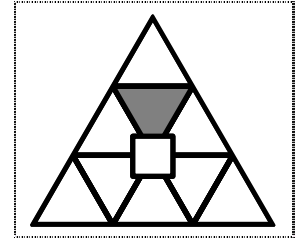
Handlungsfeld: Internationale Partnerschaften



Handlungsfeld:

G.a Internationale Partnerschaften

Bedeutung: Die Nachhaltige Entwicklung auf globaler Ebene benötigt ein partnerschaftliches Verständnis. Damit kann nicht nur ein gemeinsames Bewusstsein für die Herausforderungen im Rahmen der internationalen Verantwortung geschaffen werden, sondern es können auch konkrete Hilfestellungen gegeben werden. Die Unterstützung der Partnerländer ist notwendig, weil bei ihnen immense Defizite an einfachsten und besonders an höherwertigen Ressourcen und Kompetenzen bestehen. Umfassendere Projekte der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit sind nur auf Bundesebene möglich.



Im Rahmen der geschlechtergerechten Entwicklung wird insbesondere die Notwendigkeit einer Beteiligung von Frauen an der Bewirtschaftung von Ökosystemen, die Erhöhung des Frauenanteils bei politischen Entscheidungsträgern sowie die Partizipation von Frauen bei der Auswertung, Prüfung- und Überarbeitung von Lehrplänen oder Unterrichtsmaterialien hervorgehoben.

Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da mit einfachen Mitteln eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit aufgebaut werden kann. Dies zeigt die bundesweit einmalige Schwerpunkt-Partnerschaft mit Ruanda sowie die Zusammenarbeit mit Sri-Lanka.

Partner: ISM, StK, MBWJK, ELAN, Kirchen, Bundeswehr

Ziel: Rheinland-Pfalz legt den Fokus auch zukünftig auf eine intensive Partnerschaft mit Ruanda. Dies ist ein wichtiger Ausschnitt aus dem gesamten Spektrum der internationalen Verantwortung. Das Land kann am besten mit ganz konkreten Beiträgen helfen. Die Partnerschaft konzentriert sich auf Entwicklungs-, Bildungs- und Umweltprojekte. Im Jahr 2001 haben die Regierungen beider Partnerländer außerdem vereinbart, verstärkt Partnerschaften zwischen rheinland-pfälzischen und ruandischen Frauenorganisationen zu fördern.

In der Zusammenarbeit mit Sri Lanka konzentrierte sich das Land Rheinland-Pfalz zunächst auf die Katastrophen- und Wiederaufbauhilfe nach der Flutkatastrophe im Dezember 2004. Der Übergang der Hilfe in Existenzsicherungs- und Armutsbekämpfungsprogramme zielt auf die Schaffung dauerhafter Strukturen für einen eigenständigen Entwicklungsprozess

Über die Hochschul- und Wissenschaftspartnerschaften zu verschiedenen Ländern der Erde wird ebenso die Weitergabe von wissenschaftlichen Erkenntnissen wie auch die Schulung des wissenschaftlichen Nachwuchses gefördert. In Entwicklungsländern kann hierdurch gemeinsam an länderspezifischen ressourcenschonenden und umweltschützenden Methoden gearbeitet werden. Mit Industriestaaten können durch Bündelung der Kompetenz beispielsweise ökonomische Produktionsverfahren und ökologische Anforderungen gemeinsam erforscht werden.

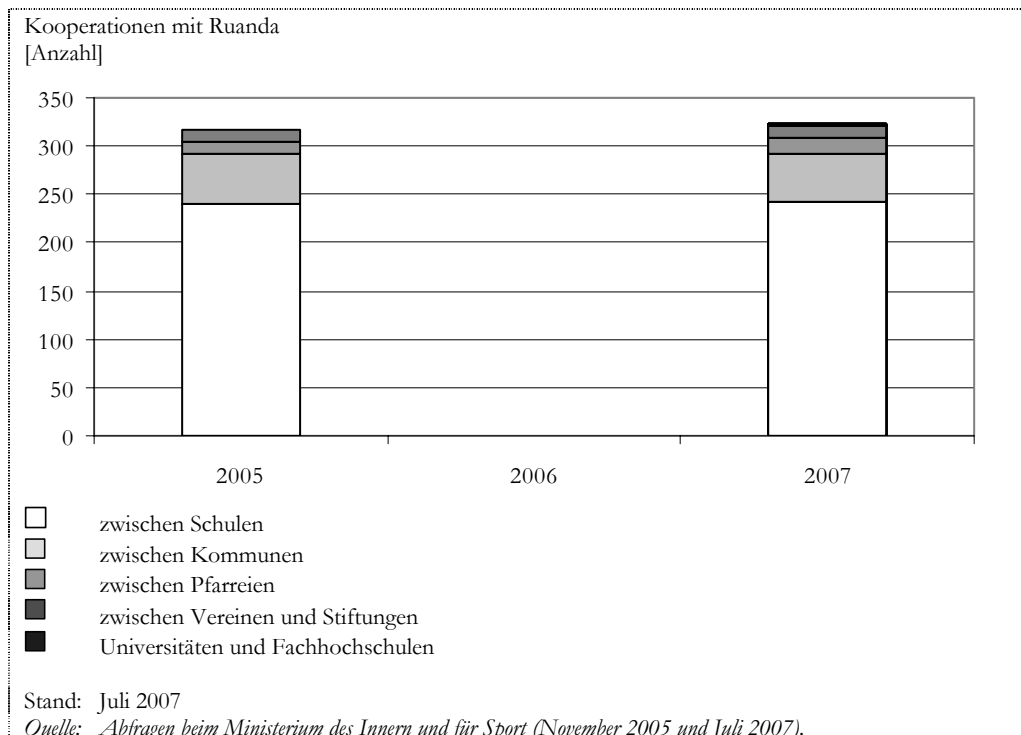
Über die Partnerschaft mit Ruanda und Sri-Lanka hinaus soll die internationale Verantwortung auch im Alltag der Menschen verwirklicht werden. Dazu können die Bürgerinnen und Bürger mit bewussten Konsumententscheidungen beitragen.

Indikator: Kooperationen mit Ruanda

Referenz: ähnlich: SH

Beschreibung: Die internationale Verantwortung der Industrieländer ist gemäß Agenda 21 ein Grundelement der Nachhaltigen Entwicklung. Deshalb ist ein angemessener Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaft und des Gemeinwohls in Entwicklungsländern zu leisten. Hierbei ist die Kooperation eine Form, die gerade auf kommunaler und Landesebene gut anknüpfen kann.
 Rheinland-Pfalz konzentriert seine Kooperationen auf die Partnerschaft mit Ruanda und die Zusammenarbeit mit Sri Lanka. Gemessen wird die Anzahl der Kooperationen mit Partnern. Die Projekte und die Hilfsgelder werden über das ISM abgewickelt.

Verlauf: Der Schwerpunkt liegt in Ruanda gegenwärtig auf Partnerschaften zwischen Schulen, gefolgt von Partnerschaften zwischen Kommunen. Die Anzahl der Kooperationen bewegt sich seit dem letzten Agenda 21-Programm auf konstant hohem Niveau, mittlerweile existieren auch drei Partnerschaften zwischen Hochschulen.
 In Sri Lanka engagieren sich vor allem private Initiativen, für die bisher keine konkreten Angaben vorliegen.



Bewertung: Die Zahlen lassen nur sehr beschränkt eine vollständige Bewertung zu und sind lediglich als ein erster Hinweis für das Engagement zu werten. Es lässt sich aber nach wie vor festhalten, dass die langjährige und kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem Partnerland Ruanda ein auch bundesweit beachtetes Modell und als vorbildhaft einzustufen ist.

Ausblick: Der Indikator fokussiert das besondere Engagement von Rheinland-Pfalz. Eine umfassendere Betrachtung mit anderen Indikatoren (Entwicklungsausgaben, Kauf entsprechender Produkte) ist bisher nicht möglich. Eine allgemeinere Fassung des bestehenden Indikators zu „Kooperationen mit Partnerländern“, die etwa auch Kooperationen mit Sri-Lanka erfasst, ist zu prüfen.

www.rlp-ruanda.de

Beispiele und Vorhaben:

Know-how-Transferprojekt (Beginn: April 2001; 2. Phase: April 2004 bis März 2007):

Durch die Zusammenarbeit in Partnerschaftsprojekten sollen über den Wissenstransfer die handwerksspezifischen Dienstleistungsangebote verbessert werden. Neu geschaffene Kooperationen untereinander unterstützen die Mittelstandsorganisationen in ihrer Funktion als politische Interessenvertretung des Handwerks in der gesamten Region. Die verbesserte, berufliche Qualifizierung unterstützt die Betriebe und ihre Organisationen bei der Anpassung und Vorbereitung auf den EU-Binnenmarkt.

Partner: HWK Koblenz

www.hwk-koblenz.de

Solarkraftwerk in Kigali (2007):

Die Versorgung mit regenerativen Energien ist für Ruanda ein zentrales Thema. Die Stadtwerke Mainz haben in Kigali eine 1 MW Photovoltaik-Anlage zur Verbesserung der Versorgungsqualität errichtet, die 2007 eingeweiht werden soll. Eine Gesellschaft, bestehend aus den Stadtwerken Mainz und der Stadt Kigali, wurde zum Betrieb der Anlage neu gegründet. Das Projekt ist für das Stadtwerke Mainz ein „Non-Profit-Projekt“, mit dem Ziel, die Energieversorgung in Ruanda zu verbessern.

Partner: Stadtwerke Mainz

www.stadtwerke-mainz.de

Internationale Partnerschaften des Landessportbundes (seit 1962):

Die internationale Zusammenarbeit hat im rheinland-pfälzischen Sport Tradition und begann 1962 mit Burgund. Die Partnerschaften des LSB entsprechen weitgehend den Landespartnerschaften. Anerkannterweise hat der Sport gerade in den Partnerschaften einen großen Anteil an den Austauschmaßnahmen.

Neben weiteren Partnerschaften, mit der spanischen Provinz Valencia und dem Komitat Komarom-Esztergom in Ungarn, besteht nun auch eine Partnerschaft mit Ruanda: Die Entwicklungszusammenarbeit mit Ruanda setzt bedeutende Akzente für die Versöhnung der verfeindeten Bevölkerungsgruppen durch den Sport, die die ruandische Regierung für äußerst wichtig erachtet. Die Ausrüstung mit Sportmaterial und der Sportplatzbau an den Schulen sowie die Ausbildung von Lehrkräften und Personen zur Jugendanime werden in hohem Maß durch den LSB unterstützt.

Partner: LSB

www.lsb-rlp.de

Partnerschaft der Handwerkskammer Koblenz mit Sri Lanka (seit März 2003):

Seit März 2003 arbeitet die Handwerkskammer Koblenz in einem Partnerschaftsprojekt mit der Federation of Chambers of Commerce and Industry of Sri Lanka (FCCISL) zusammen. Es wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert und über die Stiftung für wirtschaftliche Entwicklung und berufliche Qualifizierung „SEQUA gGmbH – Partner der deutschen Wirtschaft“ abgewickelt.

Nach Prüfmissionen im November 2002 und März 2003, in deren Verlauf intensive Gespräche mit Sri Lankas Regierung und verschiedenen Wirtschaftsorganisationen des Landes stattfanden, wurden die Aktivitäten aufgenommen und ein Projektbüro in Colombo eröffnet.

Auch in diesem Projekt soll nach bewährtem Konzept in den Bereichen Politikdialog, Aus- und Weiterbildung und Heranführung an den Markt gearbeitet werden.

Auch wenn Sri Lanka bereits über zahlreiche Kammern und Verbände verfügt, so ist der Rat einer deutschen Kammer, vor allem was die Berufsbildung und Mittelstandsförderung angeht, doch sehr gefragt. Sri Lankas Wirtschaftsvertreter möchten sich am hohen Organisationsgrad deutscher Unternehmen in Wirtschaftsorganisationen ein Beispiel nehmen und die Rolle der eigenen Vertretungsorgane im wirtschaftlichen und sozialen Leben Sri Lankas ausweiten.

Partner: HWK-Koblenz

www.hwk-koblenz-hilft.de

Kooperationsvereinbarung „Friedenssicherung und Nachhaltigkeit“ (seit 2004):

Die Kooperationsvereinbarung „Friedenssicherung und Nachhaltigkeit“ wurde im September 2004 durch den Befehlshaber Wehrbereichskommando II und Frau Staatsministerin Margit Conrad unterzeichnet. Die daraus entstandenen Projekte umfassen:

- Ausstellung „Nachhaltigkeit und Friedenssicherung – Umwelt zwischen Konflikt und Kooperation“. Die Ausstellung ist als Wanderausstellung konzipiert und steht zur Ausleihe in Rheinland-Pfalz zur Verfügung.
- Zusammenarbeit der Jugendoffiziere des Wehrbereichskommando II mit dem Ministerium für Bildung, Familie, Jugend.
- Jugendoffiziere des Wehrbereichskommando II als sicherheitspolitische Experten bei der Simulation „Konferenz der Kontinente“ am Umweltcampus Birkenfeld seit 2005.
- Vortrag „Friedenssicherung ist Nachhaltigkeit – Nachhaltigkeit ist Friedenssicherung“ des Befehlshabers WB II, Generalmajor Bernd Diepenhorst im Dezember 2006 zur Eröffnung der „Konferenz der Kontinente“ 2006.
- Seminar für Führungskräfte, Fachpersonal und Jugendoffiziere des Wehrbereichskommando II und des Ministeriums für Umwelt und Forsten.
- Veranstaltung zum Thema „Nachhaltigkeit und Friedenssicherung in einer globalisierten Welt“ im Dezember 2006 am Umweltcampus Birkenfeld. Vortrag „Internationale Sicherheitspolitik“ des Stellvertreters des Befehlshabers WB II Brigadegeneral Hans-Jürgen Hugenschmidt.

Es ist gemeinsames Ziel des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz und des Wehrbereichskommandos II der Bundeswehr, diese Zusammenhänge in unsere Gesellschaft zu kommunizieren. In der Kooperationsvereinbarung Friedenssicherung und Nachhaltigkeit verdeutlichen beide Partner, dass Einsatz und Kooperation für Nachhaltige Entwicklung ein zentraler Beitrag für die Friedenspolitik der Zukunft ist. Die Kooperationsvereinbarung „Friedenssicherung und Nachhaltigkeit“ war offizielles Projekt der UN-Weltdekade 2005/2006 Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Partner: Bundeswehr, MUFV

www.umdenken.de

Die Rheinische Affaire (seit Dezember 2004):

Im Rahmen der Kampagne wurden in Rheinland-Pfalz verschiedene fair gehandelte „Agenda-Cafés“ eingeführt. Mit individuellem Verpackungsdesign und ortsbezogenem Namen wird versucht, Kaffeetrinker für das qualitativ hochwertige Produkt zu gewinnen.

Die Mittelrheinischen Verkehrsbetriebe stellen einen Bus als Werbeträger für zwei Jahre zur Verfügung. Dieser von ELAN gestaltete „Kaffee-Bus“ rollt 2007 weiterhin über die Straßen von Neuwied. Die Idee dieses Pilotprojekts wurde bereits in anderen Gemeinden aufgegriffen.

Partner: ELAN

www.elan-rlp.de

Entwicklungsland D (seit 2002 alljährlich im September/Oktober):

Im Jahr 2002 präsentierte ELAN erstmals die Ausstellung „Entwicklungsland D“ in Rheinland-Pfalz. Begleitend erstellte das Landesnetzwerk eine 8-seitige Zeitung mit einer Auflage von 33.000 Stück. Aufgrund des Erfolges dieser Zeitung, die insbesondere von Schulen angefragt wurde, erschien anschließend jährlich eine Ausgabe zu entwicklungspolitischen Themen mit Landesbezug.

Es folgten Ausgaben zu den Themen „Fairer Handel“ (2003) und „Wie im Süden, so im Norden“ (2004). Titel der Zeitung im Herbst 2005: „Fairness macht mobil“. Die Ausgabe 2005 erschien als Begleitzeitung zum ELAN-Mobil. Die Ausgabe 2007 wird zum Thema „Millenniumsentwicklungsziele“ erscheinen.

Partner: ELAN

www.elan-rlp.de

Fairness macht mobil: Das ELAN-Mobil tourt durch Rheinland-Pfalz (Dezember 2004 bis Ende 2007; Anschluss geplant):

Um entwicklungspolitische Themen an Schulen und in die Öffentlichkeit zu transportieren, ist das ELAN-Mobil konzipiert. Es enthält eine Ausstellung, Informationen und Aktionen zu fünf entwicklungspolitischen Themen. Es steht bereit, um von Schulen, entwicklungspolitischen Organisationen oder Jugendgruppen aus Rheinland-Pfalz ausgeliehen zu werden (auch Einzelbausteine), die einen Aktionstag planen.

Partner: ELAN

www.elan-rlp.de

Wasserfonds Ruanda:

Initiative für eine bessere Versorgung mit sauberem Trinkwasser im rheinland-pfälzischen Partnerland Ruanda. Sauberes Wasser ist eine der wichtigsten Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge. Der Wasserfonds ermöglicht hier konkrete Hilfsmaßnahmen, von denen die Menschen in Ruanda profitieren.

Partner: MUFV, GStB, Partnerschaftsverein Ruanda

www.wasserfonds-ruanda.de

Handwerkspartnerschaften und kommunale Wirtschaftsförderung in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (seit 1994 / seit 2002 in Ruanda):

Die IHP, Tochtergesellschaft der HWK, fühlt sich mitverantwortlich für die Stabilisierung der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Lage der südosteuropäischen wie auch der außereuropäischen Länder. Die IHP zielt darauf ab, die Selbstverwaltung der Privatwirtschaft in den Partnerländern zu stärken. Sie unterstützt Kammern und Verbände bei der Entwicklung zu leistungsfähigen und mitgliederorientierten Wirtschaftsfördereinrichtungen als elementare Bausteine einer modernen Zivilgesellschaft.

Die Unterstützung begann 1994 in Nepal und Rumänien/Serbien und wurde 1996 auf Usbekistan und Zentralasien ausgeweitet. Seit 2002 besteht auch eine Partnerschaft mit Ruanda: In der Westprovinz Ruandas liegt der Schwerpunkt der Förderung in der Stärkung der Selbstorganisation des Handwerks, im Aufbau eines nachfrageorientierten Dienstleistungsprogramms sowie der Interessenvertretung der Mitglieder. Zur Erreichung dieser Ziele konzentrieren sich die partnerschaftlichen Aktivitäten auf die praxisnahe Aus- und Fortbildung in traditionellen und modernen Handwerkstechniken und auf die spezifische Beratung von Handwerksbetrieben.

Partner: HWK Rheinessen

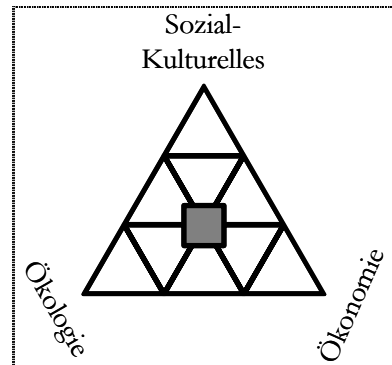
www.ihp-hwk.de

Nachhaltigkeitsbereich:

H Nachhaltiges Leben führen

Leitbild:

Die menschlichen Bedürfnisse, aber auch die Wahrnehmung von Verantwortung durch den Menschen sind zentrale Elemente der Nachhaltigkeitsstrategie. So sind gerade die Bedürfnisse der Menschen auf eine Weise zu befriedigen, die den Zielen der Nachhaltigen Entwicklung gerecht werden. Das „Nachhaltige Leben“ verknüpft also die ökologischen, ökonomischen und sozialen Teilziele. Hierbei nehmen die Menschen, Unternehmen und alle anderen Akteure in Rheinland-Pfalz großen Einfluss durch die Lebens- und Produktionsweisen.



Leitziel:

Die Bürgerinnen und Bürger sollen dazu befähigt und ermuntert werden, nachhaltigkeitskonforme Entscheidungen zu treffen. Eine zentrale Aufgabe muss dabei sein, die Nachhaltigkeit mit der Alltagserfahrung zu verbinden. Das Land wird daher diese zentrale Aufgabe koordinieren, um lebensnahe Vorschläge für angemessene Konsum- und Produktionsmuster in Rheinland-Pfalz zu erarbeiten, sowie in den Dialog mit der Bürgergesellschaft treten.

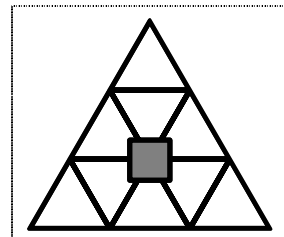
Handlungsfelder:

- Gesundheit
- Mobilität
- Siedlungsentwicklung und Wohnen
- Verantwortungsvoll Konsumieren und Produzieren
- Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Handlungsfeld:

H.a Gesundheit

Bedeutung: Gesundheit ist ein existenzielles menschliches Gut. Der Gesundheitszustand und das Gesundheitsempfinden einer Bevölkerung hängen von vielen internen und externen Faktoren ab. Zum einen beeinflussen Umwelteinflüsse wie Schadstoffe, Stress, Unfälle etc., aber auch individuelle Variablen und Gewohnheiten die Gesundheit. Zum anderen nimmt die Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsversorgung eine entscheidende Rolle ein.



Der Gesundheitszustand der Bevölkerung hat nicht nur Einfluss auf die individuelle Situation der Bürgerinnen und Bürger und damit insbesondere deren Lebensqualität, sondern auch eine erhebliche Bedeutung für die volkswirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Hohe Ausgaben für die Bekämpfung von Krankheiten und fehlende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch einen hohen Anteil krankheitsbedingt nicht erwerbsfähiger Bevölkerung stellen eine erhebliche Belastung für die Volkswirtschaft eines Landes dar.

Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land es über Schulen, Gesundheitsförderung und Themen wie Mobilität, Ernährung und Sport mitverantwortet. Ebenso gestaltet das Land die flächendeckende Gesundheitsversorgung mit.

Partner: MASGFF, MUFV, MBWJK, LSB, LZG, Organisationen und Verbände der Anbieter von Gesundheitsleistungen, Selbsthilfegruppen

Ziel: Die Schwerpunkte müssen auf der Schaffung von Rahmenbedingungen für eine gesunde Lebensweise durch Aufklärung und Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger liegen. Hierbei gilt es, geschlechtergerechte Präventionsansätze zu berücksichtigen. Ein wichtiges Augenmerk muss auch auf die Begrenzung gesundheitsschädlicher Umwelteinflüsse gelegt werden. Ebenfalls wichtig ist die Schaffung bedarfsgerechter Therapiemöglichkeiten. Damit sollen Auswirkungen von Erkrankungen auf die Lebensqualität der Menschen, deren Mobilität und Selbstbestimmung sowie ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit begrenzt werden.

Gesundheit und eine gesunde Ernährung hängen eng mit einer intakten Umwelt zusammen („from stable to table“). Eine gesunde Lebensführung, insbesondere Ernährung, ist nicht nur eine Aufgabe der Erzeuger und der staatlichen Kontrolle, sondern auch gerade der Bürgerinnen und Bürger durch eigenes Verhalten. Das Land wird in Kindertagesstätten, im schulischen Bereich und in der Erwachsenenbildung die Gesundheitsförderung weiter verankern. Der Schule kommt eine besondere Bedeutung zu, da hier auch ansonsten schwer erreichbare Personengruppen angesprochen werden können. Eltern und Angehörige sind in die Bemühungen ebenfalls einbezogen, um ihrerseits einen Beitrag für das gesunde Aufwachsen der Kinder zu leisten. Für Menschen mit erhöhtem Krankheitsrisiko (z. B. Arbeitslose, Menschen mit Migrationshintergrund, Raucherinnen und Raucher) sollen gezielt Maßnahmen der Gesundheitsförderung implementiert werden, um die Chancengleichheit für Gesundheit in der Bevölkerung zu verbessern.

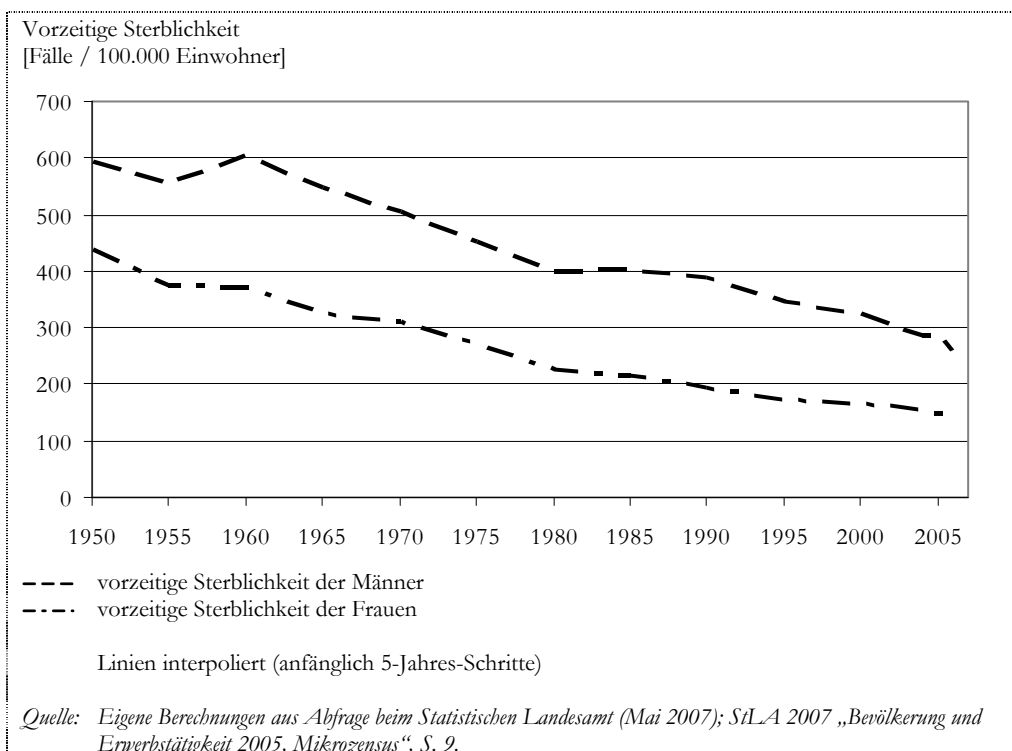
Ebenso sind die Menschen im Arbeitsumfeld und Alltag vor Gefahren zu schützen, wofür die Arbeitssicherheit und die Chemikaliensicherheit auf hohem Niveau weiter verfolgt werden sollen. Die betriebliche Gesundheitsförderung wird als weiterer wichtiger Settingbereich der Prävention und Gesundheitsförderung ausgebaut. Chemische Produkte mit einem unverträglich hohen human- und ökotoxischen Potenzial sind zu substituieren, die richtige Anwendung unerlässlicher Chemikalien jedoch weiterhin zu fördern. Die Chancen und Risiken der Chemie sollen kritisch, aber sachlich bewertet werden.

Indikator 1: Vorzeitige Sterblichkeit

Referenz: NNS, SH

Beschreibung: Der Anteil der Personen, die vor ihrem 65. Lebensjahr sterben, zeigt eine Vielzahl gesundheitsbezogener Aspekte an. Die vorzeitige Sterblichkeit kann ihre Ursache in Unfällen, Erkrankungen, Umweltbelastungen, gesundheitlich belastenden Arbeitsbedingungen, aber auch im persönlichen risikobehafteten und in wenig gesundheitsförderlichem Verhalten haben.
Die vorzeitige Sterblichkeit ist ein langfristiger Indikator für die existenzielle Gesundheit der Menschen im mittleren Alter. An diesem Indikator lässt sich ebenso die Gesundheitsversorgung bzw. der medizinische Fortschritt ablesen. Dargestellt wird der Anteil der Frauen und Männer, die im angegebenen Jahr vor ihrem 65. Lebensjahr sterben.

Verlauf: Der Trend ist für beide Geschlechter seit Jahrzehnten rückläufig, allerdings sterben Männer weitaus häufiger vorzeitig als Frauen.



Bewertung: Die Tendenz des Dritten Agenda 21-Programms hält an: Für die Zukunft ist weiterhin eine Abnahme der Zahl vorzeitiger Sterbefälle durch den medizinischen Fortschritt, die flächendeckende Gesundheitsversorgung und die Gesundheitsvorsorge zu erwarten. Allerdings sind die Maßnahmen im Bereich der Ernährung, der Gesundheitsvorsorge, des Tabakkonsums und des riskanten Verhaltens langfristig fortzusetzen. Hierfür sind gezielte, geschlechtsdifferenzierte Präventionsmaßnahmen zu ergreifen. Damit ist das Niveau der vorzeitigen Sterblichkeit – besonders bei Männern – noch weiter zu senken. Es wird aber auch zu beobachten sein, inwiefern sich die Angleichung der Lebensverhältnisse der Geschlechter auf die zukünftige Entwicklung der vorzeitigen Sterblichkeit von Frauen auswirken wird.

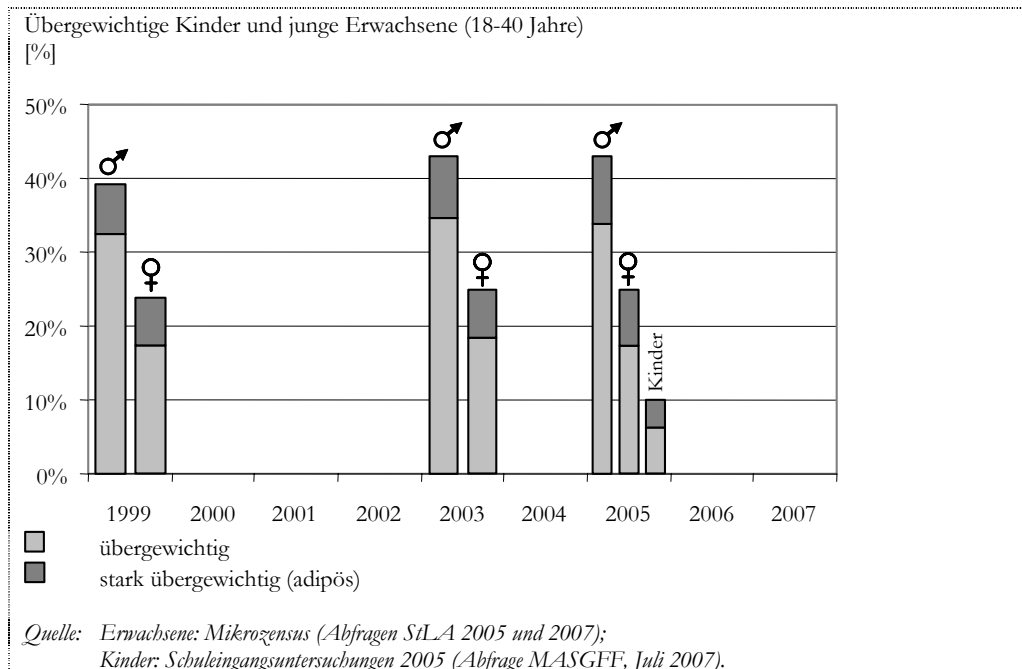
Ausblick: Der Indikator steht in Expertenkreisen der Bundesebene (Nationale Nachhaltigkeitsstrategie) in der Kritik, da mit der vorzeitigen Sterblichkeit ein offensichtlicher Trend mit zeitlich stark zurückliegenden Ursachen abgebildet wird. Handlungsempfehlungen können nur schwerlich gezogen und kausale Zusammenhänge mit Maßnahmen des Landes kaum hergestellt werden.

Indikator 2: Übergewichtige Kinder und junge Erwachsene

Referenz: ähnlich: SH

Beschreibung: Übermäßiges Gewicht (Adipositas) ist eine bedeutende Gesundheitsstörung, die mit zahlreichen Krankheiten (u. a. im Bereich von Herz-Kreislauf) und sozialen Effekten (u. a. Ausgrenzung und Rückzug) zusammenhängt. Das Übergewicht lässt Rückschlüsse über gesundheitsrelevante Gewohnheiten der Menschen und speziell bei Kindern über die Erziehungsleistungen in den Familien zu. Betrachtet werden hier die Altersgruppen der 18- bis 40-Jährigen (junge Erwachsene) und Kinder zum Schuleingang. Gemessen wird der Body-Mass-Index (BMI) als Verhältnis von Körpergewicht (in kg) zur quadrierten Körpergröße (in m). Ein individueller Wert zwischen 18,5 und 25 gilt bei Erwachsenen als normalgewichtig. Gemäß Klassifikation der WHO gilt ein Mensch mit einem BMI von 25 bis unter 30 als übergewichtig und mit einem BMI ab 30 als stark übergewichtig (adipös). Bei Kindern ist eine weitaus differenziertere Messung und Bewertung nötig, die standardmäßig bei der Schuleingangsuntersuchung (Grundschule) durchgeführt wird.

Verlauf: Etwa 40 % aller Männer zwischen 18–40 Jahren haben einen BMI von über 25, sind also nicht mehr normalgewichtig, während nur jede vierte Frau im gleichen Alter nicht mehr normalgewichtig ist. Bei beiden Geschlechtern ist mehr als jeder Zehnte stark übergewichtig, hat also einen BMI von über 30. Von den im Jahr 2005 untersuchten etwa 6-jährigen rheinland-pfälzischen Kindern wurde bei 10,1 % Übergewicht festgestellt (6,3 % übergewichtig und 3,8% stark übergewichtig).



Bewertung: Viele Menschen sind übergewichtig, was ein Zeichen für den materiellen Wohlstand, aber auch für eine Reihe gesundheitlich negativer Verhaltensweisen ist. Besonders der Anteil stärker übergewichtiger Menschen ist viel zu hoch. Der Anteil übergewichtiger Kinder, die schon im ersten Schuljahr übergewichtig sind, ist weiter zu verringern. Prävention und Gesundheitsförderung bei Übergewicht und Adipositas können nur durch integrative und langfristige Maßnahmen und Programme – welche die Bausteine Bewegungsförderung, gesunde Ernährung sowie zusätzliche medizinische Maßnahmen beinhalten – erfolgreich umgesetzt werden. Die Maßnahmen müssen hierbei so früh wie möglich in der kindlichen Entwicklung und bei den Eltern ansetzen.

Aufgrund des hohen Niveaus an Übergewicht ist die Bewertung bisher nicht zufriedenstellend. Es gibt aber keine einfache Zuschreibung der Verantwortung hierfür. Daher sind weitere Maßnahmen in Zusammenarbeit mit den Partnern im Sport, Gesundheits- und Bildungswesen wie auch in anderen Verbänden und Organisationen zu ergreifen.

Ausblick: Die jetzt eingebrachte Messung beim Schuleintritt im Rahmen einer Sozialen Gesamtrechnung (SGR) soll beibehalten und ausgebaut werden. Allerdings sind Zeitreihen über die Schuleingangsuntersuchungen hinaus aufgrund des hohen Aufwandes nicht zu erwarten.

Beispiele und Vorhaben:

Elternschule – für eine gesunde Familie (2005 – 2008):

Die Elternschule unterstützt Eltern durch Elterntrainings und Veranstaltungen. Dadurch werden günstige Verhaltensmodelle für eine gelebte Gesundheit in der Familie offeriert. Durch Ideen- und Gedankenaustausch zwischen Eltern und pädagogischen und gesundheitsfördernden Fachkräften können so gesundheitliche Fehlentwicklungen der Kinder vermieden und die erzieherische Handlungsfähigkeit der Eltern erhöht werden. Damit werden in einer erweiterten Definition des Nachhaltigkeitsbegriffes, der einen potenzialorientierten Ansatz verfolgt, die immateriellen Ressourcen Wissen und Vertrauen gefördert.

Partner: LZG

www.lzg-rlp.de

„Gesund Leben Lernen“ im Netzwerk Schulen für Gesundheit 21 (2003 – 2008):

Durch das Projekt „Gesund Leben Lernen“ wird Gesundheit an Schulen in belastbare Strukturen gegossen und ein Umfeld des gesunden Lernens geschaffen. Die umfassende Gesundheitsförderung bezieht die gesamte Schulkultur und alle Akteure im Setting Schule mit ein und führt damit zur Entwicklung praxistauglicher Modelle zur Gesundheitsförderung und zur Qualifizierung der Lehrkräfte als Gesundheitsmoderatoren bzw. Netzwerkmoderatoren. Dank der Kooperation mit den Spitzenverbänden der gesetzlichen Krankenkassen, der Landeszentrale für Gesundheitsförderung und dem Bildungsministerium ist eine fachliche Begleitung und eine strukturelle Einbindung in ein regionales bzw. landesweites Netzwerk sichergestellt.

Partner: LZG, MBWJK

www.lzg-rlp.de

Klasse 2000:

„Klasse 2000“ ist ein Programm der Landesregierung zusammen mit dem bundesweit tätigen Verein „Klasse 2000“ zur Gesundheitsförderung und Suchtprävention in Grundschulen. Kinder erhalten einen Einblick in die Bedeutung von gesunder Ernährung und Bewegung, lernen den Umgang mit Konflikten und können dabei gesunde Lebenssituationen erproben.

Für die Jahrgangsstufen 1 bis 4 stehen den Lehrkräften erfolgreich erprobte Unterrichtsmaterialien zur Verfügung. Expertinnen und Experten aus Medizin und Pädagogik unterstützen die Lehrkräfte und führen ergänzend Veranstaltungen für Grundschülerinnen und Grundschüler durch. Die Expertinnen und Experten arbeiten dabei in enger Abstimmung mit den Lehrkräften.

Partner: LZG, MBWJK, MASGFF

www.lzg-rlp.de

Projekt zur Qualitätsbegleitung vor Ort für Sportvereine im Rahmen der Zertifizierung des bundesweiten Qualitätssiegels „Sport pro Gesundheit“ (permanente Maßnahme, seit Juni 2004):

Das bundesweite Qualitätssiegel für Sportvereine „Sport pro Gesundheit“ garantiert Sportangebote auf hohem Niveau. Bereits zertifizierte Vereine werden im letzten halben Jahr des Gültigkeitszeitraumes des Qualitätssiegels vom Landessportbund bei der Neubewertung begleitet, wobei auch eine Selbstbewertung der Übungsleiterinnen und Übungsleiter vorgenommen werden kann. Das Ergebnis wird den Vereinen mitgeteilt und diese können bei einer positiven Bewertung eine Verlängerung des Qualitätssiegels beantragen.

Partner: LSB, Sportbünde, LÄK

www.lsb-rlp.de

Verbundprojekt „Unternehmensgewinn durch betriebliche Gesundheitspolitik“ (Aug. 2004 – Juli 2007):

Das Modellvorhaben fokussiert die Gesundheitspolitik und deren wachsende Bedeutung für die Wirtschaftlichkeit von Unternehmen. Der Unternehmensgewinn kann wesentlich gesteigert werden, wenn die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöht und somit Fehlzeiten reduziert werden. Es sollen praxistaugliche Lösungen entwickelt werden, um in Unternehmen die Bereitschaft zu fördern, sich mit dem Thema der Gesundheitspolitik zu befassen.

Partner: ZUA

www.ubeg.net

Aufklärung von Kindern und Jugendlichen zur richtigen Ernährung:

Die Verbraucherzentrale bietet Informationen in Form von Veranstaltungen und persönlicher Beratung für alle Lebenslagen an. Dem großen Informationsbedarf junger Eltern trägt die Verbraucherzentrale durch speziell auf sie zugeschnittene Angebote Rechnung. Beispielhaft seien hier die Fortbildungsveranstaltungen für Erziehungskräfte „FitKid“ (KiTaS) und „Parcours der Sinne“ für Schülerinnen und Schüler genannt.

Partner: VZ

www.verbraucherzentrale-rlp.de

Lebensmittel des Monats:

Den mündigen und interessierten Verbraucherinnen und Verbrauchern sollen für die Auswahl gesunder Lebensmittel aus erster Hand kompetente Informationen zur Verfügung gestellt werden. Dabei stehen gesunde, umweltverträgliche und nach Möglichkeit regional bezogene Produkte im Vordergrund. In den Veröffentlichungen wird die Bedeutung des Lebensmittels für eine gesunde Ernährung herausgestellt und Auskunft über seine Herkunft gegeben. Es werden die Qualitätskriterien und die Untersuchungsschwerpunkte mit aktuellen Ergebnissen der Lebensmittelüberwachung benannt sowie Tipps und Hinweise z. B. zur Lagerung, Säuberung und Zubereitung gegeben. Schließlich werden die Informationen durch eine Rezeptempfehlung zu dem jeweiligen Lebensmittel des Monats abgerundet.

Die Aktionsreihe „Lebensmittel des Monats“ hat in der Öffentlichkeit eine positive Resonanz erfahren. Die Auflage wurde inzwischen deutlich auf 25.000 Exemplare pro Ausgabe erhöht. Die Faltblätter liegen im MUFV, in der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz und deren Außenstellen sowie in den Kreis-, Stadt- und Verbandsgemeinerverwaltungen aus.

Partner: VZ

www.verbraucherzentrale-rlp.de

Aktivitäten der Landesregierung:

Durch entsprechende Maßnahmen der Aufklärung ist es in den vergangenen Jahren gelungen, den Handlungsfeldern „gesunde Ernährung“, „Bewegung“ und „gesunde Lebensweise insgesamt“ (zum Beispiel Förderung des Nichtrauchens, Alkoholprävention) wachsende Bedeutung zu verleihen.

Die Ausweitung von und das Werben für Vorsorgeuntersuchungen und Früherkennungsmaßnahmen haben dazu beigetragen, Krankheiten früher zu erkennen und den Behandlungserfolg damit deutlich zu verbessern.

Der spezifische Ausbau von Therapiemöglichkeiten (z. B. zur Bekämpfung von Brustkrebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Schlaganfällen) konnte ebenfalls einen Beitrag zur Vermeidung von Folgeerkrankungen und zur Steigerung der Lebensqualität leisten, sowie zur Erhaltung der Erwerbs- beziehungsweise Berufsfähigkeit.

Auch die Anstrengungen zur verbesserten Umwelt, wie zum Beispiel Reinhaltung der Luft, trugen zur Verbesserung der gesundheitlichen Situation der Bürgerinnen und Bürger bei.

Partner: MASGFF, LZG, MUFV

Bewegungskindergarten (seit 2006):

Als konsequente Fortführung vorangegangener Aktivitäten gründete sich 2005 das Aktionsbündnis „Bewegungskindergarten Rheinland-Pfalz“. Mit diesem bundesweit einmaligen Aktionsbündnis wird in Rheinland-Pfalz ein ganz wichtiger Akzent für die Bewegungs- und Gesundheitsförderung im frühen Kindesalter gesetzt, der die Zielsetzungen der Kinderpolitik im Land hervorragend ergänzt. In enger Kooperation mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur ist das wichtigste Ziel des Aktionsbündnisses die Vergabe des „Qualitätssiegels Bewegungskindergarten Rheinland-Pfalz“ sowie die Beratung und Begleitung (angehender) Bewegungskindergärten. Ein Bewegungskindergarten stellt eine Profilbildung der Kindertagesstätte dar, in dem der Bewegung und dem kindlichen Spiel eine hohe Bedeutung im Kindergartenalltag beigemessen wird.

In den mit dem Qualitätssiegel ausgezeichneten Kindertagesstätten finden täglich angeleitete Bewegungsspiele statt, den Kindern wird aber auch möglichst viel freie Bewegungs- und Spielzeit in einer anregenden Umgebung drinnen und draußen ermöglicht. Zudem verpflichten sich die Kindertagesstätten die Eltern mindestens einmal pro Jahr mit Informationen über die Bedeutung der Bewegung für die gesunde Entwicklung und die Bildung ihrer Kinder aufzuklären. In jeder Gruppe eines Kindergartens muss mindestens eine Erzieherin bzw. ein Erzieher an einer 60-stündigen Psychomotorik-Weiterbildung teilnehmen.

Partner: SJ, LSB

www.sportjugend.de

Jugend in Bewegung:

Seit 2004 machen Schulen in Rheinland-Pfalz beim Projekt „Jugend in Bewegung“ mit. Im Rahmen dieses Projektes, das sich besonders an Grundschulkindern richtet, wird sportliche Aktivität in Praxis und Theorie thematisiert. Im praktischen Teil ermitteln die Kinder ihre Bewegungszeit pro Woche. Über das Internet wird das theoretische Begleitthema dargeboten (mit interaktivem Quiz und aktuellen Informationen). Das Begleitthema wechselt nach einem Schuljahr (bisherige Themen u. a. Europa, Gesundheit, Fairness). Rund 4000 Kinder pro Jahr nehmen an diesem Projekt teil.

Partner: MBWJK

www.yim-aktuell.de

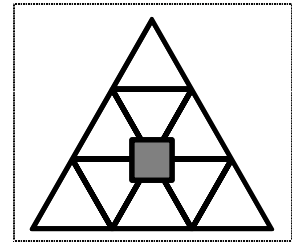
Handlungsfeld:

H.b Mobilität

Bedeutung: Die Mobilität befähigt die Gesellschaft zu vielfältigem Austausch und ermöglicht den heutigen Lebensstandard: Soziale Kontakte werden gepflegt, lebensnotwendige Besorgungen erledigt, Kompetenzen erlernt, Güter ausgetauscht und bereitgestellt, Arbeitswege zurückgelegt. Ferner hat die Mobilität auch eine soziale Geltungsfunktion.

Die gegenwärtige Mobilitätsstruktur wirkt allerdings vielfach auf Mensch und Natur ein: Landschaften werden zerschnitten, Umwelt und Menschen durch Emissionen (Schadstoffe, Lärm) belastet, große Energiemengen benötigt, andere Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer geschädigt. In der Erwartung günstig zur Verfügung stehender Mobilität wurden und werden zum Teil noch städtebauliche Strukturen geschaffen, die mehr als notwendig von einer anzustrebenden kompakten Siedlungsform mit kurzen Wegen abweichen.

Aus diesen Gründen ist die Mobilität ein zentrales Nachhaltigkeits-Thema, in dem verschiedenste Ansprüche zu vereinbaren sind.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land die Infrastruktur und die Angebote zur Mobilität wesentlich mitgestaltet. Im ländlich geprägten Rheinland-Pfalz spielen der Individualverkehr und der zunehmende Flugverkehr eine große Rolle. Auch ist Rheinland-Pfalz eine wichtige Verkehrsachse, v. a. für den Güterverkehr.

Partner: MWVLW

Ziel: Die notwendige Mobilität ist so umweltverträglich wie möglich zu sichern. Ziel der Verkehrspolitik ist es, den Mobilitätsbedürfnissen von Menschen und Wirtschaft gerecht zu werden. Im Vordergrund steht eine höhere Energieeffizienz der Transportmittel (insbesondere im Straßenverkehr) in Verbindung mit Verkehrslenkung und -vermeidung.

Verfahren für günstige und ressourceneffiziente Treibstoffe auf regenerativer Basis (Biomasse, Abfall) sollen aufgrund der großen Potenziale für die Erzeuger (Landwirtschaft, Produktionsabfälle etc.) langfristig verfolgt werden. Allerdings sollte deren Bedeutung allein aufgrund des quantitativen Missverhältnisses von der so bereitgestellten Energiemenge zu den im Verkehrssektor tatsächlich benötigten Energiemengen nicht überbewertet werden.

Der Personennahverkehr setzt als Alternative zum Individualverkehr weiterhin auf attraktive Busangebote und den Rheinland-Pfalz-Takt. Das Radwegenetz soll ausgebaut werden; außerdem können rationelle Maßnahmen zur Steigerung der Radnutzung in Siedlungsgebieten ergriffen werden.

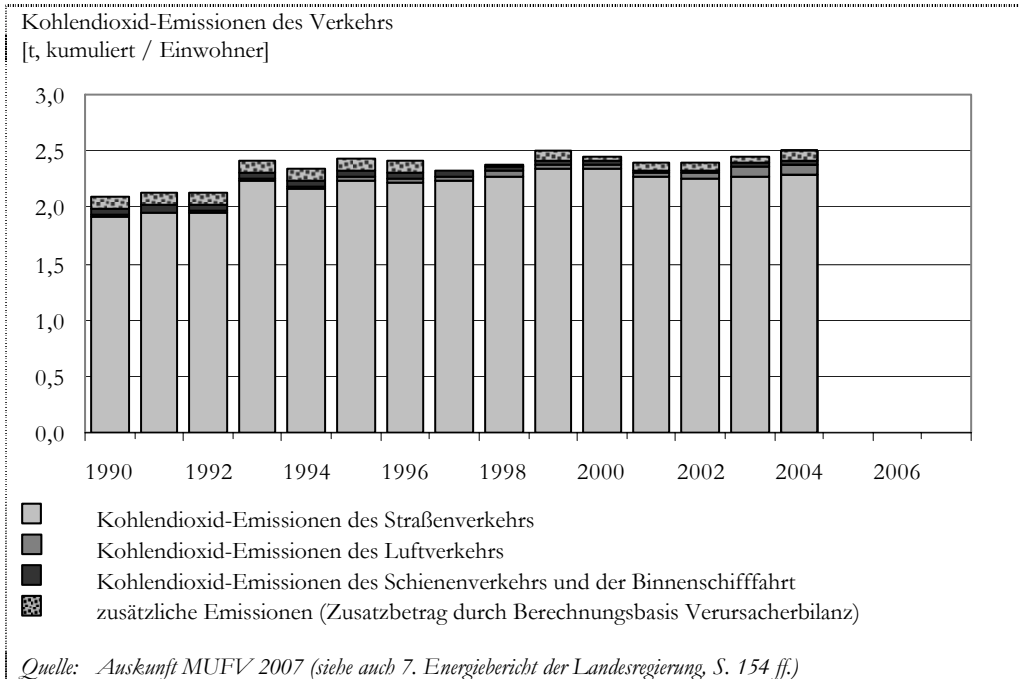
Den Bedürfnissen behinderter und anderer mobilitätseingeschränkter Menschen ist durch eine barrierefreie Gestaltung der Verkehrswege und -mittel ausreichend Rechnung zu tragen.

Indikator 1: Kohlendioxid-Emissionen des Verkehrs

Referenz: UMK

Beschreibung: Der Bereich Mobilität und Transport benötigt einen großen Teil der insgesamt verbrauchten Mineralöle. Die damit verbundenen Emissionen des Verkehrs sind problematisch. Insbesondere im Straßenverkehr besteht hoher Handlungsbedarf – aber auch der Luftverkehr wird stets bedeutender. Die Kohlendioxidemissionen bilden nicht nur die treibhauswirksamen Einwirkungen des Verkehrs ab. Dieser Indikator zeigt auch langfristig die Verbrauchsminderung und den Umstieg auf umweltschonende Energieträger an. Gemessen werden die durch Verkehr bedingten Kohlendioxid-Emissionen (Quellenbilanz: in Rheinland-Pfalz getankter Treibstoff) bezogen auf die Einwohnerzahl in Rheinland-Pfalz. Die Verursacherbilanz berücksichtigt auch importierte Energie.

Verlauf: Gegenüber dem Dritten Agenda 21-Programm liegt eine neue Datenbasis zugrunde: Die Kohlendioxid-Emissionen, die durch den Verkehr verursacht werden, stiegen Anfang der 90er Jahre und bewegen sich seitdem auf konstant hohem Niveau. Der Verkehrsbereich einschließlich der Luftfahrt verursachte im Jahr 2004 21,6 % des gesamten CO₂-Ausstoßes der Bundesrepublik Deutschland. Den allergrößten Anteil macht in Rheinland-Pfalz der Straßenverkehr aus, danach folgen die Schienen- und Binnenschifffahrt sowie zunehmend auch der Luftverkehr.



Bewertung: Es ist zu erwarten, dass in den nächsten Jahren keine Verbesserung eintreten wird und dass die Kohlendioxid-Emissionen des Verkehrs auch mittelfristig in der vorgenannten Größenordnung liegen. Die Hauptgründe liegen in der kaum veränderten Wahl der Transportmittel sowie in der Kompensation der technischen Effizienzverbesserungen durch höhere Fahrleistungen. Weiterhin wird der Flugverkehr zunehmend zu den Kohlendioxid-Emissionen beitragen. Der Schienenverkehr hat einen vergleichsweise geringen Anteil an den verkehrsbedingten Kohlendioxid-Emissionen. Hierbei ist zu beachten, dass die zusätzlich verursachten Emissionen (mit der Verursacherbilanz ermittelt) im Wesentlichen auf den Stromverbrauch des Schienenverkehrs zurückzuführen sind. Insgesamt sind noch sehr große Anstrengungen nötig, wenn die klimarelevanten Ziele erreicht werden sollen.

Ausblick: –

Indikator 2: Lärmbelästigung

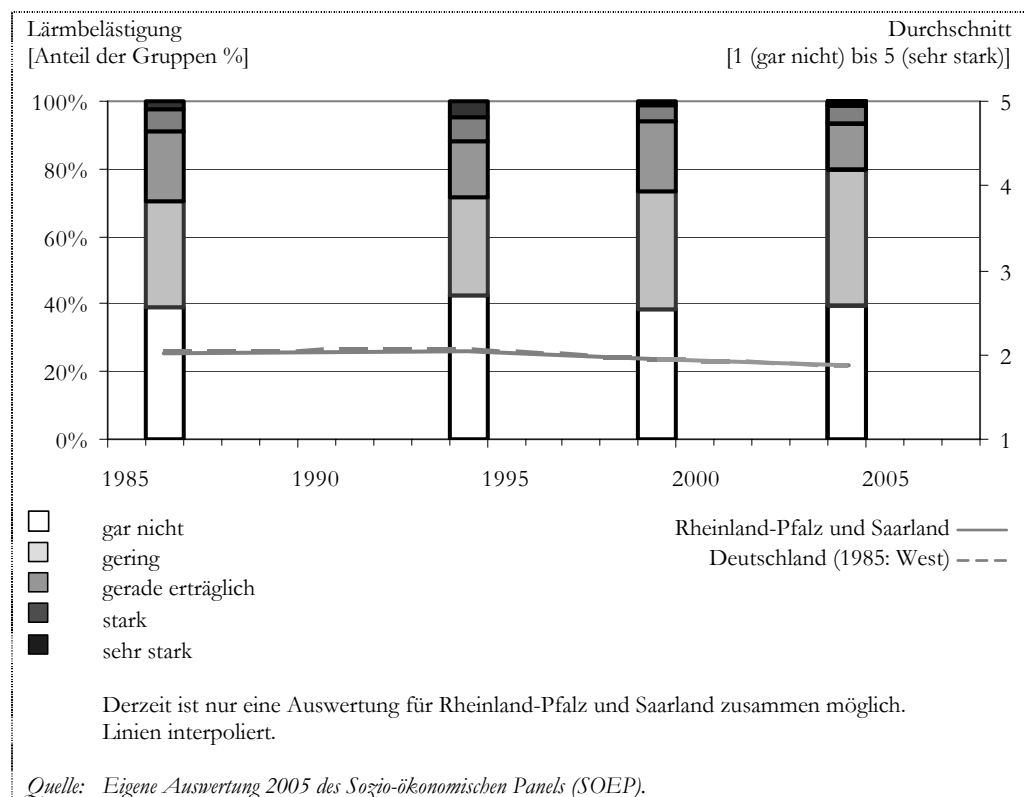
Referenz: TA, (in Entwicklung: UMK)

Beschreibung: Lärm ist Schall, der als unerwünscht und als störend wahrgenommen wird. Lärm fördert Stress und schadet langfristig der Gesundheit (v. a. Herz-Kreislauf-Erkrankungen). Straßenverkehr ist die primäre und eine sehr verbreitete Lärmquelle. Punktuell werden der Fluglärm und an manchen Schienenstrecken der Güterverkehr als stark störend empfunden.

Eine Verminderung der Lärmbelästigung geht mit einem geringeren Verkehrsaufkommen und/oder gemäßigten Geschwindigkeiten einher, sodass der Verkehr allgemein das Lebensumfeld beeinträchtigt.

Gemessen wird die subjektive Belästigung durch Lärm. Der derzeit verfügbare Indikator bildet zwar die allgemeine Lärmbelästigung ab, es ist aber bekannt, dass der Verkehr gegenwärtig die Hauptlärmquelle ist.

Verlauf: Die Lärmbelästigung hat in den letzten Jahren leicht abgenommen und bewegt sich auf dem niedrigen Niveau des Bundesdurchschnitts: Etwa 40 % der in Rheinland-Pfalz Befragten fühlen sich gar nicht und weitere 40 % nur gering von Lärm belästigt. Es gibt kaum noch sehr stark belästigte Personen. Allerdings ist festzustellen, dass auch im ländlichen Raum Anwohnerinnen und Anwohner von bestimmten Auto-bahnabschnitten und stark frequentierten Zugstrecken ihre Lärmsituation als unbefriedigend empfinden. Aktuellere Daten als 2004 liegen nicht vor.



Bewertung: Die Entwicklung ist insgesamt positiv und deutet auf ein zunehmend angenehmes Lebensumfeld ohne eine starke Lärmbelästigung hin. Dafür wird die weitere Differenzierung der Daten nach städtischen und ländlichen Gebieten überprüft, da in der Stadt mit einer höheren Lärmbelästigung zu rechnen ist. Diese Annahme wird zukünftig kritisch geprüft.

Ausblick: Der Indikator bildet Mobilität als eine wesentliche Ursache der Lärmbelästigung nur ungenau ab, alternative Indikatoren existieren nicht. Eine differenzierte Betrachtung ist mit dem verwendeten Indikator aufgrund statistischer Vorgaben wahrscheinlich nicht möglich. Grundsätzlich ist die Messung einer Zufriedenheit problematisch. Insgesamt ist daher die weitere Verwendung des Indikators zu diskutieren. Auch ist zu prüfen, inwiefern der Indikator auch das Handlungsfeld „Attraktives Lebensumfeld“ abbildet.

Beispiele und Vorhaben:

„Einsteigen – naturfreundlich unterwegs“:

Tagesgäste sowie Urlauberinnen und Urlauber in den Häusern der Naturfreunde sollen zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel motiviert werden. Bei Anreise mit Bus oder Bahn gibt es z. B. einen Rabatt. Des Weiteren werden Wanderer/-gruppen über Plakate und Faltblätter über die Nutzung des ÖPNV informiert.

Partner: NaturFreunde

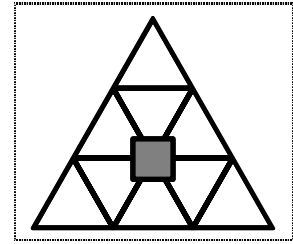
www.naturfreunde-rlp.de

Handlungsfeld:

H.c Siedlungsentwicklung und Wohnen

Bedeutung: Die Entwicklung von Siedlungsstrukturen wirkt auf alle Dimensionen der Nachhaltigen Entwicklung ein:

- Im Sozial-Kulturellen besteht das Bedürfnis nach Teilhabe am familiären und gesellschaftlichen Leben. Dieser Wunsch steht aber der zunehmenden Individualisierung, Zersiedelung und Segregation gegenüber.
- Ökonomie: Einerseits ist die Bauwirtschaft ein bedeutender Wirtschaftsbereich, der stark von den öffentlichen und privaten Investitionen abhängig ist. Andererseits sind die Infrastrukturkosten eine hohe Belastung für die Öffentliche Hand und die Bürgerinnen und Bürger. Zukünftig macht die demografische Entwicklung eine Anpassung der baulichen Strukturen an die veränderten sozial-kulturellen Strukturen erforderlich. Schließlich ist die Zersiedelung mit einem zumeist unwiederbringlich vollständigen Verlust an Bodenfunktionen durch die Flächeninanspruchnahme sowie die erhöhte Mobilität ökologisch problematisch.
- Durch die Entscheidung über konkurrierende Raumnutzungsansprüche kommt der Raumordnung eine besondere Bedeutung für die Freiraumsicherung zu. Die kommunale Bauleitplanung ist dabei die Ebene, auf der zukunftsfähige Siedlungsentwicklung umgesetzt wird. Als Vorgabe werden auf Landesebene übergeordnete Ziele und Grundsätze formuliert und durch die Regionalplanung konkretisiert.



Zukünftig erfordert die demografische Entwicklung, die mit einem Rückgang der Einwohnerzahl in Rheinland-Pfalz und einem Wandel der Altersstruktur verbunden ist, dass insbesondere eine Anpassung der sozio-kulturellen und ökonomischen Strukturen an diese Veränderungen erfolgen muss.

Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da das Land über Rahmenvorgaben der Raumplanung notwendige Anpassungsprozesse in der räumlichen Entwicklung auf den Weg bringen kann.

Partner: ISM, MUFV, MWVLW, SGD-Süd, SGD-Nord

Ziel: Im Rahmen einer integrativen Vorsorgeplanung werden wirtschaftliche Entwicklungen und soziale Sicherheit mit der langfristigen Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang gebracht. Daher sind in den Siedlungen energiesparendes, flächensparendes Bauen sowie sozial ausgewogene, durchmischte Bevölkerungsstrukturen zu verwirklichen:

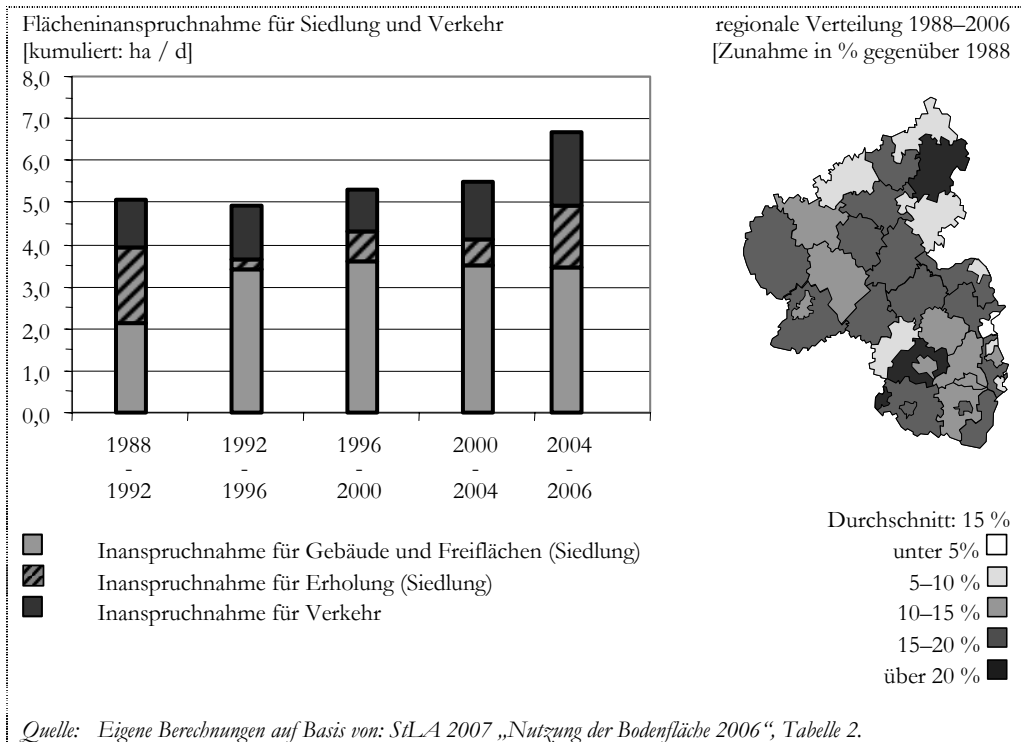
- Die Begrenzung der weiteren Flächeninanspruchnahme stellt ein zentrales Ziel einer Raumentwicklung, die sich an den Zielen einer Nachhaltigen Entwicklung orientiert, dar. Vorrangig ist die Flächennutzung im Bestand durch Flächenrecycling, Innenentwicklung und Nachverdichtung zu forcieren. Ein verbindliches Flächenmanagement, das eine landesweite Zielsetzung vor Ort umsetzt, ist intensiv zusammen mit den Kommunen zu verfolgen. Ebenfalls soll die Energieeinsparung für den Bestand verstärkt werden.
- Strukturelle Ungleichgewichte sollen abgebaut und gleichwertige Lebensverhältnisse unter Förderung der kulturellen sowie ökonomischen Vielfalt gesichert werden. Dies betrifft insbesondere die Sicherung und den Ausbau der infrastrukturellen Versorgung im ländlichen Raum. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandel stellt sich hier eine besondere Herausforderung. Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf sind weiter aufzuwerten. Aufgrund des ausgeglichenen Wohnungsmarktes bezieht sich die Förderung des (sozialen) Wohnungsbaus nun vielmehr auf die Pflege des Bestands, das heißt, vorhandene Wohnungen sollen eher erhalten/nachgerüstet als neu gebaut werden.
- Die Koordinierung der konkurrierenden Raumansprüche mit besonderem Blick auf die Freiraumansprüche (z. B. durch Flächensicherung ökologisch bedeutender Standorte) und ihre Abstimmung mit sozio-ökonomischen Erfordernissen stehen im Vordergrund. Vor- und nachsorgender Bodenschutzes muss bei Freiraumsicherung und Bodenrecycling weiter eine wichtige Rolle spielen.

Indikator 1: Flächeninanspruchnahme für Siedlung und Verkehr

Referenz: NNS, UMK, SH, TA, LA21

Beschreibung: Die Flächeninanspruchnahme durch Siedlung und Verkehr ist ein Schlüsselindikator für die Siedlungsentwicklung und die Entwicklung der Verkehrsfläche: Die Inanspruchnahme ist zunächst ein Maß für die ökologische Degradation der Ressource Boden durch die jährliche Flächenneunutzung. Allerdings ist zu beachten, dass durchschnittlich etwas weniger als die Hälfte der Fläche, die für Siedlung und Verkehr in Anspruch genommen wird, tatsächlich versiegelt ist.
 Der Indikator kann auch als wichtiges Maß für die Zersiedelung herangezogen werden. Dies ist mit hohen Infrastruktur- und Umweltkosten sowie Verkehrsströmen und einer Entwertung des bestehenden, städtischen Raums verbunden. Der demografische Wandel wird diese Aspekte noch verstärken.
 Gemessen wird die durchschnittliche Zunahme der Inanspruchnahme von Bodenfläche für die beiden Nutzungsarten Siedlung (Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbauand, Erholungsfläche und Friedhofsfläche – die beiden letztgenannten Flächen sind hier separat ausgewiesen) sowie Verkehrsfläche (v. a. Straße, Wege, Plätze).

Verlauf: Die tägliche Inanspruchnahme von Fläche für Siedlung und Verkehr stagniert seit Ende der 80er Jahre bei über 5 Hektar pro Tag. Seit dem Datenstand des Dritten Agenda 21-Programms ist wieder eine leicht steigende Tendenz festzustellen.



Bewertung: Durch sich ändernde Rahmenbedingungen (Eigenheimzulage) gab es 2005 nochmals eine starke Nachfrage nach Eigenheimen. Dadurch sank die Flächeninanspruchnahme nicht, wie es sich im letzten Agenda 21-Programm zunächst ansatzweise abzeichnete, sondern stieg wieder. Es ist aber auch zu beachten, dass die fortgesetzte Konversion ehemals militärischer Flächen in den letzten Jahren statistisch zu einer Flächeninanspruchnahme geführt hat, auch wenn dadurch kaum zusätzliche Flächen versiegelt wurden.
 Rheinland-Pfalz ist ein Land, das bereits in der nächsten Dekade in einigen Räumen mit einer weiteren Ausdünnung der Bevölkerung und in anderen Räumen mit einer weiteren Flächeninanspruchnahme rechnen muss. Auch zukünftig wird es Neubauten geben und damit wird auch zusätzliche Siedlungsfläche beansprucht, da die Menschen ihre Wünsche zum „eigenen Heim“ umsetzen wollen. Daher ist die weitere Entwicklung in Rheinland-Pfalz intensiv und regional differenziert zu diskutieren.

Ausblick: Der Indikator nimmt in der Nachhaltigkeitsdiskussion eine zentrale Rolle ein. Es zeigt sich aber, dass eine differenziertere Betrachtung erforderlich ist. Beispielsweise leisten die Erholungsflächen als Teil der Siedlungsfläche einen positiven Beitrag für eine Nachhaltige Entwicklung; in einem ersten Schritt sollten daher die Erholungsflächen separat ausgewiesen werden (wie oben bereits umgesetzt). Eine analoge Differenzierung von Daten bis 1988 ist aufgrund methodischer Umstellungen kaum möglich. Aus diesem Grund beginnt die obige Abbildung bei 1988 (im Dritten Agenda 21-Programm noch 1979).

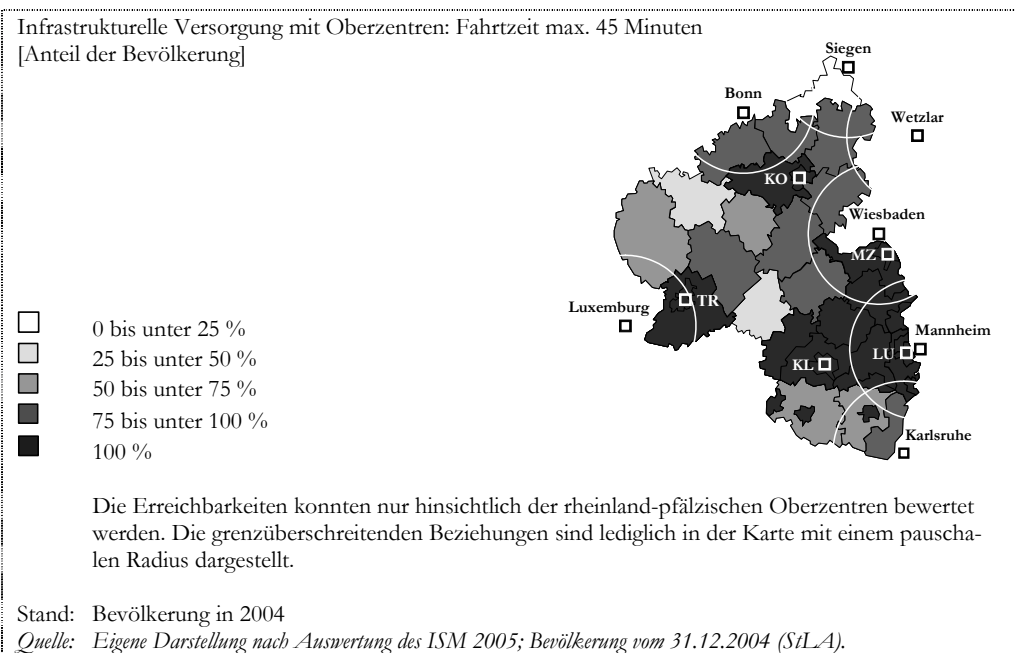
Indikator 2: Infrastrukturelle Versorgung

Referenz: –

Beschreibung: Der Indikator misst, welcher Anteil der Bevölkerung ausgewählte Einrichtungen in zumutbarer Zeit per Individualverkehr erreichen kann. Für die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln liegen derzeit keine Daten vor. Die Landesplanung benennt beispielhaft öffentliche und private Versorgungseinrichtungen mit unterschiedlicher „zentralörtlicher“ Bedeutung; sie unterscheidet zwischen Einrichtungen mit ober-, mittel- und grundzentraler Bedeutung. Als zumutbare Zeit gelten 30 Minuten zu Einrichtungen mit mittelzentraler Bedeutung und 45 Minuten für Einrichtungen mit oberzentraler Bedeutung. Einrichtungen mit grundzentraler Bedeutung dienen der Nahversorgung und sollen möglichst fußläufig oder über den öffentlichen Personennahverkehr erreichbar sein.

Einrichtungen mit mittelzentraler Bedeutung sind beispielsweise Krankenhäuser der Grundversorgung, Allgemein- und Berufsbildende Schulen oder ein qualifizierter Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr. Oberzentrale Bedeutung haben z. B. Einrichtungen wie Krankenhäuser mit Schwerpunktversorgung, Theater, Hochschulen, größere Veranstaltungsstätten, ein Landgericht oder ein Bahnhof im Fernverkehr.

Verlauf: Im Jahre 2004 erreichen 100 % der Bevölkerung ein ausreichendes Angebot der mittelzentralen Versorgung innerhalb von 30 Minuten. Oberzentrale Einrichtungen können für einen Großteil der Bevölkerung innerhalb von 45 Minuten erreicht werden. Seit dem Dritten Agenda 21-Programm ist wegen des hohen Aufwandes keine Aktualisierung verfügbar, diese ist im Rahmen der Vorlage des Raumordnungsberichtes 2008 zu erwarten.



Bewertung: Es kann von einem flächendeckenden Versorgungsgrad hinsichtlich mittelzentraler Einrichtungen gesprochen werden. Aufgrund der sehr guten Zentrenreichbarkeit rund um die Verdichtungsgebiete Koblenz, Rhein-Main und Rhein-Neckar besteht hier eine vielfältige Wahlmöglichkeit hinsichtlich der mittelzentralen Versorgung.

Der demografische Wandel kann insbesondere in den ländlichen Räumen aufgrund der niedriger werdenden Bevölkerungsdichte die wirtschaftliche Tragfähigkeit für öffentliche und private Versorgungseinrichtungen gefährden. Zur Sicherung der dortigen Daseinsvorsorge und damit der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Landesteilen ist eine Kooperation der Zentralen Orte hinsichtlich der zentralörtlichen Versorgungsstruktur anzustreben.

Bei der Erreichbarkeit der Oberzentren innerhalb von 45 Minuten besteht jedoch ein Defizit, insbesondere in der Nordwesteifel sowie in Teilen des Hunsrücks und des Pfälzerwaldes. Gemessen an der Gesamtbevölkerung ergibt sich dennoch ein Versorgungsgrad von 87 %, sodass insgesamt von einem hohen Zielerfüllungsgrad gesprochen werden kann. Es ist damit zu rechnen, dass die Erreichbarkeit oberzentraler Einrichtungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln einen höheren Zeitaufwand erfordert.

Ausblick: Es ist zu prüfen, inwiefern eine Zeitreihe erstellt werden kann, da mit neuen Werten nur in längeren Zeitabständen (Erarbeitung im Rahmen des Raumordnungsberichtes) zu rechnen ist.

Beispiele und Vorhaben:

Vernetzung der Akteure ländlicher Entwicklung in der Großregion:

In der Großregion Lothringen, Wallonie, Luxemburg, Saarland und Rheinland-Pfalz haben sich Projektpartner zusammengeschlossen und ein EU-Projekt unter Interreg IIIc entwickelt. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, den Austausch von Erfahrungen zwischen Akteuren ländlicher Entwicklung in der Großregion zu fördern. Als Bausteine können beispielhaft genannt werden: eine zweisprachige Webseite, eine Austauschbörse und Exkursionen in den unterschiedlichen Projektregionen.

Partner: Landfrauen

www.e-grade.net

Dialog Baukultur (seit 2003):

Die Einrichtung eines runden Tisches Baukultur betont die gesellschaftliche, die soziale, die ökonomische und die ökologische Bedeutung der Baukultur, gibt aber auch Anreize im Bausektor sowie der Förderung von Innovationen. Dabei sollen alle Bereiche des Bauens einbezogen werden (Wohnungsbau, Städtebau, öffentlicher Bau, Freiraumplanung, Gewerbe-, Industrie- und Verkehrsbau). Es soll die breite Diskussion angestoßen werden, hinaus über die Fachebene zu den Bürgerinnen und Bürgern. Die große Chance dieser landesweiten Initiative liegt im Bauen selbst, was neben dem Neubau besonders den Umbau und die Modernisierung der Städte und Gemeinden, der Dörfer und Häuser betrifft. Hier liegen erhebliche Potentiale und Zukunftschancen für Planungsbüros, Handwerksbetriebe und die Bauwirtschaft. Ein geeignetes Instrument für Baukultur und Bauqualität muss regionale Besonderheiten hervorheben und die baukulturelle Identität von Rheinland-Pfalz bestärken. Ein Beispiel hierfür ist die städtebauliche und immer auch architektonische Beratung der Städte und Kommunen im „Weltkulturerbe Mittelrheintal“ hinsichtlich ihres Sanierungs- und Modernisierungsbedarfs durch Städteplanerinnen und Städteplaner, Architektinnen und Architekten sowie Architekturbeiräte.

Partner: AK, FM

www.baukultur.rlp.de

Benchmarking Wasserwirtschaft (zunächst 5 Jahre):

Der demografische Wandel wird in Deutschland und in Rheinland-Pfalz ab 2015 zu deutlichen Herausforderungen führen und insbesondere für die Kommunen eine enorme Herausforderung sein. Die Versorgung mit Trinkwasser und eine geordnete Abwasserbeseitigung gehören zu den kommunalen Basisdienstleistungen, die auch in Zukunft erhalten bleiben. Bei gleich bleibenden Fixkosten werden die Einnahmen der Städte und Gemeinden aus Gebühren aufgrund der sinkenden Bevölkerungszahlen zunächst zurückgehen. Die Kommunen stehen dann vor der Aufgabe, die Versorgung weiterhin flächendeckend und kostengünstig zu gewährleisten. Das Ministerium für Umwelt und Forsten Rheinland-Pfalz hat eine Kooperationsvereinbarung mit den kommunalen Spitzenverbänden und den wasserwirtschaftlichen Fachverbänden abgeschlossen (28.09.2005), um mit der Initiierung eines Benchmarkingprojektes die kommunalen Unternehmen durch ein modernes betriebswirtschaftliches Instrument zu unterstützen. Durch das „Lernen vom Besten“ soll eine Optimierung der technischen und wirtschaftlichen Leistung und Effizienz der kommunalen Unternehmen erreicht werden.

Partner: MUFV, GStB, Städtetag, DWA, DVGW, LGW, Vku

www.wasser.rlp.de

Baugebiet Bölinger Flur in Wittlich-Wengerohr:

Dieses Baugebiet liegt in den Zonen II und III des Wasserschutzgebietes Wengerohr-Bombogen. Durch strenge Bauauflagen konnte dem Grundwasserschutz und der Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung Rechnung getragen werden.

Im Baugebiet werden die Grundsätze der dezentralen Bewirtschaftung des Niederschlagswassers angewandt.

Das Baugebiet zeichnet sich zudem dadurch aus, dass hier ausschließlich Gebäude nach dem Niedrigenergiehaus- und dem Passivhausstandard verwirklicht wurden. Eine entsprechende wissenschaftliche Begleitung ist erfolgt.

Partner: SGD-Nord

Planspiele zur Flächenkreislaufwirtschaft in der Region Rheinhessen-Nahe (seit Ende 2004):

Im Rahmen des Forschungsvorhabens des Bundes „Fläche im Kreis – Kreislaufwirtschaft in der stadtreionalen Flächennutzung“ fanden zwischen Juni 2005 und Frühjahr 2006 sechs Planspielworkshops statt. Akteure aus Kommunen und Kreisen der Region, des Landes und unterschiedlichen Institutionen haben mögliche Instrumente der Flächenkreislaufwirtschaft diskutiert und Vorschläge zur Fortentwicklung und zur Nutzung dieser Instrumente in der Region erarbeitet.

Ziel waren Vorschläge, wie eine Flächenkreislaufstrategie in der Region Rheinhessen-Nahe implementiert werden könnte. Diese Vorschläge und die in der Region vorhandenen praktischen Ansätze weisen den Weg, wie das Konzept der Flächenkreislaufwirtschaft in Rheinhessen-Nahe Wirklichkeit werden könnte. Sie sind als Maßnahmenpakete im Vorschlag eines Integrierten Handlungskonzepts zusammengefasst.

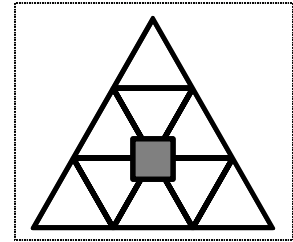
Partner: PG-RN, SGD-Süd

www.pg-rheinhessen-nahe.de

Handlungsfeld:

H.d Verantwortungsvoll Konsumieren und Produzieren

Bedeutung: Das Zusammenspiel von Produktion und Konsum ist ein zentraler Hebel für die Nachhaltige Entwicklung, da es den gesamten Fluss an Gütern und Dienstleistungen umfasst. Damit hängen neben den wirtschaftlichen Bedürfnissen unzählige ökologische und sozial-kulturelle Effekte zusammen. Gerade ein funktionierender Markt kann dazu beitragen, dass Informationen über Knappheit und Bedarfsmuster sich schnell verbreiten und so einen Beitrag zur Nachhaltigen Entwicklung leisten.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da die Unternehmen und Verbraucher über Aktivitäten auf Landes- und kommunaler Ebene erreicht und motiviert werden können.

Partner: MUFV, Kirchen, VZ, Landfrauen, SNU, VHS, LPB, LZG, SGDen

Ziel: Übergreifendes Ziel der Gestaltung von Konsum und Produktion ist die stetige und wirksame Verminderung negativer Effekte auf (andere) Gesellschaften, Volkswirtschaften oder Ökosysteme. Dafür unterstützt das Land die Erforschung und konkrete Umsetzung von Produkten und Dienstleistungen, die über ihren gesamten Lebensweg möglichst geringe Auswirkungen haben. Insbesondere sollen die versteckten, oftmals vielfach höheren Ressourcenaufwendungen abseits der Nutzungsphase ins Blickfeld einer gesamten Betrachtung gerückt werden. Dies schließt den globalen Energie- und Ressourceneinsatz (Rohstoffe und Umweltmedien wie Wasser, Luft und Boden) mit ein. Soziale oder ökologisch nachteilige Effekte aus der Nutzung nachwachsender Rohstoffe, insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern, sind zu vermeiden.

Das Land wird ebenso Information und Bildung stärken sowie Kontrollen verbessern. Dabei sollen die richtigen Anreize und ein Markt für Produkte und Dienstleistungen, welche die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie unterstützen, geschaffen werden. Dazu möchte das Land aufklären, Bündnisse knüpfen und herausragende Produkte / Dienstleistungen modellhaft unterstützen.

Ein wichtiges Ziel besteht darin, das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken. Dabei setzt das Land auf Qualitätsorientierung, Gesundheitsschutz und Umweltverträglichkeit. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sollen ermuntert und unterstützt werden, ihren Konsum im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung zu gestalten.

Ebenfalls sollen die Unternehmen darin bestärkt werden, dass ihre Mitwirkung an den verantwortungsvollen Produktionsmustern vorteilhaft ist. Die Landesregierung verfolgt daher das Ziel, Kleinbetrieben – sowohl im Handwerk als auch im produzierenden und Dienstleistungsgewerbe – Hilfen an die Hand zu geben. Mit dieser Unterstützung sollen die Unternehmen selbst, also ohne Einschaltung externen Sachverständigen, eine Arbeitsschutz- und Umweltbetriebsprüfung durchführen können. Dies soll freiwillig sein, und nur auf Wunsch des Unternehmers soll eine Beratung durch die Gewerbeaufsicht oder die Kammern erfolgen. Unternehmen sollen ihre Produktverantwortung wahrnehmen, indem sie etwa ökologische Kriterien im Produkt-Design zugrunde legen. Ebenso möchte die Landesregierung ökologisch und sozial vorteilhafte Produkte und Dienstleistungen durch die Unterstützung geeigneter Bewertungs- und Vermittlungsinstrumenten (z. B. Labels) in den Alltag integrieren, was zusammen mit den gesellschaftlichen Gruppen und durch Vorbildfunktion der öffentlichen Hand (Beschaffungswesen) umgesetzt werden soll.

Das Land nutzt beispielsweise Zertifikate, um die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung in der Waldwirtschaft sicherzustellen.

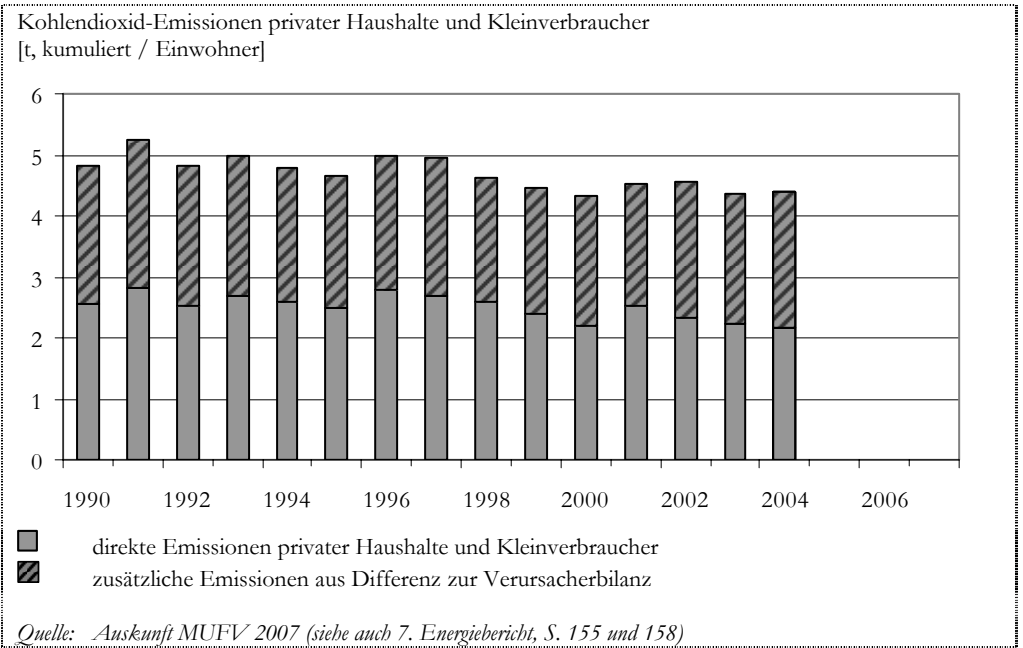
Indikator 1: Kohlendioxid-Emissionen privater Haushalte und Kleinverbraucher pro Einwohner

Referenz: (ähnlich: UMK)

Beschreibung: In Haushalten fällt durch Raumwärme (insbesondere im Bestand) und durch elektrische Anwendungen ein großer Teil des gesamten Energieverbrauchs an. In der Heizungsmodernisierung und Gebäudesanierung liegen große Potenziale, auf die das Land besonders gut hinwirken kann. Dazu geben die Kohlendioxid-Emissionen die Reduktions- und Substitutionsbemühungen für fossile Energieträger wieder. Die Emissionen werden auf den Einwohner bezogen, um den Beitrag der Bürgerinnen und Bürger darzustellen.

Der Indikator misst, wie viel Kohlendioxid die privaten Haushalte und Kleinverbraucher (Gewerbe, Handel, Dienstleistungen) durch den Einsatz von Energieträgern direkt und indirekt (etwa aus Stromerzeugung) ausstoßen.

Verlauf: Die direkten Kohlendioxid-Emissionen privater Haushalte und Kleinverbraucher (hauptsächlich für Raumwärme) betragen rund 2,5 t pro Einwohner und Jahr. Die zusätzlich anzurechnenden indirekten Emissionen (vorwiegend aus elektrische Anwendungen) fallen nochmals in gleicher Höhe an. Insgesamt sinken die insgesamt auf private Haushalte und Kleinverbraucher zurückführbare Emissionen leicht.



Bewertung: Die den Kleinverbrauchern zurechenbaren Kohlendioxid-Emissionen stammen etwa zur einen Hälfte aus der Erzeugung von Heizwärme und anderen Verbrennungsprozessen und zur anderen Hälfte den indirekten Emissionen (v. a. Strom – größtenteils aus anderen Ländern).

Die direkten Emissionen schwanken abhängig vom Winterklima eines Jahres. damit tragen die Kleinverbraucher etwa ein Drittel der direkt in Rheinland-Pfalz erzeugten Kohlendioxid-Emissionen bei. Zusammen mit dem Individualverkehr tragen private Haushalte somit einen großen Teil zu den gesamten Emissionen in Rheinland-Pfalz bei. Für die nächsten Jahre ist durch den zunehmenden Bestand besser gedämmter Neu- und Altbauten, durch die Heizungsmodernisierung oder alternative Heizkonzepte sowie durch Verhaltensänderungen eine Reduktion des Kohlendioxid-Ausstoßes zu erwarten. Allerdings kompensieren die höheren Anforderungen an den Wohnkomfort (mehr Wohnraum, mehr freistehende Häuser) zum Teil die Reduktionen.

Die Emissionen aus dem Stromverbrauch werden aufgrund der weiteren Ausstattung mit Elektrogeräten und des höheren Wohnkomforts zukünftig eher noch steigen.

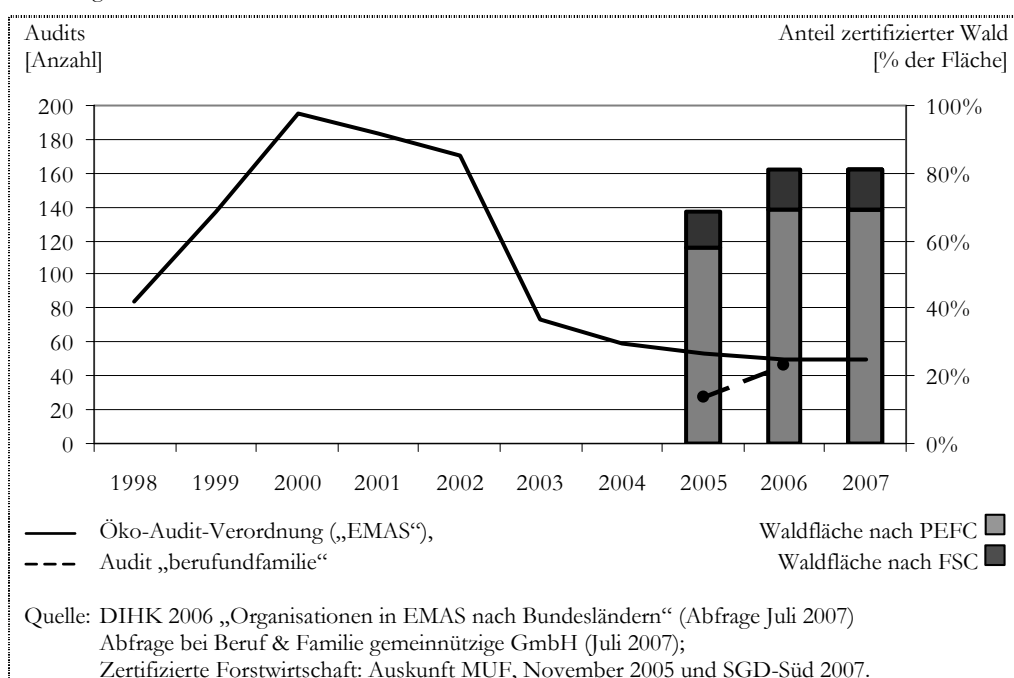
Ausblick: Mittlerweile werden auch die indirekten, durch den Stromverbrauch bedingten Kohlendioxid-Emissionen berücksichtigt. Zukünftig wäre aber auch die Emissionen der durch Import von im Ausland hergestellten Gütern interessant, wenngleich genügende Daten hier in nächster Zeit kaum zu erwarten sind.

Indikator 2: Unternehmen und Körperschaften mit Audit

Referenz: ähnlich: UMK

Beschreibung: Die Politik und Führung von Unternehmen und anderer Körperschaften bestimmen das nachhaltigkeitsrelevante Handeln maßgeblich. Mit Audits werden die besonderen Leistungen der Unternehmen – meist im Rahmen eines Managementsystems – kontrolliert. Daher zeigen Audits das notwendige Bekenntnis sowie die Umsetzung für verantwortungsvolle und zugleich wettbewerbsfähige Produktionsmuster auf. Gemessen werden sollen alle Unternehmen mit Audits in den Bereichen Umwelt-, Sozial- und Qualitätsmanagement.

Verlauf: Nach dem Start des europäischen Umweltmanagementsystems (EMAS) in der Mitte der 90er Jahre waren zeitweise fast 200 Unternehmen auditiert, deren Zahl aber wieder rückläufig ist und mittlerweile stagniert. Damit setzte sich der Trend seit dem Dritten Agenda 21-Programm fort. Das Audit „berufundfamilie“ wird hingegen seit 2005 zunehmend umgesetzt, im Jahr 2006 gab es in Rheinland-Pfalz 60 zertifizierte Unternehmen und Verwaltungen. Über die Hälfte (69%) des Waldes in Rheinland-Pfalz ist mit dem PEFC-Zertifikat und weitere 12 % nach FSC ausgezeichnet.



Bewertung: Die Anzahl der nach EMAS auditierten Unternehmen stieg anfangs, konnte dann aber nicht weiter ausgebaut werden. Viele Unternehmen lassen sich mittlerweile nicht revalidieren, sodass die Anzahl der Unternehmen mit EMAS wieder sinkt. Die Zahl der zertifizierten Umweltmanagementsysteme nach ISO 14.000 stieg jedoch umso stärker (es liegen aber keine konkreten Daten vor). Es ist davon auszugehen, dass Ansätze mit niedrigen Zugangsvoraussetzungen in Zukunft den höchsten Zulauf haben werden. Das relativ junge Audit „berufundfamilie“ wird in Rheinland-Pfalz zunehmend umgesetzt, auch durch die Landesregierung und ihre Ressorts sowie nachgeordnete Behörden und Einrichtungen. Damit zeigt sich die Vorbildfunktion, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in anderen Institutionen und Unternehmen umzusetzen. Eine Vorbildfunktion nimmt auch die Waldwirtschaft ein, da inzwischen mehr als 80 % des Waldes in Rheinland-Pfalz nach PEFC oder FSC zertifiziert ist.

Ausblick: In Expertenkreisen wird derzeit intensiv diskutiert, inwiefern EMAS weiterentwickelt oder durch Alternativen ergänzt werden kann. Diese Diskussion ist aber noch nicht abgeschlossen. Zahlen zu anderen Ansätzen (ISO 14.000, Ökoprotit, ...) sind kaum allgemein verfügbar und auch nur sehr beschränkt miteinander vergleichbar. Daher ist die Frage nach einem geeigneten Indikator mit großer Aufmerksamkeit weiter zu verfolgen. Eine weitere Diskussionslinie betrifft die Gewichtung der Audits. Ein gängiger Vorschlag sieht die Mitarbeiterzahl als gewichtenden Faktor vor, sodass der Indikator hin zu „Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Unternehmen und Körperschaften mit Audit“ weiter entwickelt werden könnte.

Beispiele und Vorhaben:

Audit „berufundfamilie“ (ab 2005):

Das Audit „berufundfamilie“ – entwickelt auf Initiative und im Auftrag der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung – ist ein Managementinstrument zur Förderung der familienbewussten Personalpolitik, bei dem nicht nur bereits umgesetzte Maßnahmen begutachtet, sondern auch das betriebsindividuelle Entwicklungspotenzial aufgezeigt und weiterführende Zielvorgaben festgelegt werden. 2007 werden gemeinsam mit der Wirtschaft vier Regionalkonferenzen durchgeführt um vor allem kleine und mittlere Unternehmen für familienbewusste Maßnahmen im Betrieb zu sensibilisieren.

Dies ist in Deutschland ein bisher einmaliger Beitrag einer Landesregierung zur Wahrung der Vorbildfunktion: Nach dem MASGFF und dem MUFV haben allen anderen Ministerien, die Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und der Europäischen Union sowie der Landtag Rheinland-Pfalz das Grundzertifikat erhalten. Darüber hinaus sind das Landesuntersuchungsamt Rheinland-Pfalz, das Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht, die Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd, die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord sowie Landesforsten Rheinland-Pfalz – als erster Landesbetrieb überhaupt – und somit der gesamte nachgeordnete Geschäftsbereich des MUFV - auditiert worden.

Partner: MASGFF, MUFV, FM, ISM, JM, MBWJK, MWVLW, StK,
LUA, LUWG, SGDen, Landesforsten, Landesvertretung

www.beruf-und-familie.de

Regionalmarke EIFEL (seit August 2002):

Unter Einbeziehung aller Eifel-Landkreise werden im Rahmen des Modellprojektes „Regionen aktiv“ Qualitätskriterien für die Regionalmarke EIFEL definiert und festgeschrieben. Mit dem Marken-Logo EIFEL wird für die Verbraucherin bzw. den Verbraucher ein Zeichen geschaffen, das für die hochwertigen Eifler Produkte und Dienstleistungen steht. Durch das Projekt wird die Wirtschaft in der Eifelregion gestärkt (v. a. die kleinbäuerlichen und mittelständischen Strukturen), die Kaufkraft gebunden und damit Arbeitsplätze gesichert und geschaffen.

www.regionalmarke-eifel.de

Informations-Forum Abfallwirtschaft im Gesundheitswesen Rheinland-Pfalz (IFAG)

Zahlreiche Krankenhäusern, Arztpraxen und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens werden in einem Forum für den Austausch von Informationen und Erfahrungen im Bereich Umweltschutz zusammengeführt. Zunächst stehen Fragestellungen der Abfallwirtschaft im Vordergrund. Die Ausweitung auf „Nachbarthemen“ wie Energie, Wasser, Abwasser ist vorgesehen.

SGU-Leitfaden (Sicherheit, Gesundheits- und Umweltschutz):

Ziel des SGU Leitfadens ist es, Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten bei der Selbstüberprüfung im Umwelt- und Arbeitsschutz zu helfen. Es werden geführte Checklisten verwendet, die ein dauerhaftes Verbessern des betrieblichen Umwelt- und Arbeitsschutzes fördern. Damit werden die Maßnahmen erfassung und -verfolgung ermöglicht. Mittels eines Stichwortverzeichnisses kann der Leitfaden auch als Nachschlagewerk genutzt werden. Branchenorientiert kann auf spezielle Probleme eingegangen und es können Beschäftigte einbezogen werden.

Partner: LUWG, SAM

www.sgu-rlp.de

Ökoeinkaufsführer:

Der Einkaufsführer zu den Betrieben des ökologischen Landbaus in Rheinland-Pfalz bietet Verbraucherinnen und Verbrauchern eine schnelle und direkte Orientierungshilfe für den Einkauf ökologisch erzeugter Lebensmittel. Die in Rheinland-Pfalz direktvermarktenden Öko-Betriebe sowie landwirtschaftliche Betriebe, Weinbaubetriebe als auch Betriebe des Lebensmittelhandwerks (Bäckereien, Konditoreien und Metzgereien, Tofuhersteller) sind mit Adresse, Produktliste und weiteren Informationen aufgeführt.

Partner: KÖL

Zertifizierte Waldwirtschaft:

Als „Gütesiegel“ im Staats-, Kommunal- und Privatwald von Rheinland-Pfalz werden überwiegend die Zertifizierungssysteme nach „PEFC“ (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes), „FSC“ (Forest Stewardship Council) und in seltenen Fällen auch „Naturland“ eingesetzt. Vorrangiges Ziel der Zertifizierung ist die Dokumentation und Verbesserung der nachhaltigen Waldbewirtschaftung im Hinblick auf ökonomische, ökologische sowie soziale Standards. Ferner stellt die Zertifizierung ein zeitgemäßes Marketinginstrument für den nachwachsenden Rohstoff Holz dar, das zur Verbesserung des Images der rheinland-pfälzischen Forstwirtschaft und ihrer Marktpartner beiträgt.

Durch die Zertifizierung ergeben sich folgende Vorteile.

- Sicherung des Holzabsatzes
- Eröffnung neuer Marktchancen
- Schaffung von Allianzen mit Marktpartnern
- Förderung der Verwendung des Roh- und Werkstoffes Holz
- Sicherung von Arbeitsplätzen in der heimischen Forst- und Holzwirtschaft

Zertifikate haben sich inzwischen zu modernen Marketinginstrumenten entwickelt, mit denen das Thema „Nachhaltigkeit“ der Verbraucherin bzw. dem Verbraucher kommuniziert werden kann. Darüber hinaus gestaltet sich der Holzabsatz in der heutigen Zeit ohne Gütesiegel zunehmend schwieriger (Vorreiter war die Papierindustrie), wobei aber keine Mehrerlöse zu erwarten sind.

Partner: MUFV, Landesforsten

Nachhaltige, multifunktionale Waldbewirtschaftung in Rheinland-Pfalz:

Holz ist eine nachwachsende, CO₂-neutrale Rohstoffquelle mit vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten und vielen ökologischen Vorteilen. In Rheinland-Pfalz wächst mehr Holz nach als wir derzeit nutzen. Dieses natürliche Potenzial soll im Rahmen einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung stärker erschlossen werden. Deshalb ist die Forstpolitik des Landes darauf ausgerichtet

- nebeneinander und auf derselben Fläche Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen zu erfüllen (multifunktionale Forstwirtschaft, naturnaher Waldbau),
- durch die laufende Strukturreform die Holzbereitstellung effizienter auf die Bedürfnisse der Kunden auszurichten,
- die Bewirtschaftung des Privatwaldes durch die Leistungen des Gemeinschaftsforstamtes und durch Stärkung der forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse zu verbessern,
- auf der Basis der Bundeswaldinventur die Holznutzungsmöglichkeiten im Land eingehend zu analysieren sowie
- die vielfältigen Möglichkeiten der stofflichen und energetischen Verwendung von Holz und Holzprodukten generell zu beflügeln.

Damit steht die Forstpolitik des Landes im Einklang mit dem nationalen Waldprogramm und der Charta für Holz der Bundesregierung, die eine stärkere Holzverwendung initiieren will und nun umgesetzt werden soll.

Partner: MUFV, Landesforsten

www.wald-rlp.de

Ökoeffizienz-Analyse der BASF:

Das Instrument der Ökoeffizienz-Analyse wurde 1996 von der BASF und der Unternehmensberatung Roland Berger & Partner entwickelt. Sie ist ein pragmatischer, flexibler und rationeller Ansatz zur ökologisch-ökonomischen Quantifizierung von Produkten und Prozessen. Bis heute konnte diese Methode von der BASF kontinuierlich weiterentwickelt sowie an mehr als dreihundert Anwendungsfällen erprobt werden.

Das Instrument basiert auf einer Ökobilanz des gesamten Lebensweges eines Produktes oder einer Dienstleistung. Ein anschließendes Verfahren fasst die Umweltbelastungen in Luft, Wasser, Boden, von Ressourcen- und Energieverbrauch, Flächenbedarf sowie human- und ökotoxischen Gefährdungen zusammen und stellt die gesamte Umweltbelastung den Kosten gegenüber. So ist ersichtlich, mit welchen Produkten und Dienstleistungen Unternehmen Energie und Ressourcen schonen, Umweltbelastungen minimieren und gleichzeitig durch niedrigere Kosten ihre Marktsituation verbessern. Daher wird die Ökoeffizienz heute als ein wichtiger Unternehmensbeitrag zur Nachhaltigen Entwicklung anerkannt.

Die SAM hat bereits mehrere Ökoeffizienz-Analysen initiiert, u. a. zu:

- Mineralölkohlenwasserstoff-kontaminierten Böden
- Schlacke/Asche aus der Hausmüllverbrennung
- Teerhaltigem Straßenaufbruch

Mittlerweile bietet die BASF mit der „SEEBalance“ eine erweiterte Analyse an, die auch soziale Aspekte mit bewertet.

Partner: BASF, SAM, TU Kaiserslautern

www.oekoeffizienzanalyse.de / www.sam-rlp.de

Nachhaltiges Renovieren und Sanieren in Musterbetrieben der Bau- und Ausbaugewerke (Januar 2006 – Juni 2007):

Zielstellung des Projekts ist es, Handwerksbetrieben der Bau- und Ausbaugewerke dabei zu unterstützen, ihre nachhaltigkeitsbezogenen Produkte und Dienstleistungen rund um das Bauen zu präsentieren und die Haushalte über die Leistungsfähigkeit des Handwerks in diesem Bereich zu informieren. Damit werden die Kommunikation zwischen den im Handwerk Tätigen und Bauherren verbessert und letztendlich die entsprechenden Dienstleistungen verstärkt nachgefragt. Mit Unterstützung des Projektträgers werden in ca. 15 Handwerksbetrieben Hausmessen organisiert und durchgeführt. Die beteiligten Firmen werden dabei auch in der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt. Auf den Hausmessen präsentieren sich die Handwerksbetriebe gemeinsam mit ihren Herstellern und stehen für Einzelberatungen zur Verfügung. Weitere Fachleute, z. B. Vertreterinnen und Vertreter von Banken oder Gebäudeenergieberater, werden eingebunden, so dass den Interessierten ein umfangreiches Beratungsangebot zur Verfügung steht. Dabei spielen auch die Themen „Neue Energieeinsparverordnung“ und „Gebäudeenergiepass“ eine wichtige Rolle. Die am Projekt beteiligten Firmen präsentieren sich auf einer gemeinsamen Internetplattform.

Das Projekt leistet einen wichtigen Beitrag dafür, dass Nachhaltigkeitspotenziale des rheinland-pfälzischen Handwerks erschlossen und künftige Baumaßnahmen verstärkt unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten geplant und durchgeführt werden – sowohl im Neubau als auch bei Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand.

Partner: ZUM, HWK Rheinhessen

www.regioexperten.de

Gesund und sicher in Kleinstbetrieben – GUSIK (Okt. 2005 –Sept. 2008):

GUSIK verfolgt das Ziel, für Kleinstbetriebe mit bis zu 10 Beschäftigten ein Modell für die Grund- und anlassbezogene Betreuung und Beratung gemäß der Unfallverhütungsvorschrift BGV A2 auszugestalten. Dazu werden mehrere Kleinstbetriebe zu so genannten „Pools“ zusammengefasst, die während der Projektlaufzeit durch ein Beratungsteam, bestehend aus Betriebsärztin bzw. Betriebsarzt und Fachkraft für Arbeitssicherheit, gemäß der BGV A 2 betreut werden. Dies erfolgt in Rheinland-Pfalz für die Branche Metall. Hierzu gehören neben Betrieben für Landmaschinenmechanik, Kfz-Betrieben, Sanitär-Heizung-Klima-Betrieben und Metallbauunternehmen auch Fahrzeuglackierbetriebe.

Im Rahmen des Projektes sollen von der Handwerkskammer Koblenz drei bis fünf Unternehmerpools mit durchschnittlich 10 Betrieben gebildet werden. Gemeinsam mit den Unternehmern werden Gefährdungsbeurteilungen durchgeführt, Maßnahmenpläne erarbeitet, poolinterne Workshops zu bedarfsorientierten Fragestellungen durchgeführt und praxisbezogene Materialien zur angepassten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Betreuung entwickelt.

In Hessen erfolgt dies parallel für die Branche Orthopädietechnik und in Südhüringen für Steinmetzbetriebe. Die im Projektverlauf entstehenden Materialien werden in einem Handbuch zusammengefasst.

Partner: HWK Koblenz

www.gusik.info

Finanzierung erneuerbarer Energien:

Die Finanzierung erneuerbarer Energien wird mehr und mehr zum Alltagsgeschäft für Kreditinstitute werden. Sie wirft jedoch eine Reihe von neuen Fragestellungen auf, die in der Sparkassen-Finanzgruppe bislang überwiegend einzelfallbezogen bearbeitet und entschieden werden. Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen einem Wissenschaftler-Team der Universität Lüneburg, der Abteilung Marktstrategie im Deutschen Sparkassen- und Giroverband und der Geschäftsstelle der Wissenschaftsförderung der Sparkassen-Finanzgruppe e. V. soll deshalb ein „Evidenzhandbuch“ bis voraussichtlich Ende 2007 zur Systematisierung der Finanzierung erneuerbarer Energien erstellt werden. Das Handbuch soll es den Instituten erleichtern, typische Fragestellungen der Finanzierung erneuerbarer Energien zielgerichtet zu behandeln und den Informationsaufwand zu senken. Über die weitere Entwicklung in diesem Aspekt wird die Sparkassenorganisation zu gegebener Zeit informieren.

Partner: MWVLW

Qualitätsmanagement in der amtlichen Lebensmittelüberwachung in Rheinland-Pfalz:

Die Bedeutung einer funktionierenden Lebensmittelüberwachung ist im Zuge der Fleisch- und Lebensmittelskandale der jüngeren Vergangenheit wieder verstärkt in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Rheinland-Pfalz hat im Bereich der amtlichen Lebensmittelüberwachung flächendeckend ein Qualitätsmanagementsystem eingeführt, das die Gewährleistung von effizienten und qualitätsgesicherten Kontrollen zum Inhalt hat. Das Land stützt sich dabei auf bundesweite Absprachen und kommt mit der Einführung eines Qualitätsmanagementsystems auch der Verpflichtung nach, die sich sowohl aus europäischem als auch nationalem Recht ergibt. Qualitätsmanagement in der amtlichen Lebensmittelüberwachung beinhaltet die Beschreibung und Festlegung der Verfahren für so wichtige Bereiche wie Betriebskontrollen, Risikobewertung sowie Zulassungs- und Genehmigungsverfahren von Betrieben, Probenahmen, Einfuhruntersuchungen oder natürlich auch Maßnahmen im Krisenfall. Alle Tätigkeiten und Maßnahmen werden zu Zwecken der Nachvollziehbarkeit dokumentiert.

Partner: MUFV

Ökoprofit:

Bereits zum vierten Mal startete die Stadt Mainz im April 2006 im Rahmen der Lokalen Agenda 21 das Projekt ÖKOPROFIT. Ziel des jeweils ca. ein Jahr dauernden Projektes ist es, durch gezielte betriebliche Umweltmaßnahmen die Umwelt zu entlasten und dadurch Kosten zu senken. Dieses Mal nahmen zehn Mainzer Unternehmen und Institutionen teil, darunter mit dem Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz erstmalig eine Landesbehörde. Das Ministerium sieht die Teilnahme am Projekt als Einstieg in den Aufbau eines eigenen Umweltmanagementsystems. Ziel ist eine Zertifizierung nach EMAS (Eco-Management and Audit Scheme). Das Ministerium verbindet seine Teilnahme aber auch mit der Hoffnung, dass künftig möglichst noch viele weitere Landesbehörden an Ökoprofit Projekten teilnehmen.

Partner: Stadt Mainz, MUFV

Umsetzung der Richtlinie „Nachhaltigkeit – Zur Verantwortung der Christen für die Bewahrung der Schöpfung“:

Das Bistum Mainz hat sich mit der Pastoralen Richtlinie Nr. 14 „Nachhaltigkeit – Zur Verantwortung der Christen für die Bewahrung der Schöpfung“ für das Verhalten des Bistums selbst, seiner Einrichtungen und Pfarrgemeinden einen Gesamtrahmen gegeben.

Im Einzelnen sind darin für beispielhafte Verhaltensweisen die Bereiche Verkündigung und Liturgie, Bildungswesen, Gerechtigkeit und Frieden, Umweltmanagement, Umgang mit Energie und Wasser, Bauwesen, Beschaffungswesen, Vermögensverwaltung, Beköstigung, Mobilitätsverhalten, Abfallvermeidung, Schutz von Pflanzen und Tieren, Mitwirkung in außerkirchlichen Gremien angesprochen.

Autofasten (jährlich zur Fastenzeit):

Verzicht auf das Auto während der Aktionszeit: Die Palette reicht vom zeitweisen Verzicht (etwa in der Freizeit) über die völlige Vermeidung von Autofahrten bis zur besseren Organisation der notwendigen Fahrten oder einem bewussten energiesparenden Fahrstil. Um trotzdem mobil zu bleiben (oder vielleicht besser: mobil zu werden) gibt es ebenso viele Möglichkeiten, vom Öffentlichen Personen-Nahverkehr über Fahrgemeinschaften und Car-Sharing bis zum Fahrradfahren oder zu Fuß gehen. Nach den vier Wochen und entsprechenden Erfahrungen sollte man entscheiden, ob und in welchen Punkten man die Umgangsweise mit dem Auto verändern will und kann.

Kath. Kirche, Ev. Kirche, LZU

www.autofasten.de

Nachhaltige Renovierung und Sanierung von Mustergebäuden durch das Trierer Handwerk

(Januar 2006 - Juni 2008):

Im Rahmen normaler Kundenaufträge sollen während der Projektlaufzeit mindestens vier Handwerkerkooperationen mindestens 8 Mustergebäude vorbildlich sanieren. Dabei werden insbesondere Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt. Über eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit – Pressearbeit, Flyer, Broschüre, Internetauftritt – sowie über die Präsentation der Handwerkerkooperationen und ihrer Musterobjekte auf Messen und zu Thementagen des Umweltzentrums sollen die Bauherren der Region an Hand dieser Best-practice-Beispiele Anregungen für die Planung und Umsetzung eigener Baumaßnahmen erhalten.

Neben der Förderung des Renovierens und Sanierens unter Nachhaltigkeitskriterien in Rheinland-Pfalz leistet das Projekt auch einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Kooperationsbildung im Handwerk. Auf Grund der Komplexität der neuen Technologien und der Notwendigkeit, insbesondere bei Sanierungsmaßnahmen zur Energieeinsparung das Gebäude als Ganzes zu betrachten, stellen Kooperationen im Handwerk eine wichtige Arbeitsstruktur der Zukunft dar. Das Projekt leistet damit auch einen wichtigen Beitrag zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze im Handwerk der Region.

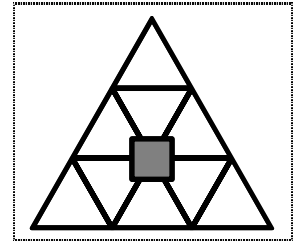
Partner: UWZ

www.umweltzentrum-trier.de

Handlungsfeld:

H.e Bildung für Nachhaltige Entwicklung

Bedeutung: Vernetztes Wissen und weit reichendes Bewusstsein für die Herausforderungen der Nachhaltigen Entwicklung sind notwendige Voraussetzungen für ein adäquates Handeln. Dies betrifft die ökologischen Aspekte ebenso wie die sozial-kulturellen und ökonomischen. Die Aufgaben zur Einbindung der Nachhaltigen Entwicklung kann nur durch einen entsprechend gestalteten Bildungsauftrag umgesetzt werden. So haben die Vereinten Nationen die Jahre 2005 bis 2014 zur Dekade „Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen.



Dieses Handlungsfeld ist für Rheinland-Pfalz bedeutend, da es als Land den Bildungsauftrag wahrnimmt und diesen konkret an die Gemeinden und Verbände herantragen kann.

Partner: MBWJK, MUFV, LZU, LZG, Eine-Welt-Organisationen, Umweltverbände

Ziel: In allen Bereichen des Bildungswesens sind Maßnahmen zur Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) zu ergreifen. In den rheinland-pfälzischen Schulen ist BNE ein wichtiges Querschnittsthema, das sowohl im Unterricht als auch in außerunterrichtlichen Maßnahmen umgesetzt wird. Die Umweltaufklärung als wesentlicher Bestandteil der BNE ist politische Öffentlichkeitsarbeit. Gleichfalls sind die sozial-kulturellen und ökonomischen Effekte individuellen Handelns aufzuzeigen, um die Bürgerinnen und Bürger zur mündigen und zukunftsfähigen Lebenspraxis zu befähigen. Damit soll die BNE im Rahmen der heutigen Anforderungen alltäglich und allgemein bilden.

„Bildung für eine nachhaltige Entwicklung am Beispiel des Waldes“ ist eine der wichtigsten aktuellen Fragen und ein besonderes Anliegen der Forstpolitik. Es gilt, alle materiellen wie ideellen Güter, die die jetzige Generation empfangen hat, mindestens im selben Umfang und derselben Qualität an die nächste Generation weiterzugeben.

Die erweiterten sozialen Kompetenzen von Jungen und Mädchen sollen auch zum Abbau von Geschlechterrollen-Stereotypen beitragen. Dazu sollen Genderaspekte verstärkt in pädagogischen Konzepten an Schulen und Hochschulen berücksichtigt werden.

Die Hochschulen werden ermuntert, die Bildung für Nachhaltige Entwicklung als festen Bestandteil von Forschung und Lehre aufzunehmen.

Indikator: Bildungseinrichtungen für Nachhaltige Entwicklung

Referenz: –

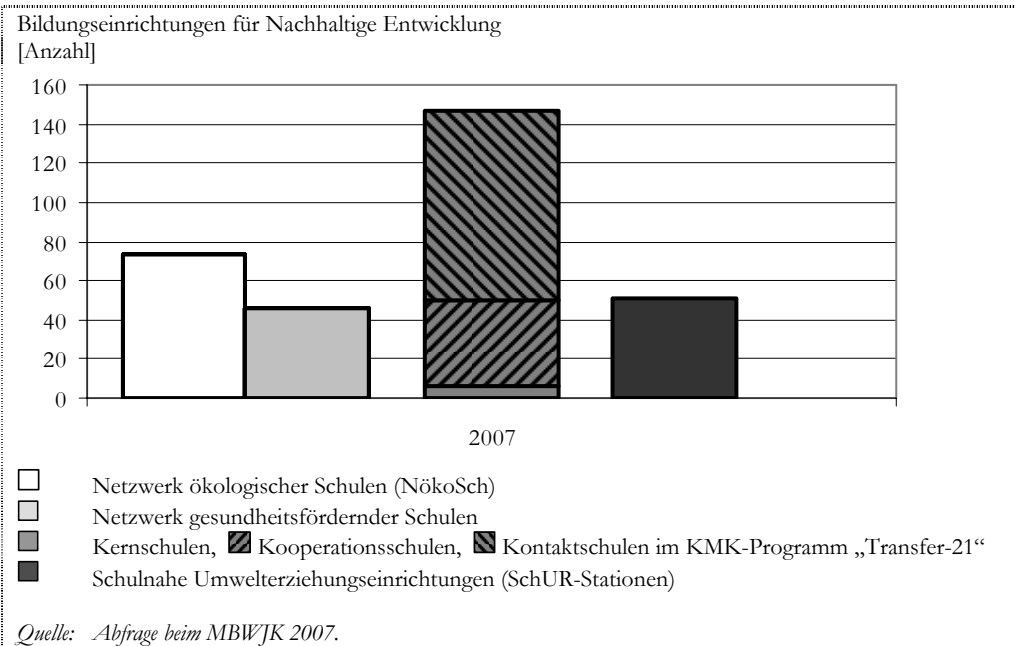
Beschreibung: Die frühzeitige Hinführung zu nachhaltigkeitsrelevanten Themen ist eine wichtige bildungspolitische Aufgabe. Dies kann in Schulen in Unterricht, in der Schulorganisation und in außerschulischen Maßnahmen umgesetzt werden.

www.nachhaltigkeit.bildung.rlp.de
www.umweltbildung.de

Erste Hinweise gibt die Anzahl von Schulen mit entsprechender Profilbildung. Diese behandeln Themen wie Ökologie, Agenda, Energieeinsparung und Gesundheitsförderung (Überschneidungen möglich) und setzen entsprechende methodische Konzepte um. Eine besondere Bedeutung kommt dem partizipativen Lernen zu, einhergehend mit der Einbindung außerschulischer Partner in den schulischen Kontext. In Schulnahen Umwelterziehungseinrichtungen (SchUR-Stationen), die mit ihren Bildungsangeboten gleichermaßen Schulklassen, Familien und Erwachsene ansprechen, ist ein entsprechender institutioneller Verbund entwickelt worden. Für die Anerkennung durch das MBWJK bestehen seit 1997 Kriterien.

Verlauf:

In den Schulen des Landes werden BNE-Themen gemäß den Vorgaben der Lehrpläne und Richtlinien in unterschiedlicher Intensität umgesetzt. Abgebildet ist aufgrund der Datenlage und Vergleichbarkeit nur das Jahr 2007: 147 Schulen des Landes beteiligen sich derzeit am Informationsaustausch zur BNE. Diese setzen sich – mit Überschneidungen – zusammen aus 73 Schulen aus dem Netzwerk ökologisch profilierter Schulen (NökoSch), sowie den Kern-, Kooperations- und Kontaktschulen aus dem KMK-Programm „Transfer-21“. Hinzu kommen 46 Schulen aus dem Netzwerk „Schulen für Gesundheit 21“. Daneben verfügt Rheinland-Pfalz über ein Netzwerk von inzwischen 51 SchUR-Stationen, die von verschiedenen außerschulischen Bildungsträgern, Verbänden und Kommunen getragen werden.



Bewertung:

Es ist von einem leicht positiven Trend zur BNE-Profilbildung auszugehen, denn das bildungspolitische Instrumentarium der Profilbildung von Schulen in Rheinland-Pfalz korrespondiert mit den Qualitätsprogrammen der Schulen. Dadurch wird einerseits die BNE-Profilbildung als Möglichkeit zur Qualitätsentwicklung verstärkt wahrgenommen. Andererseits wird diese Profilbildung häufig in Konkurrenz zu anderen Schwerpunktsetzungen gesehen, obwohl die BNE-Profilbildung ein schulisches Querschnittsthema ist. Verstärkt wird dieser Trend, wenn mit der BNE als schulischem Querschnittsthema gleichzeitig die andere Schwerpunktsetzung einer Schule in den Blick genommen werden kann. Insbesondere soll mit der Profilbildung für Nachhaltige Entwicklung aufgrund vorliegender ähnlicher Schulprofile eine Weiterentwicklung der ökologischen Profilbildung an Schulen durch inhaltliche und systemische Zusammenführung von Themen und Schulen mit Schwerpunkt im Globalen Lernen, im Bereich der Gesundheitsförderung und im Bereich der ökonomischen Bildung erfolgen. Es gilt, die schulische BNE in ihrer inhaltlichen und systemischen Breite zu entwickeln, ohne sie in Beliebigkeit aufzulösen.

Ausblick:

Daten bzw. Zeitreihen liegen nicht standardisiert vor und sind deshalb eigens und kontinuierlich zu erstellen. Die Angabe der Anzahl von Einrichtungen wäre durch qualifizierte Interpretationen zu ergänzen. Beispielsweise werden die Angaben zu „Schulen mit globaler Partnerschaft“, die im Dritten Agenda 21-Programm noch genannt wurden, aufgrund ungenügender Aussagekraft nicht mehr fortgeführt.

Beispiele und Vorhaben:

Handbuch Umweltbildung:

Um interessierten Bürgerinnen und Bürgern, Aktiven im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes sowie Lehr und Erziehungskräften einen Überblick über das breite Angebot der Umweltbildungseinrichtungen zu geben, hat die Landeszentrale für Umweltaufklärung jetzt das „Handbuch Umweltbildung“ herausgegeben. Weit mehr als 100 Einrichtungen sind mit einem Steckbrief, Angaben zu Arbeitsschwerpunkten und Projekten sowie Ansprechpartnern aufgeführt. Das Handbuch soll dazu beitragen, die Position der vielen Aktiven zu stärken, den Dialog weiter zu fördern und die Vernetzung der Einrichtungen zu intensivieren. Vor allem aber soll es die Bürgerinnen und Bürger über das erfreulich breite und pädagogisch anspruchsvolle Angebot in unserem Bundesland informieren.

Partner: LZU

www.umdanken.de

Programm Transfer-21 (Schuljahresbeginn 2004 bis Schuljahresende 2008):

Gemeinsam mit 13 weiteren Bundesländern beteiligt sich Rheinland-Pfalz an dem Programm der Kultusministerkonferenz (KMK) „Transfer-21 – Bildung für nachhaltige Entwicklung“, ehemals „Programm Transfer-21“ der Bundesländer-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK). Dem Programm Transfer-21 ging bundesweit eine fünfjährige Entwicklungs- und Erprobungsphase voraus, in der das Land Rheinland-Pfalz zahlreiche ermutigende Resultate erzielte. Nun gilt es, die gewonnenen Erfahrungen und Ergebnisse weiterzuentwickeln, zu professionalisieren und an zahlreiche andere interessierte Schulen und Bildungseinrichtungen weiterzugeben.

Folgende Schwerpunkte bietet Transfer-21 in Rheinland-Pfalz:

- Schwerpunkt Gesunde Ernährung und Landwirtschaft: Projekte und Unterrichtsvorhaben zum Themenfeld „Landwirtschaft – Lebensmittelerzeugung – gesunde Ernährung“ unter Einbeziehung außerschulischer Lernorte und Partner
- Schwerpunkt Globales Lernen: Unterrichtsvorhaben zum globalen Lernen unter besonderer Berücksichtigung von Schulpartnerschaften
- Schwerpunkt Bildung für Nachhaltige Entwicklung an Ganztagschulen: Unterstützung bei der Ausgestaltung von Arbeitsgemeinschaften unter Einbeziehung und Qualifizierung außerschulischer Partner
- Schwerpunkt Bildung für Nachhaltige Entwicklung an Grundschulen: Unterstützung bei der Entwicklung von Unterrichtsvorhaben sowie der Schulentwicklung insgesamt,
- Schwerpunkt Erprobung neuer Methoden: Erprobung und Weiterentwicklung von „Social Learning“ / Gemeinwesen orientiertem Lernen
- Schwerpunkt BNE in schuleigenen Arbeitsplänen: Verankerung von BNE in schuleigenen Arbeitsplänen auch unter Berücksichtigung der Bildungsstandards
- Schwerpunkt Ausbau des Netzes der SchUR-Stationen: Erweiterung des Stationen-Netzes, Entwicklung von Unterrichtsmaterialien
- Schwerpunkt Weiterentwicklung des „Netzwerkes ökologisch orientierter Schulen“ (NökoSch)

Partner: PZ, IFB

www.transfer-21.de/ www.nachhaltigkeit.bildung-rp.de

Aktionsprogramm Rheinland-Pfalz zur UN-Dekade Bildung für einen Nachhaltige Entwicklung 2005-2014:

Erarbeitung eines Aktionsplans mit Leitlinien und Maßnahmenkatalog für alle Bildungsbereiche. Dabei werden die Möglichkeiten der schulischen und außerschulischen, der beruflichen, der universitären und informellen Bildung in einem Gesamtprogramm zusammengeführt. Der gemeinsame Aktionsplan wird sich an den strategischen Zielen des Nationalen Aktionsplans orientieren und auf die bisherigen Beschlüsse und Dokumente aus Rheinland-Pfalz aufbauen.

Partner: MUFV

www.mufv.rlp.de

„Nachhaltig predigen“ (bis 2010):

Evangelische und katholische Predigende erhalten begleitend zum Kirchenjahr Impulse und Anregungen, wenn sie das Thema Nachhaltigkeit in ihren Predigten in Bezug zum christlichen Glauben behandeln möchten. Dafür erarbeiten Institutionen der Bistümer Limburg, Mainz und Trier und der Evangelischen Landeskirchen in Hessen und Nassau, der Pfalz und im Rheinland derzeit Hilfen für den Predigtendienst.

Partner: LZU, Ev. Kirche, Kath. Kirche

www.umdanken.de

Zukunftswerkstatt „Rhein-Hunsrück-Kreis goes future! Ich bleib hier – und du?“

(September 2004, läuft teilweise noch):

Es wurde an einem Wochenende mit rund 30 Jugendlichen eine Zukunftswerkstatt „Rhein-Hunsrück-Kreis goes future! Ich bleib hier – und du?“ durchgeführt. Die Jugendlichen hatten bei der Veranstaltung die Möglichkeit, unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Aspekte ihre Lebensgestaltung und Arbeitsmöglichkeiten in ihrer Heimat zu reflektieren und mit kreativen Methoden Visionen für eine Zukunft im Rhein-Hunsrück-Kreis zu entwickeln. Diese wurden mit erwachsenen Entscheidungsträgern aus dem öffentlichen Leben, der Politik und der Wirtschaft diskutiert und verbindliche Vereinbarungen für eine gemeinsame Bearbeitung getroffen.

Vertieft behandelt wurden die Themen „Future Job- Fun“ (Projekt läuft noch), „Let's learn to live together“ (Projekt läuft noch), „Jugendliche klären Jugendliche auf“, „Jugend sportwoche“, „Hunsrückmobil“ und JugendJobBörse“.

Die Maßnahme „Let's learn to live together“ erhielt im November 2005 den Sonderpreis im Rahmen des Landeswettbewerbes „Herausragende Ehrenamtsprojekte auf der kommunalen Ebene“. Ferner wurde das Projekt „Future-Job-Fun“ im März 2007 mit einem Preis von „Zukunftsradar“ zum Thema „Jugend gestaltet Zukunft“ ausgezeichnet.

Partner: RHK

Bildung für Nachhaltige Entwicklung: Kooperation mit Ganztagschulen (seit 2004):

Durch den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zur Umweltbildung und Bildung für Nachhaltige Entwicklung an Ganztagschulen beschreitet der BUND Landesverband Rheinland-Pfalz neue Wege in der Umweltpädagogik. Mit selbstbestimmten und handlungsorientierten Projekten möchten wir Kinder und Jugendliche für Natur und Umwelt begeistern. Durch die Kooperation mit Ganztagschulen erreichen wir die Kinder und Jugendlichen vor Ort und sprechen sie altersgerecht an.

Die Themen erstrecken sich vom Kennen lernen verschiedener Lebensräume über Naturschutz, Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft sowie Ernährung über Klimaschutz, Mobilität, Konsum- und Lebensstile bis hin zu Globaler Partnerschaft und Gerechtigkeit. Neben dem spielerischen Naturerleben als klassischem Bestandteil der Umweltpädagogik vermitteln wir die Leitbilder der Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“.

Damit ist die Kooperation ein konkreter Beitrag zur der von der UNO ausgerufenen Dekade der „Bildung für nachhaltige Entwicklung 2005 – 2014“ und hilft nicht zuletzt Kindern und Jugendlichen, Fähigkeiten für die Gestaltung der Zukunft zu erwerben.

Partner: BUND

www.bund-rlp.de

Grüne Berufe als außerschulische Partner in der Ganztagschule:

Praktikerinnen und Praktiker vermitteln Wissen zu den Themengebieten Ernährung, Umwelt und Landwirtschaft im Nachmittagsunterricht in Ganztagschulen. Eingesetzt sind Menschen aus der Landwirtschaft, Weinbau oder Hauswirtschaft, die sich als Meisterinnen oder Meister für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen interessieren, sowie aus den Bereichen Ingenieurwesen und Technik der jeweiligen Fachrichtungen. Die Fortbildungsmaßnahmen für die Praktikerinnen und Praktiker führen die Landfrauen und die Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischem Zentrum und dem Staatlichen Institut für Lehrerfortbildung durch.

Partner: Landfrauen

www.e-grade.net

ANU – Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung:

Förderung der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches der Umweltbildungseinrichtungen, Unterstützung bei der Neugründung von Umwelteinrichtungen, Beratung von Entscheidungsgremien in Politik, Wirtschaft und Verwaltung in Fragen der Umweltbildung gehören zu den Aufgaben der ANU. Des Weiteren werden Tagungen und Seminaren zum Erfahrungsaustausch durchgeführt, die Mitwirkung und Beratung bei der Entwicklung von Wegen zur Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften der Umweltbildung und die Unterstützung von Initiativen zur Entwicklung und Erprobung neuer Modelle des Lehrens und Lernens im Natur und Umweltbereich.

Die ANU unterstützt das MUFV bei der Durchführung des Forums Umweltbildung.

Partner: ANU, MUFV

www.umweltbildung.de

Erlebnisschule Wald und Wild (seit 2000):

Die Erlebnisschulen Wald und Wild bestehen aus fünf PKW-Anhängern, die jeweils mit einer umfangreichen Sammlung an Tierpräparaten, Holzobjekten und diversen waldpädagogischen Materialien ausgestattet sind. Sie stehen allen Jägerinnen, Jägern sowie Forstleuten, die zuvor an einem dafür vorgesehenen Seminar teilgenommen haben, kostenfrei zur Verfügung. Die Anhänger sollen dabei jedoch nicht als fahrendes Museum dienen, sondern als Anregung zum Mitmachen und zum Anfassen, als Türöffner zu vielfältigen Naturerfahrungen.

Partner: LJV; MUFV; Landesforsten

www.ljv-rlp.de

Regenwürmer beißen nicht (seit 2005):

Das Projekt zielt auf die Förderung des Naturerlebnisses von Kindern. Nach Anschaffung der experimentellen Grundausstattung und entsprechender Werbung bei den Bildungseinrichtungen, erzielte das Angebot eine überraschend große Resonanz. Allein beim Start im Jahr 2005 wurden in der Verbandsgemeinde Bodenheim 20 Projektstage durchgeführt. Kindern wurde wieder eine originäre Begegnung mit Tieren und Pflanzen, ein selbstständiges Entdecken von Pflanzen, Insekten und besonders von Schmetterlingen ermöglicht. Ergänzt wurden die Tage durch Kooperationsspiele in der Natur und Übungen zum Training von Sinneserfahrungen.

Partner: BUND, SNU

www.bund-rlp.de

Literaturempfehlungen „Kühe sind nicht lila!“:

Eine Leseempfehlung mit Namen „Kühe sind nicht lila!“ zu den Themen Natur und Umwelt, die sich an Leser zwischen zwei und zwölf Jahren richtet und herausgegeben wurde von der Stiftung Lesen und der rheinland-pfälzischen Landeszentrale für Umweltaufklärung. Die Kinder sollen das Buch gerne aufschlagen, davon profitieren und beim Lesen und Schauen ihr Bewusstsein für ökologische Zusammenhänge schärfen. In Kurzbeschreibungen stellt die Leseempfehlung fast 200 Bücher vor. Es geht um „Feder, Muschel, Löwenzahn“, wie ein Titel heißt, oder um den „Bioplanet Erde“, das Wetter oder die besten Nachschlagewerke.

Partner: LZU

www.umdenken.de

Natureerlebnis „Alte Ziegelei“ in Mainz-Bretzenheim (seit 1985):

Auf dem 18 ha großen Gelände der „Alten Ziegelei“ in Mainz-Bretzenheim hat sich nach der Stilllegung des Betriebs ein Mosaik aus verschiedensten Lebensräumen für Pflanzen und Tiere entwickelt, die auf einem Naturlehrpfad erkundet werden können. Der Naturlehrpfad umfasst neun Stationen, die verschiedene interessante Lebensräume in der Alten Ziegelei aufzeigen. Er ist allgemein zugänglich und beschildert und kann unter Zuhilfenahme der Broschüre „Der Naturlehrpfad auf dem Gelände der Alten Ziegelei“ erkundet werden.

Partner: BUND

www.alteziegelei-mainz.de

Ferien am Ort – nachhaltig leben – bewusster, langsamer, fair, miteinander, schöner (Sommerferien 2006,2007 und 2008):

Für jährlich rund 200 Sportvereine ist die Sportjugend-Aktion „Ferien am Ort“ aus dem jährlichen Veranstaltungskalender nicht mehr wegzudenken. Mit immer neuen Ideen versuchen Vereine in den Sommerferien die Kinder und Jugendlichen für die Ferienspaß-Aktion zu begeistern. Ein verlängertes Wochenende, eine oder mehrere Wochen kann eine Aktion (Spiel- und Sportaktionen, Zeltlager, Ausflüge, Rad- oder Kanutouren, Kreativangebote, Nachtwanderungen,...) dauern. Ein vielfältiges, sportliches und kulturelles Programm lässt die Ferienzeit für mehr als 10.000 Kinder zu einer Erlebniszeit ohne Fernweh werden.

Die Aktion stand und wird auch in den kommenden beiden Jahren unter dem Motto „nachhaltig leben“ stehen. Unser Lebensstil ist das Hauptthema. Wir leben meist verschwenderisch und wissen kaum etwas über die Herkunft und Herstellung der Dinge, die wir täglich verbrauchen und unsere Lebensstile sind „wenig nachhaltig“.

Bei den Ferien-Aktionen wird den Kindern kein festes Programm vorgesetzt, vielmehr erhalten Kinder und Jugendliche die Möglichkeit zur aktiven Programmgestaltung. Durch die Partizipation und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen werden Bewegungsfreiräume für Kinder und Jugendliche geschaffen und damit ein aktiver Beitrag zur individuellen Persönlichkeitsentwicklung geleistet. Und das wichtigste: Neben dem Spaß wird immer die spielerische Vermittlung nachhaltiger Lebensstile im Mittelpunkt der Aktionen stehen.

Partner: SJ, LZU

www.sportjugend.de

Haus der Nachhaltigkeit, Johanniskreuz:

Das „Haus der Nachhaltigkeit“ ist ein Informations-, Service- und Besucherzentrum in Johanniskreuz. Im Nachhaltigkeitsnetzwerk geht es darum, die abstrakten Begriffe Nachhaltigkeit und Biosphärenreservat in eine allgemein verständliche Sprache zu übersetzen.

Partner: Landesforsten, MUFV

www.hdn-pfalz.de

Wald macht Schule

Landesforsten hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten zu einem stabilen Partner der außerschulischen Umweltbildung in Rheinland-Pfalz entwickelt und ist an einer Reihe von Schlüsselprojekten des Landes (Stichwort „Kinderfreundliches Rheinland-Pfalz“) engagiert beteiligt. Die seit beinahe 15 Jahren gelebte Kooperation „Schule und Forstamt“ wird derzeit unter dem Dach des Projektes „Wald macht Schule“ weiterentwickelt.

Partner: Landesforsten

Waldjugendspiele (einmal im Jahr, seit 1982):

Bei den Wald-Jugendspielen geht es darum, dass Kinder und Jugendliche in spielerischem Wettbewerb ihr Wissen um Wald und Natur darlegen und vertiefen. Sie richten sich an Schülerinnen und Schüler der dritten und siebten Klassen aller Schularten. Jede Klasse wird dabei auf ihrem Weg durch den Wald von einem Patenförster begleitet. Parallel zu den Wald-Jugendspielen findet jedes Jahr ein Malwettbewerb statt. Die schönsten Zeichnungen werden ausgestellt und prämiert.

Die Waldjugendspielen erfreuen sich von Jahr zu Jahr steigender Beliebtheit: Waren es im Auftaktjahr 1982 etwa 1.800 Schülerinnen und Schüler, die landesweit an den Spielen teilnahmen, konnte man im Jahr 2007 einen neuen Teilnehmerrekord mit mehr als 22.500 Schülerinnen und Schülern verzeichnen.

Partner: SDW, Landesforsten, MUFV

Waldjugendheime und Waldjugendherbergen:

Der bisher erreichte hohe Standard der Nutzung der landesweit bestehenden drei Waldjugendheime und zwei Waldjugendherbergen durch Zielgruppen der forstlichen Umweltbildung soll beibehalten und nach Möglichkeit ausgebaut werden:

Im Jahr 2005 verzeichneten die Waldjugendheime insgesamt ca. 2.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die Waldjugendherbergen konnten im gleichen Jahr etwa 3.600 Gäste beherbergen.

Partner: SDW, DJH, Landesforsten

Abenteuer Faltertag (seit 2005):

Im Rahmen der bundesweit laufenden BUND-Aktion „Abenteuer Faltertage“ bietet der BUND Rheinland-Pfalz vielfältige eigene Aktionsmodule an. Durch eigenes Informationsblatt und der Kooperation mit Gärtnereien werden Menschen unter dem Motto „Tipps für Gartenliebhaber auf dem Weg zum Schmetterlingsfreund“ angeboten.

Darin sind konkrete Tipps enthalten. Insbesondere wird empfohlen, sich bei der Gestaltung des Gartens für Schmetterlinge sehr an der Umgebung auszurichten. In weiteren Projektmodulen werden interessierte Naturfreunde zu „Schmetterlingsbotschaftern“ ausgebildet und Erziehungspersonen zum Thema weiterqualifiziert.

Partner: BUND

www.bund-rlp.de

Nachhaltiges Kirchenjahr (2007):

Das Dekanat Bingen möchte ein Kirchenjahr lang, vom 1. Advent 2006 bis zum Christkönigsfest 2007

- Akzente setzen, Projekte durchführen und/oder anregen,
- Impulse geben für das Handeln in Dekanat, Pfarrgemeinden und kirchlichen Einrichtungen sowie
- die Menschen der Region einladen, den Weg durch das Jahr (ein Stück weit) mitzugehen.

www.nachhaltig-im-dekanat-bingen.de

Partner der Landesregierung für eine Nachhaltige Entwicklung

Die Landesregierung ist für die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklung in Rheinland-Pfalz auf die zahlreichen Akteure angewiesen. Eine Auswahl wichtiger Akteure konnte in der Nachhaltigkeitsstrategie bereits aufgeführt werden. Darüber hinaus gibt es viele weitere Akteure, die mit der Fortschreibung der Nachhaltigkeitsstrategie vervollständigt werden.

Partner mit Abkürzung in der Nachhaltigkeitsstrategie aufgeführt

Die nachfolgend aufgeführten Einrichtungen wurden in der Nachhaltigkeitsstrategie namentlich abgekürzt erwähnt. Sofern nicht anders angegeben, handelt es sich um Institutionen aus Rheinland-Pfalz.

- ADD: Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion www.add.rlp.de
- AGARP: Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte www.agarp-rlp.de
- AK: Architektenkammer www.akrp.de
- AL: Arbeit und Leben www.arbeit-und-leben.de
- ANU: Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung www.anu-rlp.de
- BA: Bundesagentur für Arbeit www.arbeitsagentur.de
- BASF: Badische Anilin- und Soda-Fabriken (BASF AG) www.basf.de
- BUND: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland www.bund-rlp.de
- DJV: Deutscher Jagdschutz-Verband www.jagdnetz.de
- DJH: Deutsches Jugendherbergswerk www.djh.de
- DKSB: Deutscher Kinderschutzbund www.kinderschutzbund-rlp.de
- DLR: Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum www.dlr.rlp.de
- DVGW: Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches www.dvgw-rlp.de
- DWA: Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall www.dwa-hrps.de
- ELAN: Entwicklungspolitisches Landesetzwerk www.elan-rlp.de
- EOR: EffizienzOffensive Energie www.eor.de
- FM: Finanzministerium www.fm.rlp.de
- GStB: Gemeinde- und Städtebund www.gstbrp.de
- HWK: Handwerkskammern www.hwk-trier.de; www.hwk-koblenz.de; www.hwk.de; www.hwk-pfalz.de; www.hwk.trier.de
- IfaS: Institut für angewandtes Stoffstrommanagement www.ifas.umwelt-campus.de
- IFB: Institut für schulische Fortbildung und schulpsychologische Beratung ifb.bildung-rp.de
- IHK: Industrie- und Handelskammern www.ihk-koblenz.de; www.ihk-trier.de; www.pfalz.ihk24.de; www.rheinessen.ihk24.de
- IKSMS: Internationale Kommission zum Schutze der Mosel und der Saar www.iksms.de

• IKSR:	Internationale Kommission zum Schutz des Rheins	www.iksr.de
• ISB:	Investitions- und Strukturbank	www.isb.rlp.de
• ISM:	Ministerium des Inneren und für Sport	www.ism.rlp.de
• ISM-Mainz:	Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz	www.ism-mainz.de
• KÖL:	Kompetenzzentrum ökologischer Landbau	www.oekolandbau.rlp.de
• LAG:	Landesarbeitsgemeinschaft Gleichstellung	www.gleichstellungsbeauftragte-rlp.de
• LÄK:	Landesärztekammer	www.laek-rlp.de
• LBB:	Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung	www.lbbnet.de
• LGB:	Landesamt für Geologie und Bergbau	www.lgb-rlp.de
• LIGA:	Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege	www.liga-rlp.de
• LJV:	Landesjagdverband	www.ljv-rlp.de
• LKA:	Landeskriminalamt	www.polizei.rlp.de
• LMK:	Landeszentrale für Medien und Kommunikation	www.lmk-online.de
• LMZ:	Landesmedienzentrum	www.lmz.rlp.de
• LPB:	Landeszentrale für politische Bildung	www.politische-bildung-rlp.de
• LSB:	Landessportbund	www.lsb-rlp.de
• LSJV:	Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung	www.lsjv.de
• LUWG:	Landesamt für Umwelt, Wasserwirtschaft und Gewerbeaufsicht	www.luwg.rlp.de
• LUWOG:	Wohnungsunternehmen der BASF	www.luwoge.de
• LWK:	Landwirtschaftskammer	www.lwk-rlp.de
• LZG:	Landeszentrale für Gesundheitsförderung	www.lzg-rlp.de
• LZU:	Landeszentrale für Umweltaufklärung	www.lzu.rlp.de
• MASGFF:	Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen (bis 2006: Ministerium für Arbeit, Soziales, Familie und Gesundheit – MASFG)	www.masgff.rlp.de
• MBWJK:	Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur (bis 2006: Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend – MBFJ und Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur – MWWFK)	www.mbwjk.rlp.de
• MUFV:	Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz (bis Mai 2006: Ministerium für Umwelt und Forsten – MUF)	www.mufv.rlp.de
• MWVLW:	Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	www.mwvlw.rlp.de
• NABU:	Naturschutzbund	www.nabu-rlp.de
• Parität:	Paritätischer Wohlfahrtsverband	www.paritaet-rheinland-pfalz-saarland.de
• PZ:	Pädagogisches Zentrum	www.pz-rlp.de
• RHK:	Rhein-Hunsrück-Kreis	www.kreis-sim.de
• RLK:	Rhein-Lahn-Kreis	
• SAM:	Sonderabfall-Management-Gesellschaft	www.sam-rlp.de
• SDW:	Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	www.sdw-rlp.de
• SGD:	Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord / Süd	www.sgd-nord.rlp.de ; www.sgdsued.rlp.de

- SJ: Sportjugend www.sportjugende.de
- StK: Staatskanzlei www.stk.rlp.de
- StLA: Statistisches Landesamt www.statistik.rlp.de
- TSB: Transferstelle Bingen www.tsb.fh-bingen.de
- UWZ: Umweltzentrum für Energie und Nachhaltigkeit der HWK Trier www.umweltzentrum-trier.de
- VBI: Verband Beratender Ingenieure www.vbi.de
- VCI: Verband der Chemischen Industrie www.chem-rp.de
- VHS: Verband der Volkshochschulen www.vhs-verband-rp.de
- Vku: Verband kommunaler Unternehmen www.vku.de
- VZ: Verbraucherzentrale www.verbraucherzentrale-rlp.de
- ZIRP: Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz www.zirp.de
- ZUA: Zentrum für Umwelt und Arbeitssicherheit,
HWK Koblenz www.zua.hwk-koblenz.de
- ZUM: Zentrum für Umweltschutz und Management,
HWK Rheinhessen www.umweltzentrum-mainz.de

Weitere Partner der Nachhaltigkeitsstrategie

- Agenturen für Arbeit www.arbeitsagentur.de
- Arbeitsgemeinschaft für Grundbesitzer
- Arbeitsgruppe Ökologischer Landbau (AÖL)
- Bauern- und Winzerverbände (BWV) www.bwv-rlp.de; www.bwv-net.de
- Baugewerbeverband www.baugewerbeverband-rheinland.de;
www.bgv-rheinhessen-pfalz.de
- Bundeswehr, Wehrbereichskommando II www.bundeswehr.de
- Deutscher Beamtenbund (DBB) www.dbb-rlp.de
- Deutscher Gebirgs- und Wanderverein (Pfälzerwaldverein) www.pwv.de
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) www.dgb-rlp.de
- Europäische Akademie, Bad Neuenahr-Ahrweiler www.europaeische-akademie-aw.de
- Evangelische Kirchen www.ekhn.de; www.ekir.de; www.evpfalz.de
- Hochschulen www.dhv-speyer.de; www.fh-bingen.de; www.fh-kl.de;
www.fh-koblenz.de; www.fh-ludwigshafen.de;
www.fh-mainz.de; www.fh-trier.de; www.fh-worms.de;
www.kfh-mainz.de; www.pthv.de;
www.tu-kaiserslautern.de; www.uni-koblenz-landau.de;
www.uni-mainz.de; www.uni-trier.de
- Gesellschaft für Naturschutz und Ornithologie (GNOR) www.gnor.de
- Ingenieurkammer www.ingenieurkammer-rlp.de
- International Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI) www.iclei-europe.or
- Katholische Kirche www.bistum-limburg.de; www.bistum-mainz.de;
www.bistum-speyer.de; www.bistum-trier.de;
www.erzbistum-koeln.de
- Krankenhausgesellschaft www.kgrp.de
- Kultursommer www.kultursommer.de
- Landesaktionsgemeinschaft Natur und Umwelt (LAG) www.natur-umwelt.de

- Landeselternbeirat (LEB) www.leb.bildung-rp.de
- Landesforsten www.wald-rlp.de
- Landespräventionsrat
- Landesvereinigung Unternehmensverbände (LVU) www.lvu.de
- Landfrauenverbände www.landfrauen-pfalz.de; www.landfrauen-rheinessen.de;
www.landfrauen-rheinland-nassau.de
- Landjugendverbände www.landjugend-rln.de; www.landjugend-rheinessenpfalz.de
- Landkreistag www.landkreistag.rlp.de
- NaturFreunde (Verband für Umweltschutz, Touristik und Kultur) www.naturfreunde-rlp.de
- Naturparke www.naturpark-suedeifel.de; www.naturparknassau.de;
www.naturpark-nordeifel.de; naturpark-rhein-westerwald.de;
www.naturpark-saar-hunsrueck.de;
www.naturpark-soonwald-nahe.de;
www.pfaelzerwald.de
- Paritätischer Wohlfahrtsverband www.paritaet-rheinland-pfalz-saarland.de
- Partnerschaftsverein Ruanda www.rlp-ruanda.de
- Polizei www.polizei.rlp.de
- Sparkassen- und Giroverband (SGV) www.sgvvrp.de
- Speditions- und Logistikverband (SLV) www.slv-spediteure.de
- Städtetag www.staedtetag-rlp.de
- Stiftung Natur und Umwelt www.umweltstiftung.rlp.de
- Stiftung zur Förderung der Kulturlandschaft in Rheinland-Pfalz
- Südwestrundfunk (SWR) www.swr.de
- Verband der Metall- und Elektroindustrie (VME) www.vem.de
- Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) www.vdma.de
- Verband Deutscher Sportfischer (VDSF, Landesfischereiverband) www.vdsf-rlp.de
- Verein für Naturforschung und Landespflege (POLLICHIA) www.pollichia.de
- Zentralverband Elektrotechnik und -industrie (ZVEI) www.zvei.de
- Zentrum für Umweltforschung, Universität Mainz (ZfU) www.zfu.uni-mainz.de
- Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF) www.zdf.de

Impressum

Herausgeber: Landesregierung Rheinland-Pfalz unter der Federführung des
Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz (MUFV)
Mainz, im November 2007